

fu60 : gegendarstellungen

60 jahre freie uni
40 jahre kritische uni
20 jahre b*freie uni



inhaltsverzeichnis

historisches

erinnerungen an das problem einer freien universität	6
diepgen und die folgen die abwahl des asta-vorsitzenden eberhard diepgen. ein stück fu-geschichte	12
von der freien zur kritischen universität	16
die frauen im sds oder in eigener sache	30
der vergessene große aufbruch: streik an der fu 1976/77	32
“freie universität” berlin: von der gruppenuniversität zur konkursmasse	36
besetzt : die befreite universität berlin im streik	46
von der befreiten uni zur lernfabrik	52
auf dem weg zur globalisierten dienstleistungshochschule studierendenproteste in berlin und an der fu 1998-2003	60
gegen bildungs- und sozialabbau: eine kritische bestandsaufnahme der studierendenproteste im winter 2003/2004 mit schwerpunkt berlin	64
elite trotz reformchaos: studierendenproteste in berlin und an der fu 2004-2008	68

h n n i s

innenansichten

form statt inhalt: die einföhrung der bachelor- und masterstudiengänge an der fu	72
nicht aus dem takt geraten: das campusmanagement und seinen folgen	76
kein grund zum feiern: die fu im exzellenzwahn	80
uni, politik und geschlecht: die illusion vom gleichberechtigten miteinander	88
ein quell der prekarität: die hochschule als haus und herd von unbezahlter arbeit	92
ein denkmal für die freiheit: wie 15 tonnen bronze den kritischen umgang mit geschichte erschlagen	96
verdrängen statt erinnern	100
sumpflandschaft publizistik in berlin	104
tutorien, projektutorien, projektwerkstätten anspruch, wirklichkeit und perspektiven eines berliner reformmodells	108
„nicht jeder tod eines studenten ist hochschulbezogen“	114
„bildung neu denken!“	130

der subjektive faktor

ein kleines interview der redaktion des 60-jahre-fu-infos mit achim d. aus wb	132
ein kleines interview der redaktion des 60-jahre-fu-infos mit j. aus b	136
warum studieren?	138
vom selbstbestimmten lernen in den 80er jahren	142
kafka in asbest und klebeband - von der rost zur bronzelaube	148
mein studium- dein studium. erziehungswissenschaften an der fu	152
zum 60sten geburtstag der fu kommen...	154

impressum	159
-----------	-----

editorial für ein

„Gewalt bis in die letzten Gedanken und Gefühlsfetzen, darum als solche gar nicht wahrgenommen, übt mehr denn je der globale, in tägliche Anteilskämpfe verwickelte und verwickelnde Kapitalismus. Innovationsgierig und ungleichheitsproduktiv hat dieser längst das, was pervertiert, einmal Universität hieß, in sich aufgehoben.“

Wolf Dieter Narr

Wider die restlose Zerstörung der Universität. Ein Aufruf zu ihrer Neu- und Wiederbelebung. Vierte Auflage, Berlin, Januar 2004, S.17

Geschichte der BRD in einer Nußschale - in vieler Hinsicht wird die Historie der FU Berlin dieser Metapher gerecht: demokratischer Neubeginn im Jahr 1948, relativ schnelle Restauration von autoritären Verhältnissen in den 1950ern, Rebellion und Aufbruch in den 60ern, Steckenbleiben demokratischer Reformen bereits kurze Zeit später und seit den 80er Jahren ein konservativer Roll-Back. Die Freie Universität war, ob sie will oder nicht, stets ein Spiegel der gesellschaftlichen Verhältnisse. Selbst eine so kurze Aufzählung zeigt, dass es sich bei gesellschaftlichen Verhältnissen stets um Kämpfe handelte. Diese Kämpfe wurden an der FU oft heftiger geführt als anderswo, dennoch kommen sie in offiziellen Darstellungen kaum vor. Die 68er werden notgedrungen irgendwie erwähnt, ansonsten erscheint die Geschichte unserer Universität als „Zukunft von Anfang an“, als Erfolgsgeschichte ohne Brüche.

Zum 60. Jahrestag der FU-Gründung am 4.12.1948 wollen wir daher eine Geschichte der Kämpfe an der FU präsentieren. Eine Gegen-Geschichte, die jene Fronten sichtbar macht, die heute gerne hinter einer ebenso vagen wie irrealen FU-Identität mit Täschchen, Wimpel und Wappen verborgen werden sollen. Bereits 1988 und 1998 startete der AStA ein solches Projekt, viele Texte aus den damals erschienenen Broschüren „Titanic in voller Fahrt“ (1988) und „Archäologie einer freien Universität“ (1998) haben wir ungekürzt und unbearbeitet übernommen. Sie sind Zeitdokumente, die für sich sprechen, das Jahr der Erstveröffentlichung ist jeweils angegeben. Einiges ist jedoch hinzugekommen, darunter eine ganze Rubrik mit Interviews unter dem Titel „Der Subjektive Faktor“. Neu ist auch eine Reihe von Artikeln zu aktuellen Problemen in der Rubrik „Innenansichten“ und im Kapitel „Geschichtliches“ eine Chronik studentischer Proteste der Jahre 1998-2008.

In diesen letzten zehn Jahren hat sich die FU Berlin radikaler verändert als jemals zuvor. Selbst in den rebellischen Aufbruchstagen der 1960er Jahre wandelte sich die Universität nicht so grundsätzlich und vor allem nicht in einem derart hohen Tempo wie heute. Im Rückblick lässt sich sagen, dass viele universitäre Behäbigkeiten und Traditionalismen, die bisher alle Reform- und auch diverse Revolutionsversuche

ne flaschenpost

ohne Probleme überstanden haben, erst jetzt richtig aufgerollt werden. Hochschulpolitisch gesehen leben wir in revolutionären Zeiten.

Das Problem dabei ist, dass es die gerade stattfindende Revolution eine passive ist. Anonyme Sachzwänge, konzerngesponserte Gutachten und Rankings und die scheinbar hinter allem steckende universale Logik des Marktes sind es, die die Universität derzeit ins Rollen bringen. Studierende, aber auch Lehrende und ProfessorInnen stehen diesen Abläufen passiv, oft hilflos gegenüber. Konnte in den 1960er Jahren eine aufbegehrende Studierendengeneration noch das Modernisierungsdefizit der Elfenbein-Unis für eine teilweise Umsetzung ihrer demokratischen Forderungen nutzen, so überrollte die jüngste Reformwelle gleichermaßen studentische Proteste und konservative Bedenken der Profs. Viele der letzteren entschlossen sich daher, mit den Wölfen zu heulen und aus der aktuellen Selbstzerstörung bürgerlicher Bildungsideale möglichst viel für ihre Uni und ihre Lehrstühle herauszuholen. Sie warfen sich mit viel Ellbogen in den Wettbewerb um einen „Elitestatus“ im Exzellenzwettbewerb. Die Studierenden hingegen schwankten, demonstrierten zwar energisch gegen Gebühren und Kürzungen, aber Protest gegen Umstrukturierungen, Demokratieabbau und Kommerzialisierung gab es nur vereinzelt.

Karl Marx unterschied die formelle und die reale Subsumtion unter das Kapital: Bei ersterer bleibt der Arbeiter selbständig und produziert in eigener Regie für das Großunternehmen, bei letzterer wird er vollständig lohnabhängig in den Kreislauf des Kapitals eingegliedert. Genau das passiert gegenwärtig mit und an den Universitäten. Während die Unis der Vergangenheit nach dem Gießkannenprinzip Bildung in die Welt streuten, so sollen sie heute als Unternehmen am Markt agieren, direkt verwertbares Wissen produzieren und verkaufen, gezielt Arbeitskräfte für den Markt ausbilden. Jedenfalls in der Utopie. Praktisch gesehen ist die Reproduktion intellektueller Arbeitskraft viel zu teuer und aufwendig, als dass sie sich jemals profitorientiert realisieren ließe. Die wenigen Privatuniversitäten in Deutschland kämpfen mit massiven Finanzproblemen und überleben nur durch großzügige Subventionen. Selbst im Musterland USA subventioniert der Staat Forschung

und Universität mit Milliardenbeträgen. Wenn die Bildungsausgaben hier dennoch in der Fläche geringer sind, so ist dies nur durch den Zukauf fertig ausgebildeter WissenschaftlerInnen aus allen Teilen der Welt möglich. Als „ideeller Gesamtkapitalist“ wird der Staat auch weiterhin das Bildungswesen organisieren müssen. Gerade die propagierte „Ent-Staatlichung“ und „Entfesselung“ der Unis hat ein ungeheures Mehr an Bürokratie und Verwaltung erzeugt. Aktuelle Debatten um Leistungsrechnungen, Akkreditierungen, Anerkennungsfragen etc. pp. wirken wie eine Realsatire auf die versprochenen Effizienzgewinne im Rahmen neoliberaler Hochschulreformen.

Dennoch hat sich in den Köpfen das Schema „There ist no Alternative“ festgesetzt. Es gibt scheinbar kein Zurück. Auch angesichts des offensichtlichen Scheiterns der Bachelor-Reform wird nur über Nachbesserungen und Reformen der Reform diskutiert, nicht über einen grundsätzlichen Kurswechsel. Dies ist kein Wunder in bewegungsarmen Zeiten. Echte Veränderungen brauchen Gegendruck. Dieser kann nicht durch Rückblicke und Reminiszenzen erzeugt werden. Dennoch: Ein Blick in die Geschichte offenbart, wie Widerstand aussehen könnte. Die Geschichte ist die Mutter der Subversion, sie zeigt, dass es auch anders hätte kommen können.

erinnerungen problem einer

Vorbemerkung : Seit einigen Semestern herrschte Unruhe an der Freien Universität Berlin. Im Januar 1967 meldeten sich auch 16 Gründer der FU mit einer Erklärung zu Wort. Sie erinnerten darin die Studierendenschaft der FU, und insbesondere ihre Studierendenvertretung an den Geist der Gründung und mahnten, einen Schnitt zu machen zwischen ihrer Eigenschaft als Universitätsbürger (in der sie sich um ihre Universitätsbelange) und ihrer Eigenschaft als Staatsbürger (in der sie sich um ihre staatsbürgerlichen Belange zu kümmern habe). Einer der Gründungsstudenten, Klaus Heinrich, hat den Aufruf nicht unterschrieben. Seine abweichende Auffassung erläuterte er gegenüber der Presse. Die folgenden 'Erinnerungen' wurden im Februar 1967 vom Berlin-Studio des WDR gesendet und im Juli 1967 in der Zeitschrift 'Das Argument' Nr.43 veröffentlicht. Der AStA FU druckte sie in seiner Sonderzeitung zum 40-jährigen Bestehen der FU nach. Auch heute hat der Text nichts von seiner Aktualität eingebüßt: Das Problem einer freien Universität erweist sich im 50-jährigen Rückblick als zeitlos.

Gründung ist ein mythologischer Begriff. Das Gegründete steht seit Urzeiten. Heroen haben es gegründet, periodische Veranstaltungen halten die Erinnerung aufrecht an jene Zeit. Wenn die Heroen aus dem Dämmer der Geschichte treten, steht die Geschichte still. In Zeiten der Unruhe sehen wir sie aus dem Dämmer der Geschichte treten.

16 Gründer der Freien Universität, ehemals Studenten, heute reputierliche Bürger eines reputierlichen Staates, haben ihre Stimme erhoben und Urzeit beschworen. Als einer, der ihren Aufruf nicht unterschrieben hat, sondern der (wie eine unabhängige Berliner Tageszeitung es formulierte) seine Unterschrift verweigert hat, weil er anderer Meinung sein soll, hole ich, wohl oder übel als Individuum, nach, was meine Freunde als ein Kollektiv von Vätern unternommen haben, und beschwöre Urzeit. Freilich, die Geschichte steht nicht still, und ich kann es nicht bei einer Beschwörung bewenden lassen. Sie stand auch nicht still, als wir diese Universität gegründet haben. Trotzdem - bitte erlauben Sie mir diese Fiktion - möchte ich einen Augenblick von jener Zeit in den beschwörenden Begriffen der Urzeit reden. Wir müssen uns noch einmal daran erinnern, damit wir unterscheiden können, was damals Hoffnung war und was Illusion. Hoffnung und Resignation heute sind nicht zu trennen davon, und wir dürfen uns nicht einreden, daß die Unruhe heute nichts zu tun habe mit der Unruhe damals. Wir sind nicht unschuldig an der Geschichte unserer Enttäuschungen, nicht an dem Schicksal der Gründung. Aber war diese nicht selbst das Produkt einer Enttäuschung?

Ich gehe noch einmal einen Schritt zurück, bis in das Jahr 1945. Das war der Anfang der Zeit, düster und hell zugleich. Düster, weil wir, in dieser Kolonialstadt Berlin, mit einem Mal selbst als Eingeborene lebten, von Wächtern bewacht, zwischen den Vorzeitresten einer zertrümmerten Metropolis. Hell, weil wir, in Zorn und Fieber, auf diese Jahre gewartet hatten, in denen man denken und sprechen, analysieren und planen, anklagen und es besser machen konnte. Wir studierten, manche wieder, manche zum ersten Mal, darunter solche, die vorher niemals hatten studieren dürfen, an einer Universität: der im Winter 1945/46 wieder eröffneten Unter

Klaus Heinrich

1967

an das - freien universität

den Linden. Wir waren nicht viele Studenten, es lehrten nicht viele Professoren in dieser Stadt. Wir kannten uns, an den Fakultäten und über die Fakultäten hinaus. Die Vergangenheit griff nicht nach dieser Universität, der neuen alten. So wenigstens dachten wir. Es gab keine braunen Lehrstühle, die meist älteren Studenten waren, was heute leicht in Rufe wie „Gefahr von links“ und „Unterwanderung“ ausbrechen läßt, nämlich Antifaschisten. Wir standen auf dem friderizianischen Hof und diskutierten heftig, durch die politischen Fronten hindurch, wie ein bessere Gesellschaft auszusehen habe. Geistig waren wir längst keine Eingeborenen mehr. Eine Zeitlang waren die Ruinen dieser Stadt, die Werner Heldt als eine Meerstadt gezeichnet hat und die der junge Schnurre von einem panisch erschreckten Gazellenrudel bevölkert sei ließ, das vor dem U-Bahnschacht der Steppenstadt zusammenbricht, klassische Ruinen: sie reflektierten die Hellichkeit einer sehr nüchtern, einer utopisch -nüchternen Generation. Das war die Zeit, in der wir glaubten, nur nach vorne zu sehen, und in der die Vergangenheit noch nach uns griff: als Zwang.

Die neue Universität, die darum die Freie heißt - das wieder und wieder zu sagen, darf niemand müde werden, der sie mitgegründet hat oder der bei ihrer Gründung dabei war -, ist gegen Zwang gegründet worden. Zwang, das war für uns damals der Inbegriff der NS-Zeit: der unmittelbare, die Knochen zerbrechende, und der mittelbare, die Zunge zerspaltende, lautlos funktionierende Zwang. Zwang trat uns jetzt im Zentrum der neuen-alten Universität, im Zentrum der zerstörten Stadt, entgegen. Studenten wurden verhaftet, wohlweislich in den Semesterferien, es gab kein Verfahren, sie hatten durch ihre Verhaftung aufgehört, Bürger der Universität zu sein, und die Bürger der Universität (so hieß es damals) hatten sich nur um ihre Universität zu kümmern. Die Forderung nach Aufklärung und Verfahren wurde erstickt, die Herausgeber der unabhängigen Studentenzeitung Colloquium wurden relegiert. Noch waren die Fronten nicht klar unter den Studenten: Angehörige der Einheitspartei, der eben gegründeten, der sich jetzt, bald zwanzig Jahre später, eine bürgerliche Parteien-Einheit im anderen Teil Deutschlands zwanglos entgegenzustellen beginnt, warnten uns, wenn wir

zu gefährlichen Rendezvous geladen wurden. Selbst höhere Funktionäre warnten. Aber das freie Leben, dessen Teil das freie Studium war, unsere große Hoffnung damals, war schneller, als einer von uns erwartet hatte, Illusion. Konnten wir unsere Hoffnung retten, oder war das, was wir da retteten, wieder nur die Illusion?

Ich werde darauf zu sprechen kommen, es ist der Kern der Debatte über diese Universität, die heute die Freie heißt, die 1948 gegründete, in den Westsektoren der Viersektorenstadt. Aber das möchte ich Sie bitten fest zuhalten: Zwang war der Anlaß, daß wir uns trafen, heimlich, später öffentlich, die Initiative war von einzelnen Mitgliedern des Studentenrats ausgegangen, daß wir erst in einem Zimmer der TU zusammenkamen, später in Wannsee und Dahlem, um etwa Utopisch-Nüchternes zu tun - was dann den einen als zu utopisch, darum nicht realistisch genug, und den anderen als zu nüchtern, darum nicht politisch zündend genug erschien: eine Universität ohne Zwang zu gründen. Es war eine sehr bescheidene Gründung, wenige Professoren waren dabei, nur wenige ließen sich gewinnen. Wir bekamen zu hören: Als Mensch und als Staatsbürger teile ich Ihre Bedenken, aber als Universitätsbürger und Beamter, als Familienvater ohne Sicherung meines Lebens, so sehr es mir leid tut, kann ich nicht mitmachen. Sie gingen später auf geachtete Lehrstühle der Bundesrepublik, Mitglieder der Universitäten, die diese neugegründete, die jetzt die Freie hieß, semesterlang nicht anerkennen wollten.

Was hatten wir diesem Mißtrauen (und auch anderen Formen des Mißtrauens, die zu analysieren ein wichtiges Kapitel unserer jungen Universitätsgeschichte wäre) entgegenzustellen? Ich weiß wohl, wie ohnmächtig realitätsferne und darum so gut von den Realitäten zu mißbrauchende Begriffe sind, heute wie damals. Aber so nannten wir unsere Universität: eine „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ und dieser Begriff hatte damals in der Tat eine Realität: die Realität der Pionierzeit. Wir fingen mit einem Stuhl und einzelnen Kisten an, in einem von der Militärregierung geräumten kleinen Haus, das dann Rektor und Senat, ASTA und Außenkommission beherbergen sollte, und die Frühzeit der Wissenschaft lebte noch ein-

historisches

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

erinnerungen an das problem einer freien universität

mal auf in dem größeren Haus der Philosophischen Fakultät, das alle Institute dieser Fakultät unter einem Dach vereinte: Kunst und Theater über den

Sprachen der Welt, die Philosophie im Erdgeschoß, und ganz oben, in den niedrigen Räumen unter dem Dach, das Kaffeestübchen für den nützlichen Müßiggang. Heute wohnen nur die Germanisten, der Dekan und einige Mitglieder der Verwaltung in diesem Haus. Das Ende der Pionierzeit - mit dem Auszug eines jeden einzelnen Instituts, der Schließung des Kaffeestübchens, dem Schritt ins solide eigene Haus unerbittlich näherrückend - war, wie das Ende einer jeden Pionierzeit, die totale Organisation; ein Großbetrieb, für dessen arbeitsteiliges Funktionieren nicht mehr der Zusammenhang der in ihm geleisteten Arbeit zeugt, sondern nur die Reibungslosigkeit des Funktionierens und die Ruhe des Betriebs. Schnell, wie der Embryo die Entwicklung der animalischen Natur, hatte diese Universität den Geschichtsprozeß nachgeholt. Hatten wir uns über die Unvermeidbarkeit historischer Prozesse getäuscht? War, was wir so lange als den "Geist" der freien Universität beschworen hatten, nur leere Romantik, bestenfalls der Pioniertraum einer für kurze Zeit noch einmal vorindustriell erscheinenden Epoche? Die utopische Nüchternheit der ersten Jahre schien endlich Frieden gemacht zu haben mit einer veränderten Wirklichkeit. Sie schien sich weiterentwickelt zu haben zu einem mit romantischer Reminiszenz verklärten Realitätsdenken, es schien eine folgerichtige Entwicklung zu sein. Aber täuschen wir uns nicht. Ein Mißverständnis, das leicht dazu dient, die Geschichte dieser Universität ebenso wie die Nachkriegsgeschichte unseres Landes in einen naturgesetzlichen Prozeß zu verkehren und so die Beteiligten von den bitteren Begleitumständen des Prozesses zu entlasten, bedarf der Korrektur. Nicht das Utopische entpuppte sich als romantische Reminiszenz, z.B. in einem leeren Pathos von "Gründergeist", und nicht die Nüchternheit als der Vorläufer eines später so genannten "realitätsgerechten" Verhaltens, dieses positivistisch-indifferenten Zerrbilds von Gerechtigkeit, sondern umgekehrt: an die Stelle der konkreten Nüchternheit trat ein der konkreten Wirklichkeit entfremdetes romantisches Pathos, Ausdruck der Flucht vor einer unbeque-

men Realität, und das utopische Bewußtsein - anders ausgedrückt: das kritische Bewußtsein von der Korrigierbarkeit der Welt - schrumpfte zusammen zu jener ohnmächtigen Spielart des Realismus, die nichts anderes mehr bedeutet als die kritiklose Hinnahme des Bestehenden.

Die einmal nüchtern gewesen waren, jetzt wurden sie romantisch (aber "romantisch" ist ein viel zu schönes Wort), und das utopische Bewußtsein der Zeit nach dem Krieg verwandelte sich, durch einen schmerzlichen Prozeß der Enttäuschung hindurch, in den Positivismus der Resignierten. Erinnern wir uns, wie auch der Tonfall offizieller Reden sich seitdem verändert hat. Zynisch wurde die enttäuschte Utopie, und aus einer Nüchternheit, die jetzt keinen Platz mehr hatte, ohne zu erschrecken, wurde der larmoyante Tonfall dessen, der sich den Verrat an seinen Hoffnungen nicht eingestehen darf.

1948 war noch nicht die Zeit, dies zu erkennen. So wie auch andere in dieser Zeit kämpften wir, im Namen einer Demokratie, die nicht das Schicksal ihrer Vorgängerin teilen sollte, ausgehöhlt und beseitigt zu werden, für eine neue Form der Universität. Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, unterstützt von Bürgermeister Reuter und unseren Freunden unter den Mitgliedern der Militärregierung, drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor - Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Uni-versitätsdemokratie - das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte. Diese Universität war keine Landesuniversität, sondern eine Stiftungsuniversität so wie einmal die Bürgeruniversität der Stadt Frankfurt; über sie wachte ein Kuratorium, das zugleich eines ihrer eigenen Organe war; sie vertraute dem Staat, der ihr Geld und Sicherheit und Häuser gab: Der Vorsitzende des Kuratoriums war der später so genannte Regierende Bürgermeister der Stadt; sie war nicht hierarchisch aufgebaut: die Teile, aus denen sie sich zusammensetzte, waren, juristisch-physiologisch gesprochen, ihre Organe - jedes für die ganze Universität denkend und im Interesse des Ganzen handelnd: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft; die Studentenschaft war in allen beschlußfassenden Gremien mit beschließender Stimme vertreten; nur die Assistenten waren nicht vertreten - das lag daran, daß erst nur ein einziger Assistent die alte Universität verlassen hatte, der jetzt amtierende Rektor.

Dies schwebte uns vor, und es wurde semesterlang praktiziert, bis - ich glaube unter einem Rektor der Juristischen Fakultät, lange selbst das Sorgenkind der jungen Universität - es zu

den ersten ernsthaften Auseinandersetzungen zwischen den nun sich formierenden Universitäts-Oberem und dem Universitäts-Volk kam: eine Zusammenarbeit ohne Ansehen des Ranges und der Person, wohl aber in Respekt vor der Leistung und der Erfahrung. Hier, so dachten wir, an dieser Freien Universität in dieser Stadt Berlin, machen wir den Anfang mit der allgemeinen großen Universitätsreform. Das Mißtrauen, das die anderen uns entgegenbrachten, war unser Stolz. Wir sahen entstehen, was in Deutschland nirgends sonst entstand: nicht in den Universitäten jener Zonen, die eine alte Gemeinschaft zu erneuern suchten, die restaurative Gemeinschaft der Korporationen, aber die selbst keine Mitwirkungsrechte der Studenten kannten an ihrer Korporation; nicht in den Universitäten der anderen Zone, die wir nun nicht mehr betreten durften, mit ihren Formen einer Restauration des Zwangs. Die Universität, das wußten wir, stand stellvertretend für die Gesellschaft. Dieser ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben: darin sahen wir die Aufgabe einer Universität. Staatsbürger sein, es potenziert sein in der Helle des Bewußtseins, nämlich denkender, erkennender Staatsbürger, der aus seinem Erkennen Konsequenzen zieht: das war die vornehmste Aufgabe des Bürgers einer Universität. Wir hatten die Lehre der NS-Zeit verstanden, die heute wieder vergessen ist: daß die politisierte Universität identisch ist mit der vermeintlich unpolitischen. Wir wollten das politische Bewußtsein des Universitätsbürgers. Es allein garantierte uns die Freiheit der Universität, die stellvertretend stand für eine freie Gesellschaft. Politiker und Professoren, Gewerkschaftler und Schriftsteller teilten unsere Ansicht. Wir hatten, damals, eine große Chance. Wir haben unsere Chance ergriffen, und wir haben unsere Chance verpaßt. Die Geschichte unserer Universität - nicht die ihres Wachstums und der an ihrem Wachstum ablesbaren Erfolge, sondern die ihres Universitätsbewußtseins - ist die Geschichte ihres Scheiterns bis heute. Ist sie darum wieder nur die Geschichte einer Illusion wie die ersten drei Jahre Berliner Universitätsgeschichte nach dem Krieg? Ich frage: was ist aus unserem politischen Bewußtsein geworden? Daß wir uns recht verstehen: ein parteipolitisches Bewußtsein war es nicht, Parteienzugehörigkeiten spielten keine Rolle. Aber es war auch nicht ein parteienfeindliches Bewußtsein, also nicht in sublimierter Form wieder das alte unpolitische des über Politik sich erhebenden, von nichts berührbaren Geistes, der selbst eine handfeste, weil die Berührung anderer willig in Kauf nehmende Politik betreibt. Vielmehr waren wir der Ansicht: wir dürften, auch wenn in Parteien, nicht deren Partei, sondern hätten nur für uns Partei zu ergreifen: für die Freiheit der Universität, und in ihr: für die der Gesellschaft. Das Scheitern unserer Universität

ist das Scheitern dieser Illusion. Wir verstanden uns als eine Avantgarde der deutschen Universitäten und lebten allenfalls in einem Reservat. Diese Universität - aber das teilte sie nicht nur mit anderen ihresgleichen, sondern mit der Gesellschaft, deren Teil sie war - hatte keinen neuen Inhalt. Wie sollte sie da eine Richtung haben? Geist ist der alte Name für das Lebendige, das eine Richtung hat. Nach allen Seiten sich vergrößern, hier ein Haus und dort ein Park, Wachstum über alle einmal festgesetzten Wachstumsgrenzen hinaus, neue Lehrstühle und immer mehr Studenten -, das alles hat noch keine Richtung und ist nicht Geist. Daß die Universität die Korporationen aussperrte (wie lange noch?) und die denunziatorischen Formen der damaligen SED-Universitätspolitik, gab ihr noch keinen neuen Inhalt. Die Forderungen einzelner wurden von der Größe der organisatorischen Aufgaben zugedeckt. Woran sollte die Gemeinschaft sich erkennen, als das Netz privater Bekanntschaften zu weitmaschig geworden war? Was einte sie, als wenige Jahre nach ihrer Gründung der Pioniergeist von ihr ging? Frontstadtgeist zog, wie in diese Stadt - und zwar beide Hälften der halbierten, nicht nur die halbe -, so in ihre Universitäten ein - ich vermute: nicht nur die eine. Frontstadtgeist, das ist der Name für eine Neurose. Sie entsprang der Hilflosigkeit, nicht der Feindseligkeit, ihre Aggressivität war Ohnmacht, ihr Trotz die Selbstbehauptung für ein hier und dort verratenes Ganzes. Neurotisch drohte diese Stadt, neurotisch drohte ihre Universität zu werden, die sich noch immer die Freie nannte.

Weil die Universität das erkannte - denn es lehrten klarsichtige Lehrer an ihr, sie war nicht eine Universität minderen Ranges -, wurde sie sachlich, so wie man nach erhitzten Emotionen sachlich wird. Das vertrug sich vorzüglich mit dieser Gesellschaft, denn auch sie war inzwischen sachlich geworden und ahndete jede Kritik an ihrer Sachlichkeit mit Emotionen. Aber diese Sachlichkeit, schwerer zu durchschauen als das verkrampfte Gewissen einer mißhandelten Stadt, war darum nicht weniger gefährlich, als ungezügelter Emotionen werden können. Sie war entstanden auf dem Boden einer Indifferenz, die sich durch nichts erschüttern lassen will, und übertrug deren Standpunkt auf Forschung und Lehre. Sie war der Panzer und das Alibi für ein Bewußtsein, das den Alptraum unserer Gesellschaft träumt.

In der Atmosphäre dieser Sachlichkeit ersticken unsere Universitäten. So erstickend liefern sie den Vorwand ab, der jedem zugute kommt, der die Mittel für den Zweck, das Denken für die Ziele des Denkens, die Beherrschung der Natur für die Natur der Herrschaft erklärt. Unsere Universitäten - damit stand die Freie nicht

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

erinnerungen an das problem einer freien universität

allein, nur daß an ihr sichtbar wurde, was die Kontinuität der Tradition an älteren Universitäten verhüllte und was darum auch sie bald mit der Kontinuität erbogter Traditionen zu verhüllen begann - waren nicht nur unzureichend organisiert. Wie hätte man sie besser organisieren können? Man wußte ja nicht, welchem Zweck eine bessere Organisation dienen sollte außer dem einen, Schritt zu halten im Konkurrenzkampf mit den siegreichen Industrienationen, die mit einem Mal auch die wissenschaftlich überlegenen waren und die dem letzten nationalen Bollwerk der inneren Emigration - der Überlegenheit des wohl mißbrauchten, aber in seiner Substanz dennoch nicht geschwächten deutschen Geistes - den Stoß versetzten, der der Augenblick der Wahrheit ist. Wenn es nach 1945 auch für die Wissenschaften eine Chance gab, so war es die: noch einmal ernst zu machen mit dem Grundprinzip der europäischen Wissenschaft, das zugleich das Grundprinzip für die Veränderung der europäischen Gesellschaft war - eine sehr reale Veränderung, der wir Formen und Inhalte unseres heutigen Leben verdanken.

Ich bin genötigt, eine Binsenwahrheit noch einmal zu formulieren. Die Geschichte der europäischen Wissenschaft ist eine Geschichte der Selbstbefreiung des Menschen. Ihr Erkennen war ein Sieg über animalische Ohnmacht und Angst. Sie hatte die großen, unser Leben verändernden Erfolge, weil animalische Mächtigkeit in den Dienst eines solchen Erkennens trat: Trieb, der die sofortige Erfüllung sucht, in den langfristigen Plan; Denken, das sich über die unbequeme Realität erhebt, in den planmäßigen Eingriff in diese; Angst vor dem Tod und Sorge für das Überleben in einen Kampf gegen Todesfurcht und Entwürfe für ein menschenwürdigeres Leben verwandelnd. Das ist eine Binsenwahrheit, und vergleichsweise intakt sind Wissenschaften bedeuten würde. Ich nenne das eine Beispiel der Medizin. Aber - damit greife ich meine Bemerkung über den Geist als das Lebendige, das eine Richtung hat, noch einmal auf - was ist in den Geisteswissenschaften aus dieser Binsenwahrheit geworden? Der Inhalt der Wissenschaft - die Sache, um die es ihr einmal gegangen ist und um die es ihr weiter gehen muß, wenn sie den

Namen Wissenschaft behalten will - ist weitgehend verschwunden. Er ist verraten im Namen einer richtungslosen Sachlichkeit. Wozu werden diese 1001 Spezialitäten betrieben - oft mit Hingabe und Fleiß und manchmal dem Opfer einer lebenslangen Askese? Was heißt und zu welchem Ende studieren 10 000-e von Studenten an den volkreichsten Fakultäten unseres Landes Wissenschaft? Wer diese Frage stellt, bekommt nichtssagende Antworten zu hören, er stößt auf Indifferenz und Resignation. Wenn dies sich nicht ändert, wird der Begriff von Wissenschaft, dem wir unser Leben verdanken, am Ende sein, und - wir sollten es einmal mit aller Deutlichkeit sagen - das wäre ein viel einschneidenderes Ereignis als das Ende des Humboldtschen Universitätsmodells, dieses hin-und-hergereichten Fetischs im Streit um eine Universitätsreform. Doch wie sollte es sich ändern? Hier, im Zentrum des Begriffs der Wissenschaft als einer planmäßig betriebenen, ein menschenwürdigeres Leben oder, um mit dem altmodisch-aufrührerischen Wort es zu benennen: Glück zum Ziele habenden, in seinem Namen sachlichen, um seinetwillen asketischen Aktion, sind wir zugleich im Zentrum der Bewegungen, die unsere Gesellschaft bilden, im Zentrum also eines nicht nur formalistischen Bildungsbegriffs. Die inhaltliche Bestimmung von Wissenschaft und die inhaltliche Bestimmung von Demokratie sind identisch, und das haben Jahrhunderte lang die Wissenschaftler des Okzidents nicht nur verstanden, sondern praktiziert. Es als einen flachen Fortschrittsoptimismus abzutun - wie es spätestens seit dem Scheitern einer weltweiten Hoffnung in einem ersten weltweiten Krieg zur allgemeinen Selbstrechtfertigung der Gebildeten unter den Verächtern der Wissenschaft geworden war -, ist das Produkt der allgemeinen Resignation, zugleich eine Kapitulation vor jenem ohnmächtigen Bildungersatz, der, als Halbbildung verächtlich gemacht, die Sache der Wissenschaft, nämlich im Hinblick auf die Universalität ihrer Ziele, ohne die Unterstützung der Wissenschaften weiterbetreibt. Er ist der Schatten des Anspruchs, den die Wissenschaften selbst verraten haben, aber ein Schatten mehr oder weniger ist noch kein Grund zur Beunruhigung.

Beunruhigend sind andere Symptome: weltweite Bewegungen, die mit ihren Ausläufern auch diese Stadt Berlin erreichen und die die verkrampfte Stabilität dieser Stadt ebenso beunruhigen wie das labile Gleichgewicht ihrer Organisationen, zumal des Wissenschaftsbetriebes ihrer Universität. Zweigleisig ist die Art, in der Universität und Stadt die Beunruhigungen zur Kenntnis nehmen. Einerseits spüren sie eine auf Einzelaktionen kleiner Grüppchen nicht reduzierbare Unruhe unter den Studierenden und verraten ihre Beunruhigung darüber

durch die Unmäßigkeit der Reaktion auf jede Einzelaktion kleiner Grüppchen. Andererseits verharmlosen sie die allgemeine Beunruhigung als universitätsinterne oder kleinstädtische Ordnungswidrigkeiten und bestätigen sich, aufatmend von Fall zu Fall, die Wiederherstellung der Ordnung.

Universität und Stadtverwaltung haben ihren Blick verengt. Sache der Universität wäre es, zu analysieren, Sache der Stadt, nicht in eine Kleinstadtmentalität zu verfallen. Mag die Stadt dies, einer kaum vergangenen Frontstadtneurose gegenüber, immer noch als das kleinere Übel betrachten, so sei sie dennoch vor den Folgen gewarnt: das Ideal der Kommunalpolitik, Ruhe und Ordnung in einem aufgeräumten Gemeinwesen, als das Ideal des Stadtregimentes dieser Stadt, wäre nichts weniger als der Verzicht auf diese Stadt. Ohne ein Maß an Unordnung, Beunruhigung, latenter Provokation wäre eine Stadt wie diese verloren. Unruhe, die um die Chance ihrer Selbstdarstellung gebracht wird, ist gezwungen, sich in einen negativen und einen positiven Anteil zu zersetzen; der negative wandert in die Formen einer ihm verordneten Kriminalität, der positive in die großen Städte ab, die diesen Namen verdienen. Das ist nicht eine Stadt-Romantik, gegen die im übrigen weniger einzuwenden wäre als gegen einen allgemeinen Waschzwang, sondern die Verteidigung eines großstädtischen Substrats, ohne das wir heute alle noch in einer Feudalgesellschaft leben müßten. Allerdings: die unablässige Anstrengung der Universität, zu analysieren, hätte der Stadtverwaltung zu Hilfe zu kommen. Sie kann weder nur die Sache eines liberalen Rektors sein noch die eines sozialistischen Senators, sondern hätte in allen Wissenschaften, wenigstens in allen Geisteswissenschaften, zu geschehen. Denn - dies ist die These, die den Ordnungsrufen in Universität und Stadt entgegenzuhalten ist -: was hier beunruhigend, heute in dieser Gruppe, morgen in jener und übermorgen vielleicht in der ganzen Studentenschaft dieser Universität als Unruhe spürbar wird, ist das Ungenügen an einer Gesellschaft, in der es weder einen inhaltlichen Begriff von Wissenschaft, noch einen inhaltlichen Begriff von Demokratie mehr gibt.

Wellen der Unruhe laufen durch die Universitäten dieser Welt. Politische ebenso wie unpolitische Ereignisse lassen sie sichtbar werden, politische ebenso wie unpolitische Gruppen schüren sie. Die Angst, abgeschnitten zu sein von der Realität; nicht zu leben, sondern zu ersticken und prämiert zu werden für das Einverständnis damit; die Angst, eingesetzt zu werden für Krieg und Unrecht oder morgen ausgelöscht zu sein, und dann Wissenschaften treiben zu sollen, deren Wissenschaftlichkeit

gerade im Absehen von den möglichen Folgen, zumal diesen Folgen, besteht; die Angst, heute noch, als Mitglied einer Gesellschaft der Unter-Dreißig-Jährigen, mit einem Rest von Leben vereinigt zu sein und morgen bei lebendigem Leibe tot zu sein, weil aufgegangen in einer in ihrer eigenen cleveren Lebendigkeit erstarrten Gesellschaft; Unbedingtheit zu wollen und ständig bedingt zu sein; Undurchschaubares durchschauen zu wollen; teilzuhaben an der Realbewegung, selbst um den Preis, ausgelöscht zu werden in einer selbstverursachten realen Katastrophe; den Zufall provozieren, der das bürgerliche Synonym für Schicksal ist, aber nicht länger in dem wohleingordneten gesellschaftlichen Spielbereich der Happenings, diesem unbefriedigenden Ersatz für ein unbefriedigendes Leben; stumm zu sein, um nicht durch Sprache verstrickt zu werden in seinen Aktionen; jedesmal zu wissen, daß dies alles ohnmächtige Aktionen sind, und trotzdem zu hoffen, daß ihre Verwandtschaft mit den mächtigen Aktionen einer etablierten Erwachsenenwelt diese als nicht weniger sinnlos entlarven wird als die vergeblichen eigenen: dies und unendlich viel mehr, teils stumm, teils lärmend, teils politischen Spielregeln sich unterwerfend, teils jede Spielregel verwerfend als den Verrat an einem zuletzt doch nicht erreichbaren Ziel (aber wenigstens sollte es nicht scheinen, als mache man sich über die Erreichbarkeit noch eine Illusion), hat der Gegenstand wissenschaftlicher Analyse zu sein. Es ist eine Szene, würdig des absurden Theaters, wie 10.000-e von Studenten Wissenschaften betreiben, die sie auch nicht im geringsten interessieren, und wie diese Wissenschaften wiederum nicht im geringsten an dem interessiert sind, was die sie Betreibenden angeht.

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

diepffen und c

Die Abwahl des AstA-Vorsitzenden Eberhard Diepffen. Ein Stück FU-Geschichte

Wir schreiben das Jahr 1963. Am 30. Januar tritt der 14. Konvent (das damalige Studentenparlament) zusammen, um einen neuen Asta-vorsitzenden zu küren. Gegen den amtierenden und sich zur Wiederwahl stellenden Astavorsitzenden Dietrich Schmidt-Hackenberg (Argument-Club) kandidiert Eberhard Diepffen, Mitglied der schlagenden Burschenschaft Saravia und der CDU. Überraschend deutlich setzt sich Diepffen, der Sprecher der Juristischen Fakultät, durch. Von den 60 Studentenvertretern stimmen 32 für Diepffen, 18 für Schmidt-Hackenberg, der Rest enthält sich.

Damit schien den Burschenschaftlern durch eine geschickte Wahlregie auf stillem Wege das gelungen zu sein, was sie seit langem angestrebt hatten: ihre Anerkennung als gleichberechtigte Studentenvertretung an der FU neben den politischen Studentenverbänden. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der Konvent die Anträge der Burschen- und Sängerschaften auf Anerkennung als förderungswürdige Studentenverbände immer abschlägig beschieden.

Doch es kommt alles anders. Am 2. Februar, drei Tage nach der verhängnisvollen Wahl, tritt der Ältestenrat des 14. Konvents zusammen und beschließt, eine Urabstimmung über die Gültigkeit der Wahl Dieppfens zum Asta-Vorsitzenden durchführen zu lassen, ebenso über die Frage, ob der Konvent, der Diepffen wählte, aufgelöst werden soll. Zur Begründung schreiben sie: „Die Ältesten halten es für unvereinbar mit dem Geist der Freien Universität und den Vorstellungen einer modernen Universität (...), daß ein Mitglied einer schlagenden Verbindung die Gesamtheit aller Studenten der Freien Universität vertritt.“ Zwei Tage später schließt sich der noch amtierende Schmidt-Hackenberg der Entscheidung an und macht ebenfalls von seinem Recht Gebrauch, eine Urabstimmung zu verlangen. Die Urabstimmung wird für die Tage vom 13. zum 15. Februar angesetzt. In der Zeit dazwischen passiert das, womit man schon nicht mehr zu rechnen wagte: Der legendäre 'Geist' der FU feiert seine Wiederauferstehung. Die studentischen Gründungsmitglieder der FU verfassen eine Erklärung, in der sie fordern, daß in der FU nicht jene Geisteshaltung gepflegt werden dürfe, die ihren Teil dazu beigetragen habe, die deutsche Demokratie zu zerstören

die folgen



Die Urabstimmung an der FU vom 13.-15.2.1963, die den AStA-Vorsitzenden Eberhard Dieppen abwählte. Als Regierender Bürgermeister wird er im Oktober 1999 abgewählt.

diepgen und die folgen

und auf ihren Trümmern das 3. Reich zu erbauen. Der Dekan der Philosophischen Fakultät, Professor Lieber, weigert sich, an der Sitzung eines Konvents teilzunehmen, der einen Burschenschaftler zum Astavorsitzenden wählt. Auf einer Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die schlagenden Verbindungen und die FU“ vor 1500 Zuhörern im Audimax ist man sich einig in der Abneigung gegen die schlagenden Verbindungen. Diese, ebenfalls anwesend, schweigen. Nur der Fachverband Rechtswissenschaft im Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) stellt sich hinter Diepgen.

Doch umsonst. Die Studentenschaft wählt Diepgen mit deutlicher Mehrheit ab. Die Wahlbeteiligung ist hoch (70,8% = 10.027 Stimmen). 64,5% sprechen sich gegen Diepgen aus, 60% votieren für die Auflösung des 14. Konvents.

Soweit die Chronik der Ereignisse. Wie sind sie zu bewerten? Das ist nicht ganz einfach. Sicherlich war die Abwahl Diepgens kein revolutionärer Akt. Dafür war die allgemeine Zustimmung zu dieser Entscheidung der Studentenschaft zu groß. Ob Tagesspiegel, Zeit oder FAZ, alle lobten den Geist der Freien Universität. Diepgen wurde auch von einem Teil der konservativen Studenten abgewählt. Es sollte noch Jahre dauern, bis das Studentenparlament eine gefestigte linke Mehrheit besaß. Im 15. Konvent, der im Sommer 1963 gewählt wurde, hatten die Rechten wieder die Mehrheit. Das Rechts-Links-Schema greift hier allerdings nicht ganz, da die Konventsmitglieder durch Personewahl bestimmt wurden und die meisten nicht als Mitglieder politischer Gruppen kandidierten. So ist es auch zu erklären, daß mit Dietrich Schmidt-Hackenberg vom Argument-Club ein eher Linker schon 1962/63 Asta-Vorsitzender sein konnte, oder daß mit Lefèvre ein SDS'ler zum Asta-Vorsitzenden gewählt wurde, zu einer Zeit (Februar 1965), wo der SDS noch eine verschwindende Minderheit war (obwohl dieser Fall noch anders liegt . . .).

Aber zurück zu Eberhard Diepgen. Wie ist seine Rolle einzuschätzen? Entsprach er dem Bild eines rechtsradikalen Burschenschaftlers, dem Bild von den ewig Gestrigen, die nichts gelernt hatten und auch nichts lernen wollten, die sich

die Gesellschaft so ständisch-autoritär wie ihre eigenen Verbände wünschten und so lange auf dem Paukboden zu überwintern gedachten, bis ihre Zeit wieder gekommen sein würde?

Das hatte man vielleicht noch 1948 denken können. 1963 gaben sich die Burschenschaften anders. Man hatte längst in der bürgerlich-demokratischen Gesellschaft Fuß gefaßt, und es war gelungen, der Gesellschaft zu suggerieren, daß die Ziele der Burschen mit denen einer bürgerlich-demokratischen Gesellschaftsordnung auf's Beste harmonieren würden. Ein kurzer Rückblick soll das verdeutlichen. Die Zeit der allgemeinen Ächtung der Korporierten war nur kurz. Nach der Währungsreform und damit der Restauration der besitzbürgerlichen Ordnung bekamen die Burschenschaften und ihre Klientelstruktur schnell wieder einen ökonomischen Sinn. Der Nachwuchs für die höheren Ränge der neuen Ordnung sollte schließlich gut ausgesucht und möglichst aus der eigenen Familie sein. Die zuerst vor allem von den 'alten Herren' betriebenen Neugründungen der Burschenschaften bekamen so schnell Zulauf. 1950 konstituierte sich in Marburg die Deutsche Burschenschaft. Schon zu Beginn der 50er Jahre stellten die Korporierten an einigen Hochschulen wieder die gewählten Studentenvertretungen. Doch noch widersetzten sich die meisten Hochschulen den Farbentragenden. 1949 faßte die Westdeutsche Rektorenkonferenz ihre Tübinger Beschlüsse, in denen sie den Hochschulen empfahl, das Farbentragen und Fechten von Messuren zu untersagen. So verweigerte auch die Freie Universität den Burschenschaftlern die Immatrikulation. Den Widerstand der Universitäten brach die Justiz. Sie, die alte Hochburg der Korporierten, untersagte den Hochschulen in einem Bundesverwaltungsgerichtsurteil 1958 die Verweigerung der Immatrikulation für Mitglieder schlagender Verbindungen. Schon vorher war der RCDS aus der Front der Burschenschaften ausgeschert. 1955 hob er den bis dahin gültigen Unvereinbarkeitsbeschuß auf. Damit war den Korporierten innerhalb des RCDS jetzt auch eine politische Betätigung an den Hochschulen möglich. Der SDS, der sich den Kampf gegen die Korporationen zur Hauptaufgabe gemacht hatte, stand bald allein da. Auch die SPD, die auf Druck des SDS ihren Unvereinbarkeitsbeschuß noch einige Male erneuerte, ignorierte diesen nach einiger Zeit stillschweigend. (Andernfalls müßte man heute einige Mitglieder ausschließen.) 1963 jedenfalls waren die entschiedenen Gegner der Korporationen auch an den Hochschulen schon in der Minderheit. Zum Deutschen Burschenschaftstag desselben Jahres entboten nicht nur der Kanzler Adenauer, sondern auch der Oppositionsführer Ollenhauer ihre Grüße. Vor diesem Hintergrund

war nun der Geist der Freien Universität doch schon etwas anachronistisch und mehr als eine hohle Phrase.

Eberhard Diepgen riskierte also alles andere als seine gesellschaftliche Ächtung, als er sich entschloß, der schlagenden Burschenschaft Saravia beizutreten. Er sicherte seine berufliche und politische Karriere nur gewissenhaft nach allen Seiten ab. Und der Patzer mit der Urabstimmung hat ihm ja, wie wir heute wissen, nicht weiter geschadet. Die undemokratische Tradition und Ideologie der Burschenschaften, die allerdings hat Herr Diepgen anscheinend geflissentlich übersehen. Jedenfalls tut er so. In einem Artikel für die 15 Jahre FU-Jubiläumsschrift der Freien Universität stellt Diepgen im Juni 1963 fest, daß den Verbindungen an der FU eine wichtige Aufgabe zufalle, da es der Massenuniversität nicht gelungen sei, die Studenten zu integrieren. Die Korporation hätte deswegen die Aufgabe der Persönlichkeits- und Gemeinschaftsbildung zu übernehmen. Herr Diepgen empfiehlt also denjenigen, die nicht in der Lage sind, der Unvernünftigkeit der Gesellschaft mit Rationalität und Emanzipationsinteresse entgegenzutreten, die Flucht in die Deutschtümelei, den Manneskult, den bierseligen Irrationalismus der schlagenden Verbindungen. Das ist nicht gerade ein hochschulpolitisches Konzept, das man sich von einem Regierenden Bürgermeister wünscht. Aber inzwischen sind 25 Jahre vergangen und Herr Diepgen hatte Zeit genug, sich etwas Neues auszudenken. Andererseits, da er nun einmal den Lebensbund mit seinen Bundesbrüdern von der Saravia eingegangen ist, wird er ihm doch nicht untreu geworden sein, als deutscher Mann?

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

von der freien zur kritischen

Am 2. Juni 1967 wurde bei einer Demonstration gegen den Schah von Persien der Student Benno Ohnesorg von einem Polizeibeamten erschossen. Ein zu diesem Vorfall eingerichteter parlamentarischer Untersuchungsausschuß richtete im Verlauf seiner Arbeit eine Anfrage an den AStA der Freien Universität. Die Stellungnahme des FU-ASTA von 1967, die wir im folgenden abdrucken, analysiert und reflektiert die historische Entwicklung bis zum Entstehen der Studentenbewegung in Berlin.

Politische Intentionen bei der Gründung der FU

Zu schildern, in welcher Situation und mit welcher Absicht Studenten 1948 die Linden-Universität verlassen haben, ist bei der Beantwortung der gestellten Fragen deshalb wichtig, weil dies heute von Kritikern und Befürwortern der studentischen Politik als Argument für den 'Gründergeist' herangezogen wird. Die Intentionen der Gründung können keinesfalls heute allein darin erkannt werden, was arrivierte ehemalige Gründerstudenten aus ihrer jetzigen Situation dazu zu sagen wissen, man wird sich vielmehr auf Quellen und nachprüfbare Daten beziehen müssen.

Bei der Darstellung des 'Gründer-Bewußtseins' soll hier zwischen einem institutionellen und einem bewußtseinsmäßigen Aspekt unterschieden werden, die jedoch - auch das wird sich zeigen - nicht voneinander getrennt werden können.

1. Der institutionelle hochschulpolitische Aspekt

Ähnlich wie in anderen Bereichen der Gesellschaft, wo in Berlin nach dem Kriege neue Formen demokratischer Institutionen zunächst installiert worden waren (1), hatte auch die neue Universität die Chance, allgemein als notwendig erkannte Reformen durchzuführen.

Das von Humboldt gezeichnete Bild der 'Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden' wurde von den FU-Gründern gerade deshalb aufgegriffen, weil es ein unautoritäres Zusammenwirken der Universitätsmitglieder meinte und den politischen Willen für eine menschliche Gesellschaftsordnung dokumentierte. Heinrich (Klaus Heinrich, Mitgründer der FU): "Der Pioniergeist der Gründung sollte politisch befestigt werden. Die Verfassung, die die junge Universität sich gab, unterstützt von Bürgermeister Reuter und unseren Freunden unter den Mitgliedern der Militärregierung, drückte einen politischen Willen aus. Sie beschwor - Vorgriff auf eine utopische Gesellschaft im Modell der Universitätsdemokratie - das Bild einer Gemeinschaft ohne Zwang. Ich nenne nur die wichtigsten Punkte. Diese Universität war keine Landesuniversität, sondern eine Stiftungsuniversität, so wie einmal

universität

die Bürgeruniversität der Stadt Frankfurt; über sie wachte ein Kuratorium, das zugleich eines ihrer eigenen Organe war; sie vertraute dem Staat, der ihr Geld und Sicherheit und Häuser gab; der Vorsitzende des Kuratoriums war der später so genannte Regierende Bürgermeister der Stadt; sie war nicht hierarchisch aufgebaut: die Teile, aus denen sie sich zusammensetzte, waren, juristisch-physiologisch gesprochen, ihre Organe - jedes für die ganze Universität denkend und im Interesse des Ganzen handelnd: Rektor, Senat, Fakultäten, Kuratorium und Studentenschaft; die Studentenschaft war in allen beschlußfassenden Gremien mit beschließender Stimme vertreten; nur die Assistenten waren nicht vertreten - das lag daran, daß erst nur ein einziger Assistent die alte Universität verlassen hatte, der jetzt amtierende Rektor." (Gemeint ist H. J. Lieber). Kotowski weist darauf auch besonders hin in seinem Aufsatz "Der Kampf um Berlins Universität", in Veritas, Justitia, Libertas, Berlin 1953 (2).

Faktisch war es in den ersten Semestern (nach der Gründung) so, daß die Studenten bei allen Entscheidungen der Universität maßgeblich beteiligt waren. Es ist von damaligen Studentenvertretern überliefert, daß in den Gremien so lange diskutiert wurde, bis alle beteiligten Gruppen mit der gefundenen Lösung einverstanden waren, daß also keine Gruppe überstimmt wurde. Dies ist deshalb wichtig, weil so erklärt werden kann, daß die Gründerstudenten wegen ihrer tatsächlichen Situation keine Notwendigkeit sahen, den studentischen Einfluß weitgehend zu institutionalisieren, als es wirklich geschah. Professoren waren nur zögernd von der alten an die Freie Universität gekommen, die Studentenschaft hatte lange die entscheidende Initiative und war von Stadtregierung und akademischen Autoritäten als die tragende Kraft der Universität anerkannt. In dem politischen Entschluß, die studentischen Korporationen aus dem Universitätsleben auszuschließen, waren sich alle an der Gründung beteiligten Gruppen einig. Diese Einigkeit läßt darauf schließen, daß man die gesellschaftliche Rolle der Universität zu reflektieren bereit war und die Notwendigkeit sah, die gesellschaftliche Funktion der Universität zu definieren.

Die Gründungssituation mit ihrem politischen Konsensus ließ sich natürlich nicht künstlich

aufrechterhalten. Politische Handlungen und inneruniversitäre Entwicklungen erzwangen bald den Anfang dessen, was man heute 'Restauration des Berliner Modells' nennen kann. Bei der Gründungsfeier der FU im Titania-Palast waren Repräsentanten der deutschen Universitäten nicht vertreten. Dies signalisierte eine Schwierigkeit, die die Entwicklung der neuen Universität sehr bald beeinflussen sollte: von Westdeutschlands Universitäten beargwöhnt, rang die FU bald um die Anerkennung als 'volle Universität'.

Drei Haupteinwände standen der Anerkennung durch die in ihrer traditionellen Form wiedererstandenen Universitäten entgegen: 1. das Odium der 'Kampfuniversität' hing ihr an, weil sie 'gegen die Ostberliner' gegründet worden war, 2. ihre neue Form, d.h. die Verwirklichung von Reformen vor allem im Mitspracherecht der Studenten, machte sie in westdeutschen Augen suspekt, 3. der Ausschluß der Korporationen, kurz nach dem Kriege an allen Universitäten selbstverständlich, hatte der FU einen wesentlichen Bestandteil der konservativen Institutionen genommen. Es war schwierig, Professoren nach Berlin an die neue Universität zu holen, worunter vor allem lange die Juristische Fakultät litt, denn kein einziger Jurist war von der Linden-Universität herübergekommen. Das Streben nach Anerkennung durch die westdeutschen Universitäten, einerseits Lebensbedingung als Universität, andererseits der Wunsch nach demselben traditionellen Prestige, wurde deshalb bald bestimmend für manche Entscheidung und mußte als Anpassung gegen die bei der Gründung intendierten Reformen gerichtet sein.

Die Politik der Regierung von Berlin pendelte sich, einerseits unter dem Druck der politischen Verhältnisse, andererseits wegen der Anti-Stellung gegenüber den östlichen Entwicklungen, auf eine Anschließpolitik an Westdeutschland ein. Die dadurch notwendige Anpassung politischer Verhältnisse Berlins an die Westdeutschlands engten den Raum selbständiger Entscheidungen der Berliner Regierung auch auf dem kulturpolitischen Sektor ein (s. Fijalkowski). Der große Andrang von Studenten an der neuen Universität machte einen schnellen, daher wenig geplanten Ausbau notwendig (In

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

den ersten vier Jahren verdreifachte die FU ihr Volumen). Es lag keine bauliche Konzeption (wegen der Raumschwierigkeiten sowieso fast unmöglich) und keine hochschulpolitische Konzeption vor, da man die ersten verwirklichten Reformen beim Kampf um Anerkennung schon als Nachteil empfinden mußte. Die Generation der Gründerstudenten verließ die Universität nach der Ausbildung, die neuen Studentenvertreter konnten den engen Kontakt wegen der rapiden Vergrößerung nicht mehr finden, eine wachsende Bürokratie tat ein Zusätzliches für die Entfremdung zwischen den Mitgliedern der Universität. Der Lehrkörper vergrößerte sich, aus Westdeutschland kamen mit den Berliner Verhältnissen nicht vertraute Lehrer, denen die Mitsprache der Studenten ungewohnt und unmotiviert erscheinen mußte. Da die studentische Mitsprache auf die obere Entscheidungsebene von vornherein beschränkt geblieben war (für die Gründer war die oberste Ebene identisch mit der unteren wegen der Überschaubarkeit der Universität), und die Institutionalisierung studentischer Mitsprache auf unterster Ebene nicht vorgenommen war, wurde der studentische Einfluß früh geringer.

Kadritzke (3) schildert diese Kompetenzverluste, die durch den Ausbau der Universität eintraten, so: "Die eigentlichen Probleme, von deren Lösung oder Verschleppung die Studenten in ihrer Ausbildung einschneidend betroffen wurden, standen nun nicht mehr im Akademischen Senat, sondern in den Fakultäten und besonders in den einzelnen Fachbereichen und Instituten zur Debatte. Hier entzogen sie sich jeglicher universitätsöffentlicher Kontrolle. 'Alle Fragen, in denen sich unter den Lehrstuhlinhabern keine allgemeine Übereinstimmung erzielen läßt, bleiben unentschieden, oder werden unter Umgehung der Selbstverwaltung gelöst.'

(4). Es zeigte sich damit, daß '(...) die Studenten als erste in ihren Ausbildungsinteressen beeinträchtigt wurden. Denn sie gerieten nun in immer größere Abhängigkeit von Entscheidungen, die für den jeweiligen Fachbereich die Ordinarien in alter Weise allein fällten, ohne die Bedürfnisse der unterprivilegierten Universitätsmitglieder noch wahrzunehmen, weil die Distanz zwischen Lehrenden und Lernenden im expandierenden Universitätsbetrieb die Kommunikation

zunehmend erschwerte. Zudem verschlechterte sich die objektive Ausbildungssituation: Der Universität gelang es nicht mehr, die beiden Funktionsbereiche von Forschung und Lehre in der von ihrem eigenen Anspruch geforderten Weise so zu verbinden, daß die Lehrenden die Erkenntnisse und Methoden eines Forschungsgebietes, auf dem sie selbst (...) arbeiteten, (...) in die wissenschaftliche Ausbildung eingehen ließen.'(5). Das unverbundene Nebeneinander von Lehrstühlen, deren bürokratischer Betrieb auch die Arbeitskraft ihrer professoralen Inhaber weit über Gebühr absorbieren mußte, verhinderte damit sowohl eine Mitbestimmung der Studenten an ihrer Interessenbasis als auch die Realisierung ihres Anspruchs auf wissenschaftliche Formen des Studiums." [. .]

Die faktischen Einbußen an Mitsprachemöglichkeiten lassen sich schwer hinterher aufzeigen, weil viele nicht institutioneller Art waren (was oben zu zeigen versucht worden ist). Einige Beispiele institutioneller Kompetenzverluste erwähnt Kadritzke (S. 39/40 a.a.O.): "Die juristische Fakultät restaurierte als erste das überkommene Verfahren einer allein von Ordinariengesichtspunkten bestimmten Selbstergänzung des Lehrkörpers durch ein Berufungsverfahren, von dem der Studentenvertreter ausgeschlossen blieb. . . . Der Akademische Senat hat diese Praxis nicht verhindert, obwohl ihm §10 der Universitätssatzung aufgibt, die einzelnen Fakultätsordnungen zu kontrollieren. Hatten die Studenten der Gründergeneration noch im Zeichen der antifaschistischen Universitätstradition entscheidenden Einfluß auf die Berufung neuer Universitätslehrer genommen und nazi-belastete Professoren in Einzelfällen von der Hochschule fernhalten können, so wurden mit dem Beginn der Restaurationsphase Studentenvertreter auf formelle oder informelle Weise daran gehindert, zu berufende Professoren aus studentischer Perspektive mitzubeurteilen. Ein weiteres wesentliches Moment studentischer Mitbestimmung ging verloren, als der Rechts- und Verfassungsausschuß 1952 ausschließlich mit professoralen Mitgliedern besetzt wurde. Diesem Ausschuß hatte man noch 1950 eine entscheidende Funktion für die ins Auge gefaßte permanente Hochschulreform zugeordnet. Seine Mitglieder, damals zwei Professoren und ein Student, sollten alle notwendigen Veränderungen in der Hochschulstruktur juristisch kodifizieren und systematisieren".

"(...)Die Arbeit des modellwidrigen Rechts- und Verfassungsausschusses trug in einem kritischen Abschnitt des Hochschulausbauens entscheidend dazu bei, den Anschluß der Freien Universität an das herkömmliche deutsche Hochschulrecht wiederherzustellen, das noch heute die vom Grundgesetz garantierte

Freiheit der Wissenschaft im wesentlichen als inneruniversitäre Entscheidungsgewalt der Ordinarien versteht.“ Zu diesen Symptomen der hochschulpolitischen Entwicklung kam der Einfluß der Bürokratie. Kadritzke, S. 40: “Eine der negativen Konsequenzen dieser expansiven Entwicklung war das Wuchern einer Universitätsbürokratie, die traditionell studentische Angelegenheiten in die eigene Regie übernahm und damit der Kontrolle von außen entzog. Da sich die Mitentscheidungsrechte der Studenten an der FU als Folge der steckengebliebenen Hochschulreform von Anfang an auf die obersten Ebenen der akademischen Verwaltung beschränkt hatten, mußten sich die Chancen studentischen Einflusses entscheidend mindern.” [. .]

2. Politik und politisches Bewußtsein der FU-Gründer

Wie oben schon erwähnt, war es der zunehmende Druck und Zwang, der die Studenten 1948 aus der Linden-Universität trieb. Neben den Beschwerden im Studium bildete vor allem die Relegation - hierbei vor allem das Verfahren, wie Kotowski betont (6),- dreier Colloquium-Mitarbeiter den Anlaß für eine Forderung nach einer freien Universität. Den Studenten und ihrer gewählten Vertretung wurde das Recht bestritten, sich zu dieser Angelegenheit äußern zu dürfen und Forderungen zu erheben, da es sich dabei um eine Universitäts-’externe’ Angelegenheit handele, und die Studenten hierzu offiziell Stellung zu nehmen, nicht befugt seien.[. .]

Man hat sich damals explizit gegen zwei Seiten eines falschen Universitätsbewußtseins gewandt: gegen die unpolitische und gegen die politisierte Universität. Politisiert, ein damals eindeutig negativ besetzter Begriff, bedeutete: aufgesetzte Parteilichkeit, Opportunismus, gegenseitige Bespitzelung und Denunziation. Die gesellschaftliche Dimension der Wissenschaft wurde jedoch nicht - wie heute oft - einfach geleugnet, sondern sie bildete eines der Kernprobleme bei der Überlegung für eine neue Konzeption der deutschen Universitäten nach ihrem Versagen vor dem Faschismus.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß eine einheitliche politische Einstellung die ganze Universität in ihren Anfangsjahren prägte: der Antifaschismus. Die politische Rolle der Universitäten und der Studentenschaft vor allem 1933 war das Signal für das Selbstverständnis und die politische Rolle der Gründer. Kotowski, S. 21: “Ihre aktivsten Köpfe, die in ganz Deutschland als die unermüdlichsten Vorkämpfer einer Hochschulreform mit dem Ziel der Weckung des

staatsbürgerlichen Bewußtseins in der Akademikerschaft (Hervorhebung v. H. H.) angesehen werden müssen,(...) waren (...) unerschütterlich entschlossen, sich jedem neuen Diktaturversuch entgegenzustemmen. Gerade die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltpolitik (...) mußten hier die natürliche Führung werden.” Heinrich, S. 93: “Es gab keine braunen Lehrstühle, die meist älteren Studenten waren, was heute leicht in Rufe wie ‚Gefahr von links‘ und ‚Unterwanderung‘ ausbrechen läßt, nämlich Antifaschisten.” (7).

Die Mitarbeit an der Gestaltung der neuen Gesellschaft, die nach dem Zusammenbruch entstehen sollte, war daher eine Selbstverständlichkeit. Die Bezüge in einer Zeit totaler Desorganisation und fremdbestimmter Verwaltung zwischen gesellschaftlicher Ordnung und Universität waren unmittelbar sichtbar. Es wurde deshalb auch nie in Frage gestellt, ob im Gründungsausschuß - oder später in den Gremien der Universität - über Fragen der allgemeinen Politik, etwa des Aufbaues des Bildungswesens, diskutiert werden sollte. Es wurde diskutiert, und die Universität als solche nahm Einfluß auf die Entwicklung der Stadt. Sie verstand sich nicht als neutraler Ort zweckfreier Wissenschaft, sondern sah ihren gesellschaftlichen Auftrag darin, mit ihrer Wissenschaft beim Aufbau einer humanen Gesellschaftsordnung mit Mitteln der Wissenschaft mitzuarbeiten. [. .]

Die Universität hatte die studentischen Korporationen ausgesperrt, weil sie der Meinung war, daß sich ihr Auftrag nicht vereinbaren lasse mit jener Lebensform und jenen gesellschaftlichen Auffassungen, die dort indoktriniert werden. Sie hatte damit ihre politische Neutralität aufgegeben. Versäumt wurde - wie oben angezeigt -, die wissenschaftliche Tätigkeit in ihrer gesellschaftlichen Bedeutung im Fach selbst zu reflektieren und so den Wissenschaftlern (und damit den Studenten) eine Verpflichtung, auch eine politische Rolle mit wissenschaftlichen Methoden zu geben. Es wurde versäumt, ein politisches Bewußtsein auszubilden, das nicht aufgesetzt ist, sondern sich aus einer verantwortlichen Tätigkeit ergibt. Die diesbezüglich an der FU unternommenen Versuche (studentisches Gemeinschaftsleben, Studium generale) mußten deswegen scheitern, weil sie für die wissenschaftliche Arbeit ein Zusätzliches waren und nicht Teil dieser selbst. Nach dem Scheitern dieser Versuche wurde eine Konzeption ‘politischer Bildung’ entwickelt, die nach eigenen Aussagen ihrer Verwalter eine FU-spezifische Arbeit sei, also demnach den Anspruch erhebt, jenes erwähnte Bewußtsein der Gründer gleichsam als Tradition fortzuführen.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

Wie diese 'politische Bildung' durch den Beauftragten des Akademischen Senats funktioniert, schildert Kadritzke (S. 45): "Zwar koordiniert der Beauftragte des Rektors heute eine Fülle von Seminaren, Diskussionen und Vorträgen, aber dieses dem Wissenschaftsbetrieb äußerlich gebliebene Programm (...) hält sich im akademischen Rahmen der schon beschriebenen Persönlichkeitsbildung, die politisch folgenlos bleibt. Zwar ist politische Bildung der Universität zugeordnet und damit als spezifisch akademisch ausgewiesen, aber sie erschließt sich nicht von den Fachwissenschaften her oder in Kooperation mit ihnen. Zwar hat sie zum Ziel, die künftigen Akademiker für spätere berufliche und gesellschaftliche Positionen mit politischer Gesinnung auszustatten, aber eben damit läuft sie Gefahr, die Studenten in der Vermittlung bloßer Ordnungsvorstellungen an die etablierten Herrschaftsinstitutionen anzupassen. Denn schon an der Hochschule als einer dieser Institutionen ist studentisches Verhalten nur gelitten, solange es die unbefragt gebliebenen inneruniversitären Verhältnisse nicht stört. Insofern kann politische Bildung, wird sie in dieser Weise von der Gesamtuniversität getragen, in ihrer aufklärerischen Tendenz nur so weit gehen, als die eigene, universitäre Machtstruktur noch im Dunkeln bleibt. Ein Element dieser Machtstruktur ist das Hausrecht des Rektors, dem alle politischen Veranstaltungen an der Universität unterworfen sind. Die eminent repressive Funktion dieses Hausrechts bleibt selbst dann bestehen, wenn es - was nicht immer geschehen ist - hinter einer liberalen Praxis zurücktritt, wie sie Sontheimer fordert, indem er der Universität abrät, „aus Sorge um die politische Ausgewogenheit die Veranstaltungen autoritär zu steuern“. Das sehr ausgeprägte Interesse der akademischen Verwaltung an einer letzten Kontrolle über politische Veranstaltungen von AStA und Hochschulverbänden kann jedoch auch Sontheimer nicht verbergen, wenn er feststellt : „Studentische Politik ist in einem sehr begrenzten Sinne nützlich als tätige politische Anteilnahme des einzelnen. Sie ist in aller Regel harmlos, und die politische Fähigkeit der Professoren und der Verwaltung muß sich darin erweisen, die Kommilitonen gerade bis zu dem Punkte gewähren zu lassen, an dem problematische Folgen für das Ganze der Gemein-

schaft entstehen können." (Quellenangaben bei Kadritzke)

Dadurch, daß das politische Engagement der Studenten gefördert werden sollte als 'staatsbürgerliche Pflicht' und daß dies kultiviert werden sollte in jener Konzeption von politischer Bildung, sollte es gleichzeitig wieder neutralisiert werden, indem dem Wissenschaftler als einem 'über allen Parteien' Schwebenden die Rolle des objektiven, unbeteiligten Beobachters zugeschrieben wurde.

Strukturelle Gründe für Universitätskonflikte

Es ist festzuhalten, daß die Gründung der FU ein politischer Akt war und auch so verstanden sein wollte. Man wollte nicht nur einen Wissenschaftsbetrieb, frei von jeder staatlichen Oppression, sondern auch ein kritisches politisches Bewußtsein der Studenten fördern. Nur so ist es zu verstehen, daß 1950 im Konvent über Maßnahmen beraten wurde, die der politischen Lethargie der FU -Studenten entgegenwirken sollten.

Die Studentenvertretung selbst wurde dieser politischen Intention der FU-Gründung dadurch gerecht, daß sie häufig zu politischen Ereignissen Stellung nahm und Beschlüsse faßte, so unter anderem folgende:

Beschlüsse:

- die Befürwortung der Politik der Bundesregierung (19.11.1950)
- die Bejahung eines deutschen Wehrbeitrages (19.12.1950)
- die Solidarisierung mit der Wiedervereinigungspolitik Adenauers (2.2.1951)
- der Protest gegen die Verurteilung zweier Studenten durch den SSD (2.2.1951)
- der Protest gegen die Aufführung von Filmen des "Jud-Süß"-Regisseurs Veit Harlan (24.2.1954)
- der Appell an die Atommächte, die Atomwaffenversuche einzustellen (15.5.1957)
- der Protest gegen die Teilnahme von zwei Konventsmitgliedern an den Weltjugendspielen in Moskau; die beiden Studenten wurden ihrer Ämter enthoben (30.7.1957).

Diese Beschlüsse, die nach öffentlich-parlamentarischer Diskussion gefaßt wurden, gehen wesentlich über den engeren Bereich der Universität hinaus, zogen aber keine Eingriffe der akademischen Verwaltung nach sich. Das Recht der Studentenschaft, sich qua Konvent auf diese Weise politisch zu äußern, wurde nicht in Frage gestellt, wobei offen bleiben soll, ob die Zurückhaltung des Rektorats dem politischen Inhalt der damaligen Konventsarbeit

allen gesellschaftlichen Bereichen stattfinden. Diesem Postulat wird unsere gegenwärtige Gesellschaft nicht gerecht. Sie ist nach Kompetenzbereichen aufgegliedert. Der Bürger unterwirft sich unkritisch den sogenannten Sachzwängen der Arbeitsteilung. Das führt dazu, daß man die Universität auf einen Bereich 'reiner, objektiver Wissenschaft' beschränkt und die politische Willensbildung einer kleinen Gruppe von Spezialisten überlassen bleiben soll, deren politisches Mandat alle vier Jahre durch formal-demokratischen Wahlakt bestätigt wird. Die Studenten sind nicht bereit, dieser Arbeitsteilung zu folgen, die den Berufspolitikern die politische Praxis überläßt, der Bevölkerung den Status der 'Regierten' zuweist und die Studentenschaft zu politischer Askese in den Seminarraum verbannt. Die Studenten der FU bestehen darauf, ihre demokratische Verantwortung durch ggf. auch demonstrative Meinungsäußerungen wahrzunehmen, wobei sie sich auf die Ergebnisse ihrer wissenschaftlichen Betätigung stützen.

Damit ist bereits der zentrale Gesichtspunkt für die Begründung des politischen Mandats der Studentenschaft angeschnitten: die besondere Stellung von Universität und Wissenschaft in der pluralistischen Industriegesellschaft. Der Realitätsbezug der Wissenschaft und ihre Bedeutung für die politische Entfaltung der Gesellschaft finden darin seinen Ausdruck, daß heute alle Lebensbereiche in immer stärkerem Maße von wissenschaftlichen Erkenntnissen bestimmt werden. Die Gesellschaft ist somit zum unmittelbaren Anwendungsfeld der Wissenschaft geworden. Rationale Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnis ist erst dann gewährleistet, wenn sie unter dem Vorzeichen ihrer sozialpolitischen Relation diskutiert und beschlossen wird; erst dann wird sie ihrer Prämisse gerecht, dem Leben zu dienen.

Im Zeitalter der Massenvernichtungsmittel, die alles Leben auf der Erde bedrohen, kann es der heutige Naturwissenschaftler nicht seiner Umwelt überlassen, welche Anwendung seine Erkenntnisse finden. Am Beispiel der Waffenentwicklung läßt sich sehr deutlich zeigen, daß wissenschaftliche Arbeit in Abhängigkeit von tagespolitischem Geschehen steht, daß ihr ein politischer Aspekt immanent ist, der ihre Vor-

aussetzungen und Folgen zu bedenken verpflichtet.

Der Wissenschaftler und der Student als angehender Wissenschaftler haben daher in der heutigen Zeit die Position inne, die ihnen eine spezifische Verantwortung auferlegt. Es genügt nicht, daß sie die gesellschaftlichen Implikationen ihres Tuns erkennen und Politik selbst wissenschaftlich analysieren, sondern sie müssen die Voraussetzungen und Folgen ihrer Arbeit bewußt reflektieren. Da sich die Verpflichtung zu politischer Stellungnahme unmittelbar aus der wissenschaftlichen Tätigkeit des Studenten ergibt, kann sich auch die Vertretung der Studenten dieser Verantwortung nicht entziehen.

Sommersemester 1965

Hatte die Universitätsbürokratie anlässlich der oben genannten Streitfälle vom Februar 1959 bis zum Juni 1962 noch ganz offen die politischen Freiheiten der Studentenschaft angegriffen und die Rückkehr zum Opportunitätsprinzip gefordert, so benutzte sie im Kuby-Fall in ihrer Argumentation einen Verwaltungsformalismus, das Hausrecht, um die Studentenschaft von öffentlich-politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten und die Universität der Politik zu entziehen.

Gleichzeitig begann mit dem 'Fall Kuby' eine Serie von Auseinandersetzungen, in deren Verlauf das Rektorat und der Akademische Senat das Dienstrecht ('Fall Krippendorff') und die 'Akademische Würde' einsetzte (Rede des 1. AstA-Vorsitzenden Lefèvre anlässlich der Immatrikulationsfeier), um die Studenten und Angehörigen des Mittelbaus an der Ausübung ihrer politischen Rechte zu hindern. Dabei verstieß die Universitätsbürokratie gegen den von ihr gern beschworenen Geist der 'Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden' ebenso wie auch in einigen Fällen gegen die Universitätsatzung.

Der "Fall Kuby"

Der Publizist Erich Kuby war vom AstA zur Teilnahme an einer Podiumsdiskussion anlässlich des 20. Jahrestages der Zerschlagung des Faschismus im Auditorium Maximum der Freien Universität eingeladen worden, an der neben dem Journalisten Kraemer-Badoni auch Prof. v. Friedeburg als Diskussionsleiter teilnehmen sollte. Sie sollten über das Thema 'Restauration oder Neubeginn - die Bundesrepublik Deutschland 20 Jahre danach' sprechen.

Die akademische Verwaltung stellte für die Veranstaltung das Auditorium Maximum zunächst zur Verfügung; später wollte der inzwischen im

an der Veranstaltung teil, wurde er von drei Senatsmitgliedern und dem Rektor am Weiterreden gehindert und verließ mit den studentischen Vertretern das Auditorium Maximum.

Der AStA erklärte in seiner Pressemitteilung vom 29.5.1965: "Dieser Vorfall ist in der Geschichte der FU einmalig. Bis jetzt wurde von keiner Seite dieser Universität das Recht der Studentenvertretung angezweifelt, zu allen Problemen der Universität öffentlich Stellung zu nehmen. Der AStA stellt mit Bestürzung fest, daß nach dem Hausverbot gegen einen außenstehenden Kritiker nun auch die Redefreiheit für den gewählten Repräsentanten der Studentenschaft beschnitten wurde. Dies ist mit der Geschichte und dem Anspruch der Freien Universität nicht vereinbar."

Der "Fall Krippendorff"

Hatte die akademische Verwaltung im 'Fall Kuby' das Hausrecht gegen einen außenstehenden Kritiker und gegen die Informationsfreiheit der Studenten eingesetzt, hatte sie anlässlich der Immatrikulationsfeier gezeigt, daß sie politische Meinungsäußerungen der Studentenvertreter nicht zu dulden gewillt war, so ging sie im 'Fall Krippendorff' gegen das politische Engagement eines Angehörigen des 'Akademischen Mittelbaus' vor.

Krippendorff, Assistent am Otto-Suhr-Institut der FU, hatte am 14.5.1965 im Spandauer Volksblatt eine, wie es damals schien, unrichtige Information veröffentlicht über eine Weigerung des Rektors, Karl Jaspers zum 8.5.1965 an die Universität einzuladen. Am 18.5.1965 korrigierte sich Krippendorff im Spandauer Volksblatt und entschuldigte sich beim Rektor. Dennoch erhielt er am 10.6.1965 vom Rektor die Nachricht, sein Vertrag, der am 30.9.1965 auslaufe, werde nicht verlängert. Er war demnach faktisch entlassen. Die de-facto-Entlassung war indessen problematisch: Der Rektor hatte weder den geschäftsführenden Direktor des Instituts, an dem Krippendorff angestellt war, noch den für Krippendorff zuständigen Lehrstuhlinhaber, Prof. Ziebura, konsultiert. Neben einem schweren "Verstoß gegen das innerhalb der Universität übliche Loyalitätsverhältnis zwischen Rektor

und einem Kollegen" sah Prof. Ziebura, daß "es sich hier um einen Präzedenzfall mit weitreichenden Folgen für die Zukunft der Freien Universität Berlin" handle und daß die Vermutung naheliege, "daß der Rektor im Fall Krippendorff ein Exempel statuieren wollte, das sich grundsätzlich gegen wissenschaftliche Assistenten richtet, die sich politisch exponieren." (Alle Zitate entstammen dem Memorandum Prof. Ziebura) Die Öffentlichkeit erfuhr von den Vorgängen um Krippendorff erst am 13.6.1965 durch eine Flugblattaktion von 12 studentischen Vereinigungen, die den exemplarischen Charakter des Falles herausstellten und den Rektor aufforderten, seine Entscheidung öffentlich zu vertreten, sowie den Anstellungsvertrag Krippendorffs zu verlängern.

Einen Tag später fand eine Konventssitzung statt, in deren Verlauf Prof. v. d. Gablentz, ebenfalls Angehöriger des OSI, scharf gegen die Maßnahmen des Rektors Stellung nahm. Dafür und für einen Vorabdruck seines geplanten 'Zeit'-Artikels wurde er vom Akademischen Senat, der wie üblich die Maßnahmen des Rektors deckte, in einem Plakat der "Beleidigung des Lehrkörpers" angeprangert, das in allen Gebäuden der Universität aushing.

Auf einer Vollversammlung der Studenten aller Fakultäten am 16.7.1965 wurde schließlich der Rücktritt des Rektors gefordert, eine Forderung, die die Differenzen ausdrückt zwischen der 'demokratischen Universität', in der der Rektor von den in der Universität Arbeitenden demokratisch kontrolliert wäre, und der bestehenden Ordinariatenuniversität, in der auch die demokratiefeindliche Entscheidung eines Rektors durch die körperschaftliche Willensbildung der akademischen Gremien gedeckt wird. Der Kompromißvorschlag, der schließlich von den direkt Beteiligten angenommen wurde, Krippendorff bei Aufrechterhaltung der de-facto-Entlassung ein Habilitationsstipendium zu gewähren, war nach Meinung des Konvents nicht geeignet, "die erneute Vertrauenskrise zwischen Universität und Rektor zu beheben!" (Nachrichten aus dem Konvent 15.7.1965)

Aus den drei oben genannten 'Fällen' lassen sich einige Schlußfolgerungen ziehen: Die akademische Verwaltung bestreitet der Studentenvertretung und anderen Universitätsangehörigen de facto das Recht auf selbstverantwortliche politische Stellungnahme. Sie ist dabei unnachgiebig in der Sache, aber anpassungsfähig im taktischen Vorgehen. Die lange und heftige Auseinandersetzung mit der akademischen Verwaltung hatte zunächst als greifbares und für jeden Studenten sichtbares Resultat gezeigt, daß sich das Rektorat erneut durchgesetzt hat mit seinem Anspruch, alleiniger Herr in der FU zu

sein. Die Tatsache, daß die akademische Verwaltung wieder einmal ihre Position bekräftigte, tritt an Bedeutung hinter der Tatsache zurück, daß das Rektorat gezwungen werden konnte, seine Haltung öffentlich in Presse, Rundfunk und Fernsehen darzulegen und zu verteidigen. Dabei gewannen die Argumente der Studentenvertretung mehr Gewicht als in vertraulichen Sitzungen des Akademischen Senats. Damit ist verbunden, daß die Studentenvertretung und die politischen Studentengruppen wieder Kontakt zu der Mehrheit der Studenten gewannen, der während der kritiklosen Teilnahme der Studentenvertretung an der Honoratiorenverwaltung während der Jahre der Restauration an der FU verloren gegangen war.

Desweiteren wurden die Studenten nicht nur mit der Machtstruktur der Freien Universität konfrontiert, sondern erfuhren, daß ihre radikal-demokratischen Forderungen von weiten Teilen der bis dahin als demokratisch eingeschätzten Presse nicht gewürdigt wurden. Die Ungeduld, mit der ein Teil der Presse auf das Austragen offener Konflikte reagierte, wies den von einigen Studenten theoretisch erkannten und in Aufklärungsveranstaltungen über Vietnam, Notstandsgesetze u.ä. nachgewiesenen Zusammenhang von Universität und Gesellschaft als real gegeben aus. Im Inneren der Universität wurde klar, daß rationale und mit demokratischer Legitimation gefaßte Beschlüsse der Studentenschaft über Selbst- und Mitverwaltungsangelegenheiten von einem bornierten Rektor, der die FU wie ein Patriarch regierte, ohne Angaben von stichhaltigen Gründen abgewiesen werden konnten, ohne daß der Körperschaftlich verfaßte Akademische Rat dagegen einschreiten würde.

Die Studentenvertretung, die während der Auseinandersetzung immer wieder zur Kooperation bereit war und mit der Erinnerung an die Gründung und den 'Geist' versuchte, ihren Einfluß in den akademischen Gremien zu stärken, mußte einsehen, daß sämtliche noch so rationalen und demokratisch zusammengekommenen Beschlüsse von der akademischen Verwaltung ignoriert werden konnten, solange sie nicht von einer mobilisierten Studentenschaft getragen wurden. Wollte die Studentenvertretung ihren politischen Spielraum erhalten, mußte sie deshalb die Rolle des Juniorpartners der akademischen Verwaltung mit den Riten der Vertraulichkeit und akademischen Würde weitgehend aufgeben und statt dessen die aufgetretenen Konflikte mit einer informierten Studentenschaft in größtmöglicher Öffentlichkeit austragen.

Die Universität zahlte so für ihr Prinzip, die Studentenschaft von öffentlich-politischen Auseinandersetzungen fernzuhalten, um die Universi-

tät der Politik zu entziehen, einen hohen Preis: Sie zwang die Studentenschaft, die Universität als Gesamtorganisation mitten in die öffentliche Diskussion zu stellen.

Zum Verhältnis von Hochschul- und Stadtpolitik

Es besteht heute eine Neigung zu der Behauptung, daß die Studenten mit den bekannten Frischeiern vom 5.2.66 (gegen das Amerika Haus, d. Hrsg.) die heftigen Reaktionen der Berliner Öffentlichkeit willkürlich provoziert hätten. Diese Neigung macht es bitter nötig, unser Gedächtnis aufzufrischen hinsichtlich des Prozesses, der die universitären Konflikte zu städtischen Konflikten werden ließ.

West-Berlin hat zu keiner Zeit die Entwicklungen in der FU als inneruniversitäre Angelegenheiten betrachtet, weil die FU von Anfang an eine bestimmte Rolle innerhalb des politischen Konzeptes spielte, dem sich West-Berlin seit 1948 verpflichtet hatte. Die FU hatte nicht nur eine Institution zu sein, in der Lehrende und Lernende ihrer wissenschaftlichen Arbeit nachgehen, sondern die FU sollte zugleich gegenüber der DDR demonstrieren, was Hochschulwesen in der 'Freien Welt' ist. (Zur Widersprüchlichkeit dieser Funktion vgl. den historischen Abschnitt). Die Entwicklungen in der FU waren deswegen stets für die Berliner Öffentlichkeit wichtige und politische Ereignisse. In München z. B. hätte es wohl kaum 1962 noch einen Journalisten gegeben, der mit dem Gestus, einen Skandal aufzudecken, die Belanglosigkeit recherchiert hätte, daß ein AStA-Mitglied an den Weltjugendspielen (damals in Helsinki) als Beobachter teilgenommen hatte. (Vgl. Tagespiegel vom 23. 7. ff. 1962). Die 'besondere Situation Berlins', auf die noch heute Journalisten und Politiker verweisen, um zu begründen, warum in Berlin weniger erlaubt sei als anderswo, diese Situation bewirkte, daß die Berliner Öffentlichkeit stets streng darauf hielt, daß die 'Modell'-Universität ihrer Aufgabe im antikommunistischen Konzept nicht untreu wurde. Spätestens seit dem 'Atom-Kongreß' von 1958 gab es immer wieder Anlaß, die Universitätsbürger auf die 'besondere Situation Berlins' verwarnend hinzuweisen. Daß es dabei z. T. Widersprüche zwischen der publizistischen Öffentlichkeit und den politischen Instanzen Berlins gab, soll nicht verschwiegen werden. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die 'Fluchthelfer-Affäre' vom August 1963, bei der der vom größten Teil der Berliner Presse scharf angegriffene Rektor Heinitz sein Vorgehen mit dem Regierenden Bürgermeister Brandt abgeklärt hatte. [. .]

Aber auch die Politiker begannen bereits im Sommersemester 1965 die studentische Be-

historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

wegung an der FU anzugreifen, obwohl es keineswegs ein politisches Engagement von Studenten gab, das in irgendeiner Form die verfassungsmäßigen und gesetzlichen Grundlagen der Gesellschaft berührte. Es genügte, daß einige Studenten dem etablierten politischen Selbstverständnis zuwider handelten, um auch die Politiker auf den Plan zu rufen. Man mag selbst urteilen, ob die Erklärung des SPD-Landesvorsitzenden Mattick vom 19.6.1965 oder gar die Erklärung der Berliner CDU vom 28.8.1965, in der bereits mit dem Staats-eingriff in die autonome FU geliebäugelt wird, adäquat zu nennende Schritte angesichts politischer, grundgesetzkonformer Erklärungen von Studentenvertretern sind; oder ob sich diese Erklärungen nicht vielmehr einreihen in eine Diffamierungskampagne, die mit Demokratie nichts mehr zu tun hatte. [. . .]

Wenn das Wintersemester 1965/66 als 'Vietnam-Semester' bezeichnet wurde, so ist festzuhalten, daß die Studenten sich zunächst nur in der Weise mit dem Vietnam-Krieg beschäftigten, in der sie dies auch z. B. im Wintersemester 1964/65 getan hatten, nämlich in inneruniversitären Informations- und Diskussionsveranstaltungen. Neben der Tatsache, daß den Studenten plötzlich vom Rektor Hindernisse für diese Informationsveranstaltungen in den Weg gelegt wurden, war ebenfalls im Wintersemester 1965/66 neu, daß in der Stadt von nicht-studentischen Urhebern eine Kampagne für die Vietnam-'Politik' der USA gestartet wurde, nämlich von den Berliner Zeitungsverlegern. Dies, sowie die Kampagne gegen eine Silvesterveranstaltung der Konzert-Agentur Biesold und gegen den Kabarettisten W. Neuss (worin auch Berliner Parteien verstrickt waren) stellte eine Radikalisierung der außeruniversitären Berliner Öffentlichkeit dar, angesichts derer es nicht verwundert, wenn sich Teile der Studentenschaft die Frage stellten, ob ihr politisches Engagement künftig auf die Universität beschränkt bleiben dürfe.

Am 28.1.1966 explodierte im Treppenhaus des Studentenhauses am Steinplatz während einer Informationsveranstaltung zum Vietnam-Krieg eine Bombe. Der größte Teil der Berliner Presse verharmloste diesen Anschlag und ging

stattdessen mit der Informationsveranstaltung ins Gericht sowie mit der anschließenden nicht angemeldeten Demonstration, die nach dem Anschlag nur zu verständlich erscheint. Die Kriminalpolizei vermochte diesen Anschlag so wenig aufzudecken wie etwa die Haustürbrände bei Grass, Vogel, Goldschmidt und anderen Bürgern. Eine Veranstaltung zum Vietnam-Krieg am 31.1.1966 im Henry-Ford-Bau der FU wurde gleichfalls durch die Ankündigung eines Sprengstoffanschlags bedroht und hätte deswegen fast abgesagt werden müssen. Auch wenn nicht unerwähnt bleiben darf, daß der Senat Brandt die schlimmsten Auswüchse dieser zum Teil schon manifest werdende Kampagne gegen die Studenten und andere Bürger verurteilte, so kann doch nicht übersehen werden, daß diese Appelle deswegen unwirksam blieben, weil die SPD und ihr Senat selbst es nicht wagten, den oppositionellen Studenten prinzipiell den Schutz ihres Rechts auf Opposition innerhalb des rechtsstaatlichen Rahmens zuzusichern. Die Rolle des Springer-Konzerns, der einen permanenten Druck auf den Senat ausübte, wird hier nicht näher analysiert. Jedenfalls zeigen die Erklärungen der SPD vom 16.6.65 und zur Vietnam-Unterschrift der AStA-Vorsitzenden Lefèvre und Damerow, daß die SPD in sich selbst uneinig war, ob sie politischen Artikulationen, die die Grundlinie des politischen Konzepts der drei Parteien und der Mehrheit der Bevölkerung und Presse verlassen, in Berlin gleiche demokratische Rechte zugestehen könne oder nicht. So wenig man den inneruniversitären Politisierungsprozeß des Sommersemesters 1965 und des Wintersemesters 65/66 als demokratiefeindlich bezeichnen könnte, so sehr konnte man die städtische Reaktion als undemokratisch bezeichnen, die dadurch ausgelöst wurde.

Diese Reaktion war die erste Gestalt der städtischen Dimension des universitären Politisierungsprozesses, keineswegs aber von studentischen Aktionen in dieser Stadt. Die Tschombe-Demonstration von Dezember 1964 und die Südafrika-Demonstration von März 1965 waren Ereignisse, die jeweils nur unmittelbar eine vergleichsweise harmlose Reaktion der Presse zur Folge hatten. Erst die kampagnemäßige Reaktion der Berliner Öffentlichkeit auf die inneruniversitären Auseinandersetzungen des Sommersemesters 1965 zeigte das neue Niveau, in dem Studenten zu Recht einen Radikalisierungsprozeß der Berliner Öffentlichkeit erblicken konnten. [. . .]

Der Anfang dieser Phase war vor allem durch zwei Schritte des Berliner Senats bzw. des Abgeordnetenhauses gekennzeichnet:

1) durch die äußerst problematische Deklaration der City zur Bannmeile, was einer Ein-

(1) s. Fijalkowski, Berlin, "Hauptstadtanspruch und Westintegration", Köln und Opladen, 1967

(2) Es ist erstaunlich, wie Kotowski als Mitgründer der FU in seiner Darstellung der Gründungsgeschichte sich nur auf die äußeren Ereignisse beschränkt und wie er somit die inneren Impulse der Gründer selbst, die sich dokumentarisch belegen lassen, vernachlässigt. Die Gründung dürfte somit in ihrer hochschulpolitischen Bedeutung verharmlost sein.

(3) Ulf Kadritzke, "Das Selbstverständnis der Freien Universität", in Universität und Demokratie, Universitätstage 1967, S.40/41

(4) Zitat bei Nitsch, Gerhardt, Offe, Preuß, "Die Hochschule in der Demokratie", Neuwied 1965, S. 53

(5) "Die Hochschule in der Demokratie", S. 206

(6) Kotowski, op.cit. S. 25

(7) Die ersten heftigen Auseinandersetzungen an der FU gab es, als ein Professor sich die Berufung durch falsches Ausfüllen der Fragebogen über seine Vergangenheit erschlichen hatte.

den möglichen politischen Ansichten. Daraus folgte weniger ein gemeinsames politisches Interesse als ein allgemeines Desinteresse. Die Eingriffe der Administration durch Verletzung ihrer eigenen Prinzipien - an der Universität wie in der Stadt - bildeten erst die Plattform teilweise nur formaldemokratischer Verteidigung von politischen Veranstaltungen, die inhaltlich keineswegs von allen Protestierenden geteilt wurden. Gerade in dieser Zeit entschloß sich die akademische Verwaltung zum Verbot aller politischen Veranstaltungen, obwohl jedermann klar war, daß der Anlaß die Vietnam-Veranstaltungen der politischen Verbände war, als sich zudem der Vietnam-Krieg nicht mehr als bedauerlicher Zwischenfall eines sonst demokratischen Landes abtun ließ. Wenn bislang die politischen Implikationen solcher Maßnahmen hinter dem Schleier egalitärer Behandlung verdeckt blieben, machte sich in diesem Fall die Universität durch ihre unangemessene Aktion selbst bei den weniger politisch engagierten Studenten der Parteinahme verdächtig.

Genau in dem Punkt läßt sich etwas typisiert der subjektive Antrieb der jetzigen Politisierung der Studenten lokalisieren, weil in dem Moment vielen klar wurde, daß die stets verordnete Unparteilichkeit nur dazu dient, die bestehenden Machtverhältnisse unangetastet zu lassen. Ein zentrales Ereignis in diesem Entwicklungsprozeß war die Einführung der Zwangsexmatrikulation an der Medizinischen und Juristischen Fakultät. Erstmals erfolgten hier Maßnahmen seitens der Universität, die den Studenten die Vernichtung ihrer eigenen Existenz nicht mehr länger als theoretische Möglichkeit, sondern als reale Gefahr vor Augen hielten. Gefragt wurde nach der Notwendigkeit einer solchen Maßnahme, die einzig im Rahmen einer umfassenden Studienreform überhaupt zur Diskussion hätte gestellt werden können. Nicht zuletzt ihre Widersprüchlichkeit zu den bestehenden Studienbedingungen machte ihr Ziel, blinde Disziplinierung und Anpassung der Studenten, zuschanden, weil es für jedermann zu offenbar keiner anderen Rationalität entspringen konnte.



historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

die frauen im s in eigener sac

Am 9. Mai 1976 starb Ulrike Meinhof in der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim im Alter von 41 Jahren.

Am 18. Mai war die Oberhessische Presse sich nicht zu schade, folgende Anzeige abzudrucken:

„Ulrike Meinhof starb an eben der bundesdeutschen Wirklichkeit, für die diese Anzeige steht.“



Ulrike Marie Meinhof

1968

Daß Tomaten und Eier sehr gut geeignet sind, Öffentlichkeit herzustellen, wo andernfalls die Sache totgeschwiegen worden wäre, ist seit dem Schahbesuch sattem bekannt. Als Verstärker von Argumenten haben sie sich schon mehrfach als nützlich erwiesen. Aber die Studenten, die da den Schah besudelten, handelten doch nicht in eigener Sache, eher stellvertretend für die persischen Bauern, die sich zur Zeit nicht wehren können, und die Tomaten konnten nur Symbole sein für bessere Wurfgeschosse. Ob man das für gut hielt, war eine Frage des mühsam erworbenen Wissens, der eigenen Entscheidung, der selbstgewählten Identifikation. Die Welt von CIA und Schah wird mit Tomaten nicht verändert, worüber diese Leute noch nachdenken könnten, darüber haben sie schon nachgedacht.

Die Tomaten, die auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz des SDS geflogen sind, hatten keinen Symbolcharakter. Die Männer, deren Anzüge (die Frauen wieder reinigen werden) bekleckert wurden, sollten gezwungen werden, über Sachen nachzudenken, über die sie noch nicht nachgedacht haben. Nicht ein Spektakel für eine alles verschweigende Presse sollte veranstaltet werden, sondern die waren gemeint, die sie an den Kopf gekriegt haben. Und die Frauen, die die Tomaten warfen, und die die Begründung dazu geliefert hatten, die redeten nicht aufgrund entlehnter mühsam vermittelter Erfahrung, die sprachen und handelten, indem sie für unzählige Frauen sprachen, für sich selbst. Und es scherte sie einen Käse, ob das, was sie zu sagen hatten, das ganz große theoretische Niveau hatte, das sonst im SDS anzutreffen ist, und ob das alles haargenau hinhaut und ob auch der Spiegel zustimmen würde, wären sie doch erstickt, wenn sie nicht geplatzt wären. Ersticken doch täglich Millionen von Frauen an dem, was sie alles herunter schlucken, und essen Pillen dagegen, Contergan - wenn sie Pech haben - oder schlagen ihre Kinder, werfen mit Kochlöffeln nach ihren Ehemännern, motzen und machen vorher die Fenster, wenn sie einigermaßen gut erzogen sind, zu, damit keiner hört, was alle wissen: daß es so, wie es geht, nicht geht.

Der Konflikt, der in Frankfurt nach ich weiß nicht wie vielen Jahrzehnten wieder öffentlich ge-

sds oder che

worden ist - wenn er es so dezidiert überhaupt schon jemals war -, ist kein erfundener, keiner, zu dem man sich so oder so verhalten kann, kein angelesener; den kennt, wer Familie hat, auswendig, nur daß hier erstmalig klargestellt wurde, daß diese Privatsache keine Privatsache ist.

Der Stern-Redakteur, der die Sache griffig abgefieselt hat - seit Jahren schwele im SDS die Auseinandersetzung über die Unterdrückung der weiblichen Mitglieder -, hat nur noch nicht gemerkt, daß gar nicht nur von der Unterdrückung der Frauen im SDS die Rede war, sondern sehr wohl von der Unterdrückung seiner eigenen Frau, in seiner eigenen Familie, durch ihn selbst. Der konkret-Redakteur, der die Sache mit den Tomaten als einen Zwischenfall unter anderen auf der Delegiertenkonferenz erlebte, und diese Frauen, die ausdrücklich den autoritären Ruf nach dem Gesetzgeber ablehnen, als „Frauenrechtlerinnen“ apostrophierte; auch der, wenngleich gemeint, hat sich nicht getroffen gefühlt, wohl weil er nicht getroffen wurde. Und Reimut Reiches Vorschlag für die Frauen, doch einfach den Geschlechtsverkehr zu verweigern, bestätigte Helke Sanders Vorwurf, daß die Männer den Konflikt noch ganz verdrängen, wollte auch er ihn doch in jene Privatsphäre zurückweisen, aus der er eben erst durch Referat mit Tomaten ausgebrochen war.

Diese Frauen aus Berlin in Frankfurt wollen nicht mehr mitspielen, da ihnen die ganze Last der Erziehung der Kinder zufällt, sie aber keinen Einfluß darauf haben, woher, wohin, wozu die Kinder erzogen werden. Sie wollen sich nicht mehr dafür kränken lassen, daß sie um der Kindererziehung willen eine schlechte, gar keine oder eine abgebrochene Ausbildung haben oder ihren Beruf nicht ausüben können, was alles seine Spuren hinterläßt, für die sie in der Regel selbst verantwortlich gemacht werden. Sie haben klargestellt, daß die Unvereinbarkeit von Kinderaufzucht und außerhäuslicher Arbeit nicht ihr persönliches Versagen ist, sondern die Sache der Gesellschaft, die diese Unvereinbarkeit gestiftet hat. Sie haben allerhand klargestellt. Als die Männer darauf nicht eingehen wollten, kriegten sie Tomaten an den Kopf. Sie haben nicht rumgejammert und sich nicht als Opfer dargestellt, die Mitleid beantragen und

Verständnis und eine Geschirrspülmaschine und Papperlapapp. - Sie haben angefangen, die Privatsphäre, in der sie hauptsächlich leben, deren Lasten ihre Lasten sind, zu analysieren; sie kamen darauf, daß die Männer in dieser Privatsphäre objektiv die Funktionäre der kapitalistischen Gesellschaft zur Unterdrückung der Frau sind, auch dann, wenn sie es subjektiv nicht sein wollen. Als die Männer darauf nicht eingehen konnten, kriegten sie Tomaten an den Kopf.

Es kann jetzt nicht das Interesse der Frauen sein, daß der SDS sich die Frauenfrage zu eigen macht. Wenn er die Frauen unterstützt, gut, aber keine Bevormundung. Die Reaktion der Männer auf der Delegierten-Konferenz und die auch der immer noch wohlwollenden Berichterstatte zeigte, daß erst noch ganze Güterzüge von Tomaten verfeuert werden müssen, bis da etwas dämmert. Die Konsequenz aus Frankfurt kann nur sein, daß mehr Frauen über ihre Probleme nachdenken, sich organisieren, ihre Sache aufarbeiten und formulieren lernen und dabei von ihren Männern erstmal nichts anderes verlangen, als daß sie sie in dieser Sache in Ruhe lassen und ihre tomatenverkleckerten Hemden mal alleine waschen, vielleicht weil sie gerade Aktionsratssitzung zur Befreiung der Frau hat. Und er soll die blöden Bemerkungen über den komischen Namen des Vereins lassen, denn wozu der Verein gut ist, wird sich an der Arbeit herausstellen, die er zu leisten imstande ist. Daß ihm Berge von notwendiger und schwieriger Arbeit bevorstehen, daran besteht seit Frankfurt überhaupt kein Zweifel mehr.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

der vergessenen aufbruch: stre

Versehen mit dem hochoffiziellen Wappen der FU Berlin, unter Inanschlagbringung von Veritas, Iustitia, und Libertas also, ließ Unipräsident Lämmert am 06.12.1976 einen Aufruf „an die Studenten der Freien Universität Berlin“ aushängen und verteilen, der wie eine Todesanzeige, allerdings in optimistischem Hellblau, gerahmt war:

„Alle Studenten der Freien Universität fordere ich dringend auf, die Semesterarbeit wieder aufzunehmen. Erschwerte Studienbedingungen, ungerechte Bafög-Politik und eine forcierte Handhabung der beamtenrechtlich vorgeschriebenen politischen Überprüfung fordern einen Appell an die Öffentlichkeit heraus, sich mit der Lage an ihren Universitäten ernsthafter zu beschäftigen und dort nicht nur Tumulte zu beklagen, wo mitverantwortete Notstände herrschen. Anhaltende Arbeitsverweigerung macht jedoch einen solchen Appell zunichte und gibt nur denjenigen Kräften recht, die das akademische Studium ohnehin weiter verkürzen und einengen wollen. (...) „

Kräfte die ohnehin...? Der Öffentlichkeit ihre Universitäten? Eine forcierte Handhabung der beamtenrechtlich vorgeschriebenen politischen Überprüfung? Hier darf und will sich jemand nicht klarer ausdrücken, dem die Felle, die man anderen abziehen will, bereits davongeschwommen sind.

Am 07.12.1976:

Erklärung des Präsidenten der Freien Universität Berlin. Ich ordne für Mittwoch, den 07.12.1976, eine Schliessung der Fachbereiche Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an. (...) Mit der Schliessung der Fachbereiche verbinde ich die Erwartung, dass der Lehrbetrieb am Donnerstag in geregelter Weise wieder aufgenommen wird. (...) Aushängen von Türen, Barrikadenbau und das Verkleben von Schlössern in der Universität können nicht die Mittel sein, den Interessen der Studenten bei der Anpassung des Berliner Hochschulrechts an das Hochschulrahmengesetz gegenüber dem Senat und dem Abgeordnetenhaus Geltung zu verschaffen. (...) Ich fordere Sie daher eigens dazu auf, ab Donnerstag Ihre Lehrveranstaltungen zu besuchen und garantiere Ihnen die weitere Aufrechterhaltung des Lehrangebotes. Sollten am Donnerstag neue Behinderungen geschehen, werde ich deshalb ab Freitag den geordneten Lehrbetrieb notfalls durch POLIZEI(...).

Die Ausschliessung der Studierenden begründet die garantierte Erwartung eines geregelten Lehrbetriebes? Erklärt wer? Wem?

Der Streik im Wintersemester 1976/77 war die erste grössere studentische Bewegung an der FU nach 1968. Die K-Gruppen hatten die Szenerie länger dominiert als die antiautoritäre Revolte gedauert hatte. Sie waren am Ende, setzten aber, bezeichnenderweise durch Professoren, den Anlass zum Streik, indem zwei Germanistikprofessoren im Tagesspiegel zur Wahl der KPD aufriefen. Zwei weitere Profs der FU riefen öffentlich zur Wahl des Westberliner Ablegers der SED, der Sozialistischen Einheitspartei Westberlin auf. Diesen vier sollte, wie schon anderen zuvor, stante pede der Beruf verboten werden. Der AStA war schon seit dem Ausklingen der 68er Revolte verboten. Oder war er nur vom Gesetzgeber -auf die professorale Artikulation von Verbotsreflexen hin?- wegreformiert worden? Studentische Fachbereichs-Vollver-

Die grosse Kritik an der fu 76/77

sammlungen, denen mangels der rechtlichen Existenz von Organen der Studierendenschaft von professoraler Seite der Einwand der Illegalität entgegengehalten wurde, beschlossen ab Mitte November 1976 den Streik. Auf diesen Vollversammlungen und mit dem anschließenden Streik konstituierte sich mit den Spontis der akademische Teil der Alternativbewegung in Abgrenzung zum technokratischen Protestantismus der selbsternannten proletarischen Avantgardeparteigruppen. Mit den Paradigmen der Selbstverwaltung und Selbstbestimmung, der Reflexion der eigenen Bedürfnisse im Rahmen möglichst unvermittelter Kritik von Herrschaftsverhältnissen erscheint die antiautoritäre Revolte wieder an der Universität.

Gerade an den weitgehend konservativ geliebten Fachbereichen waren in den Semestern vor diesem neuen Aufbruch Sponti-Fachschaftsgruppen entstanden, so zum Beispiel das „SAK-jur“ (Sozialistisches Arbeitskollektiv Jura) und das „FBI“ (Fachbereichsinitiative). Im Sommersemester 1976 war aus einem Krippendominierten Unter-Ausschuss des „AK gegen Berufsverbote“ ein selbständiger Koordinationsrat der Fachbereichsinitiativen geworden, der „Uni-Ausschuss“.

In der letzten Novemberwoche streikten nicht nur alle Fachbereiche der FU, sondern alle Westberliner Universitäten.

Am Jura-Fachbereich hatte auf Vorschlag von FBI und SAK-jur eine Fachbereichs-VV von etwa 800 Studierenden die Durchführung einer Urabstimmung beschlossen, in der mit 1200 zu 500 Stimmen für den Streik votiert worden war (Zahlen laut Prozessgruppe des Unorganisier-tenplenums, Mai 1977).

Streikinfo (Jura) vom 03.12.1976:

Von der Fachbereichs-VV beschlossene Streikforderungen:

- Solidarität mit allen vom Berufsverbot Betroffenen!
- Schluss mit den politischen Überprüfungen!
- Für die Durchführung aller beantragten Projektgruppen! Bereitstellung von genügend Tutoren!
- Für die Einstellung von AG-Leitern und Korrekturassistenten für die Klausurenkurse!
- Für studiengleitetende Arbeitsgemeinschaften und die Anerkennung kollektiver Hausarbeiten! (...)

In den Streiktagen fällt der normale Lehrbetrieb aus! Das FBI bietet in dieser Zeit mehrere Veranstaltungen an: Berufsverbote vor Gericht, geplantes Kraftwerk Oberjägerweg, Ausländerrecht, (Staatschutzstrafrecht), Projektgruppentreffen, Veranstaltung zur Arbeit in Studienkollektiven, Erstsemsterveranstaltungen. Während des Streiks werden Filme gezeigt. In den stattfindenden Lehrveranstaltungen gibt es keine Dogmatikpaukerei, sondern es finden Diskussionen zu den anstehenden Problemen statt (Streikforderungen). (...) Kommt zur FBI-Sitzung. Wir tagen täglich! Auch ein heute am Fachbereich eingerichteter NoFU-Krisenstab wird den Streik nicht verhindern!

Die Kräfte, die ohnehin am rechten Rand der Ideengeschichte des deutschen Konservatismus zu verorten sind, konzentrieren ob solcher Ungehörigkeiten nun ihre Gedankenlosigkeit zu schärfster Sammlung:

Herr Präsident! Seit dem 7. Dezember um 8 Uhr 10 werden am Fachbereich 9 die Lehrveranstaltungen systematisch gestört. Bei den Hörsälen 1, 2, 3 und 211 sind die Türflügel ausgehängt worden. Die Türflügel der Hörsäle 1, 2 und 3 sind außer Haus gebracht worden. (...) Der Hörsaal 211 ist in eine Cafeteria umfunktio- niert worden. Am Donnerstag, dem 9.12., soll ab 19 Uhr eine Fete stattfinden. In meiner Lehrveranstaltung Grundkurs Zivilrecht IV, Hörsaal 4405, von 8 bis 9 Uhr 30, bin ich ab 8 Uhr 10 massiv gestört worden von etwa 30 bis 40 Personen, die mir überwiegend dem Gesicht nach bekannt waren. Trotz mehrfacher Abmahnung unter dem Hinweis auf universitätsrechtliche Konsequenzen störte insbesondere Herr X, Matrikel-Nummer. Gleichfalls störten (...). Ich bitte, Ordnungs- und Strafverfahren einzuleiten. (07.12.1976)

Die Vorlesung konnte nicht stattfinden, da sich nur ein einziger Hörer zu dieser Veranstaltung einfand. (13.12.1976)

Sie verlangten von mir, dass ich über den „Streik“ und die ihm zugrundeliegenden Motive (Prüfungssituation, Berufsaussichten, Berufsverbote, BaföG) diskutieren sollte. Unter Hinweis auf die rechtliche Irrelevanz solcher „Urabstimmungen“ lehnte ich dieses Ansinnen ab. (13.12.1976)

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

Das gleiche gilt im Prinzip für eine blonde Dame mit mittellangem, glattem Haar, deren Name vermutlich Y ist, Matrikel-Nr, Anschrift. Diese Dame ist ebenso in zahlreichen anderen Veranstaltungen aktiv störend aufgetreten, wie die Kollegen Baumert, Randelzhofer, Schlüter, Scholz und Konzen eidlich bestätigen können. (...)

Ich bin der Meinung, dass Sanktionen nicht nur gegen die in Betracht kommen sollten, die in der Vorlesung aktiv stören, sondern vor allem gegen die, die auf „Streik-Beschlüsse“ hinwirken und zur Nötigung wie Hausfriedensbruch aufrufen. (13.12.1976: das Wort eidlich ist in dem Schreiben des im weiteren Verlauf seiner Karriere als Präsident der FU Berlin und dann als Innensenator tätigen Herrn Rechtsprofessor gestrichen und handschriftlich durch vielleicht ersetzt).

Noch im Dezember 1976 lag an der FU die Zahl der eingeleiteten Ordnungsverfahren mit dem Ziel der Relegation der betroffenen Studierenden schon bei 12, davon 8 am neuen Dietmar-Kupke-Institut, dem vormaligem Jura-Fachbereich, der von den Streikenden nach dem fortschrittlichen Frankfurter Richter für Mietrecht benannt wurde, der von den durchaus personalisierbar darzustellenden Verhältnissen in den Selbstmord getrieben worden war. Darüberhinaus waren seit dem 04.12.1976 zwei Studierende in Untersuchungshaft geraten, denen eine Auseinandersetzung mit Angehörigen des Studentenverbandes der militant antikommunistischen Moon-Sekte vorgeworfen wurde. Selbstverständlich wurde der ursprünglich befristet gewesene Streik im Januar 1977 nach weiteren Vollversammlungen und Urabstimmungen fortgesetzt. Ab dem zweiten Januar-Streiktag begannen rechte Studierende, am Jura-Fachbereich systematisch Fotos von den Streikenden zu machen. Zwei Wochen später waren sie so streikerfahren, dass es einer Gruppe von ihnen gelang, in einer Alternativ-Vorlesung eine Rangelei zu inszenieren und zwei Streikende von der Polizei festnehmen zu lassen, was zu einer Anklage der beiden wegen gemeinschaftlich versuchten Raubes am Landgericht Berlin führte. Selbstverständlich ging der Streik auch im Sommersemester

noch weiter und zielte im Mai, als bereits 27 Ordnungsverfahren an der FU eingeleitet und bereits 8 Relegationen ausgesprochen waren, auf die Lehrveranstaltungen derjenigen Profs, die die Ordnungsverfahren eingeleitet hatten. Viele AktivistInnen des Streiks wurden Objekte der forciert gehandhabten beamtenrechtlich vorgesehenen politischen Überprüfung, als sie nach erfolgreicher Niederschlagung der Ordnungsverfahren und bestandenerm ersten Staatsexamen für das Referendariat zumindest vorübergehend in den Staatsdienst eintreten mussten.

Noch im Sommersemester 1977 beginnen die Fachbereichsinitiativen und StreikaktivistInnen Diskussionen mit dem Ziel der Gründung eines Unabhängigen StudentInnen-Ausschusses, UStA. Im Januar 1978 schlägt mit dem Tunix-Kongress die Geburtsstunde der Alternativbewegung. Der UStA entsteht 1978 und wird bald von den sich nun Basisgruppen nennenden Fachbereichsinitiativen getragen. Zur Eindämmung und Integration der sich an der Uni entfaltenden Alternativen etabliert schliesslich der sozialdemokratische Wissenschaftssenator Glotz Anfang der 80er Jahre einen ASTA. Da haben die sich in den Basisgruppen selbst organisierenden UStA-Studis der ersten Stunde, die zuvor noch die Überführung des Studentenwerks in die Hände der Verfassten Studierendenschaft forderten, schon überwiegend in die Stadt begeben, als Hausbesetzer.

Das schönste Denkmal für eine Freie Universität forever haben sich die stets nicht symbolisch handelnden Kräfte, die ohnehin gesetzt, indem sie bei der Erneuerung der abhanden gekommenen Hörsaaltüren auch das Anbringen zusätzlicher Leisten bedachten, die dauerhaft verhinderten, dass jemals wieder eine Tür an ihrem Fachbereich ausgehängt werden kann.

PS: Der Autor bedankt sich bei einem Mitglied des Legal Teams von Rostock/Heiligendamm 2007, der ihm den diesem Artikel zugrundeliegenden Ordner aus seiner Jugend zwei Tage vor Redaktionsschluss zur Verfügung stellte.

historisches
historisches
historisches
historisches

historisches

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor

fu: von der gru zur konkurstm

“Kommste mit zur Demo?” “Nee, ich hab ein Seminar.” Dieser zwar selten gewordene, aber noch zu vernehmende Wortwechsel impliziert die Pole zwischen politischer Manifestation und Schein-Studium. Die Berufsplanung, der Karriereentwurf, forciert durch eiliges Scheinsammeln, ist bei vielen, auch bei radikaldemokratischen Studenten FU-Alltag. Politisches Engagement wurde aus der ‚Freien Universität‘ ausgelagert und findet außerhalb der Seminarzeiten statt. Politisches Handeln innerhalb der FU wird einfach delegiert. Denn es kostet Zeit und bedeutet auch eine Auseinandersetzung mit der ‘übermächtigen’ Bürokratie, den diversen Gremien, und darum wird es vorgezogen, konstruktive Kritiken an und zu Studienbedingungen, Senat, Dozenten und Studenten nicht aktiv umzusetzen. Obwohl wir davon ausgehen können, daß unsere Studentengeneration ausgesprochen kritisch und politisch ist, gilt dies jedoch offensichtlich nur außerhalb der Universität. Nach jahrzehntelangem Ringen scheint es den konservativen Strategen gelungen zu sein, die Universität in ihrem Sinne zu entpolitisieren und aufs neue die alten ‘Leitbilder’ zu installieren. Von Turner bis Radunski, alle ideologische Kombattanten können ihren Blick wesentlich entspannter über dieses Schlachtfeld Universität gleiten lassen. Diesen Krieg haben sie gewonnen. Die Freie Universität schimmert im Glanz der Konkursmasse. Der Mythos der ‘Revolutionszentrale’, von den unerschrockenen Dozenten und Studenten, nebelt über dem Areal. Doch schon ist es Geschichte. Vergangenheitsbewältiger entdecken ein Objekt der Historie.

Zuvor mußte jedoch diese Geschichte gemacht werden. Nachfolgend interessieren weniger die Studierenden und ihre Verbände, deren Kritikpotential durch Akzeptanz des Status quo überwogen wurde, als vielmehr jene, die Material für Mythen lieferten, der ‘Freien Universität’ ihr prägnantes Image verschafften und den revolutionärsten Gesellschaftsentwurf verwirklichen wollten. Radikaldemokratische Studierende formierten sich in den 60er Jahren im SDS, rieben sich an den verknöcherten, muffigen Talarträgern, deren Status zu einer Karikatur unterhöhlt worden war. Diese Organisation war Impulsschleuder, magnetisches Zentrum, dessen Entwurf einer neuen, reformierten Universität 1969 Wirklichkeit wurde. Was den studentischen FU -Gründern 1948 versagt blieb, die volle, paritätische Mitbestimmung in allen Universitätsgremien, vermochte die zu neuen Ufern aufbrechende 68er-Generation durchzusetzen. Die entsetzten Ordinarien schienen paralysiert zu sein. Aber bald erholten sie sich, formierten sich und eroberten verlorengegangenes Terrain Zug um Zug zurück. Unentschuldigste Verdienste erwarb sich hier als auffälligstes Sprachrohr die ‘Notgemeinschaft für eine freie Universität’ (NofU). Die Wirkung der Studentenrevolte schwappte in alle gesellschaftlichen Bereiche noch lange nach den entscheidenden Impulsen nach, als längst der SDS seine avantgardistische Funktion verloren hatte. Voreilig wurde bereits das ‘Scheitern’ deklariert. Real vollzog sich aukzessiv ein Paradigmenwechsel bei den Revolteuren. ‘Rote Zellen’ in allen Fachbereichen bildeten in der Umbauphase 1969/70 einen anderen Organisationsausdruck, um die politisierten Studenten aufzufangen, als dies der SDS vermochte. Eine nachrückende Studentengeneration aus dem zweiten Glied vermochte nicht mehr antiautoritär ‘kooptiert’ zu werden, sagte sich vom ‘Antiautoritarismus’ los und sprang als vormaliger Haschrebell in den marxistisch-leninistischen Kampfanzug. Dieser strukturell im SDS angelegte Übergang vermochte letztmalig nahezu die Gesamtheit linker Konzeptionen, von anarchistischen bis trotzkistischen, von maoistischen bis orthodoxen, von sozialistischen bis radikal-demokratischen, zusammenzuhalten. Innerhalb weniger Wochen kristallisierten sich die diversen Kader aus, die Risse gingen quer durch die Beziehungen, Wohngemeinschaft-

Gruppenuniversität Klasse

ten, Seminare und Fachbereiche. SEW, SPD und FDP vermochten zwar ein reichhaltiges Reservoir auszumachen, zu rekrutieren und zu kooptieren, jedoch die Mehrheit der Bewegung in den 'Roten Zellen' verstand sich als zukünftiger Kampfstab gegen 'Revisionismus', 'Reformismus' und 'Imperialismus'. Es wurde die kurze, schmerzliche Ära der K-Gruppen eingeleitet, die in ihrer Majorität schließlich 1980 die Luft aus dem Popanz 'Vorhut der Arbeiterklasse' rausließen und andere Wege suchten. Sie hinterließen tiefe Risse, Wunden, Verletzungen, kurz ein Scherbengericht.

Rote Zellen

Als stärkste Gruppe traten aus den 'Roten Zellen' maoistische Formationen hervor. Die 'Rote Zelle Germanistik' vermochte den stärksten Einfluß zu gewinnen, wirkten in ihr doch bekannte SDS-Funktionäre. Sie bildete den Grundstock der 'Kommunistischen Partei Deutschlands - Aufbauorganisation' (ugs. KPD-A-Null). Studentenrevolteure wie diese fanden auf der Suche nach einem Veränderungsplan dieser Gesellschaft nichts anderes als den Marxismus-Leninismus vor, dessen deutschen bzw. Weimarer Vertreter sie im Detail imitierten: Organisationsbezeichnungen, Publikationsgestaltung, Ideologie und Sprache, Verhalten und nicht zuletzt das Aussehen. Im universitären Bereich sollte die Studentenorganisation dieser Partei, der 'Kommunistische Studentenverband' (KSV), das Terrain bis Mitte der 70er Jahre bestimmen. In der Arbeiterklasse entdeckten sie logischerweise die "einzige konsequente revolutionäre Klasse, nur unter ihrer Führung kann der Kampf bis zur endgültigen Abschaffung jeder Klassengesellschaft geführt werden" (Programm 1974:35). Die Studenten jedoch "bildeten keine eigene Klasse, sondern eine soziale Schicht", der durch "die gegen die Arbeiterklasse gerichtete Funktion der kapitalistischen Hochschulausbildung mit mehr oder weniger großen Entbehrungen erkaufen muß. Der Klassengegensatz der Studenten zur Arbeiterklasse, die Einheitlichkeit der Ausbildungssituationen werden deshalb von solchen Unterschieden nicht berührt." (Rote Pressekorrespondenz 186: 1). Der KSV müsse deshalb "mehr und mehr Studenten dem Einfluß der Bourgeoisie . . . entreißen und sie für die Aufgabe . . . befähigen, die

ihnen jetzt und während der ganzen Etappe der sozialistischen Revolution in Westdeutschland und West-Berlin vom Proletariat, dem Führer der Volksmassen, gestellt werden." (RPK Nr. 118) Dieser militante Studentenverband hatte seinen Lebensschwerpunkt nicht mehr in der Universität, sondern hatte größere Pläne. Dennoch war er nur ein marxistisch-leninistischer Studentenverband unter vielen und mußte, wenn er an der Universität Vorhut sein wollte, genügend Zeit dafür investieren, dies den anderen zu beweisen. Die Orientierung auf die Arbeiterklasse, die Mitarbeit in Betriebsgruppen, die ständige Kampagnenfähigkeit und die Einbindung in fortwährende ideologische Diskussionen absorbierten die Kräfte, entzogen sie für direkte und intensive Arbeit zu Einzelfragen der Universität. Gleichwohl vermochte die Reaktion in den maoistischen Kadern, insbesondere dem KSV, den eigentlichen 'Störenfried' an der 'Freien Universität' auszumachen. Die andere Front für die konservativen Universitätsstrategen bildete die sozial-liberale Wende, die durch die Hebammentätigkeit der Studentenrevolteure das Licht der Regierung erblickt hatte. Willy Brandt wollte mit der Bildungsreform noch vor den Ost-Verträgen ein Meisterstück vorlegen: Die Hochschulreform sollte nicht nur einen Teil der gesamten Bildungsreform stellen, sondern auch deren "Kernstück". Mit dem geschaffenen Instrument der Bundesrahmengesetzgebungskompetenz sollte sozial-liberale Reformpolitik demonstriert werden (Regierungserklärung 28.10.1969). Nach sechs bildungspolitisch zermürenden Jahren wurde 1975 das Hochschulrahmengesetz (HRG), welches nach den vielversprechenden ersten Anläufen die gesteckten reformerischen Ziele kaum mehr einlösen konnte, verabschiedet. Bis 1975 wollte der Berliner Wissenschaftssenat jedoch nicht warten. Inhalt des 1969 beschlossenen Berliner Universitätsgesetzes war die Entstehung der Gruppenuniversität, die Beratungs- und Entscheidungskompetenzen über alle Hochschulangelegenheiten lagen somit bei allen Mitgliedsgruppen, also auch bei den Studenten. Als kleinstes Selbstverwaltungsorgan wurde der Lehrstuhl durch den Fachbereich abgelöst. Die Stellung der Ordinarien wurde durch die Erweiterung der Gruppe der Hochschullehrer geschwächt. Die Ordinariatenuniversität wurde für einige Jahre abgeschafft. Kaum

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

fu: von der gruppenuniversität zur konkursmasse

war dies unter maßgeblichem Engagement des Wissenschaftssenators Stein umgesetzt, wurde mit der Demontage begonnen. Was war geschehen? Hatte Stein seine Positionen geändert? Stein: "Die Welt hat sich weit nach links verschoben, ich bin stehengeblieben, wo ich stand." (Spandauer Volksblatt, 9.4.1974) Stein war nämlich ein linker, streitbarer Geist innerhalb der SPD. 1959 knallte er sein Parteitagsmandat in Godesberg auf den Tisch, als klar wurde, daß der Parteivorstand der 'demokratischen Willensbildung' etwas nachhalf. Nun war Stein in die Mühlen der Reaktion, seiner reformunwillig gewordenen Genossen, sowie der geifernden NofU, die der Gruppenuniversität von Anbeginn an den Kampf angesagt hatte, und dem Problemdruck der Universität geraten. Das Löwengebrüll der Reformer schmolz.

Schatten der 68er Reform

Die Universitätsreform 1969 hatte nämlich auch das Ziel, die revoltierenden Studenten in die Mitverantwortung universitärer Entscheidungen einzubeziehen, sie in das System zu kooptieren. Bezahlt wurde dies mit der Aufgabe der Verfaßten Studentenschaft, dem AStA und des Studentenparlaments. Diese zunächst als Erfolg gefeierte Reform zielte auch darauf, das politische Potential der Studenten durch Gremienarbeit zu dämpfen, ein politisches Mandat zu unterlaufen. Die Reform euphorie überwand kritische Stimmen, die auf diese Kooptation hinwiesen. Letztlich hatten die Strategen damit die Zerschlagung studentischer Organe erreicht und konnten nunmehr dazu übergehen, die Bedingungen innerhalb der diversen Gremien systematisch einzuschränken, die erkämpfte Demokratie zu verwässern und zurückzudrängen. Die propagandistische Phalanx bildete hierbei die NofU, indem sie neben 'aufklärerischer' Literatur eine Wanderausstellung durchführte. Motto: "Kommunistische Krawalle und Schmierereien sind an der Tagesordnung - Die Freie Universität ist in weiten Bereichen kommunistisch unterwandert." (Berliner Morgenpost, 2.3.1974) Eine umfangreiche Statistik wurde veröffentlicht, wonach der Anteil liberaler Konzilsmitglieder seit 1969 um 30 Prozent zurückgegangen sei, demgegenüber der Anteil „linksextremistischer Professoren“ um 20,4 Pro-

zent zugenommen habe. (Welt, 13.6.1974) Die konservative Kampfpresse versäumte es nicht, Sprachrohr der NofU-Krieger zu sein. Der 'vierte Stand', die Studenten an der 'Freien Universität', wollte sich durchaus nicht als demokratisches Feigenblatt verstanden wissen. Zugleich entwickelte sich unter dem Titel Gruppenuniversität ein schwieriges, unübersichtliches und mit diversen Mitteln fightendes System von Fraktionen, Cliques und politischen Seilschaften, welches gnadenlos Terrain verteidigte und eroberte. Partielles Übergewicht hatte ein wechselndes Bündnis diverser linker Strömungen. Der 'linke' FU-Präsident Kreibich (1971-1975), aufgerieben von den Attacken links und rechts, enttäuschte die in ihn gesteckten Erwartungen. Von studentischer Seite bildeten Anfang der 70er Jahre marxistisch-leninistische Positionen die ideologische Folie, aufgrund derer die politischen Stoßrichtungen festgelegt wurden. Voreilig wurden von Studenten die Kampffronten zwischen marxistisch-leninistischer und 'bürgerlicher' Wissenschaft ausgemacht. Das war den sozialdemokratischen Reformern zuviel, sie intervenierten und kapitulierten damit vor der CDU und der NofU.

Berufsverbote

Auf mehreren Ebenen sollte der marxistische Einfluß innerhalb der 'Freien Universität' ausgeschaltet werden. Berufsverbote gegen 'links-extremistischen Dozenten' sollten deren Engagement zurückdrängen. Die Formierung des HRG hatte, wie bereits erwähnt, jeden Reformcharakter verloren, es reihte sich in die Front der innerstaatlichen Feinderklärung gegen die Linke ein. Nahezu übereinstimmend formulierten Wissenschaftssenator Stein und der Generalsekretär der CDU Baden Württembergs: "Im Moment, das muß ich ehrlich sagen, sehe ich keine Gefahr von rechts." (Spiegel, 14.2.72; Heidelberger Tagblatt, 5.2.72) Die Repression richtete sich gegen linke Verlage, Linke in Funk und Fernsehen, linke Zeitungen, Verschärfung des Haftrechts, Aufrüstung von Polizei und Bundesgrenzschutz, Einschränkung von Rechten bei Arbeit und in der Fabrik und nicht zuletzt wurden Berufsverbote dafür eingesetzt. Berufsverbote sind Symptom einer Gegenreform, ein Versuch, Emanzipation und Aufklärung zu unterdrücken. Sie bringen, nach U. K. Preuß "praktisch von einem Tag zum anderen, ohne Konsultation, ohne Diskussion, ohne Einschaltung eines Justizverfahrens, ganze Bevölkerungsgruppen . . . um ihr Eigentum, nämlich die Qualifikation der wissenschaftlichen Ausbildung." (Brückner/Krovoza 1976:13). Diese "soziale Ausbürgerung bestimmter Gruppen" empfahl Prof. Alexander Schwan der Wirtschaft in der 'Welt'. Demnach könne man weder von der Industrie noch von anderen Institutionen

verlangen, auf Absolventen der Berliner Universitäten zurückzugreifen (12.1.72). Eine Reihe von linken Assistenten sollte an der 'Freien Universität' unter den Hammer kommen. Die Berufung E. Mandels auf einen Lehrstuhl wurde abgelehnt, weil er Marxist sei und befürchtet wurde, er verlege die trotzkistische Zentrale nach West-Berlin. Er wurde somit zum zweiten Mal politisch verfolgt, beim ersten Mal waren es deutsche Faschisten. Wolfgang Lefèvre wurde eine Assistentenstelle am Philosophischen Seminar an der 'Freien Universität' verweigert. Stein warf ihm vor, er habe in der maoistischen 'Proletarischen Linken/Parteiinitiative' (ugs. Pli-pi), einer der sozialrevolutionären Gruppen Anfang der 70er Jahre, die auf die Betriebsarbeit orientierte, sich für eine "proletarische Revolution" ausgesprochen. Mit dieser Begründung hatten seinerzeit fast alle linke, Marxisten und Sozialisten von der 'Freien Universität' entfernt werden können.

Gegenoffensive

In diesem Kontext muß die Universitätsnovelle von 1974 gesehen werden. Die 74er Novelle stellte bereits den zweiten - noch schärferen - Angriff dar, deren erster am massiven Widerstand aller Universitätsgruppen, mit Ausnahme der ideologischen Wasserträger und Kombattanten der NofU, gescheitert war. Die Ordinarien waren jedoch schon längst zur Offensive übergegangen. Mit einer Verfassungsbeschwerde bewirkten sie eine wesentliche Aushöhlung der Gruppenuniversität. Die Professoren sahen nämlich in der paritätischen Mitbestimmung einen Verstoß gegen Art. 5, Abs. 3 des Grundgesetzes, die Wissenschaftsfreiheit betreffend. Das Bundesverfassungsgericht leitete im 'Mitbestimmungsurteil' 1973 folgende Entscheidung ab: Homogenität der Hochschullehrergruppe, maßgeblicher Einfluß der Hochschullehrer mit mindestens der Hälfte der Stimmen bei Entscheidungen, die die Lehre unmittelbar betreffen; den ausschlaggebenden Einfluß mit mehr als der Hälfte der Stimmen der Hochschullehrer bei Forschungs- und Berufungsentscheidungen und den Ausschluß einer undifferenzierten Beteiligung der nichtwissenschaftlichen Bediensteten bei Entscheidungen über Fragen der Forschung und Lehre.

Der Berliner Wissenschaftssenat beeilte sich mit der Umsetzung dieses Urteils. Damit war die Mitbestimmung der Studenten eingeschränkt, vermochten sie doch nur noch Beschlüsse durchzusetzen, wenn es ihnen gelang, einige Professoren dafür zu begeistern. Darüber hinaus versuchte Stein, strukturell das Lenkrad herumzureißen, und zwar durch den Abbau demokratischer Mitbestimmung und Entfaltungsmöglichkeit der anderen Dienstkräf-

te, Studenten und Assistenten, die Verstärkung des Instrumentariums der Staatsaufsicht und Machtverlagerung auf die staatliche Bürokratie, die Entmündigung der Universität in Studienreformangelegenheiten und die direkten staatlichen Eingriffe in den Wissenschaftsprozess sowie die Förderung von Verselbständigungstendenzen in der Medizin durch Sonderregelungen und Preisgabe der Integration von Forschung, Lehre und Krankenversorgung als Grundlage der Universitätsmedizin.

Trotz heftigster Kritik hielt die SPD an diesem Entwurf der Novelle fest. Lediglich die NofU klatschte noch nicht ganz zufrieden Beifall und schürte die Auseinandersetzungen weiter an. Das Gründungsmitglied der NofU, Prof. Knauer, verließ unter großzügiger medialer Berichterstattung die 'Freie Universität', weil sie "zur Persiflage einer Universität geworden ist und die Grundlage unserer beruflichen Tätigkeit zerstört hat." (Welt, 4.5.1974) Zu all dem setzte der Wissenschaftssenator noch eins drauf: Bei Wahlen zu universitären Gremien sollte ein Quorum eingeführt werden, angeblich, um eine höhere Wahlbeteiligung zu sichern. Das Quorum, d. h. die Minderung der Sitze einer Gruppe bei zu geringer Wahlbeteiligung, sollte so aussehen: Bei einer Beteiligung von 50 Prozent bekommen alle Gruppen die im Gesetz vorgesehene Zahl der Sitze in den Gremien. Sind in einer Gruppe nur zwischen 30 und 50 Prozent zu den Urnen gegangen, erhält die Gruppe ein Viertel weniger an Sitzen, bei einer Wahlbeteiligung unter 30 Prozent wird noch ein weiteres Viertel abgezogen. Es war klar, wen das treffen würde: die Studenten. An diesem Referentenentwurf zur Novelle wird deutlich, daß man zunächst die revoltierenden Studenten in das System kooptierte und dann die Partizipationsmöglichkeiten einzuschränken versuchte.

Streiks und Vollversammlungen signalisierten den Widerstand. Wolfgang Lefèvre formulierte auf einer Vollversammlung eine Abwehrstrategie: Die SPD versuche, die Novelle vor dem Wahlkampf abzuschließen. Darum sei zu verdeutlichen, daß das Durchpeitschen der Novelle zu schweren Konflikten mit den Hochschulangehörigen in der Wahlkampfzeit führen werde. Die geplanten Aktionen sollten zeigen, daß an den Hochschulen ein Widerstandspotential vorhanden sei, das auch über die Semesterferien nicht erlahme. Eine Verschiebung der Novelle auf die nächste Legislaturperiode mit einer voraussichtlichen Mitbestimmung der FDP über die Novellierungsinhalte werde als erreichbares Ziel verstanden. Prof. Schubenz wies auf die "Zerschlagung der Demokratisierung der Hochschulen" hin und Prof. Holzkamp sah darin den Versuch, den Marxismus an den Universitäten zu unterdrücken. Die Strategie

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

fu: von der gruppenuniversität zur konkursmasse

Lefèvres artikuliert am ehesten die Intentionen der Studenten.

Dies signalisierte auch, daß die studentischen K-Gruppen an der 'Freien Universität' abgewirtschaftet hatten und für einige Zeit die SEW-nahe ADS die Initiative übernahm. Diese, von den K-Gruppen zu den 'Revisionisten' gezählte Gruppe, konnte sich vor allem deswegen profilieren, weil sie sich als dienstleistungs-politische, realistische Gruppe von den sektiererischen K-Gruppen abheben konnte. Der KSV erstarrte und isolierte sich von den Studenten recht bald, gleichwohl er die kritische Solidarität unterschiedlichster Kreise gegen das beabsichtigte Verbot des KSV erhielt. Die nachrückenden Studentengenerationen konnten und wollten nicht mehr am Maoismus anknüpfen, sie lehnten Kaderegehorsam, Pathos und Sektiererei der K-Gruppen ab. Das Erlahmen der Reformeuphorie, der Vorabend des 'deutschen Herbstes' und der überschrittene Höhepunkt der marxistisch-leninistischen Phase 1973/74 deuteten bereits eine neue politische Studentengeneration mit anderen Schwerpunkten und Inhalten an, kurz 'Spontis' genannt. Der KSV sah in der Novelle 1974 nur eine Kampagne von vielen, ihr Aktionsfeld war bereits Partei und Wahlkampf für das Abgeordnetenhaus in West-Berlin. Der Abzug universitärer Kader bedeutete die Aufgabe eines 'revolutionären' Subjekts an der 'Freien Universität', die Trauer hielt sich in Grenzen.

Obwohl es mit der Stein-Novelle genügend Zündstoff für ein heißes Sommersemester 1974 gab, blieb es, wie die Medien zufrieden feststellten, eines der 'krawallärmsten' der letzten Jahre (Spandauer Volksblatt, 24.7.1974). Nur vereinzelt kam es zu Aktionen gegen die Novelle, bei der Protestdemonstration nahmen lediglich 8.000 teil. Lediglich vom Fachbereich Philosophie und Sozialwissenschaften wurde intensiver Widerstand gegen die Hochschulpolitik des Senats geleistet. Dies steht auch im Einklang mit der politischen Verteilung in den Gremien. Bei den Neuwahlen zum Konzil und den Fachbereichsräten setzte sich ein 'Mitte-Rechts'-Bündnis durch. Auf solch einem Bündnis lag die Option der SPD-Fraktion, die somit der Entdemokratisierung der 'Freien Universi-

tät' Vorschub leistete. In dieser Konstellation konnte sich die FDP als Bewahrer der Errungenschaften von 1969 darstellen und mit einer Regierungsbeteiligung bei den Abgeordnetenhauswahlen 1975 rechnen. Nach der Sommerpause wurde zwar das Quorum und die Tutorienregelung fallen gelassen, eine Entschärfung war das jedoch nicht. Dem Widerstand gegen diese Novelle hatten sich von studentischer Seite andere Themen übergeordnet. So richtete sich eine verbotene Demonstration im November 1974 eher gegen die Isolierung, gegen die Berliner Gesetze zum Volksentscheid und nur zweitrangig gegen die Novelle. Andere Themen dominierten die Debatten: Tod von Holger Meins, RAF, Kampf gegen Isolationshaft. Damit hatte der studentische Widerstand mehrere Fragen zugleich aufgegriffen und seine einheitliche Stoßkraft gegen die Novelle geschwächt. Die Strategie, auf die Wahlen hin zu orientieren, ging nicht auf, die Novelle wurde vorher verabschiedet. Die Integrationskräfte auf die Studenten in den Gremien verloren zunehmend an Bindungskraft. Erste Initiativen wurden zur Bildung eines 'Unabhängigen AStAs', eben UStA, gebildet, um ein wirkungsvolles Organ gegen die Restauration der 'Freien Universität' zu bilden.

Die deutlichsten Signale des Vorabends des 'Deutschen Herbstes' waren der Tod Ulrich Schmückers, Günther von Drenckmanns, die Entführung Peter Lorenz' und die Freilassung von fünf politisch Inhaftierten, die Besetzung der Stockholmer Botschaft und der OPEC-Zentrale in Wien und der Tod Ulrike Meinhofs. Eckpunkte einer militanten Strategie, die das innenpolitische Klima verschärfte. Die Verstärkung der Instanzen, politische Kontrolle, Schaffung neuer Kompetenzen in Ermittlungsverfahren, Zurückweisungskompetenz der Staatsanwaltschaft gegenüber Verteidigern, die Vorverlagerung der Strafbarkeitszonen, Kontaktsperregesetz, Verminderung von Beschuldigten und Verteidigungsrechten, Verbot der Mehrfachverteidigung und Beschränkung der Höchstzahl der Verteidiger, Verteidigerausschluß, Einschränkung des freien Verteidigerverkehrs, Änderung des Beweismittelrechts, Verschlechterung der Prozeßstellung der Angeklagten und Erschwerung der Richterablehnung sind Elemente einer legislativen Strategie, mit der Erscheinung des Terrorismus umzugehen.

Spontanität

Als Reflex auf die K-Gruppen entstanden Mitte der 70er Jahre die undogmatischen Gruppen, die sich gegen marxistisch-leninistische Konzeptionen wandten, für Autonomie, Selbstorganisation und Spontanität in Gefühl und Aktion eintraten. Phantasie, Witz, Lust und Spaß

gehörten dazu. Diese Basisgruppen nahmen den subversiven Impetus des SDS wieder auf und aktualisierten ihn: "Unsere Motive, in politischen Gruppen mitzuarbeiten, lassen sich nun einmal nicht auf politische Ergebnisse und Engagement reduzieren. Dabei spielt nämlich auch immer unser Bedürfnis nach Zusammensein mit anderen, nach Geborgenheit, Liebe und Angstlosigkeit mit." (Konsequer, UStA-Zeitung, 1978:3). Die Themen beziehen sich auf Hochschule, Anti-AKW, Antirepression, auf Frauen, Ökologie, Jugendzentren, Landkommunen, Trikont, Netzwerke und Alternativpresse. Ihren Höhepunkt erreichten die Spontis, wie sie genannt wurden, 1979. Zuvor jedoch fand mit 6.000 Teilnehmern der 'Nationale Widerstandskongress: Reise nach TUNIX' statt, wo andere Ideen für ein Konzept entwickelt werden sollten, mit der an anarchistische Positionen des 'hier und jetzt' anklingenden "Wir wollen alles und wollen es jetzt!"

Glutzen

Im Rahmen einer verstärkten innerstaatlichen Repression und eines Protestpotentials der Spontis muß die Umsetzung des HRG in West-Berlin gesehen werden. Mit dem Wissenschaftssenator Glotz wurde ein politischer Beamter installiert, zu dessen Instrumentarium Öffentlichkeitsarbeit, Diskussionen und Gesprächsbereitschaft ebenso gehört wie intellektuelles Flair und trotz signalisierter Liberalität die Bereitschaft, nicht einen Zoll hinter dem Geforderten zurückzubleiben. Nachdem der Regierende Bürgermeister Stobbe schon nicht umhin gekommen war, Glotz nach West-Berlin zu holen, wurde die public-relation-Maschine Anfang Juni 1977 angeworfen, die mediale Einstimmung begann. Im Spiegel äußerte Glotz: "Im Jahr 1977 stehen die deutschen Hochschulen im Zeichen der Offensive eines neuen Konservatismus; die Reformpartei ist zerrissen und zerquält, die Courage ist abgekauft. Linke Studenten wehren sich gemeinsam mit rechtsliberalen Professoren gegen Regelstudienzeiten und die volle Ausschöpfung der Hochschulkapazitäten. Gedankenverloren memoriert die akademische Linke die Forderungen, die nicht durchgesetzt werden: Die Debatte dreht sich um Paritäten, um das politische Mandat der Studentenschaft, um Ordnungsrecht. Daß die Bildungsreform trotz vieler Fehlschläge weitergegangen ist und jetzt in eine zweite Phase eintritt, in der die sozialen Folgen der eingeleiteten Expansion bewältigt werden müssen, wird nicht einmal reflektiert. Derweil kommen die Konservativen zur Sache. (...) Wann begreift die Linke diesen neuen Frontverlauf." (20.6.1977) Peter Glotz hatte die schwierige Aufgabe, in einem erhitzten innenpolitischen Klima mit zu dem Zeitpunkt einer Million Arbeitslosen in der

Bundesrepublik, Lohnsenkung, Renten und Steuerpolitik, Bespitzelung, Polizeischüssen und Berufsverboten eine politische Studentenschaft zu integrieren, wo zugleich die Integrationsmechanismen der 69er Reform ihre Bindung verloren hatten.

Spontis hatten bereits einen Unabhängigen AStA aufgebaut, der basisdemokratische Prinzipien wie auch das politische Mandat forderte. Ordnungsrecht, Verfaßte Studentenschaft ohne politisches Mandat, Potenzierung der Staatsaufsicht und die Ausrichtung von Wissenschaft und Lehre auf den Rechtsstaat waren dagegen die Ziele, die in einen Referentenentwurf gegossen am 6.9.1977 der Öffentlichkeit vorgestellt wurden.

Worum ging es? Bereits im Mai 1977 wurden Vorarbeiten zu einem Anpassungsgesetz an das HRG publik. Demnach war die Neuordnung der Berliner Hochschulen zu zwei oder drei Gesamthochschulen um 'Freie' und technische Universität geplant. Angepeilt wurden integrierte Gesamtschulen. Zweiter Schwerpunkt bei den Änderungen lag auf der Studienreform, die die Entwicklung der integrierten Gesamthochschulen berücksichtigen sollte. In anderen Studiengängen sollte der Spielraum des HRG genutzt werden, der besagte, daß Hochschulvertreter mehr als die Hälfte der Stimmen einnehmen könnten.

Eine spezielle Berliner Variante wurde in einem Thesenpapier von SPD-FDP fixiert. Zwingendes Bundesrecht war zunächst, daß in allen Gremien, die unmittelbar über Forschung, Lehre und Berufungen entschieden, die Professoren der absoluten Mehrheit der Stimmen aller Gremienmitglieder bedurften, sondern darüber hinaus auch noch der Mehrheit der dem Gremium angehörenden Professoren. In West-Berlin wollte man die absolute Mehrheit für die Professoren an der unteren Grenze halten. Die Paritäten in den Gremien der Fachbereichsräte und des Akademischen Senats, die bisher bei der Behandlung von allgemeinen Fragen so konstituiert waren, daß die Dienstkräfte, Assistenten und Studenten zusammen die Professoren knapp überstimmen konnten, mußten nach dem HRG geändert werden. Bei der Setzung von Mindestanforderungen bei der Scheinvergabe hatte der Akademische Senat bereits Beschlüsse gefaßt und damit über seine Kompetenz hinaus gehandelt. Der Konflikt, wonach der Akademische Senat in die Fachbereiche hinein entscheidet, war somit vorprogrammiert. Künftig sollte der Akademische Senat auch bei der Berufungsentscheidung mitwirken. Bei der starken Stellung der Hochschullehrer im Akademischen Senat würde diese Kompetenzerweiterung von den Konservativen genutzt wer-

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

den, um radikaldemokratische Alternativen bei Berufungsvorschlägen nicht mehr zum Tragen kommen zu lassen. Dies brachte zwangsläufig die Minimierung des Fachbereichseinflusses.

Die Stellung der Fachbereichsvorsitzenden sollte dagegen ausgebaut werden. Die eigentliche Entscheidung über die Einstellung, Entlassung oder Weiterbeschäftigung des Personals sollte nach wie vor bei der mehrheitlich mit Staatsvertretern besetzten Personalkommission des Kuratoriums liegen. "Im übrigen soll der Umfang der Staatsaufsicht unverändert bleiben. Das gilt auch für die Kuratorien und ihre Kommissionen." Die Tendenz, die Staatsaufsicht zu verstärken, war ohnehin im HRG angelegt: In der Fachaufsicht des Senators über Zulassungszahlen und Ausbildungskapazitäten; in der Verdeutlichung, daß die Hochschulen zugleich staatliche Einrichtungen sind und daher bei der Personalverwaltung der Wirtschaftsverwaltung und Haushalts- und Finanzverwaltung sowie in der Krankenversicherung Staat und Hochschule zusammenwirken mußten. Dies sollte nach wie vor überwiegend in den Kuratorien geschehen, die wie bisher paritätisch aus Hochschul- und Staatsvertretern zusammengesetzt waren. Obwohl die Kuratorialverfassung als Alternative von den unionsregierten Ländern im HRG gestrichen wurde, beabsichtigte der Senat, an der Kuratorialverfassung festzuhalten. Er wollte die Kuratorien nicht, obwohl auch in diesem Gremium Fragen von Forschung, Lehre und Berufungen mitentschieden wurden, in der Parität zugunsten der Professoren verändern, wie es von den Konservativen gefordert worden war. Die Erhöhung der staatlichen Eingriffsmöglichkeiten lag weiterhin darin, daß bei Rechtsvorschriften, die von den Hochschulen zur Bestätigung vorgelegt werden müssen, eine Außerkraftsetzung stattfinden sollte. Dies sollte so lange gelten, bis die Hochschulen die vom Senator gewünschten Änderungen getroffen hätten. Gelten sollte diese Ermächtigung "allgemein nur für den Bereich der Studien- und Prüfungsordnungen und im übrigen nur insoweit (. . .), als die Hochschulen im Einzelfall trotz der dringenden Notwendigkeit einer Regelung hierzu nicht in der Lage sind." Das Ordnungsrecht des HRG sollte in West-Berlin differenzierter geregelt werden. Eine Exmatrikulation für vier

Semester von Studenten, die zur Gewalt aufrufen, sie anwenden oder damit drohen, sah das HRG vor. In West-Berlin sollten diese absolutistischen Maßnahmen durch abgestufte Verfügungen, die von Verwarnungen über den schriftlichen Verweis bis zu dem Ausschluß von einzelnen Lehrveranstaltungen reichen, nach unten ergänzt werden. Ob es in West-Berlin zur Wiedereinführung einer verfaßten Studentenschaft kommen würde, war zu dem Zeitpunkt noch offen. (Tagesspiegel, 1.5.1977).

Soweit die Kampfansage, das Ergebnis einer dreißigjährigen Reformbewegung, die erst durch den revolutionären Impetus der Studentenbewegung und ökonomischer Interessen in Fahrt kam, sich im Gestrüpp der Bürokratien und konservativer Interessen verding und letztlich die Deformation jeglicher Reform war. Willy Brandts Anspruch in der Regierungserklärung wurde mit diesem Entwurf nicht eingelöst.

Streik

Nachdem bereits im WS 76/77 militante Auseinandersetzungen gegen HRG, Disziplinierungen, Berufsverbote und Studienbedingungen an der 'Freien Universität' gelaufen waren, mußte nach diesen Erfahrungen damit gerechnet werden, daß die Aktivitäten wegen des Anpassungsgesetzes noch erhöht werden würden. In den drei größten West-Berliner Hochschulen fanden Versammlungen zur Vorbereitung eines Streiks gegen das HRG und den Berliner Anpassungsentwurf statt. Die meisten Studenten sprachen sich für einen unbefristeten Streik aus, obwohl der VDS lediglich bundesweit einen vierzehntägigen Streik inklusive Urabstimmung vorsah. Der vorläufige UStA und die Gruppen der Trotzlisten und Maoisten orientierten auf eine Demonstration. In einer Resolution hieß es, daß die Studenten gegen die "kapitalistische Hochschulreform" seien und daher den Referententwurf und das HRG insgesamt ablehnten, ebenso wie die "Anbindung der Wissenschaft an die Ideologie des freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates". In einem Katalog wird u. a. ein AstA mit politischem und imperativem Mandat gefordert, die Einstellung aller Ordnungs- und Strafverfahren gegen Studenten und die Auflösung der Ordnungsausschüsse. Außerdem wandten sie sich gegen eine Kriminalisierung der 48 Herausgeber des Buback-Nachrufes und gegen Verbotsanträge gegen maoistische Organisationen. Allein an diesem Forderungskatalog wurde deutlich, daß die Studenten sich zugleich gegen die innerstaatliche Repression und die Deformierung der Hochschulen richten mußten und in beidem einen Zusammenhang sahen. Auf Vollversammlungen wurde das Streikkonzept vorgestellt. Zunächst wurde bei den Mathematischen und Geowissenschaftli-

chen Fachbereichen gestreikt. An einer Urabstimmung an der TFH nahmen 1684 Studenten teil, davon stimmten 1207 für Streik wenige Tage später wurde an 125 von 170 Hochschulen der Bundesrepublik gestreikt. Glotz protestierte schriftlich beim AStA, weil dieser sich nicht zu Gesprächen bereit erklärt hatte. Weil Studenten der Wirtschaftswissenschaften die Hörsäle blockierten, sah sich FU-Präsident Lämmert gezwungen, das Gebäude zu schließen. Zugleich wurde ruchbar, daß der Verfassungsschutz Einblick in die Akten des Ordnungsausschusses erhalten hatte. Nahezu an allen Fachbereichen stand nunmehr der Streik, selbst bei den Juristen. Repressionen wurden angedeutet: der Vizepräsident der Westdeutschen Rektorenkonferenz, Prof. Fippinger, stellte "rechtliche Konsequenzen" in Aussicht, wenn der Streik weiter geführt werde. Die Senatsparteien wollten in nichts nachstehen und waren darin übereingekommen, daß Wiederholungen von Lehrveranstaltungen wegen des Streikausfalls in "keinem Fall in Frage" kommen würden. CDU-Boroffka wünschte sich öffentlich Polizeieinsätze gegen die Studenten, um deren Identität festzustellen, weil diese "generalstabsmäßig eingesetzte Streikposten" seien. Auf Antrag des UStAs bei einer Vollversammlung sollte der bereits seit vierzehn Tagen dauernde Streik eingestellt werden, denn es hatte sich gezeigt, daß an der massenwirksamen Aktion im WS 76/77 nicht mehr angeknüpft werden konnte und es sinnvoller erschien, im Januar 1978 durch eine erneute Mobilisierung größere Wirkung zu erzielen. Im Grunde hatte es Glotz verstanden, einen Teil der Studenten durch sein öffentliches Auftreten, seine Gesprächsbereitschaft auf seine Seite zu ziehen. Des weiteren war abzusehen, daß die radikaldemokratischen Forderungen nach imperativem und politischem Mandat des AStA bei Glotz auf taube Ohren stießen. Letztlich wurde die Anpassung an das HRG vollzogen und die Verfaßte Studentenschaft, sowie deren Verfügungsgewalt über die finanziellen Mittel eingeschränkt und somit die Selbstverwaltung nicht allein durch sie selbst bestimmt, zugestanden.

Abschied von der Universität

Die intensiven Auseinandersetzungen, die Vollversammlungen, Demonstrationen und Streiks, all dies hat die regressive Anpassungsnovelle nicht verhindern können. Die Folge war die Abkehr vieler (radikal-demokratischer) Studenten von der Hochschulpolitik und ihre Hinwendung zu anderen Bereichen. Die Niederlage im Kampf der Studenten gegen das HRG, der Rückzug, die Umorientierung war Ausdruck des Scheiterns radikal-demokratischer Vorstellungen an der 'Freien Universität', zugleich Flurbereinigung, Eintrittskarte für die Konservativen, die

nunmehr mühelos eine abgewirtschaftete Sozialdemokratie ablösen konnten. Die Sozialdemokratie, die einst als Reformerin des Bildungswesens angetreten war, bildete zugleich auch das Beerdigungsinstitut ihrer Reformideen. Ihr gelang es noch weniger als Ende der sechziger Jahre, die verstaatlichte Großhochschule 'Freie Universität' auf die gesellschaftlichen Veränderungen einzustellen. Aus dem Elfenbeinturm wurde durch Novellierungen, Anpassungsregelungen und HRG die Klipp-Schule gezimmert. Solch ein Monstrum wie die 'Freie Universität' muß irgendwann kontraproduktiv werden, die ihr gesetzten Fesseln sprengen. Die Verstaatlichung der Universität bei einer Entstaatlichung der Wirtschaft war politisches Kalkül und hatte somit dem Konservatismus die Wende vorweggenommen. Konservative Politik des Wissenschaftssenators brauchte nur noch diesen Weg weiterzugehen, eine ernsthafte studentische Opposition, die sich intellektuell und massenhaft gegen die Verstaatlichung der 'Freien Universität' stemmen würde, hatte sozialdemokratisch verstandene Reformpolitik aufgebraucht.

Und heute?

Vergleichen wir unsere Erwartungen, Hoffnungen und Wünsche mit den Bedingungen, die wir an der 'Freien Universität' antreffen, müssen wir eine Diskrepanz zur Realität feststellen. Dies betrifft nicht allein die Politik des Wissenschaftssenators Turner und dessen 'Macht und Pracht', die Tugendhat so zusammengefaßt hat: „Man muß wissen, daß Turner eine Null ist und sich nur um sein eigenes Profil kümmert. Die Institutionen, denen er vorsteht und für die er Sorge zu tragen hat, sind ihm völlig gleichgültig.“ (taz, 2.7.1987) Gleichwohl hat diese „Null“ in seinem Buch 'Universitäten in der Konkurrenz - Möglichkeiten und Grenzen von Wettbewerb im Hochschulbereich' (Stuttgart 1986) seinem postulierten Ruf gerecht werdend, ein kaum „richtungsweisendes Hochschulkonzept“ (Braun) vorgelegt. Seine Analyse konzidiert einen Wettbewerb an den und innerhalb der Hochschulen um Personalstellen und Forschungsgelder; ein Wettbewerbsdefizit im Bereich der Lehre; Wettbewerb lasse höhere Leistungen erwarten, wozu den Hochschulen mehr Eigenständigkeit zugestanden und durch die Stärkung des Hochschul-managements, d. h. der Hochschul-leitung optimiert werden müsse. „Notwendig ist weniger zentrale Administration und die Verlagerung von mehr Befugnissen auf die Hochschulen.“ (ebd., 5. 108)

Alles in allem sollen Methoden des Industriemanagements auf die Universität angewandt werden, was die Umwandlung der Universität zu einer Ausbildungsfabrik forciert. Der Wettbewerb soll denn auch Pate bei der Gründung

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

fu: von der gruppenuniversität zur konkursmasse

neuer Institutionen stehen, die zugleich die Trockenlegung kritischer Potentiale zur Folge hat. Im Zeichen „gegenseitiger Mißachtung“ (Braun) steht denn auch das Verhältnis zum Universitätspräsidenten Heckelmann, gleichwohl der Weg zum „Selbstbedienungsladen“ ‘Freie Universität’ für die Industrie nicht blockiert wird. Bisher hat es sich als steiniger Weg erwiesen, diesem Treiben Widerstand, geschweige denn Einhalt zu gebieten. Die direkte Umsetzung des Berliner Hochschulgesetzes ist nach dem Konzeptpapier zur 40-Jahr-Feier der ‘Freien Universität’ so zu sehen: „produktive“ d. h. verwertbare notwendige Naturwissenschaften stehen „problematischen“ Geistes- und Sozialwissenschaften gegenüber.

Schlicht: Eine gestrichene Planstelle bei den Geistes- und Sozialwissenschaften ergibt hier einen neuen PC und bei den Naturwissenschaften steht sie als Planstelle wieder neu auf. Mit Hilfe von strukturellen Änderungen werden die politischen Mehrheiten verschoben. Die Reduzierung von Fachbereichen bei den Geistes- und Sozialwissenschaften, qua „Verwaltungsvereinfachung“ verringert das „problematische“ Potential in diversen Gremien und dadurch die Festigung konservativer Mehrheiten. Dies mit „allgemeiner Untätigkeit“ Turners abzutun, reicht nicht aus. Nachdem das Berliner Hochschulgesetz diese Politik festgeschrieben hatte, wurde die Umsetzung trotz „gegenseitiger Mißachtung“ an Heckelmann delegiert. Es dürfte nur noch ein müdes Lächeln erzeugen, hier von Autonomie der Universitäten zu sprechen und aufklärerische Inhalte und die Idee von Universität einzufordern.

Sicherlich kommen wir nicht umhin, die verschiedenen betroffenen Akteure und Subjekte einzubeziehen, seien es die Professoren, wissenschaftlichen Angestellten, politischen Gruppen und Organisationen sowie die Studenten.

Von dem Aufbruch Anfang der siebziger Jahre ist nichts mehr zu spüren. Lethargie aller orten. Das Wort Reform und dessen Inhalt sind zu einem Stück Geschichte der siebziger Jahre geworden. Die heutige Situation an der Universität können wir nur noch mit Bildern, Phrasen umreißen: Kahlschlag, Ruinierung und

Konkursmasse. Angesichts der Verknappung der zur Verfügung gestellten Ressourcen bei gleichzeitiger Massenausbildung müssen wir konstatieren, daß radikal-demokratische Initiativen nicht auszumachen sind, die sich erfolgversprechend gegen diese Lage stemmen. Wir können nicht allein auf eine veränderte ökonomische und politische Konstellation verweisen, um diese Situation zu erklären. Denn das hieße, daß studentischer Protest nur bei zukünftig gesichertem Arbeitsplatz möglich ist, daß Assistenten und Professoren nur bei reformerischem Zeitgeist radikal-demokratisch wirken können. Dieses Verständnis komprimiert die Subjekte zu Wesen, deren politisch-emanzipatorisches Handeln nur unter bestimmten gesellschaftspolitischen Bedingungen möglich zu sein scheint. Folglich müßten diese Bedingungen zunächst erst „umgewälzt“ werden, um den Subjekten innerhalb der Universitäten optimale Entwicklungsmöglichkeiten zu geben bzw. zu radikal-demokratisch Handelnden, die emanzipatorisch aktiv in Universität und Gesellschaft eingreifen. Daß dem mitnichten so ist, belegen anschaulich die Universitäten in bereits umgewälzten Gesellschaften. Die Verantwortung für das Handeln der Subjekte wird diesem Verständnis nach an gesellschaftliche Bedingungen delegiert und entbindet die einzelnen Subjekte von ihrer individuellen Verantwortung. Gerade diese Verantwortung müssen wir von jedem einzelnen Akteur und Subjekt an der Universität einklagen.

Die Klientel

Wenn wir nachfolgend drei wesentliche Gruppen der Universität benennen und skizzieren, so bezieht sich das auf die darin befindlichen radikal-demokratischen Akteure. Daß sich konservative Akteure z. Z. im Zeitgeist befinden bedarf hier keiner Erläuterung, können doch diese schwerlich für ein radikal-demokratisches Konzept an der Universität gewonnen werden. Unser Unmut muß darum vor allem jene treffen, deren Anspruch mit den Jahren gelitten hat und Makel aus einer anderen Zeit ist. Löbliche Ausnahmen sind hierbei aber nicht die Regel.

Manche Professoren betrachten die Lehre als lästiges Übel, orientieren sich auf ihr eigenes Forschungsgebiet und lassen die Idee eines universitären Gesamtzusammenhanges, geschweige eines gesellschaftlichen, vermissen. Nur zum kleineren Teil schauen sie verzweifelt auf die heutige Studentengeneration, was nur mäßig davon ablenkt, daß sie selbst nur die Rolle des modernen Ordinarius ausfüllen, der noch in Seminaren mit glänzenden Augen von seinem historischen Auftreten während der Studentenrevolte berichtet. Deren Widersprüchlichkeiten, Eitelkeiten und Borniertheiten

sind allenfalls Themen am Biertisch, nicht aber die der Öffentlichkeit. Inhaltliche Auseinandersetzungen über (deren) Seminare enden meist damit, daß sie, wenn möglich, nicht mehr besucht oder eben hinter sich gebracht werden.

Das starke Engagement der Assistenten Anfang der siebziger Jahre für die Umsetzung der Reformen ist geschwunden. Hatten diese eigentlichen Träger der Reformen sich seinerzeit noch bundesweit organisiert, um Taktik und Strategie zu vereinheitlichen, so müssen wir heute mit Ausnahmen den Einzelkämpfer wahrnehmen, der um Jahresverträge und Gunst buhlt. Das 'Wir' der Assistenten ist einem Individualismus gewichen, der lediglich die eigene Karriere vor den Konkurrenten favorisiert.

Die Niederlage der Studentenbewegung z. B. in Fragen der Hochschulreform und die Neubestimmung von Themen führte dazu, daß die politisch Aktiven unter uns außerhalb der Universität in anderen gesellschaftlichen Bereichen wirken. Die Universität wurde einigen Kadern überlassen, die vollkommen überlastet in diversen Gremien handwerkeln und alljährlich das Schauspiel um Minderheiten im AStA aufzuführen. Die Hoffnungsträger studentischerseits Anfang der achtziger Jahre, die Alternativen, müssen sich einer Studentengeneration mit zunehmendem technokratischem Bewußtsein gegenüberstellen, die Universität als Fabrik wahrnehmen und sie lediglich als Durchlauferhitzer gebrauchen, um das nötige Instrumentarium für eine optimale Berufsausbildung qua Titel zu erwerben. Scheine, Schnellstudium zeichnen diesen professionellen zukünftigen Spezialisten aus. Zugleich gelingt es nicht mehr, die Studenten in eine Debatte über Rolle und Funktion der Universität, von Studium einzubeziehen. Trotz publizistischer Anstrengungen gelingt es vorerst nur, diese Frage aufzuwerfen und nach Antworten zu suchen. Die konstruktive Alternative zu entwickeln, ist nicht allein Aufgabe eines Zirkels oder einiger Kader, sondern eine gesamtstudentische. Diese breite Studentenschaft für diese Fragen zu gewinnen, ist die aktuelle Aufgabe, um Entwürfe zu denken, um über eine Abwehrstrategie hinaus, trotz ökonomischem und politischem Gegenwind, unser Bild von Universität zu bestimmen, zu verteidigen und aufzubauen.

Ziel: Kampf um die Universität

Wenn es unserer heutigen Studentengeneration nicht gelingt, die Universität im radikal-demokratischen Sinn zu repolitisieren, werden die technokratischen Studenten die letzte radikal-demokratische Burg auf universitärem Campus schleifen. Weil viele politisch aktive Studenten die Universität sich selbst überlassen haben, es

schwer ist, diese für das Projekt demokratische Universität zu begeistern, müssen wir, wenn wir die Konkursmasse 'Freie Universität' nicht aufgeben wollen, in dieses Vakuum vordringen, um das Projekt voranzubringen.

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

besetzt: die be berlin im streik

Über der Garderobe der Rostlaube der B*freien Universität Berlin prangt in stolzen Lettern das Wort "BESETZT". Über dem Eingang der Hochschule der Künste wölbt sich in einem roten Halbkreis dieselbe Überschrift in Form eines "Toiletten-Besetzt-Zeichens". Am Top des Gebäudes flattert eine riesige Piratenflagge. Über dem TU-Portal hängt ein Transparent mit der Aufschrift "Bastille der Akademie" und fordert 200 Jahre nach der französischen Revolution zum Sturm auf die Universität auf. Bilder aus dem Wintersemester an den Berliner Unis, das nicht stattgefunden hat. Jahrelang aufgetauter Unmut über die konservative Politik hatte sich Anfang Dezember ausgehend von der FU-Berlin entladen. Innerhalb kurzer Zeit stellten die StudentInnen UNIMUTig die ganze Uni und gelegentlich auch die halbe Stadt auf den Kopf. Die StudentInnen trafen mit dem Anspruch an, nicht nur einfach Hochschulpolitik zu machen, sondern mischten auch allgemeinpolitisch, zum Beispiel im Wahlkampf zum Berliner Abgeordnetenhaus mit. Die Streikwelle erreichte, vom Berliner UNIMUT angeregt, auch andere Universitätsstädte. Die folgende Geschichte des Streiks informiert über die wichtigsten Phasen und zentrale Forderungen der Streikbewegung an der B*freien Universität. Ein Resümee will dieser Artikel nicht bieten. Denn viele Forderungen aus dem Wintersemester sind noch nicht erfüllt worden. Für sie gilt es im Sommersemester weiterzukämpfen. Erst dann ziehen wir Bilanz. Ist's eine Komödie oder eine Tragödie?

Thomas Schwarz

1989

Das Berlinstück in sieben Akten

Erster Akt: Kubat-Dreieck, Heckel-Eck und eine Geheimkommission

Besetzungen haben in Berlin eine längere Tradition. Im Sommer 1988 ist das 5 Wochen lang besetzte Kubat-Dreieck über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden. Davon angeregt haben die StudentInnen an der FU zur selben Zeit den Hinterhof der Rost- und Silberlaube besetzt und in Heckel-Eck umbenannt. Die Aktion war ein Protest gegen die konservative Modernisierungspolitik an der Uni.

Im April 1987 hatte der Akademische Senat der FU unter der Regie von Unipräsident Hekkelmann auf Anweisung des damaligen CDU-Wissenschaftssenators Turner eine 'Strukturkommission' (Struko) eingesetzt. Dort wurden unter Ausschluß der Öffentlichkeit die Strukturplanungen für die 'Freie Universität der 90er Jahre' ausgearbeitet. Die Dominanz der Rechten in den entscheidenden Planungsgremien hatte Auswirkungen. Die scheinbar unsachliche Zerschneidung und Neukombination von Fachbereichen entpuppte sich als politisches Tendenzstück. Das Strickmuster, das die Strukturplanungen durchzog, blitzte im Abschlußbericht der Struko verräterisch auf. In der alten Struktur gebe es zu wenig „interfachliche Kontrolle“.

Damit war nun keineswegs gemeint, daß interdisziplinäre Arbeit an der Uni angestrebt werden sollte, sondern die politische Kontrolle von als 'links' eingestuften Fachbereichen. Diese sollten mit rechten Fachbereichen zusammengelegt werden, dergestalt, daß rechte Professoralmehrheiten in den Fachbereichsgremien künftig linke Ansätze überlagern. Die Auswirkungen auf Berufungsverfahren und Geldvergabe für Projekte kritischer WissenschaftlerInnen waren absehbar. Es war damit zu rechnen, daß die ins Haus stehenden Kürzungen finanzieller und personeller Art zu ihren Lasten gehen sollten.

Die Semesterferien kamen, und der Widerstand gegen die Struko schien sich zu verlaufen. Der Allgemeine StudentInnenausschuß (AStA) arbeitete in dieser Zeit engagiert und routiniert an der Form der Protestmaßnahmen gegen die Feierlichkeiten zum 40-jährigen FU-Jubiläum. Die StudentInnen gingen davon aus, daß sich die Konservativen auf der offiziellen Geburts-

efreite universität



tagsfeier am 4.12.1988 im Audimax vor aus-
gesuchtem Publikum selbst beweihräuchern
wollten. Sie selbst sahen keinen „Grund zum
Jubel“, setzten für den 1.12. eine studentische
Vollversammlung und für den 4.12. einen ‘aka-
demischen Schmähakt’ als Protestkundge-
bung an. Niemand dachte im Ernst daran, daß
sich im Wintersemester eine breite StudentIn-
nenbewegung entwickeln könnte. Zu oft schon
waren derartige Erwartungshaltungen frustriert
worden.

Die Strukturpläne für die ‘Freie Universität der
90er Jahre’ waren mittlerweile im inneruniversi-
tären Gremiendschub teils revidiert worden.
Noch aber standen die Entscheidungen des
obersten universitären Gremiums, des Kura-
toriums, aus. Über das Kuratorium konnte der
CDU/FDP Senat mit fünf dort vertretenen Sena-
toren direkt in die Unipolitik hineinregieren. Dies
war die Stelle, wo auf der politischen Ebene die
konservative Hegemonie in der Stadt direkt auf
die Uni durchschlug. Hier war die Autonomie
der Hochschule direkt angreifbar. In seinen No-
vembersitzungen macht das Kuratorium Nägel
mit Köpfen. Vor allem kleine, gesellschaftswis-
senschaftliche Institute wurden mit einer will-
kürlichen Stellenstreichungs-, Zerschneidungs-
und Zusammenlegungsoffensive überzogen.
Am Montag, den 28.11.1988 war schließlich
das Lateinamerikainstitut (LAI) an der Reihe.

Dort wird seit Jahren mit interdisziplinärem
Anspruch gearbeitet. Per Kuratoriumsdekret
sollte nun der sprachliche Bereich der Latein-
amerikanistik aus diesem Forschungszusam-
menhang herausgerissen werden und dem ro-
manischen Seminar untergeordnet werden. Zu
diesem Zeitpunkt hatten die StudentInnen der
betroffenen Fächer nichts mehr zu verlieren.
Die defensiven Versuche, mit Argumenten auf
die Gremienpolitik Einfluß zu nehmen, mußten
als samt und sonders gescheitert betrachtet
werden. Ab jetzt ging die studentische Basis-
bewegung in die Offensive. Der Versuch der
Stärkung der Romanistik im sprachlichen Be-
reich fügt sich in die hochschulpolitischen Kon-
zepte, die Diepgen und Turner mit ihrem Sinn
für kapitalistische Zweckrationalität angesichts
der Krise an den Hochschulen Mitte Dezember
herausgaben. Dort versprachen sie „verstärkte
Förderung der Sprachausbildung in (...) Franzö-
sisch, Spanisch und Italienisch im Hinblick auf
den europäischen Binnenmarkt 1992“.

Zweiter Akt: Studentische Basisbewegung in der Offensive

Am 29.11.1988 verkündete ein abgenudelter
Waschzettel, dem das Entsetzen und die Eile,
mit dem er produziert worden ist, förmlich an-
zusehen ist, mit krakeligen Buchstaben: „Das
LAI ist besetzt“. Der Damm, mit dem die Kon-
servativen die Uni eingemauert hatten, zeigte
schnell springende Risse. Die LAI-StudentInnen
zogen agitierend durch die Hörsäle. Das Er-
gebnis: die studentische Vollversammlung am
1.12. platzte aus allen Nähten. Weitere sechs
Institute folgen. Am 2.12. sind 17, am 2.12. sind
22 Institute besetzt. Am 4.12. demonstrieren an
die 4000 StudentInnen gegen die universitäts-
offizielle 40-Jahresfeier, die nur unter polizeili-
cher Abschirmung durchgeführt werden kann.
Die Nullnummer der Streikzeitung der B*freien
Universität Berlin, die ‘BESETZT’ vom 5.12.-
1988 kann feststellen: „Die täglich (...) stattfin-
denden Uni-Vollversammlungen geraten zur
mächtigen Manifestation des studentischen
Willens zur Rückeroberung der Uni“.

Am 7.12.1988 meldet das neue Blatt: “Alle
36 Institute sind besetzt und es werden über
300 selbstbestimmte Seminare durchgeführt.
Unsere selbstbestimmte Uni ist Wirklichkeit”.
Das Tempo der StudentInnenbewegung ist
schlicht atemberaubend. Am 10.12. wird un-
ter dem Motto „Wir lassen uns nicht spalten“
eindrucksvoll mit 10 000 TeilnehmerInnen für
den Zusammenhalt von Gesellschafts- und
Naturwissenschaften in der Berliner Innenstadt
demonstriert. Am 13.12. demonstrieren an die
30 000 SchülerInnen und StudentInnen aller
Hochschulen Berlins in einem symbolischen
Sternmarsch zum Rathaus Schöneberg ihre
gemeinsame Stärke.

Die PolitikerInnen versuchen, die Forderungen
der StudentInnenbewegung als rein materielle
zu interpretieren. In der Tat spielen wir auf die-
ser Ebene die 100 Milliarden, die dieser Staat
für den Jäger 90 auszugeben bereit ist, gegen
die paar Millionen “Weihnachtsgeld” aus, die
jetzt auf den heißen Stein der Uni getropfelt
werden sollen (BESETZT Nr.10, 16.12.88). Ins-
gesamt aber geht es um mehr.

Die Streikbewegung an der B*freien Univer-
sität hat ihre Ursachen im jahrelang erdulde-
ten Ausbau des Studiums zu einem Unter-
werfungsritua1. Von Seiten des CDU-Senats
wurde massiv in die Berufungspolitik der Uni

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

historisches

historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten

subjektiver faktor

besetzt : die befreite universität berlin im streik

hineinregiert. Exemplarisch dafür steht der Fall 'Wippermann'.

Der kritische Faschismusforscher stand auf Platz 1 einer Berufungsliste auf eine Professur am Fachbereich Geschichtswissenschaften. Die Wahl von Wissenschaftssenator Turner, der in letzter Instanz über Berufungen entscheiden konnte, fiel aber auf einen unbekanntem Newcomer, der auf Platz 3 der Liste stand.

Die Folgen der systematischen und sträflichen Vernachlässigung kritischer Aufarbeitung der Vergangenheit in Berlin zeigen sich jetzt: eine neofaschistische Partei, die sogenannten Republikaner, ist ins Abgeordnetenhaus gewählt worden. Deshalb ist die Forderung nach Faschismusforschung zum wichtigen Kampfziel des StudentInnenstreiks avanciert. Auch am Fachbereich Politische Wissenschaften schlug der Wissenschaftssenator zu. Anstatt Margit Mayer auf Platz 1 der Berufungsliste zu wählen, entschied er sich für den Drittplatzierten: ein Schlag ins Gesicht der feministischen Wissenschaft.

Dieser Politik traten die StudentInnen nun mit ihrer Forderung nach Quotenregelung zur systematischen Besetzung von Professuren mit Frauen entgegen. Sie haben vom patriarchalisch-dominierten Wissenschaftsbetrieb genug. Berufungspolitik und Umstrukturierungspläne an den Berliner Hochschulen, die hier in letzter Instanz senatsgesteuert sind, ließen den Ruf nach "Autonomie der Hochschule" laut werden. Aber auch aus dem Versagen der Uni-Gremien wurden Konsequenzen gezogen:

Die unbrauchbaren Ergebnisse der konspirativ tagenden Strukturkommission entzogen der undemokratischen Arbeitsweise solcher Instanzen die Legitimationsgrundlage. Angesichts der verheerenden Auswirkungen der Gremienbeschlüsse auf die StudentInnen in den Fachbereichen verloren die dort festgeschriebenen Professoralmehrheiten das Vertrauen endgültig.

Im Rahmen der Strukturreform sollte auch das Psychologische Institut zerstört werden. Dort existierten auf Fachbereichsebene noch von Profs unabhängige studentische TutorInnen. Daneben gab es ein Mitbestimmungsmodell,

das auf Drittelparität basierte. Jetzt verlangen die StudentInnen offensiv die uniweite, projektorientierte Ausgestaltung autonomer Tutorien. Was die Mitbestimmung angeht: Sie ist zum zentralen Streikziel geworden. Dem entgegen streben das Hochschulrahmengesetz und das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 1973. Dort wurde festgelegt, daß HochschullehrerInnen bei Gremienentscheidungen, die Fragen der Lehre betreffen, mindestens die Hälfte der Stimmen, bei Abstimmungen über Forschungsorganisation und Berufungen gar die Mehrheit haben müssen. Nun wird von uns ein viertelparitätisches Mitbestimmungsmodell angestrebt, in dem die funktionalen Gruppen der Profs, der sonstigen und wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und der StudentInnen gleichberechtigt an einem Tisch sitzen sollen. Vom neuen Senat wird erwartet, daß er schleunigst das Berliner Hochschulgesetz dementsprechend novelliert und auf Bundesebene Initiative zur Neugestaltung des Hochschulrahmengesetzes ergreift.

In sozialpolitischer Hinsicht werden die StudentInnen an drei Punkten hart getroffen. Die Blümsche Gesundheitsreform sieht ab dem vierzehnten Semester eine Verdoppelung der Krankenkassenbeiträge vor. Die Mietpolitik des CDU-Senats sorgt mit der Aufhebung der Mietpreisbindung für ein rapide wachsendes Mietenniveau. Der BAföG-Kahlschlag war noch vor der Wende von der SPD mit der Teilumstellung auf Darlehensbasis eingeleitet worden. Nach der Machtübernahme durch die Kohl-Regierung wurde die BAföG-Politik Mittel zur Regulierung der StudentInnenzahlen. Im Rahmen ihrer Sparpolitik sollte die Vergabe von BAföG nur noch als Darlehen die Unter- und Mittelschichten vom Studium ausschließen und die StudentInnenzahlen senken. Die sozialpolitischen Vorstellungen der StudentInnen hingegen zielen auf die Einführung eines Mindesteinkommens. Auf dieser Basis soll es jedem/r problemlos möglich sein, Bildungsinstitutionen bis hin zur Uni, die dann eine Volkuni sein wird, zu nutzen.

Dritter Akt: KultuRRevolution an der Uni

Bis Weihnachten hatte sich die Universität zunehmend verwandelt. Das Kampffeld 'Universität' wurde auch auf der symbolischen Ebene neu besetzt. Den HistorikerInnen war es zu dumm geworden, daß ihr Institut ausgerechnet den Namen des ersten Rektors der FU, Friedrich Meinecke tragen sollte. Sie kündigten Meinecke fristlos. Dessen Vergangenheitsbewältigung hatte darin bestanden, die nationalsozialistische Diktatur als „Deutsche Katastrophe“ zu bezeichnen und sie damit zu naturalisieren. Er hatte dem deutschen Volk alternativ dazu die Ausübung von Ersatzreligion anempfohlen. Es sollte in der Kirche "Goethegemeinden" bil-

den, um den „deutschen Geist zu retten“. Die HistorikerInnen, die ganz andere Vorstellungen von kritischer Faschismusforschung haben, setzten mit einer Umbenennung des FMI andere Akzente. Sie nannten sich fortan nach dem volkstümlichen Vitalienbruder und Seeräuber 'Klaus Störtebeker'. Auch die anderen Institute hoben neue und alte Namen aus der Taufe. Die JuristInnen benannten ihr Institut nach Karl Liebknecht, der im Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter seine Zustimmung zu den Kriegskrediten verweigert hatte. Der Name steht für eine Diskurstechnik gegen Krieg: Bildung gegen Jäger 90.

Das Otto-Suhr-Institut der PolitologInnen verwandelte sich ins Ingrid-Strobl-Institut (ISI), das geographische Institut ins Ulla-Penselin-Institut (UPI). Die Stoßrichtung der neuen Namen ist eine gegen Gen- und Reprotechnik, gegen die auch Ingrid und Ulla kämpfen. Zudem bekundeten die Studis so Solidarität mit den nach §129a inhaftierten Frauen.

An der TU signalisierte der Fachbereich Umwelttechnik internationale Solidarität, als er den Namen 'Chico-Mendes-Institut' übernahm. Der brasilianische Umweltschützer war von Großgrundbesitzern erschossen worden. Der neue Name verweist auf die ökologische Notwendigkeit der Rettung des Regenwaldes. Die ChemikerInnen taufte sich 'Siggi-Möwe-Institut'. Schon der Autor des Artikels, der dies in der BESETZT Nr. 11 annoncierte, gab zunächst zu, möglicherweise „kulturell nicht ganz auf der Höhe zu sein“. Dann enthüllte er die diskurstaktische Stoßrichtung des Namens: Siggi Möwe ist der "welterste Hausmeister, nach dem ein organisch-chemisches Institut benannt wurde". Dies fügte sich nahtlos in den Rahmen der studentischen Forderung nach viertelparitätischer Mitbestimmung in den Gremien, auch für die Gruppe der 'sonstigen Beschäftigten'.

Der kulturelle Bruch zwischen Freier und B*freier Universität wurde mit diesen Umbenennungen symbolisiert. Die Denormalisierung an der Uni nahm schwer einzugrenzende Dimensionen an. Die Trennung zwischen Privatsphäre und Studium wurde aufgelöst. Viele Studis schliefen nicht in ihren Betten, sondern in den besetzten Instituten. Tische und Stühle standen nicht mehr in den Seminarräumen, sondern blockierten Eingangstüren. 'Streikcafés' boten einer ungezwungenen Kommunikation Raum. Die täglich erscheinende Videozeitung lockte fernsehsüchtige StubenbockerInnen in die Uni.

Die Universtitätsgremien wurden konsequent zum Schweigen gebracht. Blockaden und Sprengungen verbinderten deren Sitzungen.

Die Uni bekam indes Farbe. Slogans und Grafitis überwucherten die trostlose Atmosphäre der Betonuni. Ein Gang der Silberlaube hat sich unter dem Motto „Macht die ganze Uni bunt“ in ein unbuntistisches Gemälde verwandelt.

Die Fantasie der StudentInnen, lange aufgestaut und eingezwängt, war explodiert. Die Stoßwelle der Detonation erreichte schnell die Stadt. Die Wartesäle der U-Bahnhöfe wurden zu Vorlesungssälen, zu Seminar- und Übungsräumen für schrilles Theater umfunktioniert. MusikstudentInnen übten unüberhörbar, KunststudentInnen malten unübersehbar. Der Grad der Aufmerksamkeit, den die StudentInnenbewegung in den Medien und in der Öffentlichkeit genoß, schwoll rasch an.

An der TU wuchs trotz aller Bemühungen des repressiven Staatsapparates immer wieder ein autonomer Zebrastreifen nach, und zwar genau da, wo auf der Straße des 17 Juni die Autokultur mit ihrem dubiosen Freiheitsbegriff hegemonial war. Was die BullInnen wiederholt mühsam wegschrubbten, markierte wenig später wieder, wie von Zauberhand, einen Fußgängerüberweg.

Eine der kultuRRRevolutionärsten Errungenschaften des Streik waren die 'Autonomen Seminare', ohne den repressiv-zensurierenden Scharfblick von ProfessorInnen. Auffällig häufig standen in ihnen die Themen 'Interdisziplinarität', 'Feminismus' und 'Faschismus' im Vordergrund. Sie sind ein Indikator dafür, welcher Typus und welche Themen von Wissenschaft als gesellschaftlich relevant erachtet werden. In der Regel waren die Seminare interdiskursiv angelegt: Natur- und GesellschaftswissenschaftlerInnen sollten sich koppeln. Die Untersuchung patriarchalischer Strukturen und faschistischer Vergangenheit in Uni und Gesellschaft, aber auch Technologiefolgenabschätzung wurden gemeinsam betrieben.

Koordiniert wurde die StudentInnenbewegung nicht vom AStA, sondern von einer neuen, basisdemokratischen Institution, dem Besetzungsrat: Jedes Institut besaß eine Stimme. Es holte sich dort eine Beschlußvorlage ab und ließ sie auf dem Fachbereichsplenum diskutieren und abstimmen. Das weitere Procedere sah vor, zwei Delegierte, ausgestattet mit einem imperativen Mandat, in den geschlechterparitätisch-quotierten B*Rat zurückzuschicken. EineR der Delegierten rotierte nach dem zweiten Besuch im B*Rat raus, um eineR NachrückerIn Platz zu machen. Auf diese Weise sollte die Transparenz der zentralen Ebene für möglichst viele StudentInnen, die so selbst aktiv am Entscheidungsprozeß teilnehmen konnten, gewährleistet werden.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

besetzt : die befreite universität berlin im streik

Die basisdemokratischen Verkehrsformen brauchten Zeit und zogen auch schon mal bisigen Spott auf sich: "Die Anzahl der Räte in der Befreiten Uni steht in reziprok proportionalem Verhältnis zur Anzahl sinnvoller Entscheidungen" war in der BESETZT Nr. 16 vom 12.12.88 zu lesen. Mit Inhaltsrat, Presserat, Kulturrat, berlinweitem 'Rat der Räte', Sondierungsrat und Berlin-Kommission entstand nach und nach ein neuer Gremienschwungel.

Vierter Akt: 'UNIMUT' - Die zarteste Versu- chung seit es internationale Kongresse gibt

Am 17.12.1988 wurde in der BESETZT Nr.11 angekündigt, daß vom 6. bis 9. Januar ein Kongreß durchgeführt werde, der in die „neugeschaffenen Strukturen“ der b*freiten Universitäten Berlins einführen sollte. Rasch konkretisierte sich das Projekt. Es wurde international angelegt und erhielt den Titel „UNIMUT - Alternativen zur Fremdbestimmung“ (BESETZT Nr. 12, 19.12.88).

Die Absichten, die mit dem Kongreß verfolgt wurden, sind schnell umrissen: die „Zusammenführung“ der „jüngsten europaweiten Proteste“ an den Unis wurde angestrebt. Andere Unis sollten, durch den Berliner Widerstand angeregt, „auf den Geschmack kommen“. Die LIEBLINGSZEITUNG (LZ), die berlinweite Streikzeitung aller Hochschulen und Schulen, erläuterte noch einmal die Funktionen des Kongresses. Er sollte als „Ausgangspunkt für eine bundesweite Neu- bzw. Wiederbesetzungswelle der Universitäten dienen“. Der „Austausch“ mit Gewerkschaften und Frauengruppen sollte koordiniert werden, um „universitären mit gesamtgesellschaftlichem Widerstand zu koppeln“.(LZ Nr. 2, 30.12.88).

Am Freitag, den 6. Januar 1989, war es schließlich so weit. Etwa 6000 Leute, schätzte die BESETZT (Nr.16, 8.1.89), waren gekommen, darunter in der Tat viel internationales Publikum. Die als Chaoten verschrienen BesetzerInnen hatten der Welt vor laufenden Kameras bewiesen, daß sie die Simulation der bürgerlichen Verkehrsform 'Kongreß' perfekt beherrschen. Feierlich wurde der Kongreß mit einer Podiumsdiskussion zum Thema „Universität und Gesellschaft“ eröffnet. Am Samstag stand das Thema „Feministische Wissenschaftskritik“ auf der Tagesordnung, am Sonntag das Thema

„Alternativen zur Fremdbestimmung? - Widerstand gegen Herrschaft“.

Die Kontaktaufnahme „zwischen studentischem und außeruniversitärem Widerstand“ war zwar erfolgreich. Die LZ Nr. 5 vom 9.1.89 aber kommentierte, am politischen Erfolg der Veranstaltung zweifelnd: „Diese Zusammenarbeit muß jetzt praktisch werden“. Für den Montag war zum Kongreßschluß eigentlich ein Aktionstag geplant. Alles konzentrierte sich jetzt aber auf die Ereignisse am Fachbereich Medizin. Die spielerische Leichtigkeit und der Enthusiasmus, mit dem die StudentInnenbewegung aufgebrochen war, war mit einem Schlag dahin.

Fünfter Akt: Die Polizei auf dem Campus

Am 11.12.1988 noch hatten auf einer Fachbereichsvollversammlung von 2074 MedizinerInnen 82,8% für eine Fortsetzung des Streiks gestimmt. Die solidarische Teilnahme der NaturwissenschaftlerInnen am Unistreik brachte für die anderen Fachbereiche einen Mobilisierungsschub. Doch dann wurde es für die Medis ernst. In der BESETZT Nr.7 vom 13.12.88 meldeten sie, daß sie immer noch „Streikbrecher vom Betreten der Lehrveranstaltungen abhalten“ müssen. Doch trotz der „zeitaufwendigen Blockaden“ lagen auch schon die „ersten Termine für autonome Seminare vor“, so daß es auch mit der „inhaltlichen Arbeit vorwärts“ ging. Am 3.1.89 jedoch räumte ein „Rollkommando der Bullen die Physiologie und Biochemie“ von den BesetzerInnen, die dort auch in den Weihnachtsferien geblieben waren. Die BESETZT vom 4.1. titelte: „MEDIS ENTSETZT“. Die Polizei riegelte das Gelände um die medizinischen Institute weitläufig ab, um StreikbrecherInnen bei Vorlesungsbeginn am 9.1. den Zugang zu den Lehrveranstaltungen zu ermöglichen. Am 8.1. schritt die Medi-VV erneut zum Hammelsprung. Das Ergebnis der Abstimmung war denkbar knapp: Von 2567 Medis stimmten 1231 für, 1276 aber gegen Beendigung des Streiks. Die Blockaden gingen also weiter, aber unter neuen Bedingungen.

Presserat und AStA kommentierten in einem Telex die Ereignisse vom „schwarzen Montag unseres Streiks“:

„die polizei ging gegen die blockierenden studentinnen mit brutalsten knüppelinsätzen vor, um streikbrechern den zugang zu den gebaue- den freizumachen. bis 16 uhr gab es weit über 100 verletzte und über 80 festnahmen. vor der anatomie wurde ein demonstrant von einem polizeifahrzeug überrollt - mit diesem sollten streikbrecher zu ihren kursen gefahren werden.“

Die Auseinandersetzungen zogen sich über mehrere Tage hinweg. Die BESETZT vom 18.1.89 setzte zum Vergleich an: „Jetzt ist es auch in Berlin so weit, wie in El Salvador: die Bullen werden auf den Campus geschickt“.

Doch schon war klar, daß sich der CDU-Senat hier eine „moralische Niederlage“ eingehandelt hatte. Am Donnerstag schließlich zog sich die Polizei zurück. Die BlockiererInnen fielen sich in die Arme. Die LZ Nr.6 vom 13.1.89 wertete:

„Natürlich ein Sieg - ein teuer bezahlter. Aber wir haben nur die Repression zurückgeschlagen, unsere Forderungen warten noch immer auf Erfüllung.“ Diese Woche hatte bei den Streikenden immense Kräfte verzehrt. Die inhaltliche Arbeit in den Autonomen Seminaren war zum Erliegen gekommen. Demobilisierend wirkte auch, daß die Medis in einer neuen VV nicht die erforderliche Mehrheit für eine Fortsetzung des Streiks erreichten.

Die „drei medizinischen Fachbereiche erhalten bereits die Hälfte aller Gelder“ an der B*FU. „Vom Rest erhalten die anderen Naturwissenschaften ein Drittel und die ‚sonstigen‘ werden mit einem Sechstel bedient“ (LZ Nr. 8, 27.1.89). Die ZahnmedizinerInnen waren bereits am 16.12.88 wieder aus dem Streik ausgeschieden. Die VeterinärmedizinerInnen brachen den Streik am 12.1.89 ab. Am 21.1. scherte der Fachbereich Chemie aus. Obwohl die Mehrzahl der Fachbereiche (FBs) mit zumeist recht passablen Mehrheiten den Streik fortführte - bei der Abstimmung mit Deutschmark war die Streikfront eingebrochen. In der BESETZT Nr. 25 vom 21.1. fragte eine AutorIn, ob nun das „Ende der Basisdemokratie?!“ erreicht sei? Denn: „An den FBs, in denen die Urabstimmung eine Mehrheit fand, herrscht beklemmende Leere“.

Sechter Akt : Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus

Die Hoffnung vieler StudentInnen konzentrierte sich jetzt auf die Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 29.1.1989. Von einer Abwahl des CDU-FDP-Senats versprach mensch sich eine gravierende Änderung der Mehrheitsverhältnisse im Kuratorium, dem sturen Uni-Gremium, dem die verheerenden Strukturbeschlüsse zu verdanken waren. Noch einmal mobilisierte die StudentInnenbewegung in einer ‚berlinweiten Aktionswoche‘ letzte Reserven. Mit phantasievollen Aktionen in der Stadt sollte das Wählervolk noch einmal kräftig gegen den CDU-FDP-Senat aufgehetzt werden. Am 27.1. rief die LZ Nr. 8 agitatorisch zur ‚Jubelparade‘ zum Ratbaus Schöneberg auf: „Zu einer Jubelparade passen keine tristen Farben, UNIBUNTISMUS heißt unsere Devise“. Schließlich kamen laut LZ Nr. 9 „20 000 DemonstrantInnen“. Manche schmollten auch nach dem Motto „Wahlen können sowieso nix verändern“. Dann der Wahltag: Die Regierungskoalition ist abgewählt worden. Trotz rechnerischer SPD-AL-Mehrheit kam keine Freude auf, denn die Republikaner konnten mit einem haarsträubenden Erfolg ins Abgeordnetenhaus einziehen. Hochschulpolitisch bedeutet das auch, daß im neuen Kurato-

rium auch ein „Vertreter der Republikaner“ sitzt. (BESETZT Nr. 29, 1.2.89).

Siebter Akt: Erdrutsch

Nach der Wahl verlor die StudentInnenbewegung erdrutschartig an Stärke. Der B*Rad begann, „an zu geringer Beteiligung der BEs“ (Besetzungseinheiten) (BESETZT Nr. 29, 1.2.89) zu kranken. Ein geplanter ‚Tag der offenen Tür‘, an dem das Volk die Uni zur Volxuni machen sollte, konnte nicht durchgeführt werden. Viele Besetzungen wurden unkoordiniert und ohne einen taktisch-geplanten Rückzug aus der Uni abgebrochen.

Erschreckend war auch, was sich am „Tatort Lankwitz“ (BESETZT Nr. 30, 2.2.89) abspielte. Elf Institute hatten im B*Rad für eine „Verhinderung“ der Sitzung des Akademischen Senats in Lankwitz gestimmt. Schließlich standen sich dort 20 bis 30 BullInnen und etwa genausoviele StudentInnen gegenüber. Letztere bezogen auch prompt Prügel. Zwar konnte die Sitzung verhindert werden, aber nur um den Preis großer Verbitterung beim Kern der AktivistInnen: „Wo wart ihr, die ihr so vehement über die Streikbrecher herzieht? Ihr seid verantwortlich für das, was in Lankwitz passiert ist (...). Die Sache ist gelaufen. Wahrscheinlich findet sich das nächste Mal dann keiner mehr, der für Euch seinen Kopfinhält“. Am Mittwoch, den 5.2.1989, war es schließlich so weit. Die Sitzung des Akademischen Senats „konnte nicht verhindert werden“ (BESETZT Nr. 35, 17.2.89). Ein Mißtrauensantrag gegen Heckelmann fand keine Mehrheit. Die BESETZT-Redaktion gab ihrem Blatt einen neuen Namen. Sie kündigte an, solange ENTSETZT zu bleiben, „bis die StudentInnenbewegung wieder in der Offensive ist“ (ENTSETZT Nr. 1, 3.3.1989). Die vorlesungsfreie Zeit brachte das Ende der Besetzung.

Seit Samstag, den 25.2.1989, bestimmte die Unileitung wieder, wann Rost- und Silberlaube geöffnet sind. Nach und nach wurden kleinere, noch besetzte Institute geräumt. Die Schlösser wurden ausgewechselt. Zuletzt wollte die Polizei am Samstag, den 4.3.89, das ISI entsetzen. Dort, im Keller der Ihnestraße 22 ereignete sich dann auch der Treppenwitz der Streikgeschichte. Die BesetzerInnen waren (vom Weltgeist informiert?) schon in der Nacht zuvor abgezogen. Daß sich die StudentInnenbewegung in den Semesterferien scheinbar aufgelöst hat, hat wenig zu bedeuten. Gerade ein Streik an der Uni kann sowieso nur zyklologisch gekoppelt an die Vorlesungszeit stattfinden. Wenn die StudentInnenbewegung im Sommersemester wieder antreten sollte, dann ist sie auch gewachsen. Gewachsen um Erfahrung in kultuR-Revolutionärem Elan, in Basisdemokratie und - hoffentlich - im Ausarbeiten von politischen Kampfzielen.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

von der befreiung zur lernfabrik

Das neue neoliberale Regulationsregime autoritärer Herrschaft vor der Vollendung?

„Die Forderung nach Demokratisierung der wissenschaftlichen Produktion in der Hochschule ist kein Vorschlag zur größeren Effizienz oder zur besseren Planung von Leistungssteigerung. Die Entfesselung von Produktivkräften, auf die diese Forderung nach Demokratisierung der Hochschule hinauswill, steht mit dem zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommenen Begriff von Produktivitätssteigerung in Widerspruch. Denn die intendierte Entfesselung der Produktivkräfte besteht nicht in weiterer Steigerung inhaltsleerer Leistungsfähigkeit, sondern in der Emanzipation der lebendigen Produktivkraft Mensch zur Bestimmung und Aneignung des gesamten Produktionsprozess seines Lebens.“ (Aus der Hochschulresolution der 22. Delegiertenkonferenz des SDS 1967)

„Ich beginne mit der Beziehung der Universitätsmitglieder zu ihrer Institution. Was jeden Angehörigen meiner Generation verblüfft, ist die totale Enterotisierung dieser Beziehung. Die Universität ist nicht mehr Haß- und Liebesobjekt, so wie zuletzt noch für die Generation der Studentenbewegung der sechziger Jahre (...). Es gibt keine Universitätsutopien mehr, und immer weniger ehemalige Universitätsutopisten werten dies als das Charakteristikum einer Umbruchszeit. Folgerichtig ist die Universität mit ihren Problemen auch dem öffentlichen Interesse abhandengekommen (...).“ - Klaus Heinrich (1)

16 Jahre neokonservative Hegemonie haben in Universität und Gesellschaft Ruinenlandschaften hinterlassen. Noch bis Ende der 80er Jahre sah es so aus, als könnten starke Neue Soziale Bewegungen, und mit ihnen die Studierendenbewegung, ein wirksames Gegengewicht zu dem neoliberalen Bündnis aus Konservativen und ModernisiererInnen bilden. Doch nur letzteres, dessen Zeit schon abgelaufen schien, konnte politischen Gewinn aus dem unverhofften Zusammenbruch der 'Systemalternative' ziehen, so daß die 90er Jahre die lange zuvor angekündigte 'geistig-moralische Wende' brachten. Nach einem kurzen, aber heftigen Kampf um die Definition der Situation war klar: Die zuvor ausgemachten Grenzen des Wachstums sollten nun noch einmal überschritten werden. Der zuvor scharf kritisierte technologische und wissenschaftliche Fortschritt wurde revisionistisch umgearbeitet und konnte schließlich ganz und gar unambivalent wieder zur ersten Produktivkraft ausgerufen werden. Die Neuen Sozialen Bewegungen verfielen, und neo-'liberale' Politik konnte jetzt hemmungslos umgesetzt werden. Der Weg zur neo-konformistischen autoritären Leistungsuniversität war frei.

Manfred Suchan

1998, vom Autor überarbeitet 2008

Bei einem wahrscheinlichen Regierungswechsel in Berlin im nächsten Jahr (1999) ist es daher ungewiß, ob es einer Sozialdemokratie, die mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft in den 70er Jahren dem Konservatismus die Wende vorwegnahm, und Bündnisgrünen, denen mit ihrer Basis ihr Subjekt verloren gegangen scheint, sowie marginalisierten demokratischen Sozialisten gelingen wird, einen überfälligen Paradigmenwechsel in Universität und Gesellschaft einzuleiten, wenn dieser nicht von einer breiten emanzipatorischen Bewegung eingefordert wird.

1. Verlust der Utopie und die Krise der FU

Der letzte bedeutende Aufbruch von Studierenden der FU im WS 1988/89 liegt mittlerweile 10 Jahre zurück. Dieser war zugleich der letzte studentische Aufbruch, bei dem der Studierendenschaft der FU noch eine Vorreiterrolle innerhalb der Studierendenbewegung der BRD zukam. Auch diesem Aufbruch lag ein über Jahrzehnte existentes Selbstbewußtsein der Studierendenschaft der FU zugrunde, das ohne Berücksichtigung der Besonderheiten der von Studierenden gegründeten Freien Universität und ihres Modellanspruchs unverstündlich bleibt. Gerade dieses Selbstbewußtsein gab den Studierenden der FU lange Zeit die Kraft zum Widerstehen gegenüber den Zumutungen und Anmaßungen der restaurierten alten Verhältnisse in Universität und Gesellschaft.

So führte die Studierendenschaft der FU im Rekurs auf den Gründungsanspruch der Freien Universität auch dann noch einen hoffnungslosen Kampf um die grundlegende Reform von Universität und Gesellschaft, gegen einen wiederauferstandenen 'Muff von 1000 Jahren', als dieser woanders schon längst aufgegeben worden war. Quelle dieser Kraft war die von Studierenden der FU immer wieder erneut aufgegriffene, neu interpretierte und umgesetzte Utopie einer repressionsfreien Universität ohne Zwang in einer freien Gesellschaft. Diesem immer wieder erneuerten Mut zur Utopie ihrer Studierendenschaft verdankt die FU ihre Entstehung und ihre Fortexistenz. Ein dauerhafter Verlust dieser Utopie und die bleibende Unfähigkeit ihrer Studierendenschaft zur Erneuerung dieser Utopie wäre daher das endgültige Ende der Freien

Universität. Die Entwicklungen der 90er Jahre bis hin zum studentischen Streik 1997 lassen es jedoch ungewiß erscheinen, ob es einer tiefgreifend entpolitisierten Studierendenschaft in Zukunft gelingen wird, zumindest die Idee freier Universitäten zu bewahren.

2. Von der neokonservativen Wendeuni zur Befreiten Uni

Niemand hatte unmittelbar vor dem Dezember 1988 mit studentischen Protesten gerechnet: Weder auf der Seite der organisierten Hochschullinken (2), noch auf Seiten der Universitätsverwaltung und der Berliner Senatsadministration. Zudem lag der letzte bedeutende studentische Aufbruch mittlerweile auch schon 10 Jahre zurück. Damals galt es, mit einem 'nationalen Studentenstreik' im WS 1977/78 und der Gründung 'Demokratischer Gegenhochschulen' Reste der Universitätsreform von 1969 im Hochschulrahmengesetz (HRG) zu retten (3). An der FU gelang der Bewegung immerhin die Absicherung ihres UStA im HRG (4), so daß die Studierendenschaft der FU nach neun Jahren wieder über einen AstA verfügte. Doch letztlich nahm eine technokratische 'Reform' mit der Verstaatlichung der Universitäten bei gleichzeitiger Entstaatlichung der Wirtschaft dem Neokonservatismus die 'Wende' vorweg.

Seitdem war es still geworden an den Universitäten. Eine Durchrationalisierung der Universitätslandschaft gemäß neokonservativ-neoliberalem Paradigma schien auf keinen nennenswerten Widerstand zu stoßen. Dies verleitete die Universitätsmanager zu Trugschlüssen. Doch ein erstes Vorzeichen einer wiederentstehenden Studierendenbewegung war der studentische Streik im Januar und Februar 1986 zum Erhalt des tarifvertraglich abgesicherten Berliner Tutorienmodells (5). Ebenso konnte die beabsichtigte Abschaffung der verfaßten Studierendenschaft abgewehrt werden (6). Mit einem derart entschlossenen Widerstand der Studierenden hatte keiner der selbsternannten Regulatoren der sprichwörtlichen 'deutschen Bildungskatastrophe' aus Universitätsführung und Senatsadministration gerechnet, so daß der CDU/FDP-Senat gar seinen Wissenschaftssenator Wilhelm Kewenig 1986 fallen ließ. Kewenig fand von nun an als Innensenator Verwendung, um fortan die Universitäten

von außen polizeitechnisch zu regulieren, wie sich bald zeigen sollte. Ersetzt wurde er durch George Turner, der die gleiche Politik in abgewandelter Verpackung erneut präsentierte. Die Zusammenarbeit des Wissenschaftssenators insbesondere mit der FU war hervorragend. Dafür sorgte FU-Präsident Dieter Heckelmann, der von der 'Liberalen Aktion', dem hochschulpolitischen Arm der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NofU), mit verschiedenen Tricks bis hin zu Wahlmanipulationen fast 10 Jahre im Amt gehalten wurde (7). Erst die vom Akademischen Senat (AS) und Kuratorium am 28.11.1988 geplante Zusammenlegung mehrerer Institute und die offiziellen Jubelfeiern zum 40-jährigen Bestehen der FU unter demonstrativem Ausschluß der studentischen Öffentlichkeit bewirkte den entschlossenen und geschlossenen Massenprotest der Studierenden. Nach der Kritischen Uni 20 Jahre zuvor war die im WS 1988/89 neu entstandene Befreite Uni ein weiterer Versuch der Studierenden der FU, den studentischen Gründungsanspruch der FU aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

3. Die Re-Formierung der autoritären Leistungsuniversität

Die gewaltige Stärke der Unimut-Bewegung während ihrer Hochphase im Dezember verleitete einen Großteil der AktivistInnen zu dem Trugschluß, alles sei hier und jetzt möglich. Doch die Hoffnung der unimut-bewegten Aktiven auf einen Fortbestand der Befreiten Uni über die Semesterferien hinweg ins SoSe 1989 erfüllte sich nicht. Zwar war die Befreite Uni nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus am 29.01.1989 nicht mehr durch den Senat und die von ihm zu verantwortenden Prügeleinsätze der Polizei unter der Regie des Innensenators Kewenig bedroht, mit denen der CDU/FDP-Senat noch kurz vor den Wahlen die 'Universitätsfrage' gewaltsam lösen wollte. Über 200 verletzte StudentInnen, 55 Festnahmen und davon 26 Ermittlungsverfahren, 34 Hausfriedensbruchanzeigen und 17 Strafprozesse war die Bilanz nach mehrtägigem Wüten der Aufstandsbekämpfungseinheit EbLT auf dem Campus (8). Als konzertierte Bedrohung der Befreiten Uni erwiesen sich nun einerseits die Konjunkturen studentischer Bewegung, die

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

historisches
historisches
historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

während der Semesterferien eine erdrutschartige Baisse verzeichneten. Kombiniert mit den Restaurationsbestrebungen des materiell und institutionell privilegierten NofU-Kartells um Heckelmann (9), bedeuteten sie das vorläufige Ende der Befreiten Uni. Zwar verweigerte der neue SPD/AL-Senat der FU-Führung unter Heckelmann Polizeieinsätze und verlangte Auseinandersetzungen auf Verhandlungsebene, gegen die sich sogar der Berliner Landesverband der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ausgesprochen hatte: Die Polizei sei nicht bereit, "für politisches Versagen den Kopf hinzuhalten" (DPA: 28.02.1989). Doch die FU-Führung vertrieb mit Wachschutzpersonal die verbliebenen Besetzungseinheiten aus den Befreiten Instituten, "...um einen geordneten Vorlesungsbetrieb für das Sommersemester vorzubereiten" (10), so daß nach kurzer Zeit der Status quo ante mitsamt den überwunden geglaubten Herrschaftsverhältnissen restauriert war (11).

Wachschutzgestütztes Hochschulregiment bleibt seitdem bis heute Grundlage autoritären Hochschulmanagements 'top down' von oben, um den Studierenden unmißverständlich die Allmacht des etablierten Apparates und die eigene Ohnmacht nachhaltig bewußtseinsprägend vor Augen zu führen. Wie Mafiabosse in einem billigen Film, umgeben von willigen VollstreckerInnen ihres Machtwillens, treten heute VertreterInnen des Präsidialamts in der universitären Öffentlichkeit auf. Wachschutzeinheiten sind immer zur Stelle, um Manifestationen der mittlerweile geschichtlichen Krise der FU autoritativ-sozialtechnisch zu pazifizieren. Der rationale Diskurs hingegen wird schon seit Jahrzehnten verweigert.

4. Keine Chance zum Neuanfang

Entgegen den Hoffnungen vieler Aktiver gelang es nach der Zerschlagung der Befreiten Uni den Studierenden im folgenden Semester nicht mehr, gegen einen institutionell und materiell überlegenen Gegner erneut die nötigen Freiräume für eine Befreite Uni zu erkämpfen, so daß ungehindert die normierende Macht des gesetzten Faktischen wirkte (12). Lediglich hochschulintern erfolgte der Versuch einer institutionellen Einbindung der 300 Autonomen Seminare der Befreiten Uni durch das Zentrale Projektstudienprogramm des Akademischen

Senats vom 03.05.1989. Zwar löste 1991 innerhalb der FU Präsident Johann Wilhelm Gerlach den von Skandalen und Intrigen belasteten Präsidenten der NofU, Dieter Heckelmann, ab. Mit seiner Wahl verbanden sich Hoffnungen auf Durchsetzung von Studienreform, Demokratisierung, Frauenförderung, Gleichstellung von AusländerInnen und studenInnenfreundlicher Politik (13). Auch begann Gerlach sein Amt mit viel Elan, doch die Hoffnungen, die von den Studierenden anfänglich in den als linksliberal geltenden Präsidenten gesetzt wurden, hielten nicht und wurden schwer enttäuscht. Auch er stand den alten und neuen Sach- und Geldzwängen völlig hilflos gegenüber. Im Bestreben, die FU irgendwie zusammenzuhalten, machte er weitaus mehr Konzessionen an alte Seilschaften und professoralen Standesdünkel als an die Interessen der übrigen Gruppen. Schon ein Jahr nach seiner Wahl erfolgte der erste Polizeieinsatz auf dem Campus, und sozialtechnologisches Krisenmanagement blieb weiterhin Bestandteil autoritären Universitätsregiments. Auch in der Lehre kam es nicht zu den versprochenen Verbesserungen. Statt einer egalitären Gemeinschaft zwischen Lehrenden und Lernenden entwickelte sich erneut regressiv das überkommene Gegenüber des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, das nicht die Lösung anstehender Probleme durch gemeinsame rationale Argumentation sucht, sondern nur erzieherisch durch Maßregelung der einen Seite wirkt. Die Chance einer demokratischen Lösung der historisch gewachsenen Krise der FU wurde erneut vertan.

Der SPD/AL-Senat hatte zwar durch Wissenschaftssenatorin Barbara Riedmüller-Seel zögerlich einige Reformen an den Universitäten eingeleitet, und ein Entwurf für ein novelliertes Berliner Hochschulgesetz sollte mehr Autonomie und Demokratie für die Universitäten sowie Hochschulzugang auch ohne Abitur bringen (taz: 08.06.1990). Doch in den Berliner Universitätsverwaltungen herrschte wenig Bereitschaft zur Reform. Mit einem flächendeckenden Numerus clausus wollten sie einen erwarteten Ansturm von DDR-BewerberInnen abschrecken (Tagesspiegel: 07.06.1990), der dann jedoch ausblieb (taz: 15.08.1990). Dieser Senat geriet jedoch in den Strudel des Zusammenschlusses von BRD und DDR, so daß er 1990 weit vor Ende seiner Legislaturperiode durch die große Koalition von CDU und SPD abgelöst wurde. Es stellte sich wieder einmal die Frage, wie und zu welchem Ende die sprichwörtlich gewordene Krise und Katastrophe des deutschen Bildungswesens reguliert werden sollte.

Der neue Wissenschaftssenator Manfred Erhardt (CDU), wie Turner ein Import aus Baden-Württemberg, knüpfte unverhohlen an die Politik des Bildungs- und Sozialabbaus seiner Amtsvorgänger Kewenig und Turner an. Im

September 1991 beschloß das Abgeordnetenhaus von Berlin den Abbau von 15.000 Studienplätzen - davon 10.000 an der FU, und Erhardts 'Hochschulstrukturplan' (HSP) (14) sollte das vollstrecken. Statt Reform stand nun wieder Krisenmanagement auf der Tagesordnung. Daraufhin erfolgte in der FU-Verwaltung eine 'innere Wende'. Sie gab das Vorhaben auf, mehr für die Universität einzufordern, sondern war bemüht, das Bestehende durch Zugeständnisse möglichst abzusichern. Es begann eine Kooperation mit der Senatspolitik und der von Erhardt eingesetzten 'Landeshochschulstrukturkommission' (LHSK) (die Hälfte ihrer Mitglieder kamen ebenfalls aus Baden-Württemberg), deren Aufgabe der Abbau von Studienplätzen, sogenannten 'Doppelangeboten' in der Lehre und der 'Überfrachtung der Lehrinhalte' war. Ende 1992 legte sie ihren Abschlußbericht vor. Initiiert durch ProfessorInnen gründete sich die Reformgruppe 'Sturm für die Unis', und die Studierenden ahnten Schlimmes.

Erhardts Hochschulstrukturplan wurde am 02.04.1993 veröffentlicht. Flächendeckender Numerus clausus, festgeschriebene und scharf sanktionierte Regelstudienzeiten sowie Zwangsexmatrikulationen bei deren Überschreitung, Studiengebühren, Zwei-Klassen-Studium und weitere Maßnahmen, die lediglich Statistiken auf Kosten der Studierenden beschönigten, waren die vorgesehenen Instrumente. Erhardt versuchte, diese geplante Krisenverschärfung als 'Reform' und 'Modernisierung' zu verkaufen. Zur Umsetzung verlangte er einen 'Ermächtigungsparagrafen', der den direkten Staatseingriff in die Universitätsautonomie zuließ, um damit die gewünschten Umstrukturierungen auch gegen den Willen der Universitäten durchzusetzen.

Den Universitäten wurde eine Frist von sechs Wochen zur Stellungnahme zugebilligt, doch am 05.05.1993 legte der Akademische Senat (AS) eine Stellungnahme vor, die dem HSP nichts entgegengesetzt. Die Hochschulleitung unterwarf sich aus Furcht, daß "alles noch viel schlimmer kommt, wenn sich die Universitäten nicht fügen", widerstandslos dem erhardtischen Diktat. Damit mißachtete sie - so die geäußerte Kritik - aufs Größte ihre Aufgabe, die Interessen der FU als Universität vehement nach außen zu vertreten, sowie Anmaßungen des Staates und Zumutungen des Kapitals zurückzuweisen. Die Auseinandersetzungen Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre zeigen, daß emanzipatorische Reformen nur dann eine Chance haben, wenn sie gleichermaßen von einer reformwilligen Senatsregierung, einer progressiven Universitätsverwaltung und einem zeitgleichen studentischen Aufbruch getragen werden, dem es gelingt, ein breites reformwilliges Bündnis über die Statusgruppengrenzen hinweg zu integrieren, um so die strukturell be-

dingte Handlungsunfähigkeit durch das institutionalisierte Professorenkartell zu überwinden. Diese Faktoren kamen bisher erst einmal für kurze Zeit zusammen. Das war 1969.

5. Die Studierendenproteste 1993

Als der Akademische Senat (AS) der FU am 12.05.1993 Haushaltskürzungen zustimmen wollte, wurde seine Sitzung von aufgebracht Studierenden gesprengt. Eine Vollversammlung (VV) am 19.05.93 im Innenhof der Rostlaube bildete dann den Beginn studentischer Aktionen. 800 Studierende diskutierten daraufhin erfolglos mit den Mitgliedern des AS. Die Fachschaftsinitiativen führten Instituts-VVs durch und neue Initiativen wurden gegründet. Nach einer Uni-VV wurde am 01.06.1993 das Psychologische Institut (PI) besetzt, dem sich in den folgenden Tagen einige andere anschlossen. Am 09.06.93 organisierten die Studierenden einen 'Spartag', bei dem die gesamte Rost- und Silberlaube zu einer studentischen Zukunftswerkstatt im Diskurs mit einer interessierten Öffentlichkeit wurde. Für einen kurzen Moment zeichnete sich die Möglichkeit einer neuen Befreiten Uni ab. Doch das Präsidialamt ordnete daraufhin Wachschatzeinsätze an. Unkoordinierte Streiks und vereinzelte Institutsbesetzungen zogen sich dann noch bis zum Semesterende hin.

Der Konflikt steigerte sich gegen Ende 1993 zu Berlin-weiten Studierendenunruhen mit Institutsbesetzungen, wobei jedoch erstmals die FU ihre Rolle als Epizentrum studentischer Bewegung verlor und seitdem auch nicht wiedererlangte. Ein Generationenbruch hatte innerhalb der Studierendenschaft stattgefunden. Die weitgehend desillusionierten ehemaligen Aktiven der 88er Unimut-Bewegung verließen mehr und mehr die Universität, und eine neue Studierendengeneration versuchte eine neue Taktik. Doch es gelang nicht, eine neue paradigmatische Programmatik zu entwickeln, die Basis eines längerfristigen studentischen Vorgehens hätte sein können. Allzu schnell ließen sich die Studierenden mit 'Schein'-Ängsten vor einem 'verlorenen Semester' einschüchtern. Doch gerade dieses fremdbestimmte Normstudium gilt es zu verlieren, um eine neue Uni mit neuer Wissenschaft zu gewinnen.

Ein Höhepunkt dieser Proteste war die sogenannte 'Besetzung' des Preußischen Landtages, dem Sitz des Berliner Abgeordnetenhauses, durch ein go-in von 4000 Studierenden am 29.11.1993 (Berliner Zeitung: 30.11.1993). Dennoch wurde am 03.12.1993 vom Abgeordnetenhaus die Änderung des BerlHG verabschiedet, um den Hochschulstrukturplan umzusetzen. Die Fachbereiche wurden daraufhin aufgefordert, ihre Studienordnungen bis zum April 1995 an das neue BerlHG anzupassen. Vor Weihnachten bröckelte jedoch die Protestfront ab und konnte 1994 nicht wiederbelebt

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

werden, obwohl ein zweimonatiger Stellenstopp Lücken ins Lehrangebot riß. Die Streikbereitschaft der Studierenden war gründlich aufgebraucht, so daß eine sogenannte 'Zwangsberatung', als Versuch der FU-Führung, mit den sogenannten 'Langzeitstudierenden' das kritische Potential der Studierendenschaft von den Universitäten zu verbannen und die Produktions- und Durchlaufzeiten der Lernfabrik Universität zu maximieren, im SoSe 1994 und im WS 1994/95 durchgezogen wurde, ohne einen Proteststurm auszulösen. 15.000 FU-Studierende, die eine 'Regelstudienzeit' um mindestens 2 Semester überschritten hatten, wurden im SoSe 1994 vom Präsidialamt in blauen Briefen (sic!) unter Androhung einer Zwangsexmatrikulation Studienberatungen verordnet (Die Welt: 28.05.1994). Eine Studie von Prof. Peter Grottian entlarvte das Konstrukt des 'Langzeitstudierenden' dagegen als "Mythos" (taz: 24.06.1994). Im WS 1994/95 erhielten nochmals 23.000 von 60.000 Studierenden der FU, "die bei der Zwischenprüfung um mehr als 2 Semester überfällig sind", 'Blaue Briefe' (Die Welt: 05.12.1994). Zwischenbilanz dieser 'Zwangsberatungen' waren bis zum SoSe 1995 7.000 Exmatrikulationen und eine Reduzierung der Studi-Zahlen auf unter 50.000 (taz: 30.06.1995).

6. Die Studi-Proteste 1996

Geplante Studiengebühren, Verkürzungen der Regelstudienzeiten, Bafög-Verzinsungen und Institutserschließungen, sowie der Abbau von weiteren Studienplätzen und neue Haushaltskürzungen führten erst wieder im WS 1995/96 und im SoSe 1996 zu studentischen Protesten mit Demonstrationen, Aktionstagen und kurzfristigen Institutsbesetzungen. Am 26.02.1996 besetzten 30 Studierende der FU medienwirksam für wenige Stunden die deutschen Botschaften in Brüssel und Luxemburg, sowie das Generalkonsulat in Amsterdam (taz: 27.02.1996). Eine Qualität wie im WS 1993/94 erreichte diese studentische Protestbewegung jedoch nicht.

Erstmals in der FU-Geschichte beteiligten sich im SoSe 1996 auch ProfessorInnen an den Protesten. Die von ihnen über Jahrzehnte tolerierte und zum Zweck des eigenen Machtausbaus mitgetragene Destruktionspolitik an den Universitäten drohte nun auch sie selbst zu treffen. Auf einer überfüllten Veranstaltung im

Audimax der FU bat FU-Präsident Gerlach um "kreative Proteste" und ermutigte die Studierenden zu Aktionen (Die Welt: 24.04.1996).

Aus dem laufenden Etat wurden den Berliner Hochschulen im SoSe 1996 noch einmal 196 Mio. DM gestrichen. Die Bibliotheken standen vor der Entscheidung, entweder Bücher oder Periodika abzubestellen. In der OSI-Bibliothek beispielsweise wurden 75% aller Abos gekündigt.

Entgegen den Anstrengungen einer studentischen Boykottinitiative wurden durch Wissenschaftssenator Peter Radunski zum WS 1996/97 erstmals sogenannte 'Immatrikulations- und Rückmeldegebühren' in Höhe von 100 DM erhoben, als Vorgriff auf zu erwartende Studiengebühren. Im gleichen Semester wurde die Rentenversicherungspflicht für Studierende eingeführt, nachdem am 13.09.1996 der Bundestag die Sozialversicherungsbefreiung für Studierende aufgehoben hatte. Zudem wurde die Privatisierung der Hochschulen erwogen. Mit einem wilden Umzugskarussell täuschte die FU-Führung unsinnigen Aktionismus vor, während die Vernichtung von Studienplätzen neue Rekordzahlen erreichte.

Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die Abwicklung der FU mit der vom Akademischen Senat eingesetzten sogenannten 'Entwicklungs- und Planungskommission' (EPK). Mit dessen 'Strukturkonzept 2003' trat – so die damalige Polemik – die 'Selbstverstümmelung der FU' in das Stadium des 'begeisterten Selbstmords' ein.

7. Der bundesweite Streik im WS 1997/98

Zum WS 1997/98 setzte eine in Hessen beginnende breite studentische Protestbewegung ein. Doch erst als schon fast alle bundesrepublikanischen Hochschulen im Ausstand waren, schloß sich auch die Studierendenschaft der FU per VV-Beschluß vom 20.11.1997 den Protesten an. Obwohl die Dynamik der Bewegung anfänglich die Hoffnung auf eine Neuauflage der Unimut-Bewegung von 1988 aufkommen ließ, verhinderte an der FU schnell inhaltliche Konzeptlosigkeit die Formierung eines geschichtsmächtigen studentischen Kollektivsubjekts. Der Streik fand im Wesentlichen nicht innerhalb der Universitäten statt, sondern vollzog sich in Form eines ungeordneten Rückzuges in die individuelle Privatsphäre. Diesen Trend konnte auch der bundesweite studentische Basiskongress: 'Bildung und Gesellschaft' (BUG) vom 08.-11.01.1998 in Berlin nicht mehr kippen, obwohl 3000 TeilnehmerInnen einen beachtenswerten Forderungs- und Maßnahmenkatalog entwarfen (15).

Daher wurde aus dem Protest kein neuer studentischer Aufbruch und eine mögliche Geschichte erfüllte sich nicht: Der Kritische Moment (Bourdieu) schlug nicht in ein Kritisches

Ereignis um (16). Bis auf begrenzte Einzelfälle, wie z.B. dem 'Roman-Herzog-Institut' am Fachbereich Germanistik in der Woche vom 19.-23.01.1998, kam es nicht zur Wiederaneignung der Universität und des eigenen Studiums als selbstbestimmter Lebensform im Rahmen eines aktiven, konstruktiven Streiks (17). Ohne die Schaffung selbstbestimmter Freiräume hat das Nachdenken über wünschenswerte Alternativen und zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten keine Chance und eine komplette Studierendengeneration diskriminierte den Neuentwurf ihrer eigenen Zukunft und die der gesamten Gesellschaft. Es wurde nicht die Chance ergriffen, die Universität ihrer ureigensten Aufgabe zuzuführen: Experimentierfeld und Zukunftswerkstatt der Gesellschaft zu sein, Entfaltungsraum und öffentliches Forum freier Gedanken und ungezwungenen Geistes, einer Universität, die mit der übrigen Gesellschaft, in die sie unmittelbar eingebunden ist, in enger Wechselwirkung und direktem Austausch steht und soziale Kompetenzen für individuelle Selbst- und gesellschaftliche Mitbestimmung vermittelt. Eine Universität, die allen unbeschränkt offensteht, um hier im freien, antihegemonialen und antihierarchischen Diskurs wünschenswerte Möglichkeiten und notwendige Alternativen zu entwickeln. Eine Universität, die nicht als normierende Kader- und Eliteschmiede, als Fachidiotenproduktionsstätte einer gleichgeschalteten Wissens- und Kulturindustrie für die neoliberale Durchdringung der Gesellschaft autoritativ formiert wird, und deren Mitglieder sich vehement gegen eine Eindimensionalisierung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen wehren.

Die Frage ist, wie die Universität als Kulturraum zurückgewonnen und wiederbelebt werden kann, in der einer kritischen und engagierten Studierendenschaft eine zentrale Rolle zukommt. Eine universitäre Öffentlichkeit muß erst wieder neu geschaffen werden, um den Trend zur Geistlosigkeit der Universität, ihrer Verschulung und Entwissenschaftlichung, sowie der Enttheoretisierung der Wissenschaft umzukehren. Dafür müssen Universität und Wissenschaft dorthin gestellt werden, wo sie hingehören: in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Hieraus erwächst eine besondere gesellschaftliche Verantwortung für eine engagierte Studierendenschaft.

8. Wie weiter?

Die Dialektik von "Konterrevolution und Revolte" (Marcuse) (18) ist in den 90er Jahren keine mehr. An den Universitäten ist z.Z. keine emanzipatorische Kraft erkennbar, die ein wirksames Gegengewicht gegen eine 25jährige 'Konterrevolution in Permanenz' darstellen könnte. Studentischer Widerstand reduziert sich noch auf sporadische Unmutsbekundungen, ohne sicht-

bare Potentiale, die normierende Macht des gesetzten Faktischen zu transzendieren, um so von der Krise des Bewußtseins zum Bewußtsein der Krise zu gelangen.

Dennoch ist es falsch, daraus zu schließen, daß die jetzige Studierendenbewegung eine unpolitische Bewegung sei. Was hier stattfindet, ist ein Verteilungskampf um gesellschaftlichen Reichtum. Die Studierenden versuchen, das zurückzufordern, was ihnen über 16 Jahre genommen wurde. Auch beschränken sich die Forderungen der Studierenden nicht auf mehr Geld für die Universitäten, sondern eingefordert wird mehr Geld für alle sozial benachteiligten Gruppen. Dies sei durch Umverteilung von oben nach unten zu beschaffen.

Das unterentwickelte theoretische Niveau ist dagegen der historischen Situation geschuldet, aufgrund 16jähriger Entpolitisierung aller gesellschaftlicher Bereiche, einer angepaßten Medienöffentlichkeit, einer orientierungslosen Linken, der Repression kritischer Meinungen wie z.B. im Fall der Maulkorbklagen gegen ASten, und des Fehlens organisierter Opposition, die sich offensiv äußert. Vor diesem Hintergrund ist schon die Forderung nach Umverteilung geradezu revolutionär. Aufgabe ist es nun, die entstandene Bewegung weiter zu politisieren.

Hierbei ist es notwendig, aber nicht hinreichend, die Kritik am Neokonservatismus und Neoliberalismus als Kritik der politischen Ökonomie zu betreiben. Vielmehr ist eine Kritik der politischen Technologie erforderlich. Denn Sparpolitik folgt nicht einfach vermeintlichen ökonomischen (Haushalts-) Sachzwängen, sondern ist längst zu einem Instrument autoritativer Transformation der gesamten Gesellschaft geworden. Dies gilt besonders für den Bildungsbereich, wo sich neoliberale Politik nahtlos in ein jahrzehntelanges rechtskonservatives Roll-back einfügt. Da es nicht gelang, eine Hegemonie über die Universitäten zurückzuerlangen und auch die autoritative Eindämmung der Bildungslandschaft durch Berufsverbote, Radikalenerlass, das Verfassungsgerichtsurteil von 1973, die Universitätsgesetznovelle von 1974 und die Erklärung der Universitäten zum "geistigen Umfeld des Terrorismus" letztlich nicht von Erfolg gekrönt war, leistet die anonymisierte Herrschaft über die verordnete Krise mittels konstruierter ökonomischer Sachzwänge dies umso präziser. Die Universitätslandschaft wird in Trümmern gelegt, denn der 'Standort Deutschland' verlangt nicht massenhaft kritische IntelligenzlerInnen, sondern unbegrenzt verfügbare 'menschliche Ressourcen' und beliebig verwertbares 'Humankapital'. Zu geistlosen Lernfabriken transformierte Universitäten, 'Schädelstätten des Geistes', sollen dies in Massen, zugerichtet nach DIN-Norm, ausstoßen. So sind in Folge der Entwicklung Massenverblödung und Fachidiotismus im Hegemoniemodell Deutschland

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

die entscheidenden Standortfaktoren.

Diesen Verwertungsinteressen gilt es sich im Interesse der Zukunft der Gesellschaft zu widersetzen, denn:

“Heute ist es schon fast ein Verbrechen, über Veränderung nur zu sprechen, während die Gesellschaft in eine Institution der Gewalt verwandelt wird (...). Was der Revolte durch die verstärkte Unterdrückung und die Konzentration der zerstörerischen Kräfte in den Händen der Mächtigen aufgezwungen wird, muß für ihre Reorganisation, für die Überprüfung ihrer Politik genutzt werden. (...) Der Ausgang hängt entscheidend davon ab, daß die junge Generation weder ‘aussteigt’ noch sich anpaßt, sondern lernt, sich nach einer Niederlage zu reorganisieren und mit der neuen Sinnlichkeit eine neue Rationalität zu entwickeln, um den langen Erziehungsprozess zu überstehen - die unentbehrliche Voraussetzung für den Übergang zu politischen Aktionen großen Stils. (...).
-Herbert Marcuse (18)

Im Rückblick auf eine 50jährige Entwicklung der Krise der FU läßt sich feststellen, daß sie als Teil der sprichwörtlichen ‘Katastrophe des deutschen Bildungswesens’ beachtliche Kontinuitäten tradiert. Es sind immer wieder die gleichen Problemkonstellationen, die in leichten zeitgeschichtlichen Abwandlungen die Dialektik des Kulturkampfes zwischen Konterrevolution und Revolte ausmachen, also die Konflikte prägen und die Konfliktlinien bestimmen. Die 50jährige Geschichte der FU steht exemplarisch für diese Entwicklung. Diese Entwicklung läßt sich ohne Rekurs auf die deutsche Geschichte der letzten 200 Jahre nicht hinreichend begreifen, deren bildungs- und sozialpolitische Konfliktlinien letztlich zwischen Emanzipation und Sozialtechnologie verlaufen. Wesentliche durchgängige Elemente des 50jährigen Krisenprozesses der FU sind (12 Thesen, vorläufig, ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

1. Entdemokratisierung: Systematische Marginalisierung der Studierendenschaft und Zurückdrängung ihres Einflusses in den Selbstverwaltungsorganen einer Universität, die einmal von Studierenden als demokratische Gegenuniversität und politische Reformuniversität in der Hoffnung auf Demokratisierung von Universitäten und Gesellschaft gegründet wur-

de. Das skandalöse Verfassungsgerichtsurteil vom 29.05.1973 steht exemplarisch für diesen Prozess (19).

2. Militarisierung und Sozialtechnologisierung des öffentlichen Raumes Universität: Die systematische Einschränkung der freien Entfaltungsmöglichkeit der Studierendenschaft innerhalb der Institution Universität und die Beschneidung ihres Rechtes auf ungehinderte Nutzung universitärer Räumlichkeiten durch autoritativ-hierarchisches Management der FU-Verwaltung, mittels phantasiereicher Strapazierung und repressiver Auslegung des Haus- und Ordnungsrechts, der Verwaltungs- und Bauordnung, sowie Versuchen der sozialtechnologischen Pazifizierung der Krise der FU durch z.T. exzessive Polizeieinsätze und permanent präsente Wachschutzeinheiten auf dem Campus. Die Lernfabrik Universität läßt sich nur in einer total verwalteten Welt erzwingen, die Geistlosigkeit der Universität heute ist die Folge.

3. Hierarchisierung; Marginalisierung der Studierendenschaft innerhalb des Wissenschaftsbetriebs durch Restauration des überkommenen Gegenübers des Lehrer-Schüler-Verhältnisses, anstatt die Freiheit von Forschung und Lehre allen zu gewährleisten. Die Universität hat zu ermöglichen, daß “ihre Studierendenschaft jede Person zu jedem Thema zu jeder Zeit hören und mit ihr diskutieren kann.” (20).

4. Refeudalisierung: Reinstallation von überwunden geglaubten Strukturen der ständischen Ordinarienuniversität. Es ist völlig inakzeptabel, daß sich gerade an den Universitäten derart hartnäckig vordemokratische gesellschaftliche Atavismen behaupten, wie wir sie sonst nur noch beim Militär, beim postabsolutistischen staatlichen Verwaltungsapparat und in der ‘freien Wirtschaft’ vorfinden.

5. Differenzierung und Spaltung der Studierendenschaft durch gesetzte Selektionsinstrumente, durch Zulassungs-, Studien- und Prüfungsordnungen, die den Selektionsprozess des Schulsystems fortführen, unterschiedliche Lebenschancen zuteilen und soziale Ausgrenzung produzieren.

6. Enteignung und Fremdbestimmung des gesamten Produktionsprozesses des eigenen Studiums durch Unterwerfung der Studierenden unter das Wertgesetz des ‘Schein’-Studiums und der Zertifikatakkumulation, Gängelung und Bevormundung über eine zur systemstabilisierenden Leistungsmoral verkommene effizienzorientierte ‘Aus’-Bildung durch ‘Leistungsnachweise’, Prüfungen, Klausuren. Herrschaft über Curriculum, Numerus clausus und Studienordnungen. Abschlüsse und Diplome werden so letztlich für erfolgreiche Anpassungs- und Unterwerfungsleistungen vergeben.

7. Verdrängung selbstbestimmter, autonomer studentischer Lehre und Forschung. Ständige Versuche der Zerschlagung des vielfältigen

Berliner Tutorienmodells und Unterwerfung der Tutorien zu Handlangerdiensten für Lehrstuhlinhaber.

8. Zerstörung der Universität als Kulturraum. Sterilisierung und Desinfizierung der Universität für lebensfremde asketische Wissensproduktion. Verhinderung und Unterdrückung von Versuchen einer Rückgewinnung der Universität als Kulturraum, der im Mittelpunkt öffentlichen Interesses und der gesellschaftlichen Diskussion steht.

9. Tradierung von personellen und paradigmatisch-theoriekonzeptionellen NS-Kontinuitäten in Forschung und Lehre, insbesondere in den Naturwissenschaften. Die paradigmatische Wende von der 'Wehrhaftmachung der Wissenschaft' für Kriegs- und Produktionsschlachten, hin zu einer Wissenschaft für eine zivile Gesellschaft gelang erst in Spuren.

10. Etablierung von Herrschaftswissenschaft, Machtphilosophie, Verwertungs- und Vernichtungstechnologien. Unterdrückung kritischer und emanzipativer Ansätze. Entzug der Wissenschaft der demokratischen Kontrolle durch eine kritische Öffentlichkeit. Wissenschaft wird so gemeingefährlich, Wissenschaftler werden zu potentiellen Tätern.

11. Auslieferung der Universität an und Gleichschaltung der Wissenschaft für Herrschafts- und Verwertungsinteressen von Staat und Kapital. Der mögliche Beitrag einer herrschaftskritischen und antihegemonialen Wissenschaft zur Lösung drängender gesellschaftlicher Probleme wird diskriminiert, Minderheiten und Randgruppen werden aus der Betrachtung ausgegrenzt.

12. Gewaltsame Zerschlagung aller studentischen Versuche, Universität und Wissenschaft in kritischer Praxis und praktischer Kritik am herrschenden Wissenschaftsbetrieb neu zu konzipieren, wie im Fall der Kritischen Uni 1967/68 und der Befreiten Uni 1988/89. Vertreibung der Volksuni aus der FU, Verhinderung von selbstorganisierten studentischen Sommeruniversitäten.

1948 galt die FU als Modell für einen demokratischen Neubeginn in Universität und Gesellschaft. Dies ist in Vergessenheit geraten. Umso mehr brauchen wir heute eine freie Universität, die Maßstäbe für eine demokratische Weiterentwicklung von Universitäten und Gesellschaft setzt. In diesem Sinne sind wir alle aufgefordert, Universität neu zu erfinden und Wissenschaft neu zu entdecken. Doch wer soll dies tun, wenn nicht wir, und wann, wenn nicht jetzt? 50 Jahre FU wären daher ein Anlass, ihren Modellsanspruch und ihre Utopie aufzugreifen, neu zu interpretieren und zeitgemäß umzusetzen.

Anmerkungen:

(1) Klaus Heinrich, studentischer Mitbegründer der FU, 1989: Zur Geistlosigkeit der Universität heute. In: Das Argument 173, S. 9.

(2) Paskal Becker diagnostiziert treffend: "Doch die neue 'StudentInnenbewegung' stellt nicht die Ursache für eine Krise der Hochschullinken dar, sie ist vielmehr Ausdruck dieser Krise. Aufgetrieben in ritualisiertem innerlinkem Hickhack, gut eingerichtet in den linken Nischen der studentischen Selbstverwaltung und den eigenen Zusammenhang als Nabel der Welt begreifend, ist die Hochschullinke schon seit einiger Zeit nicht mehr in der Lage, veränderte Realitäten an den Hochschulen adäquat wahrzunehmen und sich den daraus entstandenen neuen Anforderungen an linke Politik zu stellen." In: ders. 1989: Die Karten werden neu gemischt. Die 'Neue StudentInnenbewegung' und die organisierte Hochschullinke. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Januar 1990, S.82.

(3) Vergl.: Landefeld, Beate et al. 1978: Der Streik - Lehren aus dem 1. nationalen Studentenstreik Wintersemester 1977/78. Dortmund.

(4) Vergl.: UStA Hochschulreferat 1977: Ergebnisse und Erfahrungen aus unserem 4-monatigen Arbeitsprozess zum Hochschulrahmengesetz und Referentenentwurf. Berlin.

(5) Der Arbeitskampf der 3700 studentischen Beschäftigten ist dokumentiert in: Büchner, Gerold et al. 1986: Bis hierher und nicht weiter. Der Berliner Tutorienstreik 1986. Hamburg.

(6) Das war eine der Hauptforderungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität (NoFU): "Die Organe der Verfassten Studentenschaft werden in Berlin auf absehbare Zeit in der Hand von Extremisten und Chaoten bleiben. Sie haben deshalb dem Ansehen der Berliner Hochschulen schweren Schaden zugefügt und werden das, wenn man sie nicht abschafft (sic!) (...), weiter tun." Aus: Nr. 640 der Veröffentlichungen der Notgemeinschaft für eine freie Universität, März 1986, S. 11.

(7) Über die Machenschaften der NoFU und das 'Roll-back' der Reformuniversität hin zur reaktionären 'Wende-Uni' hat der Informationsausschuß der Befreiten Universität nach einjähriger Recherche ein viel beachtetes, 256seitiges Buch geschrieben: FU Berlin. Ein pechschwarzes Gebilde. Berlin. Dezember 1989. Erhältlich im ASTA FU und im Projekt Archiv (ausleihbar in der UB).

(8) Die staatlichen Repressionen gegen Studierende im WS 1988/89 dokumentierte die Anti-Repressions AG des ASTA FU im August 1990 in einer 88seitigen Broschüre: Haut weg den Scheiß! - Berichte, Fotos, Dokumentationen und Analysen der staatlichen Repressionen aufgrund des Universitätsstreiks im Wintersemester 1988/89. Berlin.

(9) Die NoFU-Professoren zogen andere Folgerungen aus dem Kampf um die Universität, als die Studierenden: "Als langfristige Maßnahme Korrektur der falschen Bildungspolitik, durch die zu viele Jugendliche auf das Gymnasium und in ein Studium geführt werden. Erheblicher Anteil der Gymnasiasten und Studenten für diesen Bildungsweg intellektuell und charakterlich ungeeignet. Daher nicht nur schwere Nachteile für die Betroffenen (...), sondern auch schwere Nachteile für die Volkswirtschaft (...). Daher keine Aufhebung, sondern Verschärfung des NC (...)." So ein Jura-Prof. der TU in einem Schreiben an die FAZ am 16.01.1989. Die Forderungen der NoFU scheinen in den 90er Jahren zentrales Element herrschender Bildungspolitik geworden zu sein.

(10) Aus einem Strategiepapier der Zentralen Universitätsverwaltung vom 23.02.1989, erstellt vom damaligen 'Mann fürs Grobe', Präsidialamtsleiter Kurt Zegenhagen, wird ersichtlich, daß mit einem Fortbestand der Befreiten Uni gerechnet wurde, falls es nicht gelänge, sie gewaltsam zu zerschlagen: "Es ist nicht zu erwarten, daß sich zum Sommersemester 1989 von selbst ein ordnungsgemäßer Lehrbetrieb einstellt." Deshalb "... sollen die Gebäude umgehend geräumt und erforderlichenfalls kurzzeitig verschlossen werden. Wird erneut besetzt, ist erneut zu räumen (...)." Auch die Idee zum autoritativen Management der geschichtlichen Krise der FU durch einen Wachschutz, das bis heute üblich ist, scheint von Zegenhagen zu stammen. Dieser am 17.02.1989 in: Maßnahmen in der Boykottsituation: "Denkbar ist eine intensive aber kostenaufwendige Aufsicht durch eine Wachgesellschaft, die z.B. auch den laufenden Schließdienst für alle Hörsäle (sic!) übernimmt." Unter dem Regime von Präsidialamtsleiter Peter Lange ist diese schöne neue orwell'sche Universität dann ein Stück Wirklichkeit geworden.

(11) Auch einen Monat nach der Abwahl des CDU/FDP-Senates funktionierte die Zusammenarbeit zwischen dem noch amtierenden Innensenator Kewenig und FU-Präsident Heckelmann hervorragend, wie aus einem Schreiben Heckelmanns an Kewenig vom 27.02.1989 hervorgeht: "Für die Tage nach einer Räumung bitte ich um einen besonderen Schutz des Präsidialamtes."

(12) Nach den Räumungen war sich das Präsidialamt seines Sieges nicht sicher: "Es ist zu befürchten, daß es einigen radikalen Gruppierungen unter den Studenten gelingen wird, den Streik auch im Sommersemester 1989 - vor allem in den geistes- und sozialwissenschaftlichen Fächern - fortzuführen." So ein Rundschreiben des FU-Präsidenten an die Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer der FU vom 10.03.1989.

(13) Gerlach galt als Gegner des NoFU-Professorenkartells. Der offiziellen 40-Jahr-Feier der FU blieb er fern. Dies begründet er in einem Antwortschreiben an Heckelmann vom 01.12.1988: "(...) Die meisten FU-Angehörigen berührt diese Feier nicht. Viele, die sich mit der FU identifizieren, indem sie ihr viel verdanken und geben, würden sich in einem angemessenen Rahmen sicher gern zu ihrem Geburtstag versammeln, um über die heute bedrückenden Sorgen der Universität - ihren inneren Zustand wie die ständige Mißachtung ihrer funktionalen Bedeutung durch den Staat - zu sprechen. Diese wirklichen Anliegen sind nicht feierlich. Deshalb zeigt die gleichwohl veranstaltete Festlichkeit die völlige akademische Inkompetenz der dafür Verantwortlichen. Man kann der FU zum Geburtstag nur wünschen, daß sie auch diese Zeit einigermaßen übersteht." Leider sind diese Zeilen nach wie vor gleichermaßen aktuell.

(14) Eine kurze Geschichte des HSP ist in: ASTA FU, Mein erstes Semester, SoSe 1994, S. 21-25.

(15) Eine wahre Fundgrube ist mit 468 Seiten der Reader zum BUG-Kongress.

(16) Nach Pierre Bourdieu (Bourdieu, Pierre 1988: Homo academicus, S. 287) wird ein 'kritisches Moment' durch 'kritische Ereignisse' erzeugt. Der 'kritische Moment' ist ein Zustand, "in dem gegen die alltägliche Erfahrung der Zeit als bloße Weiterführung der Vergangenheit oder einer in der Vergangenheit angelegten Zukunft alles möglich wird, oder doch erscheint, in dem die Zukunft wirklich kontingent, das Kommende wirklich unbestimmt, der Augenblick wirklich als solcher erscheint - in der Schwebe, abgehoben, ohne vorgesehene noch vorhersehbare Folgen."

(17) Doch auch wenn sich keine direkten Erfolge erkämpfen ließen, ist kein Streik umsonst. Wesentliche Wirkungen sind eher unscheinbar und wirken langfristig. Jeder Streik verbessert die Ausgangslage der Studierenden: Ein Politisierungsprozess setzt ein, langfristige Arbeitsgruppen entstehen, Solidarisierung durchbricht die Anonymität.

(18) Aus: Herbert Marcuse 1973: Konterrevolution und Revolte, Frankfurt/M, S. 153-154.

(19) Den ProfessorInnen wurde damals unter Bezug auf die Wissenschaftsfreiheit die Mehrheit in den universitären Gremien zugesprochen („ausschlaggebender Einfluß“) und die Drittel- bzw. Viertelparität verboten.

(20) Aus der Resolution des sit-in im Henry-Ford Bau vom 22/23.06.1966, wo mit eine Forderung der Studierenden in Berkeley aufgegriffen wurde.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

auf dem weg dienstleistung

Studierendenproteste in Berlin und an der FU 1998-2003

Mit dem Abbröckeln des bundesweiten Streiks Anfang 1998 und der 50-Jahr-Feier im Dezember desselben Jahres war die FU Berlin keinesfalls befriedet. Im Laufe der folgenden zehn Jahre äußerten Studierende immer wieder ihren Unmut in Vollversammlungen, Protesten und Streiks. Gründe gab es genug. Hatte sich die FU bei der Gründung 1948 und noch einmal in den 60er Jahren als Vorreiterin demokratischer Studienreformen gezeigt, so wandelte sie sich seit Mitte der 90er zum Modellprojekt eines autoritären Neoliberalismus. 2006 wurde die FU zur „unternehmerischsten Hochschule Deutschlands“ gewählt, seit 2007 gehört sie zum erlauchten Kreis der „Elite-Universitäten“. Die Hochschule, so das neue Dogma, ist ein Akteur unter vielen am Bildungsmarkt. Sie bietet eine Dienstleistung an, wirbt um MitarbeiterInnen und KundInnen, ihre Beziehungen zur Gesellschaft sind waren- und marktförmig. Intern ist sie unternehmerisch und effizient, also anti-demokratisch strukturiert.

Insbesondere die Präsidenten Peter Gaehtgens (1999-2003) und Dieter Lenzen (ab 2003) haben diese Entwicklung vorangetrieben. Ihre Stoßrichtung war nicht völlig neu, bereits seit den 80er Jahren sind Grundzüge erkennbar. Insbesondere mit der durch den Bologna-Prozess erzwungenen Einführung des Bachelor/Master-Systems hat sich die Verbetriebswirtschaftlichung der Hochschulen jedoch enorm beschleunigt. Es ist daher keine Übertreibung zu behaupten, dass in den letzten zehn Jahren die radikalste Hochschulreform in der Geschichte der BRD stattgefunden hat, in ihrem Ausmaß vergleichbar einzig mit den Umwälzungen im Gefolge des Jahres 1968 und der Abwicklung des DDR-Hochschulsystems.

Studentische Proteste haben diesen Wandel an der FU in den letzten zehn Jahren stets begleitet, konnten ihn jedoch nicht aufhalten. Zwar gelang mit der Verhinderung von Studiengebühren im Streik 2003/04 ein durchschlagender Erfolg. In allen anderen Bereichen hat sich die FU-Leitung jedoch durchgesetzt und nicht nur die FU bis zur Unkenntlichkeit „reformiert“, sondern auch Maßstäbe gesetzt für die bundesweite Entwicklung.

Winter 2000/2001 - Rettet das OSI

Nach einer von mehreren tausend Studierenden besuchten Anti-Studiengebühren-Demo im Sommer 2000 wurde das Otto-Suhr Institut für Politikwissenschaft im Wintersemester 2000/2001 zum Zentrum studentischer Proteste an der FU. Eine überwiegend von AktivistInnen im Grundstudium getragene Bewegung wandte sich gegen massive Kürzungspläne und die Umstrukturierung des Studiums im Rahmen der am OSI frühzeitig angestrebten „Modularisierung“. Professorale „Modernisierer“ in den Gremien weigern sich jedoch, auf studentische Reformvorschläge einzugehen und stimmen ihre Konzepte durch. Die Proteste gipfeln in einer Institutsbesetzung und einem Polizei-Großeinsatz, die Besetzung wurde schließlich durch die Studierenden gewaltlos beendet.

Neben einer Ablehnung der Kürzungen wurde 2001 explizit der Erhalt kritischer Wissenschaft am Institut gefordert. Durch erfolgreiche Mobilisation in den folgenden Semestern gelang es, das Diplomstudium neben BA und MA zu

zur globalisierten shochschule

erhalten, allerdings mit modularisierter und verschulter Studienordnung. Im Sommer 2008 trifft dann verspätet ein, was viele schon sieben Jahre zuvor befürchtet hatten: die Abschaffung des Diploms steht erneut auf der Tagesordnung. Ob sie ein weiteres mal verhindert werden kann, ist ungewiss.

2001/2002 - Rasterfahndung und Zwangsexmatrikulationen

Eine von den Berliner Universitätspräsidenten geplante Kündigung des Tarifvertrages für die studentischen Beschäftigten scheiterte nur an einem Veto des Berliner Senates. In den Sommersemesterferien 2001 konnte eine im Akademischen Senat vorgelegte Regelung zur Zwangsexmatrikulation durch ein studentisches Gruppenveto nur aufgeschoben werden, nach den Ferien wurde die Regelung beschlossen und trat 2002 in Kraft. Abgesichert wurde dies durch eine Änderung des Berliner Hochschulgesetzes, durchgeführt vom frisch angetretenen rot-roten Senat. Damit war die ursprüngliche Regelung zur Zwangsberatung entscheidend verschärft worden. Langzeitstudierenden, die „Auflagen“ seitens der Universität nicht erfüllten, drohte nun der Rauswurf. Gleichzeitig wurden im Wintersemester 2001/2002 erste Forderungen nach Abschaffung des Projektstudienprogramms laut.

Nach dem 11. September 2001 folgte im Rahmen der Anti-Terror-Hysterie ein bisher nie dagewesener Vorgang: Auf Anfrage des Bundeskriminalamtes (BKA) gab das FU-Präsident Gaehtgens am 17.9.2001 ohne Gerichtsbeschluss und ohne Konsultation von Studierendenvertretern persönliche Daten ausländischer Studierender für eine Rasterfahndung an die Polizei heraus.

Am 22. November informierte der AStA FU auf einer Vollversammlung über diese Vorfälle, am 11. Dezember fand eine weitere VV mit über 1000 TeilnehmerInnen statt. Die Versammlung beschloss einen dreitägigen Streik und eine Beteiligung an auf EU-Ebene angekündigten SchülerInnen- und Studierendenprotesten. Als die Diskussionen der Arbeitsgruppen auch nach 22 Uhr nicht abgeschlossen sind, ließ die Universitätsleitung etwa 100 verbliebene TeilnehmerInnen in einem brutalen Polizeieinsatz aus der Silberlaube räumen. Trotz Absprachen

mit der Universitätsleitung erfolgte am 12.12. 2001 ein weiterer Polizeieinsatz: ein Streikkonzert im Mensa-Foyer wurde gewaltsam beendet, die Silberlaube erneut geräumt.

Die massive Repression und das nahende Semesterende führten zum Abbruch des Streiks, bevor dieser überhaupt richtig Breite gewinnen konnte. Die Rasterfahndung wurde 2002 vom Landgericht Berlin für unzulässig erklärt, das Urteil jedoch in nächster Instanz aufgehoben.

Im Sommersemester 2002 wurde schließlich das Projektstudienprogramm seitens der professoralen Mehrheit im Akademischen Senat ersatzlos gestrichen. Das Programm, das seit 1989 bezahlte studentische Lehre mit selbst gesetzten Inhalten ermöglichte, gehört damit der Geschichte an. AStA und StudierendenvertreterInnen protestierten, größerer Widerstand blieb jedoch aus.

Sommer 2003 - Kürzungen und Studienkonten statt Bildungsförderung

Die 2002 im Gefolge des Bankenskandals an die Macht gekommene rot-rote Regierung geriet von studentischer Seite schon bald in die Kritik. Im Wahlkampf versprach Gregor Gysi in einer Podiumsdiskussion an der FU noch die umgehende Ausfinanzierung mehrerer Tausend zusätzlicher Studienplätze, nach der Wahl war davon nichts mehr zu merken. Im Gegenteil: Statt Bildungsförderung kündigte der Senat eine neue Kürzungsrunde an den Berliner Hochschulen an, über 100 Mio Euro sollten bis zum Jahr 2009 eingespart werden. Zusätzlich diskutierte die Koalition die Einführung von Langzeitsudiengebühren im Rahmen eines Studienkontenmodells.

Ende April und Anfang Mai 2003 fanden vom AStA einberufene Informationsveranstaltungen statt. Es folgten eine Protestkundgebung am 16. Mai vor dem Landesparteitag der SPD und eine Berlin-weite Demonstration mit etwa 6000 TeilnehmerInnen, die gegen Bildungs- und Sozialabbau demonstrierten. Im Anschluss erfolgte eine Besetzung des Büros von SPD-Finanzsenator Sarazzin.

In den Protesten Mitte 2003 dominierten die im Rahmen der Hochschulverträge verhandelten Kürzungspläne. Weitere Diskussionen über anstehende Studienreformen wurden kaum geführt, trotz der bedrohlichen Pläne gelang

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

auf dem weg zur globalisierten dienstleistungshochschule

zunächst keine Ausweitung des Protestes über das Sommerloch hinaus.

Eine in Berlin stattfindende Konferenz der europäischen BildungsministerInnen zur Koordination des Bologna-Prozesses sorgte allerdings im September noch einmal für Aktivität. AktivistInnen der Sommerproteste organisierten gemeinsam mit den Berliner ASten eine Gegendemo am 16.9.2003. Gleichzeitig fand unter dem Titel „European Education Forum“ (EEF) ein Gegengipfel mit studentischen und globalisierungskritischen AktivistInnen aus den europäischen Nachbarländern statt. Die Demonstration wurde ebenfalls überregional wahrgenommen und von einigen Hundert TeilnehmerInnen besucht, erreichte aber nicht mehr die Dimension der Sommerproteste. Die RednerInnen auf der Demo übten eine Grundsatzkritik am Bologna-Prozess: Dessen erklärtes Hauptziel sei die Wettbewerbsfähigkeit nationaler Bildungsstandorte und eine reine Arbeitsmarktorientierung von Hochschulbildung.

Konflikte gab es im Vorfeld des EEF, weil der europäische studentische Dachverband ESIB sich nicht an den Protesten beteiligen, sondern gemeinsam mit den MinisterInnen im Hotel Hilton die Reformen „mitgestalten“ wollte. Der deutsche „Freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) unterstützte diese Position. Die unkritische Haltung der studentischen Verbände gegenüber dem Gesamtprozess verhinderte damit eine Doppelstrategie aus Protesten im und vor dem Konferenzsaal. Im Rückblick läßt sich sagen, dass durch studentische Beteiligung die Auswirkungen des Bologna-Prozesses nicht abgemildert oder positiv beeinflusst werden konnten. Das „konstruktive“ Mitwirken erhöhte stattdessen die Legitimation der Reformen und schwächte die Position der KritikerInnen.

Das schnelle Abflauen der Sommerproteste 2003 erzeugte zunächst Frustration, auch Erschöpfung macht sich breit. An der FU waren im Winter 2003 keine Aktionen geplant. Erst als eine von unermüdlichen AktivistInnen an der TU organisierte VV im November 2003 völlig unerwartet den Streik ausrief und es zeitgleich auch in Hessen zu brodeln begann, sprang der Funke erneut auf die FU über. Der Auftakt zum bundesweiten Streik 2003/2004 war gemacht.





historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

historisches

historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

gegen bildung sozialabbau

Eine Kritische Bestandsaufnahme der Studierendenproteste im Winter 2003/2004 mit Schwerpunkt Berlin (1)

Die Auslöser der Streikbewegung im Wintersemester 2003/04 waren wieder einmal einschneidende Mittelkürzungen an den Universitäten. In Pleiteländern wie Berlin fielen die Kürzungen mit Stellenstreichungen von bis zu 30% an den Universitäten besonders drastisch aus (2). Der immer offenere Rückzug des Staates aus der Hochschulfinanzierung löste auch im „reichen Süden“ studentische Proteste aus, so dass diese erstmals seit 1997 wieder bundesweiten Einfluss gewannen. Auslöser für die deutschlandweite Streikbewegung waren neben den diversen Kürzungen vor allem die Einführung von Studiengebühren. Zur Debatte standen damals einerseits die von der CDU bevorzugten Langzeitstudiengebühren in Höhe von meist 500 Euro für Menschen ab dem 14. Semester, andererseits die durch die von rot-grünen Landesregierungen eingeführten „Studienkonten“. Besonders das Kontenmodell bedeutete einen Schritt hin zur völligen Ökonomisierung des Studienalltags, erfordert es doch für jede Veranstaltung eine Preis-Leistungs Abwägung (Vgl. Himpele 2002). Dennoch wurde gerade dieses Modell vom Berliner SPD/PDS-Senat zur sozialen Alternative gegenüber direkten Studiengebühren erklärt. Anders als beim Streik 1997, bei dem vor allem CDU und FDP im Kreuzfeuer studentischer Kritik standen, dominierte nun eine allgemeine Abneigung gegenüber allen politischen Parteien. Die Berechtigung dieses Misstrauens zeigte sich im Rückblick: Vor allem die Langzeitstudiengebühren dienten oft nur als Übergang für allgemeine Gebühren ab dem ersten Semester.

Betrachtet man die Berliner Forderungen und Resolutionen, so zeigte sich im Streik 2003/04 durchaus eine Analyse gesamtgesellschaftlicher Zusammenhänge. Die Resolution der Technischen Universität Berlin vom 5.11.2003 beschränkte sich zwar auf vornehmlich hochschulpolitische Themen: Verhinderung der geplanten Kürzungen und Einsparungen, Ablehnung von Studiengebühren einschließlich des in Berlin geplanten Studienkontenmodells sowie Einführung viertelparitätischer Mitbestimmung in den universitären Gremien. Den Abschluss allerdings bildete eine deutliche Ablehnung von „Bildungskürzungen, Sozialabbau und Entsolidarisierung“ (Vgl. TU-Streik Info Nr.1).

Am 24.11.2003 legten dann die Studierenden der Freien Universität Berlin ihre Forderungen vor und betonten den gesamtgesellschaftlichen Anspruch der Proteste: „...so solidarisieren wir uns mit allen von den bundes- und senatspolitischen Sparplänen Betroffenen und lehnen es ab, die Einschnitte im hochschulpolitischen Bereich als singuläre Angelegenheit ohne weiteren sozialen Kontext zu begreifen“. Die Studierenden verweigerten eine Abwälzung der Kürzungen auf andere Gruppen und definierten ihren Streik als „Teil des berlinweiten, bundesweiten und europäischen Protests gegen Bildungs- und Sozialabbau“ (Vgl. StreikZeit Nr. 2). Diese Präambel fand später Eingang in einen Berlinweiten Forderungskatalog, dem die Vollversammlungen aller drei großen Universitäten zustimmten.

Sei es durch die Erfahrungen des erfolglosen Streiks von 1997 oder durch die von allen Parteien gleichermaßen betriebene Spar- und Umstrukturierungspolitik. Im Jahr 2003 zeigte sich gleich zu Beginn des Streiks eine Tendenz zur gesamtgesellschaftlichen Wahrnehmung und Einordnung der studentischen Probleme.

Allerdings hatte man manchmal den Eindruck, dass diese Resolutionen sich nicht ganz herumgesprochen hatten oder nicht verstanden wurden. Denn trotz aller verbalen Ablehnung der „neoliberalen Verwertungslogik“ versuchten viele Studierende immer wieder, ihre Nützlichkeit für Staat und Nation zu beweisen. So bezeichneten sich etwa die KulturwissenschaftlerInnen der HU Berlin in einer 24-Stunden Marathonvorlesung als „weiche Standortfaktoren“, auf einem Flugblatt streikender HistorikerInnen

gs- und

wurde die Bedeutung der Tätigkeit von GeschichtswissenschaftlerInnen „insbesondere im Außenministerium“ betont und auf keiner Demo fehlte das obligatorische Transparent „Deutschland bleibt dumm – wir sind dabei“ (Vgl. Titelbild „Unicum“ 1/2004).

Auch das demonstrative Mitführen von Pappsärgen („Wir tragen die Bildung zu Grabe“) unterstrich wieder einmal wirkungsvoll den Habitus des beleidigten Intellektuellen und trug gleichzeitig die eigene Ohnmacht zur Schau.

Wie bereits 1997 wurde im aktuellen Protest von vielen AktivistInnen ihre Stellung in der Gesellschaft und die Rolle der Universität als Institution zur Elitenreproduktion nicht reflektiert oder aber stillschweigend akzeptiert. Stattdessen setzte man erneut auf möglichst viele, möglichst „kreative“ und öffentlichkeitswirksame Aktionen, um über ein positives Presseecho die Politik von ihrer vermeintlich irrationalen Haltung abzubringen.

Dabei besitzen die derzeit ablaufenden Transformationen eine ganz eigene Rationalität, eben die oftmals kritisierte Logik der Verwertung. Die Universitäten verlassen in diesem Prozess die staatliche Sphäre und treten direkt in einen marktförmig organisierten Wettbewerb. Nicht nur die universitär zugerichtete Arbeitskraft, sondern auch die modular genormte Bildung wird zur Ware, die per Studiengebühr erworben werden muss. So werden letztendlich die Studierenden selbst durch ihre mit creditpoint-Kaufkraft ausgestattete Nachfrage dafür sorgen, daß nur noch direkt am Arbeitsmarkt verwertbare Bildungsinhalte angeboten werden. Die Sparpolitik spielt hier nur eine Legitimationsfunktion, sie erzeugt den nötigen Druck, schafft Akzeptanz für die kapitalistische Landnahme im zu privatisierenden Bildungswesen (zur Transformation vgl. Bultmann 1996).

Im Protest 2003 wurde diese Transformation jedoch meist als rein fiskalischer Prozess wahrgenommen: Es wird gekürzt, uns wird was weggenommen. Ein Musterbeispiel für diese eingeschränkte Wahrnehmung bildete ein Antragsentwurf der Grünen Hochschulgruppe an der FU Berlin. Darin wurden sowohl die menschenrechtswidrige Ausländerpolitik als auch die repressive Drogenpolitik in der BRD allein aus finanziellen Überlegungen abgelehnt: Diese seien zu teuer, man solle doch lieber in Bildung investieren. Politische Kategorien jenseits von

Haushaltslogik kamen hier nicht vor (Beck/Gruner 2003).

Die vermeintliche Entpolitisierung von Entscheidungen, die Ideologie von Sachzwang und leeren Kassen bilden also nach wie vor die mächtigsten Waffen zur Umsetzung eines neoliberalen Gesellschaftsprojektes. Diese Ideologeme finden ihre Entsprechung in einer Studierendenschaft, in der es seit Mitte der 90er Jahre nicht nur keine linke Hegemonie mehr gibt, sondern auch die Unterscheidungsfähigkeit zwischen Links und Rechts stark nachgelassen hat: In einer Umfrage aus dem Jahr 1996 sprachen sich 42% der „linken“ Studierenden dafür aus, das WissenschaftlerInnen sich mit ihrer Arbeit für die Sicherung des Industriestandortes Deutschland auseinandersetzen sollten (Demirovic 1996: 384).

Stattdessen hat sich im Gefolge der Zeitenwende von 1989 eine Art postmoderner Meinungspluralismus unter Studierenden etabliert: Jeder darf mal reden, alle sind undogmatisch und erfrischend ideologiefrei. Die damit verbundene Abkehr vom orthodoxen Marxismus als steriler Dogmensammlung, die sich bereits in den antiautoritären Tendenzen des Streiks von 1988 abzeichnete, wäre ein Gewinn für studentische Bewegtheit. Nur leider schießen die Studierenden von heute in ihrer undogmatischen Haltung gerne auch mal über das Ziel hinaus: Auf einer Vollversammlung der TU Berlin wurde tatsächlich eine Resolution gegen „sozialistische und kommunistische“ Flugblätter gefaßt, besonders Eifrige fingen gleich an, verdächtiges Schriftgut zu konfiszieren. Der Beschluss wurde zwar nicht veröffentlicht und bereits nach einer Woche wieder aufgehoben, zeigte jedoch den mehr als unsicheren Stand jener emanzipatorischer Ideen, die in den Streik-Resolutionen festgehalten waren.

Die Abgrenzung nach rechts klappte dagegen nicht immer so recht. So wurde etwa die Solidaritätserklärung des emeritierten Politik-Professors Fritz Vilmar mehrheitlich begrüßt. Zwar stand Vilmar durch seine antiamerikanischen und nationalistischen Seminarinhalte, etwa gegen die „Amerikanisierung der Deutschen Sprache“, bereits seit längerem in der Kritik. Dennoch gab er mehrere Veranstaltungen im Rahmen des Streiks. Bei der Band Mia und ihrem Song „Was es ist“, einem poppigen Liebeslied über einen deutschen Neuanfang,

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

historisches

historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

assoziiert mit den Farben Schwarz-Rot-Gold, reagierten zumindest einige beherzt: Ihren umstrittenen Auftritt auf einem Streik-Soli Konzert am 15.1.2004 musste die Band wegen Protesten und Eierwürfen abbrechen (Vgl. StreikZeit 10).

Dennoch kursierte gleichzeitig unter dem Titel „Einigkeit und Recht auf Bildung“ eine auf die Melodie des Deutschlandliedes gereimte „Streikhymne“.

Dieses absurde Beispiel zeigt vielleicht am besten die Heterogenität der Streikbewegung, die lediglich in der Ablehnung von Bildungsabbau, Studiengebühren und Sozialabbau eine vorerst negative Einheit fand. Die oft fehlende Kritik an Staat und Nation veranlasste dann auch größere Teile der verbliebenen studentischen Linken, sich aus den Protesten herauszuhalten – dadurch wurden diese allerdings auch nicht politischer oder aufgeklärter.

Die 1990er Jahre haben offensichtlich eine bleibende politische Orientierungslosigkeit im studentischen Milieu hinterlassen.

Die weit verbreitete Vorstellung, allein durch kreative Aktionen und gute Presse ließe sich der bildungs- und sozialpolitische Kurs des Staates grundsätzlich verändern, erwies sich wie schon 1997 als Trugschluss und führte bei vielen AktivistInnen zu Enttäuschung und Resignation. Überhaupt läßt sich feststellen, daß der Studierendenprotest 2003/2004 sich mehrheitlich auf einer rein symbolischen Ebene abspielte.

Auch deswegen meinten die Herrschenden, sie könnten diese Bewegungen einfach aussitzen und machten außer verständnisvollen Floskeln zunächst keine Zugeständnisse. Diese Taktik des „Weglobens“ von Protesten ging jedoch im Winter 2003/2004 nicht so glatt auf wie noch im Jahr 1997.

Denn neben den dominanten symbolischen Aktionen setzten entschlossene Teile der Studierendenschaft immer wieder auf direkte Konfrontation: Besonders in Berlin suchten sie die politischen Eliten und MeinungsmacherInnen auf, besetzten ihre Büros und brachten ihre Forderungen vor. Sowohl die PDS-Parteizentrale, als auch das Willy-Brandt-Haus, das Büro von Kultursenator Flierl und Finanzsenator Sarrazin, das rote Rathaus, die Bertelsmann-Zentrale Unter den Linden und die taz-Redaktion in Berlin

erhielten unerwarteten studentischen Besuch, in anderen Städten fanden ähnliche Aktionen statt. Manchmal wurden die Besetzungen nach einigen Stunden abgebrochen, ab und an mussten sie durch Polizeigewalt beendet werden. Oder die Forderungen wurden erfüllt: in der taz vom 16.12.2003 erhielten die BesetzerInnen mehrere Sonderseiten, auf denen sie nicht nur die Bildungspolitik, sondern auch die einseitige Berichterstattung der bürgerlichen Medien (einschließlich taz) heftig kritisierten .

Einen Höhepunkt dieser direkten Konfrontationen stellte sicher die Blockade des Berliner Abgeordnetenhauses am 15.1.2004 dar. Etwa 3000 DemonstrantInnen zogen einen Belagerungsring um das Parlament, um die Lesung des Haushaltes zu verhindern und eine Neuverhandlung über Sozialabbau und Kürzungen zu erzwingen. Nur dank massivem Polizeischutz konnte die Sitzung dennoch stattfinden.

Diese Aktion, die sich explizit nicht nur gegen Bildungsabbau, sondern gegen die gesamte unsoziale Sparpolitik des Landes Berlin richtete, war ein praktisches Beispiel für die notwendige Ausdehnung des politischen Widerstands. Dennoch folgten nur wenige Nicht-Studierende dem Aufruf. Offensichtlich müssen erst gemeinsame Kommunikations-, Widerstands- und vor allem Organisationsformen von Studierenden und anderen gesellschaftlichen Gruppen gefunden und aufgebaut werden. Auch, um von der negativen Einheit „gegen Sozialabbau“ zu positiven emanzipatorischen Zielen voranzuschreiten.

Wie so viele andere Bewegungen bröckelte auch dieser Streik mit dem Ende des Semesters zunehmend ab. In Berlin konnte dennoch genug Druck aufgebaut werden, um die Basis der PDS dazu zu bewegen, ihrem Senator Flierl auf einem Parteitag die Umsetzung des geplanten Studienkontenmodells zu untersagen. Dies ist der Grund, warum die Universitäten in Berlin bis heute keine Studiengebühren verlangen. Als weitere Errungenschaft ist die Besetzung eines leerstehenden Gebäudes an der HU und die Gründung der „Offenen Uni Berlins“ zu nennen, die sich ebenfalls bis heute erhalten hat.

In fast allen anderen Bundesländern jedoch konnten trotz ähnlich radikalem Protest damals keine Erfolge erzielt werden. Dies lag einerseits an der Kaltschnäuzigkeit der jeweiligen Landesregierungen: Viele Ministerpräsidenten spekulierten erfolgreich auf ein baldiges Ende der Proteste - sie wussten nur zu gut, dass Studierendenproteste in den vergangenen Jahren stets nach einer euphorischen Hochphase schnell wieder abgeflaut waren und kaum kontinuierliche Organisationsformen oder Politisierungsprozesse hervorbringen konnten.

Ein anderer Grund für die geringe Durchschlagskraft des Streiks war, dass die Wand-

lung von der studentischen Lobby zum Sozialprotest zwar von Teilen der Streikenden gewollt, aber nicht von der Masse mitgetragen wurde. Sozialprotest, das hätte etwa bedeutet, entschieden gegen die 2004 in Kraft getretenen Hartz-Gesetze zu protestieren. Als jedoch mit den Montagsdemos Ende 2004 eine derartige Protestbewegung in Gang kam, saßen die Studierenden mehrheitlich wieder in den Hörsälen. Dies war keineswegs nur die zufällige Ungleichzeitigkeit zweier Protestwellen sondern zeigt, dass aus den Mißerfolgen der rein studentischen „Mehr Geld“-Proteste der 1990er Jahre nicht die entscheidenden Schlüsse gezogen wurden. Auch 2003/2004 dominierten vielerorts Medienzentriertheit und die Idee, mit einem kleinsten gemeinsamen Nenner aus rein studentischen Forderungen möglichst alle mitzunehmen. Eine gescheiterte Strategie, die dringend abgelegt gehört.

Anmerkungen

(1) Der vorliegende Artikel ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Aufsatzes der unter dem Titel „Emanzipation oder Bildungslobby“ in der PROKLA, Heft 134 vom März 2004, erschien.

(2) In Berlin gab es vielleicht auch deswegen bereits im Sommersemester 2003 eine heftige Protestwelle gegen die schon damals angekündigten Studiengebühren, vgl. dazu Hoffrogge 2003b .

Literatur

Beck, Christian/Gruner, Inanna (2003): Bildung gerecht finanzieren - Antrag der Grünen Hochschulgruppe zur FU-Vollversammlung am 1.12.2003.

Bultmann, Torsten (1996): Die standortgerechte Dienstleistungshochschule, In: Prokla 104, S 329-375.

Demirovic, Alex (1996): Die politische Metapher „links“ und die politischen Orientierungen von Studierenden, In: Prokla 104 S. 371-394.

Himpele, Klemens (2002): Modernes Bildungsprivileg, In: Studienheft Bildungsfinanzierung, S. 8-12.

Hoffrogge, Ralf (2003): „'88, '88, '97 – von der Weltrevolution zur BAFöG-Reform“ In: Universität im Umbruch, Hochschulpolitische Reihe des AStA FU Berlin, Band 11.

Hoffrogge, Ralf (2003b): „Politik und Hochschule im Sommersemester 2003“ In: Out of Dahlem Nr. 2, online: <http://www.astafu.de/inhalte/publikationen/outofdahlem/nr2.html> (Zugriff: 8.6.2008).

StreikZeit – Neues zum Streik an der FU Berlin (2003/2004): Ausgaben 1-12 der FU-Streikzeitung.

Vollversammlung der Studierenden der FU Berlin (2003): Resolution vom 24.11.2003, In: StreikZeit Nr. 1, oder: http://www.astafu.de/aktuelles/archiv/a_2003/presse_11-24a (Zugriff: 8.6.2008).

Vollversammlung der Studierenden an der TU Berlin (2003): Resolution vom 5.11.2003, In: TU-StreikInfo Nr.1.

Vollversammlungen der FU Berlin, HU Berlin, TU Berlin (2003): Berlinweiter Formerkatalog.

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

historisches

innenansichten

subjektiver faktor

elite trotz reform

Studierendenproteste in Berlin und an der FU 2004-2008

2005 - Warnstreik gegen die Zustände im neuen Bachelor-System

Nachdem 2003 und 2004 hauptsächlich gegen Kürzungen und Gebühren protestiert wurde, richtete sich ein im Winter 2005 ausgerufen Warnstreik explizit gegen die Bachelor/Master Reform an der FU und ihre katastrophale Umsetzung. Die seit dem OSI-Streik 2001 immer wieder geäußerten Befürchtungen über Entwissenschaftlichung, Verschulung und Arbeitsüberlastung hatten sich bestätigt. Die neuen Studiengänge brachten weniger Wahlfreiheit und mehr Pflichtveranstaltungen - ein interessengeleitetes Studium kaum noch möglich. Erschwert wird diese Problematik bis heute durch die an der FU besonders überhastete und handwerklich schlechte Umsetzung der „Reform“. Durch die vom Präsidium erzwungene Umstellung im Schnelldurchlauf strickte jedes Institut seinen eigenen Bachelor. Zusammengehalten wird das System nur durch die jeweils gleiche Anzahl von Leistungspunkten. Es fand weder eine inhaltliche noch eine organisatorische Abstimmung statt, so dass mit Einführung der neuen Studiengänge Pflichtveranstaltungen massenhaft gleichzeitig stattfanden. Eine Einhaltung der neuen Studienordnungen war für viele Studierende faktisch nicht möglich.

Im November 2005 gab es daher mehrere Vollversammlungen an der FU, die schließlich zur Ausrufung eines Warnstreiks am 7. Dezember führten. Zentrale Forderungen waren Verhinderung von Studiengebühren, Abschaffung der Campus-Management Software sowie ungehinderter Zugang aller Bachelor-AbsolventInnen zum Masterstudium. Als weitergehende Vision wurde „ein freies, selbstbestimmtes und emanzipatorisches Studium“ gefordert.

Das kritisierte Campus-Management System hatte bereits vorher durch zahlreiche Pannen und erhebliche Datenschutzmängel für Aufregung gesorgt. Zu Beginn des Anmeldezeitraums am 4. Oktober 2005 waren mehr als die Hälfte der Studiengänge im System nicht verfügbar, der AStA forderte die umgehende Abschaffung des Systems.

Die FU-Leitung wich der studentischen Kritik wie üblich aus, Sitzungen des Akademischen Senates fielen kurzfristig wegen „Raummangel“ aus, das Kuratorium tagte unter Polizeischutz. Mit purem Aussitzen war es diesmal jedoch nicht getan. Die Studierenden waren wütend, eine mehrstündige Besetzung des Präsidialamtes bildete einen Höhepunkt der Proteste.

Die FU Leitung sah sich durch den studentischen Druck gezwungen, die in allen Bachelorstudiengängen implementierte Maluspunktregelung gegen „zu langsames“ Studium auszusetzen. Damit wurde offen zugegeben, dass die neuen Studiengänge aufgrund der chaotischen Bedingungen nicht in den geplanten sechs Semestern abzuschließen sind. Die Regelung ist bis heute außer Kraft, auch nach drei Jahren hat sich die Situation noch nicht normalisiert. Im Gegenteil: erste vergleichende Studien aus dem Jahr 2007 bescheinigten dem FU-Bachelor eine deutlich höhere Abbruchquote als den alten Studiengängen. Als Ursachen werden die rigide Verschulung, und fehlende Möglichkeiten zum Fachwechsel ausgemacht. Viele Studierende, denen an der FU ein Wechsel des Studienfaches verweigert wird, wechseln in den folgenden Semestern zu anderen Universitäten. Eine Liberalisierung der Regeln zum Fachwechsel ist bisher nicht in Sicht, stattdessen wird eine Abschaffung des Kombi-Bachelors mit drei Fächern andiskutiert.

Dennoch hielt sich der Widerstand in Grenzen. Der Warnstreik 2005 konnte im Folgejahr nicht

Ralf Hoffrogge

2008

chelorstudium wurden Pläne der FU-Leitung zur radikalen Zusammenlegung der universitären Bibliotheken bekannt. Hatte die FU im Jahr 1985 noch 142 selbständige Bibliotheken, so sollen im Jahr 2015 nur noch neun Standorte die ganze FU mit Literatur versorgen. Dass eine solche Schrumpfkur nicht ohne Verluste abgeht, ist klar: allein die Zusammenlegung der Bibliotheken des Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften mit der Universitätsbibliothek erfordert laut Angaben der PlanerInnen die Aussonderung von ca. 350.000 Büchern, die damit der FU auf Dauer verloren gehen. Angesichts dieses Szenarios wehren sich nicht nur Studierende, sondern auch BibliotheksmitarbeiterInnen gegen die Pläne. Dennoch veröffentlichte das Präsidium bereits Stellenanzeigen für Aussonderungsbeauftragte - wie die Sache weitergeht, ist noch offen.

Zehn Jahre Protest - was bleibt?

Festzustellen ist, dass es den studentischen Protesten der letzten zehn Jahre weder in Berlin noch bundesweit gelungen ist, den herrschenden Trend im Bildungswesen zu stoppen. Trotz Erfolgen wie der erfolgreichen Verhinderung von Studiengebühren in Berlin ist die Hegemonie wirtschafts- und marktorientierter Konzepte bundesweit ungebrochen.

Die Voraussagen studentischer KritikerInnen in Bezug auf Bachelor und Bologna-Prozess haben sich zwar in vieler Hinsicht mehr als bewährt: wie befürchtet sind Kommerzialisierung, Verschulung, Arbeitsüberlastung der Studierenden und zunehmende soziale Ungleichheit beim Bildungszugang zu beobachten. Gleichzeitig zeigen sich enorme handwerkliche Mängel und Konstruktionsprobleme, die nicht vorhergesehen wurden. So wurde mit der Einführung des BA eine europaweite Kompatibilität und Vergleichbarkeit angestrebt, in der Realität jedoch sind die Module nicht einmal zwischen HU, FU und TU Berlin vergleichbar oder anrechenbar. Selbst nach seinen eigenen Maßstäben ist der Bologna-Prozess also gescheitert, dies allerdings kaum aufgrund studentischer Proteste, sondern aufgrund seiner inneren Widersprüche. Die weitgehende Standardisierung von Bildung erwies sich als nicht umsetzbar, zu unterschiedlich sind die Interes-

sen und Vorstellungen der Akteure, aber auch die zu homogenisierenden Wissens-Inhalte selbst. Der befürchtete hermetisch geschlossene, warenförmig organisierte Bildungsmarkt ist deshalb bisher nicht verwirklicht. Trotzdem haben Wirtschaft und Kommerz im Jahre 2008 mehr Einfluß an den Unis als je zuvor, und die Studienorganisation ist unfreier den je, herabgedrückt beinahe auf das Niveau einer gymnasialen Oberstufe.

Angesichts dieser Legitimationskrise von Bachelor und Bologna-Prozess öffnen sich neue Chancen für studentische Interventionen bei den zweifellos notwendigen Nachbesserungen und Reformen der Reform. Diese Interventionen sind jedoch nicht zu leisten als Einzelproteste an der FU, sondern nur im Rahmen einer mindestens bundesweiten Bewegung. Was in den vergangenen 10 Jahren gefehlt hat, ist einerseits die langfristige, übergreifende Kontinuität, andererseits die Überwindung des rein universitären Kontextes. Spontan aufflammende Streiks und Proteste sind notwendig und wichtig, aber sie konnten beides nicht leisten. Die Defizite bleiben, es fehlen Politisierung und Organisation. Ersteres, damit Proteste von den Herrschenden nicht weiterhin ignoriert und ausgesessen werden, können. Letzteres, damit nicht jede neue Studierendengeneration das Rad neu erfinden und alle Fehler selber machen muss. Leider hat sich in dieser Frage wenig getan. Auf Berlin-Ebene ist die Landesastenkonzferenz (LAK) nach der Übernahme und Zerstörung des AstA TU durch Rechte Gruppen und Burschenschaften für drei Semester zusammengebrochen. Mit dem Ende dieses Intermezzos im Mai 2008 beginnt erst jetzt wieder eine verbindlichere Zusammenarbeit der Studierendenvertretungen. Bundesweit sieht es ähnlich schwierig aus. Der „freie Zusammenschluss von Studierendenschaften“ (fzs) als Dachverband der deutschen Asten vertritt längst nur noch eine Minderheit der Unis, durch unpolitische Vereinsmeierei und Bürokratismus hat er sich selbst ins Abseits manövriert. Eine „Bundesastenkonzferenz“ (BAK) im letzten Jahr in Berlin konnte sich jedoch nicht als Alternative konstituieren. Hier dominierte das andere Extrem: ein basisdemokratisch-antiautärer Ansatz wurde zur dogmatischen Organisationsfeindlichkeit gesteigert, diese Kritik an jeder Repräsentation läßt statt Organisation nur unverbindliche „Vernetzung“ zu. Beide Extreme gilt es durch neue politische und engagierte Organisationsformen zu überwinden, damit an der FU und anderswo eine Trendwende gelingt. Notwendig ist dazu allerdings auch die Überwindung des rein universitären Kontextes und die wissenschaftlich fundierte Kritik der marktradikalen Hochschulpolitik im gesellschaftlichem Gesamtzusammenhang.

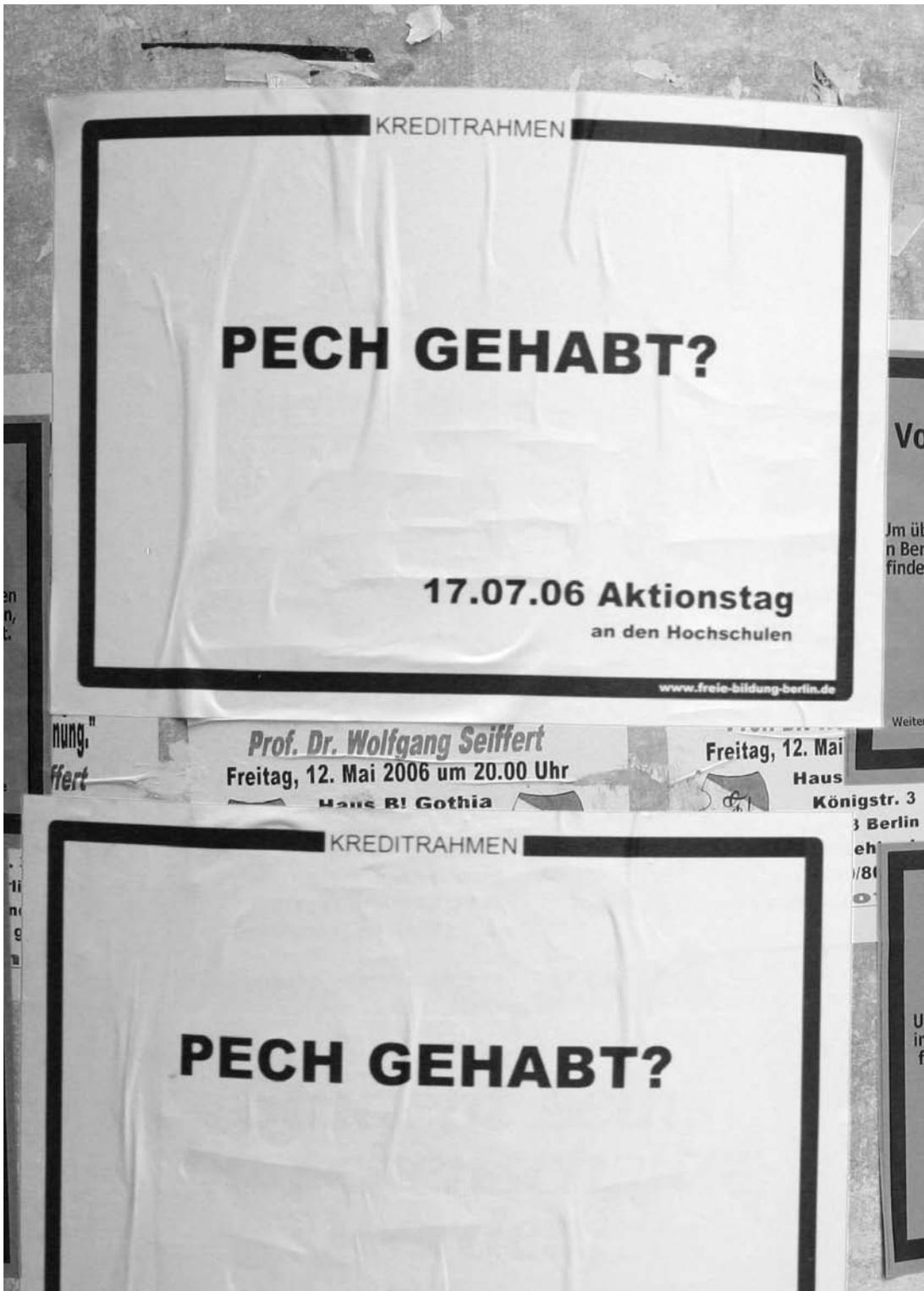


Foto: FU AStA-Archiv

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

Foto: FU AStA-Archiv

form statt inha

Die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge an der FU

Nachdem 1998 die BildungsministerInnen von Italien, Frankreich, Großbritannien und Deutschland in der sogenannten Sorbonne-Erklärung ihre Vorstellung eines europäischen Hochschulraums ausführten, wurde 1999 die deutlich weitergehende (unverbindliche) Bologna-Erklärung von den BildungsministerInnen von insgesamt 29 europäischen Ländern unterzeichnet. Dies war der Startschuss für eine umfassende Studienstrukturreform, deren auffälligste Außenwahrnehmung wohl in der Umstellung der Studienabschlüsse hin zum konsekutiven System, also dem Bachelor und Master, liegt.

Die BildungsministerInnen wollten einen einheitlichen oder zumindest vergleichbaren europäischen Hochschulraum zur „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulsystems“ schaffen. Dies sollte durch die Einführung eines zweistufigen Systems vergleichbarer Studienabschlüsse erreicht werden, deren Umfang durch ein gemeinsames Leistungspunktesystem (European Credit Transfer System – ECTS) leicht verständlich nachvollziehbar sei. Dadurch wollte man die Mobilität der Studierenden und die europäische Zusammenarbeit in der Qualitätssicherung vereinfachen. Außerdem wurde die „Förderung der europäischen Dimension der Hochschulausbildung“ als weiteres Ziel genannt. Hier wurde Bildung nicht mehr als Wert an sich verstanden, sondern nur noch in ihrer Funktion als Ausbildung gesehen. Seit 1999 treffen sich die BildungsministerInnen und die nationalen Bologna-Gruppen alle zwei Jahre in so genannten Bologna-Follow-Up-Konferenzen, um die Umsetzung des Bolognaprozesses zu dokumentieren und die nächsten konkreten Ziele festzusetzen. Mittlerweile ist die Zahl der teilnehmenden Staaten bereits auf 45 angewachsen.

Wann der Bologna-Prozess an der FU erste sichtbare Folgen nach sich zog, wann also die ersten Bachelor-Studiengänge eingeführt wurden, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen, da es widersprüchliche Angaben darüber gibt. Während die Abteilung für Lehr- und Studienangelegenheiten davon spricht, dass 2001 erste Pilotstudiengänge eingerichtet wurden, brüstet sich der Fachbereich Chemie damit, schon 1997 einen Masterstudiengang und 1999 einen Bachelorstudiengang eingerichtet zu haben. Außerdem wurde im Jahr 1999 der Bachelor/Masterstudiengang Statistik in Kooperation mit der HU und TU eingeführt. Es ist davon auszugehen, dass diese Studiengänge noch nichts mit der Bologna-Erklärung zu tun hatten, da sie bereits vor deren Unterzeichnung entstanden sind und die Fachbereiche bzw. die Unileitung sich wohl nur mit einem hippen, englischen Namen schmücken wollte - diese Unterscheidung lässt sich allerdings in Publikationen nicht wiederfinden.

Bei Einführung der Bachelor- und Masterabschlüsse an der FU lagen in etlichen Fachbereichen keine verbindlichen Prüfungsordnungen

vor. Studierende waren also gezwungen, ohne Rechtsgrundlage und ohne zu wissen, welche Anforderungen an sie gestellt werden, ihr Studium aufzunehmen, und so erstmal auf gut Glück einen Stundenplan zusammenzustellen. Das gern angeführte Argument der Unileitung, das Magisterstudium sei zu unstrukturiert und überfordere in seiner Offenheit besonders StudienanfängerInnen, wohingegen der Bachelor klare Vorgaben liefere, muss in diesem Zusammenhang wohl nicht näher beleuchtet werden.

Der Bachelor bestimmt trotz dieser Startschwierigkeiten jetzt die Studienrealität für fast alle StudienanfängerInnen und muss sich einerseits an den Zielen der Bologna-Erklärung messen lassen und andererseits auch an den andauernden Versprechungen der Unileitung. Denn die Studienstrukturreform wurde von der FU-Leitung genutzt, um noch etliche andere Veränderungen im Studienalltag unterzubringen. Doch zuerst zu den definierten Zielen der Erklärung. Die wichtigste Verbesserung für Studierende sollte vereinfachte Mobilität darstellen, da Studienleistungen jetzt viel leichter vergleichbar wären. Einerseits war damit ausdrücklich die internationale Mobilität gemeint, andererseits aber auch die Mobilität zwischen verschiedenen Studiengängen. In Argumentationen im Vorfeld war immer wieder von absolut flexiblen und mobilen Studierenden die Rede, die je nach Gusto einzelne Semester oder auch komplette Teile ihres Studiums im Ausland verbringen könnten und nicht mehr Sorge haben müssten, dass von ihnen erbrachte Prüfungsleistungen nicht anerkannt würden. So sollte es etwa für Studierende, die ihren ersten Abschluss im Ausland gemacht hatten, einfacher werden, den Master in Deutschland dranzuhängen. Dies entspricht jedoch aus mehreren Gründen in keinem Fall der Realität an der FU: Die verschulte Struktur des Bachelorstudiums macht es für Studierende deutlich schwerer, überhaupt ein Zeitfenster zu für einen Auslandsaufenthalt zu finden. Außerdem ist es durch rigidere Prüfungsordnungen und die Modularisierung der Studieninhalte schwieriger geworden, Prüfungsleistungen, die sich nicht auf den ersten Blick eben diesen Modulen zuordnen lassen, angerechnet zu bekommen. Sogar der Wechsel von einer deutschen Hochschule zu einer anderen ist dadurch erschwert worden - die europäische Dimension mit je-

weils anderen Hochschultraditionen ist dabei noch gar nicht berücksichtigt. Studierende, die ein Bachelorstudium im Ausland erfolgreich abgeschlossen haben, scheitern oftmals schon daran, die Anforderungen für die Masterzulassung überhaupt zu verstehen. Einige Masterzulassungsordnungen sind so ausschließlich auf den an der eigenen Hochschule angebotenen Bachelorstudiengang zugeschnitten, dass hier Mobilitätshemmnisse eher auf- als abgebaut werden.

Auch die Mobilität zwischen den verschiedenen Studiengängen nimmt ab. War es beim Magister noch möglich, mit einer unfertigen Kombination das Studium zu beginnen, sich also nur für ein Hauptfach einzuschreiben und die Nebenfächer innerhalb von zwei Semestern nachzubenennen, ist heute StudienanfängerInnen der FU diese Möglichkeit der Orientierung genommen. Sie müssen schon vor Beginn ihres Studiums genau wissen, welche Kombination sie studieren wollen, ohne sich überhaupt mit den Strukturen der Universität auseinanderzusetzen zu können und in verschiedene Fachbereiche reinzuschneppern. Außerdem sind nun auch fast alle Nebenfächer, im Bachelorsprech „Modulangebote“, mit hohen NCs belegt. Ist im Wunschnebenfach kein Platz mehr frei, müssen Studierwillige ein Fach wählen, das nicht ihren Neigungen, Talenten oder Interessen entspricht. Ein Wechsel dieses Modulangebots ist an der FU nur vor Beginn des dritten Fachsemesters möglich, während es im Magister keine Begrenzung gab. Das führt dazu, dass viele sich gezwungen sehen, das Studium an der FU abzubrechen, weil sie keine Zulassung für ein passendes Nebenfach bekommen. Oder sie versuchen, sich irgendwie durch das Modulangebot durchzuackern. Besonders für LehramtsanwärterInnen ist das jedoch eine schlimme Vorstellung, da sie nicht einmal die Option haben, das ungeliebte Fach nach einigen Jahren los zu sein, sondern sich ihr ganzes Berufsleben hindurch damit befassen müssten.

Der Blick über den Tellerrand des eigenen Fachgebiets wurde mit der Modularisierung der Studienangebote generell deutlich erschwert. Durch die klare Zuordnung der einzelnen Veranstaltungen zu verschiedenen Modulen ist es schwerer geworden, auch Veranstaltungen in anderen Fachbereichen zu besuchen. Zum einen, weil man sich wegen des computerge-

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

stützen Anmeldeverfahrens im „Campus Management“ gar nicht mehr ohne weiteres für Veranstaltungen anmelden kann, die nicht in der eigenen Prüfungsordnung stehen, zum anderen, weil es auch nicht mehr so einfach möglich ist, Prüfungsleistungen, die nicht genau so in der eigenen Studienordnung vorgesehen sind, anerkannt zu bekommen.

Die Verschulung birgt aber noch andere Schwierigkeiten. Der Arbeitsaufwand für die Studierenden ist deutlich höher, außerdem werden Prüfungsleistungen jetzt studienbegleitend erbracht: Jede Klausurnote, jede Hausarbeit bildet einen Teil der Abschlussnote. Die Bachelorarbeit hingegen hat nicht mehr das Gewicht, das eine Abschlussarbeit bis dato hatte. Das birgt besonders für jene Studierenden Probleme, die sich nicht ausschließlich auf ihr Studium konzentrieren können, sei es wegen Lohnarbeit, der Betreuung Angehöriger, Kindererziehung, sozialem und politischem Engagement, Erkrankungen oder auch schlicht den Unwägbarkeiten des Lebens. Einerseits stellt die hohe Arbeitsbelastung und die mit der Bacheloreinführung verschärfte rigide Anwesenheitspflicht für solche Studierende ein großes Problem dar, da sie eben diesen Anforderungen manchmal gar nicht nachkommen können, andererseits jetzt aber kaum noch Möglichkeiten haben, sich das Wissen in einer Art und Weise anzueignen, die ihrem Leben entspricht. Und auch die studienbegleitenden Prüfungen stellen für sie besonders deshalb ein Problem dar, weil der besonders wichtige Prüfungszeitraum eben nicht nur aus einem eng begrenzten Zeitrahmen besteht, auf den man sich vorher einlassen und auch einstellen kann, sondern die Bachelorstudierenden eigentlich perma-

nent unter dem Druck einer guten Abschlussnote stehen. Das gilt insbesondere, wenn auch Masterplätze über einen NC vergeben werden und somit jede einzelne Prüfungsleistung im Zweifel darüber entscheidet, ob man den eingeschlagenen Weg zu Ende gehen kann oder gezwungen ist, nach dem Bachelor die Uni zu verlassen.

Obwohl der Bachelor ein erster berufsqualifizierender Abschluss ist, kann in der kurzen Regelstudienzeit nicht so viel vermittelt werden, wie vorher in einem Magister- bzw. Diplomstudium, für das deutlich mehr Raum eingeplant war. Produziert werden zwar junge HochschulabgängerInnen, ihnen ist allerdings nur ein Schmalspurstudium zu Teil geworden, das kaum in die Tiefe gehen konnte. An der FU ist es an einigen Fachbereichen fast unmöglich, sich schon während des Bachelorstudiums zu spezialisieren. Es wird nur ein Überblick über das Fach gegeben, die Vertiefung findet erst im Master statt - wenn überhaupt. Die FU wirbt auf ihrer Homepage sogar damit, dass die Bacheloreinführung zu einer „Vielfalt und Breite“ des Studienangebots geführt habe. Über tiefe und kritischer Auseinandersetzung mit den Studieninhalten findet sich hingegen nichts. Es geht nur noch darum, jungen Menschen in möglichst kurzer Zeit einen Überblick über ein Themengebiet zu verschaffen und sie dann dem „Arbeitsmarkt“ zur Verfügung zu stellen. Da die Umstellung der Studiengänge auf die neue Struktur so gut wie abgeschlossen ist, wäre es vermessen, hier noch von Kinderkrankheiten zu sprechen. Die Kritikpunkte machen vielmehr einen ganz erheblichen Teil der Studienreform an der FU und auch darüber hinaus aus, Es geht schließlich nicht nur um bloße Umsetzungsfragen, sondern vielmehr um die generelle Stoßrichtung der Reform. Wie schon eingangs erwähnt, stellte das Hauptziel eine „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Hochschulsystems“ dar. Es ging also von Anfang an nicht darum, Bildung und Lehre an sich zu verbessern, sondern die Verwertbarkeit der Studierenden zu erhöhen. Vielleicht mag das gelungen sein – um eine positive Entwicklung handelt es sich dennoch nicht.

historisches
historisches

innenansichten

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

nicht aus dem

Das Campusmanagement und seine Folgen

In den neuen Bachelor- und Masterstudiengängen werden Prüfungen zumeist studienbegleitend erbracht. Zusammen mit der Notwendigkeit sich in diesen Studiengängen für Module und Lehrveranstaltungen anmelden zu müssen, steigt der Aufwand für die Prüfungsverwaltung im Vergleich zu Diplom- oder Magisterstudiengängen um ein Vielfaches. Um dem immer größer werdenden Chaos Einhalt zu gebieten, wurde zum Wintersemester 2005/06 an der Freien Universität Berlin eine neue Software zur Prüfungsverwaltung eingeführt. Die im gleichnamigen Projekt „Campus Management“ in Zusammenarbeit mit SAP entwickelte, ca. zwei Millionen teure Software war allerdings nicht der erste Versuch der Hochschulleitung die Auswirkungen der Bologna-Reform auf die Prüfungsverwaltung beherrschbar zu machen.

Waren in den alten Studiengängen nur etwa zehn Prüfungsleistungen pro Student_in zu verwalten, so ist diese Zahl bei den neuen Studiengängen bedeutend größer. Nunmehr ist auch die Anmeldung zu Modulen und den dazugehörigen Lehrveranstaltungen und Prüfungen obligatorisch. Jede dieser Anmeldungen muss im zuständigen Prüfungsbüro vermerkt werden. Hinzu kommen Ab- und Ummeldungen, die erreichten Noten, die erworbenen Leistungspunkte und gegebenenfalls anfallende Maluspunkte. Was früher die Scheine aus Papier und die mit der Rückmeldung verschickten Studienbuchseiten waren, ist seit dem WS 2005/06 für die Studierenden in den neuen Studiengängen, das elektronische Studienbuch. Auch die zum erfolgreichen Ablegen einer studienbegleitenden Prüfungsleistung mittlerweile fast überall vorgeschriebene Erfüllung der Anwesenheitsquote wird im elektronischen Studienbuch verwaltet.

Datenschutz?

Bislang wurden personenbezogene Daten über Studierende vor allem in Karteikästen und Hängeregistaturen gelagert. Sind sie in elektronischer Form gespeichert, ergeben sich völlig neue Möglichkeiten der „Verarbeitung“. So ermöglicht die umfassende Zusammenführung der verschiedenen Daten erstmals die zeitnahe Auswertung nach fast beliebigen Kriterien. Die hochschulweite Kontrolle der Anwesenheitsquoten ist zudem kaum ohne den Rückgriff auf weitere technische Hilfsmittel wie etwa Chipkarten (1) vorstellbar. Durch das studienbegleitende Erbringen von Prüfungsleistungen erweitert sich die Anzahl derer, die Prüfungen abnehmen – und die jeweiligen Noten in der Software eintragen – deutlich. Zum Kreis der Benutzer_innen der Software treten die Mitarbeiter_innen in den Prüfungsbüros, sowie sämtliche mit der Software verwalteten Studierenden hinzu (2). Allein durch die Anzahl der Benutzer_innen sind die Anforderungen an ein solches Softwaresystem bezüglich Zugriffsschutz, Stabilität und Ausfallsicherheit enorm.

n takt geraten

die Studierenden ist der Account mittlerweile verpflichtend – inklusive präsidialem Spam und regelmäßigen Datenschutzpannen. So wurden zu Beispiel im März 2008 an alle BA-Studierenden des FB Phil.-Geist. die Einladung für eine ABV-Veranstaltung incl. der Mailadressen von jeweils ca. 200 Kommiliton_innen verschickt. Die Studierenden müssen daher von der Hochschule erwarten können, dass die gesetzlichen Anforderungen an ein solches Softwaresystem hinsichtlich des Datenschutzes voll erfüllt werden. Dass dies mitunter nicht immer der Fall ist, zeigen nicht nur die Erfahrungen mit dem elektronischen „blackboard“ der FU sondern auch das Scheitern des Vorgängerprojekt von Campusmanagement, das sogenannte HIS-POS.

Da war doch was...

Im Rechenschaftsbericht (3) des Präsidiums der FU für die Jahre 1999 bis 2001 wird die Prüfungsverwaltungssoftware HIS-POS der HIS GmbH (4) als „wesentlicher Baustein“ zur Bewältigung „aktueller Anforderungen“ benannt. HIS-POS wird dort die Fähigkeit angedichtet, nicht nur die nötige Effizienzsteigerung der Prüfungsverwaltung „aufgrund der Vorgaben zur Personalreduzierung“ zu leisten, sondern auch „die gleichzeitige Bewältigung von zusätzlichen Aufgaben für die Prüfungsverwaltung bei der Einführung der Modularisierung von Studiengängen, Leistungspunktesystem und gestuften Abschlüssen“.

Bis der Hochschulleitung auffiel, dass ihre Hoffnungen von HIS-POS nicht erfüllt wurden und die Software darüber hinaus, wie die Datenschutzbeauftragte der FU in einem Problembericht an den Berliner Datenschutzbeauftragten im September 2004 bemerkte, „geltenden datenschutzrechtlichen Anforderungen nicht genügt“, vergingen gut zwei Jahre. Die weitere Einführung wurde schließlich gegen den Willen des Berliner Senats gestoppt und Anfang 2005 das Projekt „SAP Campus Management“ auf den Weg gebracht. HIS-POS wird weiterhin an über 160 Hochschulen eingesetzt und ist immer noch die Standardsoftware auf diesem Gebiet – ein gutes Beispiel dafür, wie blind Hochschulleitungen in die Auswirkungen der Bologna-Reform stolpern.

Sachzwang und Zeitdruck

Hauptargument der Projektleitung von „Campus-Management“ war, dass die neuen Studiengänge ohne eine funktionierende Software zur Prüfungsverwaltung – aufgrund der zu erwartenden völligen Überforderung der Prüfungsbüros – nicht mehr studierbar wären. Der sich daraus ergebende Zeitdruck bei der Einführung war immens, teilweise hausgemacht und ein prima Argument aus der Sparte „Sachzwang“, um die vermeintlich unumgänglichen Reformen noch schneller umzusetzen. Das dabei der alles beherrschende Zeitdruck der überhasteten BA-Einführung und dessen krasser Überreglementierung geschuldet war und eine technische Umsetzbarkeit die Voraussetzung zur Umsetzung der Reformen hätte sein müssen, wurde auch auf studentischer Seite gerne übersehen.

Gleichmacherei

Im Rahmen des Projekts wurde schließlich auch am sogenannten Akademischen Kalender gearbeitet. Dieser legt für die gesamte Hochschule einheitliche Fristen fest. Neben den einleuchtenden Terminen für Semesterbeginn und -ende, Beginn und Ende der vorlesungsfreien Zeiten und Ähnlichem, war im Entwurf des Akademischen Kalenders 2005/06 auch ein einheitlicher Termin für die Berechnung der Maluspunkte vorgesehen. Von diesem Termin aus rückgerechnet sollten Termine festgelegt werden, bis zu denen Dozent_innen die Note ermittelt und in der Software eingetragen haben sollten. Dieser Logik entsprechend endete die Abgabefrist für Hausarbeiten dem Entwurf nach in der dritten März- bzw. Septemberwoche. Konsequenterweise weitergedacht sahen die Beteiligten die „Probleme“ dann auch eher im Konzept Hausarbeit als in der Festsetzung von einheitlichen Fristen zur Abgabe eben jener. Ebenfalls auf dem Wunschzettel der Hochschulleitung stand die hochschulweite Kapazitätsplanung von Lehrveranstaltungen. Studierende sollten sich demnach vor Semesterbeginn verbindlich für ihre Veranstaltungen anmelden müssen. Ist eine Veranstaltung dann voll, verlost die Software die Plätze unter den Anmeldungen. Wer zu diesem Zeitpunkt nicht alle Zugangsvoraussetzungen erfüllt, hätte den Planungen nach

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

nicht aus dem takt geraten

keinerlei Chance gehabt berücksichtigt zu werden, – „aus dem Takt geraten“ hieß das dann in der Projektleitung. Mit diesen Vorstellungen konnte sich das Präsidium jedoch nicht ganz durchsetzen. Ob dies an den z.T. massiven Protesten der Betroffenen lag, oder sich bei den Verantwortlichen doch rechtliche Bedenken und die Einsicht durchsetzten, dass ein derart rigides System mit den Studienrealitäten in keiner Weise zu vereinbaren ist, ist nicht bekannt. Einige der größten Härten wurden schließlich nicht um-, bzw. im Laufe des ersten Semesters außer Kraft gesetzt. Die „Einzelfälle“, die Eingriffe in das System durch die Verwaltung erforderten, hatten sich derart gehäuft, dass der Mehraufwand schließlich in keinem Verhältnis mehr zur erhofften Effizienzsteigerung stand. Auch die Vergabe von Maluspunkte mußte ausgesetzt werden, da sie sich – ganz abgesehen von den massiven rechtlichen Bedenken – unter den gegebenen Bedingungen als nicht zu verwalten herausstellten.

Leider hält sich insbesondere unter Dozierenden bis heute das Gerücht, dass es zentrale Fristen für das Eintragen der Modulabschlussnote gebe. Dies führt häufig zu einer kaum zu bewältigenden Arbeitsbelastung durch parallel zu schreibende Hausarbeiten und nicht selten – angesichts rigider Studienordnungen – zur Wiederholung ganzer Module.

Studierende werden so zunehmend gläsern und ausschließlich zum gut funktionierenden Rädchen getrimmt. Ein von Neugier und Interesse getriebenes Studium ist kaum mehr vorstellbar und wohl auch nicht mehr Teil des Plans. Die verschulte Universität hat schließlich auch die entsprechenden Instrumente an die Hand bekommen – Klassenbuch, Sitzenbleiben und Rausschmiss inklusive.

P.S. „Campusmanagement (CM)“ heißt neuerdings bezeichnenderweise „StudentLifeCircle-Management (SCLM)“.

Anmerkungen

(1) Zum Thema Chipkarten im Umfeld der Hochschule existiert ein älterer ausführlicher Bericht der Landes- ASten- Konferenz Berlin („Chipkarte. Hochschule. Datenschutz: Der LAK- Chipkartenreader“, Landes- ASten- Konferenz Berlin, 2003). Gerüchtweise soll zurzeit (2008) an einer neuen Chipkarte für die Berliner Universitäten gearbeitet werden.

(2) Vorgänge wie das Anmelden zu Modulen und Lehrveranstaltungen werden von den Studierenden durch „Selbstbedienung“ erledigt.

(3) Rechenschaftsbericht des Präsidiums der Freien Universität Berlin 1999-2001; vorgelegt am 17. Juli 2002. <http://www.fu-berlin.de/aktuell/archiv/FU-Rechenschaft.pdf>





historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten

innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

kein grund zur im exzellenzw

1. Vorlauf der Exzellenzinitiative

Im Januar 2004 schlug die Sozialdemokratische Partei Deutschlands Elite-Universitäten vor, die dann aus Kritik an der Verwendung des Begriffes „Elite-Universitäten“ schnell in „Spitzen-Universitäten“ umbenannt wurden (Elitenförderung im Namen des SPD schmückt sich nicht). Die Bundesländer zeigten zuerst eine klare Ablehnung gegen einen „Elite-Wettbewerb“. Nur Berlin bildete hier von Anfang an eine Ausnahme (1). Grund hierfür dürften nicht nur die knappsten Haushaltskassen des Bundesgebiets sein, sondern die „Vorabvergabe“ des Spitzenplatzes an die Humboldt-Universität Berlin. An namhaften politischen Fürsprechern mangelte es nicht: der ehemalige Kanzler Schröder, der ehemalige Wirtschaftsminister Clement, der damalige Kulturstaatsminister Nida-Rümelin. Begründungen waren auch leicht gefunden: Die Berliner Universität sei weltweit bekannt, die „Marke Humboldt“ stehe für die große wissenschaftliche Tradition deutscher Universitäten und internationaler Spitzenforschung, Berlin sei eine der angesagtesten Adressen in Europa. Peter Glotz, unter anderem ehemaliger Berliner Senator für Wissenschaft und Forschung, erweiterte die Forderung. Nicht einer, sondern den Berliner Universitäten, und nur denen, solle umfangreiche Förderung gewährt werden, forderte er in dem Artikel „Schröder muss ein Held sein“: „Mit fünf mal 25 Millionen macht man die Heidelberger und Münchener Universität nicht zu Berkeley. Wäre es nicht klarer, hart zu bleiben und die 1,9 Milliarden – zum Beispiel über einen Hauptstadtvertrag – in die Berliner Universitäten zu stecken? Jetzt ist nicht Alternativradikalismus am Platz, sondern ganz normale Politik. Aber knallharte.“ (2) In der Folgezeit überschlug sich die Politik sowie die Hochschul- und Forschungslandschaft. Das, was zu erst begrenzt, also elitisiert werden sollte, wurde schnell wieder entgrenzt. Die Humboldt-Universität sowie die Berliner Universitäten als Ganzes, mussten den erhofften „Spitzenplatz“ in der politischen Diskussion erst einmal „vergessen“. Die in Gang gesetzte Diskussion mündete in einem Beschluss der Bund-Länder-Kommission vom 29.03.2004, welcher die Einsetzung einer Arbeitsgruppe beschloss. Diese Gruppe sollte eine Vereinbarung vorlegen, die die Ausgestal-

m feiern – die fu vahn

tung eines Wettbewerbs der Hochschulen und die Grundzüge der Finanzierung dieses Wettbewerbs um „Spitzen-Universitäten“ konkretisieren sollte (3).

2. Rechtlicher Rahmen und Förderrichtlinien des Wettbewerbs

Die rechtliche Grundlage ist die „Bund-Länder-Vereinbarung gemäß Artikel 91b des Grundgesetzes (Forschungsförderung) über die Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder zur Förderung von Wissenschaft und Forschung an deutschen Hochschulen“. Die Ziele der Exzellenzinitiative benennt die Präambel. Dort verpflichten sich die Bundesländer und die Bundesregierung (vorbehaltlich den Entscheidungen der gesetzgebenden Körperschaften zur anteiligen Mittelbereitstellung), „auf der Grundlage von Artikel 91 b des Grundgesetzes ihre gemeinsamen Anstrengungen in der Forschungsförderung fortzusetzen, um den Wissenschaftsstandort Deutschland nachhaltig zu stärken, seine internationale Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern und Spitzen im Universitäts- und Wissenschaftsbereich sichtbar zu machen.“ Des Weiteren soll eine Leistungsspirale in Gang gesetzt werden, die die Ausbildung von Spitzen genauso ermöglicht wie die Stärkung und Anhebung der Qualität des Hochschul- und Wissenschaftsstandortes Deutschlands in seiner Breite. Außerdem soll die internationale Sichtbarkeit, mit Hilfe der so genannten Leuchttürme der Wissenschaft, gestärkt werden. In einem „einheitlichen, projektbezogenen, wettbewerblichen Gesamtverfahren“ werden Mittel in drei Förderungsrichtlinien vergeben:

1. die Förderung von Graduiertenschulen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses,
2. die Förderung von Exzellenzclustern zur Förderung von Spitzenforschung,
3. die Förderung von Zukunftskonzepten zur Förderung und zum Ausbau universitärer Spitzenforschung (4).

Der Umfang der Förderung beträgt rund 2 Milliarden Euro zwischen den Jahren 2006/2007 und 2011. Die Finanzierung ist dabei zwischen dem Bund (75%) und dem jeweiligen Bundesland (25%) aufgeteilt. Im Verlaufe des Jahres

2009 soll in Folge einer Evaluation durch die DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) über eine Fortsetzung entschieden werden. Alle erfolgreich bewilligten Projekte erhalten eine Förderung über einen Zeitraum von 5 Jahren hinweg. Die zu Gewinnerinnen ernannten Graduiertenschulen erhalten demnach durchschnittlich 1 Million Euro und die Exzellenzcluster 6,5 Mio Euro. Die dritte Förderrichtlinie, die die „Zukunftskonzepte“ betrifft, setzt Erfolge in den genannten zwei Förderrichtlinien voraus und vergibt zusammen durchschnittlich 21 Millionen Euro im Jahr. Die Entscheidungen über Sieg oder Niederlage trifft der Bewilligungsausschuss Exzellenzinitiative, eine gemeinsame Kommission von Wissenschaftsrat (WR), Deutscher Forschungsgemeinschaft (DFG) und den WissenschaftsministerInnen von Bund und Ländern. Diese Kommission hat dabei im Ausschuss die Mehrheit der Stimmen (5).

3. Reaktionen auf die Entscheidungen des Bewilligungsausschusses in 1. und 2. Runde

Das Scheitern aller Berliner Universitäten in der Förderrichtlinie „Zukunftskonzept“ in der 1. Runde wurde in Berlin politisch skandalisiert. Senator Flierl sprach von einem Eklat in der Bewilligungskommission, da das abgesprochene Verfahren nicht eingehalten wurde:

„Überraschenderweise haben die Organisatoren das verabredete Verfahren geändert. Verabredet war, dass die Wissenschaft gemeinsam mit den Politikern über diejenigen Anträge diskutieren würde, die von den Gutachtern nicht eindeutig beurteilt wurden. Stattdessen wurde uns jedoch nur eine Liste mit den eindeutig als positiv oder negativ beurteilten Anträgen vorgelegt, wir wurden also vor vollendete Tatsachen gestellt. Auf diese Weise wurden die Politiker dүpiert.“ (6) Intransparente Absprachen zur politischen Einflussnahme bei struktur- und regionalpolitischen Entscheidungen wurden demnach nicht beachtet. Die Leitung der Freien Universität hingegen nahm das Abscheiden der FU „entspannt“ auf. In einer Pressemitteilung wurde das eigene Zukunftskonzept in die nächste Runde geredet: „Mit dem Zukunftskonzept in der nächsten Runde - Zwei Graduiertenschulen in der ersten Staffel bewilligt.“ (7) Universitätsintern wurde Studierenden die Schuld am

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten

innenansichten

innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

kein grund zum feiern – die fu im exzellenzwahn

Scheitern gegeben, da sie bei der „Exzellenzbegehung“ am Otto-Suhr-Institut erfolgreich ihre offene Ablehnung kundgetan hatten und somit das Image einer linken Schmuddeluni bestätigt hätten. Der Allgemeine Studierenden-ausschuss (AStA) der FU reagierte mit Freude und Erleichterung und begründete dies in einer Pressemitteilung folgendermaßen: „Der AStA der FU lehnt den Elitewettbewerb zwischen den Hochschulen aufgrund des dahinter stehenden elitären Gesellschaftsverständnisses und der zu fürchtenden Folgen für Studierende und Wissenschaft generell ab.“ (8) Die 2. Förderrunde hingegen war für die Berliner Universitäten sehr „erfolgreich“. Wissenschafts-Senator Zöllner war voll des Lobes: „Der Exzellenzwettbewerb stärkt den Wissenschafts- und Forschungsstandort. Etwa 15 Prozent der in dieser Runde vergebenen Mittel gehen nach Berlin. Dieses belegt überzeugend die Stärke des Wissenschafts- und Forschungsstandorts. Mit den in dieser Runde zusätzlich genehmigten Anträgen für eine Exzellenzuniversität, vier Exzellenzclustern und vier Graduiertenschulen gehört Berlin zu den herausragenden Wissenschafts- und Forschungsstandorten in Deutschland. Für die Freie Universität wird diese Auszeichnung das Fundament für den Ausbau eines weltweiten Spitzenrenommées sein.“ (9) Die Freie Universität erklärte sich selbständig zum „Leuchtturm der Wissenschaft“. (10) Die studentische Einschätzung war jedoch eine andere: Der AStA FU nahm das „siegreiche“ Abschneiden im Wettbewerb mit Bestürzung auf. Im allgemeinen Jubel betonten die studentischen VertreterInnen ihre Kritik: „Statt einzelne Universitäten zu vermeintlichen Leuchttürmen aufzubauen, fordert der AStA FU eine umfangreiche Ausfinanzierung aller Bildungsbeteiligten.“ (11)

4. Kritik an der Exzellenzinitiative

4.1 Die Exzellenzinitiative als Paradigmenwechsel

Die Entscheidung zur Durchführung dieser Exzellenzinitiative war eine richtungsweisende Entscheidung. Im Abwägungsprozess zwischen einem mehr oder minder egalitären Universitätssystem und einer zukünftigen Universitätslandschaft, welche durch Eliteuniversitäten

zur internationalen Spitzenforschung (in denen Forschung und Lehre getrennt werden) und Provinz-Universitäten zur massenhaften Berufsausbildung im Kurzzeitstudium ohne wissenschaftlichen Ausbildung gekennzeichnet sein wird, ist somit die Entscheidung gefallen. Anstelle einer allgemeinen Steigerung der Bildungs- und Forschungsfinanzierung, die eine allgemeine, seit den 1970er Jahren fehlende Ausfinanzierung des jetzigen Hochschulsystems als ersten Schritt beinhalten müsste und somit die Stärkung eines breit gefächerten, international anerkannten Universitätssystems bedeuten würde, wird der deutsche Hochschulbereich zweigeteilt und in seiner internationalen Anerkennung in Frage gestellt. Und das, obwohl die Exzellenzinitiative nichts daran ändern wird, dass im internationalen Konkurrenzkampf, besonders mit den als Vorbilder immer wieder erwähnten amerikanischen Eliteuniversitäten Harvard, Stanford, Yale oder Princeton, auch die neuen deutschen Eliteuniversitäten finanziell völlig unterlegen sind.

4.2 Das Matthäus-Prinzip wird ausgebaut

„Im Zuge der Exzellenzinitiative wird das Matthäus-Prinzip künftig so stark in der Wissenschaft durchschlagen wie noch niemals zuvor. Wer hat, dem wird gegeben. So lautet die Logik des gesamten Wettbewerbs.“ (12)

Dies liegt jedoch nicht nur an der finanziellen Förderung aus der Exzellenzinitiative, sondern auch aus dem schon jetzt konzentrierten Forschungsförderungsaufkommen. 2006 erhielten 20 Universitäten mehr als 50% der gesamten DFG-Gelder zur Förderung von Universitäten. Zwar werden durch die Exzellenzinitiative 37 Universitäten gefördert, doch allein auf die neun „Eliteuniversitäten“ entfallen 58% der Fördermittel (13).

Insgesamt verstärkt die Exzellenzinitiative also die Konzentration der Forschungsförderung und bereitet damit den Boden für eine „Zweiklassenuniversitätsgesellschaft“:

„Die von Winnacker [damaliger Präsident der DFG; Anm. des Autors] angesprochenen knapp 20 Universitäten werden im Rahmen der Initiative nicht nur fast die Hälfte, sondern vermutlich über 90 Prozent der zu vergebenen Mittel auf sich vereinigen. Zudem, und das ist der wichtigere Punkt, wird der Exzellenzwettbewerb die Rangfolge verewigen. Er schafft erst jene grundlegenden Unterschiede, die zu messen er vorgibt.“ (14)

Diese sich entfaltende Zweiklassengesellschaft, die der Dichotomie von Elite und Masse entspricht, soll demnach die internationale Wettbewerbsfähigkeit steigern. Des Weiteren drückt die Vergabe des Titels „Elite-Universität“, ein Begriff, der nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion und dem alltäglichen Sprachgebrauch weichen wird, den zweitklassigen Hochschulen

4.4 Die weitere Entdemokratisierung inneruniversitärer Strukturen

Die Defizite der Exzellenzinitiative im Sinne demokratischer Teilhabe wurden ausgeführt. Die Problematik der Entdemokratisierung inneruniversitärer Strukturen soll nun am Beispiel der Freien Universität verdeutlicht werden.

Im Beschlussprotokoll der 643. Sitzung des Akademischen Senats (AS) am 30.05.2007 wird der Mangel an Verständnis in Bezug auf eine demokratisch verfasste Universität, in Form eines Gemeinwesens, deutlich. Der Vorsitzende des Kuratoriums, Prof. Erichsen, beantwortete Fragen zur Veränderung der Gremienstruktur der FU Berlin hinsichtlich der 3. Förderrichtlinie, dem Zukunftskonzept „Internationale Netzwerkuniversität, dahin gehend, dass dieses Konzept auf Grundlage der Teilgrundordnung erarbeitet wurde und es keine Veränderung in den Zuständigkeiten der Gremien der FU Berlin geben werde“ (22). Der Kern des Konzeptes „Internationale Netzwerkuniversität“ ist die „integrative Doppelstruktur“, da nur interdisziplinäre Forschung exzellentes und internationales Niveau garantieren könne.

Damit verfolgt die Freie Universität Berlin das Ziel, „eines mit der Fachbereichsstruktur der Universität integrierten Netzwerkkonzepts zur Generierung von internationaler Exzellenz in Forschung und Nachwuchsausbildung, um in fünf Jahren den Aufstieg in die Gruppe der internationalen Spitzenuniversitäten zu schaffen.“ (23)

Strukturell bedeutet diese Doppelstruktur den Aufbau neuer „universitärer“ Strukturen in erheblichem Maße. Gleichzeitig verliert die akademische Selbstverwaltung weitestgehend ihren Sinn, die generelle Einheit von Forschung und Lehre wird aufgekündigt. In dieser Internationalen Netzwerkuniversität werden neben den Fachbereichen, welche für alle akademischen Angelegenheiten, das heißt Lehre und studentische Angelegenheiten sowie die disziplinäre Forschung zuständig sind (24), drei neue strategische Zentren eingerichtet: a) das „Center for Cluster Development“ (CCD), b) das „Center for Graduate Studies (Dahlem Research School, DRS) und c) das „Center for international Exchange“ (CIE). Diese Zentren „sollen als

intermediäre Instanzen zwischen Hochschulleitung und interdisziplinären Clustern, Graduiertenschulen und internationalen Zweigstellen“, den „Wechsel von einer klassischen Universitätsstruktur zum strategiebasierten modernen Management“ steuern.

Das CCD bildet dabei den „Knotenpunkt des Projektes“. Es soll das Clusterkonzept der Freien Universität verstetigen und Forschungsnetzwerke aufbauen und betreuen („Kalibrierung, Implementierung, Evaluierung und Revision von Exzellenzclustern und anderen Forschungsbündeln“ (25)). Des Weiteren sollen WissenschaftlerInnen mit Hilfe des CCD Forschungsfelder erkennen, „auf ihre Bearbeitbarkeit durch Wissenschaftler(innen) der Universität analysieren, sowie geeignete Partner für zukunftssträchtige Kooperationen zusammenführen.“ (26)

Die DRS ist dabei zuständig für die Entwicklung von Ausbildungsnetzwerken: „exzellentes wissenschaftlichen Nachwuchs auswählen, ausbilden und allozieren.“ (27) Die Auswahl finde dabei in international offenen, „transparenten Verfahren“ durch eine Auswahlkommission statt. Die Kriterien und Regeln des Auswahlverfahrens seien vorher bekannt zu geben. WissenschaftlerInnen aus den PhD-Studiengängen würden über eventuelle Vergaben von Stipendien eine strikt wissenschaftsorientierte Entscheidungen treffen (28).

Das CIE ist verantwortlich für die schon vorhandenen sowie weiter auszubauenden internationalen Netzwerke. Das heißt, das CIE organisiert die Internationalisierung der FU analog zu den beiden genannten Zentren CCD und DRS. Dabei wird es als „Schnittpunkt“ im Zukunftskonzept der FU verstanden (29). Anregung und Betreuung von Auslandsaktivitäten der WissenschaftlerInnen dieser Universität in Verbindung mit Vergabe von Auslandsstipendien, „Akquisition und Allokation“ wissenschaftlichen Personals und Studierender, „Identifikation international attraktiver Forschungs- und Lehrgebiete“ würden wichtige Aufgaben des CIE. Die Betreuung und Errichtung neuer „Repräsentanzen“ der FU ist jedoch als seine Hauptaufgabe zu verstehen. Neben den schon aktuell eingerichteten „Repräsentanzen“ in New York (Verbindungsbüro German University Alliance gemeinsam mit der LMU), Beijing, New Dehli und Moskau sind weitere Repräsentanzen in Sao Paulo und Abu Dhabi bzw. Dubai geplant. Diese Entscheidungen werden letztendlich durch das Präsidium mit Beratung durch den Internationalen Beirat getroffen.

Neben diesen Neugründungen sind noch der Internationale Beirat und der Exzellenzrat zu nennen. Der Internationale Beirat soll das Präsidium in Fragen des Universitätsmanagements beraten und wird durch den Präsidenten berufen. Außeruniversitär ist der Internationale

kein grund zum feiern – die fu im exzellenzwahn

Dass an einer exzellenten Universität zukünftig die Form den Inhalt bestimmen wird, belegt die Zuordnung des Leitbegriffes Wahrheit zum Forschen in Clustern, welches im Globalisierungsprozess die Wahrheitsgarantie sicherstellen soll (39). Im internationalen Konkurrenzkampf muss „Wahrheitsfindung heute auch vor dem Hintergrund der hohen Kosten für Forschung und Nachwuchsausbildung profilorientiert und kooperativ vollzogen werden“ (40). Nicht das Streben nach Wahrheit steht im Mittelpunkt, sondern die ökonomische Organisation einer angeblich vorhandenen Wahrheitsgarantie. Das Streben nach Wahrheit jedoch generiert den spezifischen Gebrauchswert der Wissenschaft „und verleiht ihren Produkten eine besondere Würde und Autorität.“ (41) Das Verständnis der Wahrheitssuche des FU-Zukunftskonzepts korrespondiert dabei mit einem der neuen Leitbegriffe: der unternehmerischen Orientierung - ein im Unternehmen Universität angelegter Widerspruch. Die Problematik, „dass die Produkte der Universität ihren Marktwert gefährden, wenn die Uni zu einem Waren produzierenden Unternehmen wie alle anderen wird und dabei ihren Anspruch unabhängiger, ja zweckfreier Wahrheitssuche aufgibt, spiegelt sich in spezifischer Weise auch im FU Zukunftskonzept 2007 wider“ (42), besonders im Titel „Unternehmerischste Universität“. Ein angesehener Politologe, Elmar Altvater, zweifelt diese Titelvergabe aus „irgendeinem Wettbewerb von irgendeiner Wirtschaftsvereinigung“ an (43). Folgerichtig sollte der Präsident eher CEO (Chief Executive Officer) heißen, das Präsidium Management, die ProfessorInnen sollten Teil des Profit Centers sein und „dementsprechend auch danach beurteilt werden, was sie an Profit zu dem Gesamtunternehmen FU beitragen.“ (44) Dass eine unternehmerische Orientierung die Ökonomisierung und Entdemokratisierung des Gemeinwesens Universität bedeutet, wird nicht verleugnet. Diese Prozesse kulminieren in der Exzellenzinitiative: „Die gesamtstrategische Steuerung muss in die Hände der Hochschulleitungen, also der Dekanate und Präsidien, gebracht werden. Denn die Gesamtlinie einer Uni kann nicht von einer Berufungskommission überblickt werden. Kein Mensch käme auf die Idee, die Bereichsleiter bei Mercedes durch den Wirtschaftsminister oder die Belegschaft

auswählen zu lassen. Oder nehmen wir den Exzellenzwettbewerb. Der wird zu einer einzigartigen Verschiebung von Schwerpunkten in den Universitäten führen. Deshalb haben DFG und Wissenschaftsrat den Hochschulleitungen als Antragstellern eine besondere Rolle zugewiesen.“ (45)

Abschließend soll die Entdemokratisierung im Kern der Entscheidungsfindung zur Zustimmung zum Konzept „Internationale Netzwerkuniversität“ aufgezeigt werden. Diese Zustimmung obliegt formal lediglich dem Hochschulrat der FU, dem Kuratorium. Die Ausarbeitung hingegen oblag nur einer Stabsgruppe des Präsidiums sowie externen Gutachtern. Normativ muss hier aber nach der sonst so schwer gewichteten Professorenmehrheit bei Fragen der Forschung gefragt werden. Ein Konzept, welches bis heute öffentlich nicht zugänglich ist, welches die „Forschungslandschaft“, den strukturellen Aufbau sowie das Verständnis der Universität fremdbestimmt völlig verändert, welches im Akademischen Senat nur einer formellen Zustimmung unterliegt und zu keinem Zeitpunkt inneruniversitär, somit auch in keinem studentischen und professoralen Meinungs- und Diskussionsprozess mitentwickelt wurde, muss unter demokratischen Gesichtspunkten abgelehnt werden.

4.6 Ausblick

Bei ausbleibender Förderung in einem nächsten Exzellenzwettbewerb wird die Auslauf- oder Anschlussfinanzierung durch das Land geleistet werden müssen, was besonders bei der Berliner Haushaltslage Einsparungen in anderen wissenschaftlichen Bereichen, vorrangig in den Berliner Hochschulen (besonders in ökonomisch nicht erfolgreichen Instituten bzw. Fachbereichen) bedeuten wird (46). Erklärungen zwischen dem Senat und den Berliner Universitäten über die Nachhaltigkeit der geförderten Projekte sind nicht öffentlich (47).

Im (ebenfalls nicht öffentlichen) Antrag der FU wird jedoch auf ein Gespräch zwischen der FU und Klaus Wowereit, Jürgen Zöllner und Hans-Gerhard Husung verwiesen. Demnach „wurde festgestellt, dass die 25%ige Mischfinanzierung des Projektes seitens des Landes gesichert ist [...], dass keine gesetzliche Veränderungen geplant sind, die die Umsetzung des Zukunftskonzeptes unmöglich machen könnten, dass in Berufungsverfahren von Professuren, die im Rahmen des Exzellenzwettbewerbes zugewiesen werden, den Vorschlägen der Universität gefolgt wird, um die Funktion der Berufenden im Rahmen der beantragten Fördermaßnahmen sicherzustellen, dass bei einer Novellierung des Berliner Hochschulgesetzes die Verlagerung des Berufsrechts an die Universitäten ernsthaft in Erwägung gezogen werde;

uni, politik und

Die Illusion vom gleichberechtigten Miteinander

Als Ulrike Meinhof 1968 ihren Artikel „Die Frauen im SDS oder In eigener Sache“ schrieb, in dem sie die Gründe für Tomatenwürfe auf SDS-Delegierte erläuterte, war die Linke noch ausschließlich antiimperialistisch und die Frauenbewegung differenzfeministisch (1).

Seitdem sind 40 Jahre vergangen, im gesellschaftlichen Mainstream herrscht scheinbar Einigkeit darüber, dass „Frauen“ (2) weitestgehend gleichberechtigt sind. An den Hochschulen gewinnt „Queer Theory“ (3) zunehmend an Bedeutung für feministische Forschungen und sogar Mitglieder der Partei „Die Linke“ distanzieren sich vom Antiimperialismus. Gründe, Tomaten zu werfen, gibt es weiterhin und es lohnt, Meinhofs Artikel zu lesen, denn ihre Ausführungen sind auch vierzig Jahre später noch aktuell.

„Gender Mainstreaming“ und „Frauenbeauftragte“ sind Schlagworte, die in der Diskussion über Gleichstellung der „Frauen“ an der Uni fallen. Statistiken sollen darüber hinaus die steigende Präsenz von „Frauen“ an den Hochschulen – und ebenso in der Hochschulpolitik – beweisen. Aber was heißt das Wort „Präsenz“ in Zusammenhang mit „Frauen“ in den hochschulpolitischen Institutionen überhaupt, über deren bloße Anwesenheit hinaus? Je entscheidungsmächtiger das jeweilige universitäre Gremium, desto weniger „Frauen“ finden sich dort. Präsenz von „Frauen“ heißt vor allem, dass Menschen fernab der dekonstruktiven Ansätze in geisteswissenschaftlichen Seminaren immer noch und vor allem als „Männer“ und „Frauen“ präsent sind, dass den als solchen wahrgenommenen Geschlechtern immer noch Attribute zugewiesen oder abgesprochen und diese tagtäglich reproduziert werden und damit auch Sexismus in allen Varianten vorkommt – von grenzüberschreitendem Verhalten z.B. in Form von anzüglichen Bemerkungen bis hin zu Redeverhalten und Diskussionsverlauf.

Was in den Debatten über „Frauen“ in der Hochschulpolitik gern ausgespart oder mit Phrasen wie „Ihr müsst doch einfach nur machen“ quitiert wird, ist die Tatsache, dass es mit bloßer Anwesenheit eben nicht getan ist, dass sich Diskriminierung auf vielfältige Art und Weise und auf unterschiedlichen Ebenen zeigt, die meist nicht offensichtlich sind. In diesem Zusammenhang lassen sich u.a. folgende Fragen stellen: Was bewirkt die an die Mann-Frau-Dichotomie geknüpfte Unterteilung in „privat“ und „politisch“? Wie werden „Frauen“ in den Uni-Gremien wahrgenommen und welche Rolle wird ihnen, bewusst oder unbewusst, zugeschrieben? Welche Diskriminierungsmuster ergeben sich aus der Struktur der hochschulpolitischen Landschaft und der einzelnen Gremien? Welche Diskriminierungsformen ergeben sich aus dem Redeverhalten und dem Verlauf von Diskussionen in Gremien und generell?

Fachschaftsreferat des AstA FU

2008

Das „Private“ bleibt politisch

Entgegen allen Behauptungen, denen mensch gerne im universitären Alltag begegnet, ist die Universität kein luftleerer Raum, sondern ein Teil der gesamtgesellschaftlichen Verhältnisse und spiegelt somit auch die Strukturen aus allen anderen Lebensbereichen wider – auch aus dem privaten Bereich. Der Slogan „Das Private ist politisch“ ist eben nicht nur eine Floskel aus den 1960er Jahren, sondern birgt (immer noch) eine große Bedeutung.

Durch das heteronormative Geschlechterbild in unserer Gesellschaft wird mensch entweder als „Frau“ oder „Mann“ geboren und nimmt nach dieser dualen Geschlechtertrennung „weibliche“ oder „männliche“ Verhaltensweisen und Denkmuster an. Wird der „weibliche“ Typus im Allgemeinen mit einer passiveren Rolle charakterisiert, d.h. „sie“ steckt eher zurück, ist ruhiger und ordnet sich unter, so rückt der „männliche“ Typus eher in den Mittelpunkt, ist vermeintlich durchsetzungsfähiger und aktiv in der Öffentlichkeit. Diese Stereotype findet mensch auch in Uni-Seminaren, z.B. bei Diskussionen. Angeblich ist „sie“ nun einmal so ruhig und sagt lieber nicht so viel, hört lieber zu. „Sie“ ist „weiblich“ und und bringt „weibliche“ Verhaltensweisen zum Ausdruck. Diese Problematik wird gern als eine individuelle oder persönliche betitelt – schließlich hätte „sie“ ja etwas sagen können. Hier werden gern sozialisationsbedingte Faktoren ausgeblendet und die Wirkmächtigkeit zweidimensionaler Geschlechterbilder in der Gesellschaft vernachlässigt. Da die Geschlechtsidentität jedoch in allen gesellschaftlichen Bereichen des Lebens eine bestimmende Kategorie bildet, kann sie kein persönliches Problem darstellen, sondern ist immer ein politisches.

Durch die Trennung von privat und politisch wird Sexismus gern als ein Anhängsel betrachtet, das für den politischen Kampf und gleichberechtigten Umgang miteinander nicht relevant ist und somit in seiner grundlegenden Bedeutung abgewertet wird. „Das ist jetzt nicht Thema“, und, „Wir müssen uns jetzt voll und ganz auf dieses eine Problem konzentrieren“. So oder so ähnlich lief es auch im SDS, was Meinhoff durch ihren Artikel zum Tomatenwurf kritisierte. Und heute? – Existieren die gleichen Probleme: 40 Jahre später gibt es noch immer

d geschlecht

Mackerstrukturen, diskriminierendes (Rede-) Verhalten und Scheuklappen-Aktivismus in Bezug auf Geschlechtsidentitäten.

Die Kritik richtet sich dabei einerseits an die institutionellen Strukturen der Hochschullandschaft (akademische und studentische Unigremien) und andererseits an die Personen, die sich in diesen Strukturen bewegen - somit also auch an Studierende.

Ob nun in einer politischen (Basis-) Gruppe oder einfach im Zusammentreffen in Seminaren und Vorlesungen, legitimiert werden jedenfalls die, die am lautesten sind, am durchsetzungsfähigsten und sich den Herrschaftsstrukturen anpassen - ob nun „weiblich“ oder „männlich“. Damit ist und bleibt sexistische Diskriminierung kein privates Problem, sondern ein politisches und somit ein zur Öffentlichkeit gezwungenes. Das soll jedoch nicht heißen, dass Vergeschlechtlichung das einzige Moment ist, durch das Herrschaft ausgeübt wird.

„Kampfemanze“ oder „Muttermutterglucke“ - Wie frau so wahrgenommen wird

Bilder von und Klischees über „Frauen“ und „Männer“ sind wirkmächtig - das macht sich auch und gerade in der (Hochschul-) Politik bemerkbar. Politische Kontexte bedeuten auch immer persönliche Begegnungen und damit einhergehend Kategorisierungen. Dabei werden gerade Aussagen und das Verhalten von „Frauen“ auf sexistische Weise kontextualisiert.

Das kann zum Beispiel heißen, dass eine „Frau“, die sich als Mutter zu erkennen gibt, das Label der „rührseligen Glucke“ aufgedrückt bekommt, womit ihr implizit wiederum jede („männlich“ besetzte) Rationalität bei der Entscheidungsfindung abgesprochen wird. Umso schlimmer, dass „Frauen“ diese Klischees häufig durch Sätze wie „Ich hab ja auch Kinder!“, oder „Ich als Mutter finde ja, dass...“ mitreproduzieren.

Dem gegenüber steht das Bild der (kinderlosen) „Powerfrau“, das assoziiert wird mit Begriffen wie „tough“ und „durchsetzungsfähig“ - aber eben auch „unweiblich“, was immer das heißen soll. Dahinter steckt, dass politische Strukturen immer noch geprägt sind von als „männlich“ gelesenen Verhalten.

Eine andere Wahrnehmung von „Frauen“ im hochschulpolitischen Kontext - vor allem im

studentischen - bezieht sich auf Beziehungsstrukturen, wobei davon ausgegangen wird, dass frau in heterosexuellen Beziehungen lebt. Dabei werden „Frauen“ - und damit einhergehend auch ihre politische Arbeit - nicht getrennt von ihrer Rolle im sozialen Umfeld wahrgenommen. Das äußert sich auf verschiedene, jeweils sehr reduzierende Art und Weise, indem „Frauen“ zum Beispiel in erster Linie als Freundin/Exfreundin/Affäre von so-und-so wahrgenommen werden, ihre Äußerungen im Kontext ihrer Beziehungen gesehen werden oder HoPo-Checker (4) verschiedene Orte und Strukturen auch gerne nutzen, um „Frauen kennen zu lernen“, indem sie diese erst einmal mit ihrem immensen Wissen über Hochschulpolitik und die Lage der Welt im Allgemeinen beeindruckt. Des Öfteren sind auch die mitlaufenden Beziehungsgeflechte Grund für das Gefühl, als „Frau“ nicht allzu viel Raum einnehmen zu können - etwa aufgrund von anwesenden und nicht ganz verarbeiteten Ex-Beziehungen, laufenden Beziehungen, in denen frau durch die überbordende Selbstsicherheit des Anderen verunsichert ist oder weil frau ja nicht „so unsexy emanzenhaft“ wirken will.

Nicht zuletzt ist dies darauf zurück zu führen, dass „Frauen“ nach wie vor stärker über ihr Aussehen und Erscheinungsbild wahrgenommen werden als Männer. Häufig wird zuerst die „Schönheit“ einer „Frau“ eingeschätzt und dann erst ihrem (politischen) Standpunkt Aufmerksamkeit geschenkt. Darüber hinaus sind an das Erscheinungsbild einer „Frau“ wiederum Stereotype geknüpft. In diesem Zusammenhang finden sich Bilder und Bezeichnungen wie „Kampflesbe“, „Emanze“, „Vamp“, „Muttermutterglucke“ und was es dergleichen mehr gibt. Natürlich käme (fast) niemensch mehr auf die Idee, diese laut zu äußern - im kleineren Kreis aber werden diese Klischees nach wie vor bejubelt und zumindest als Bilder in den Köpfen sind sie stets präsent.

Das hat auch Auswirkungen auf die politische Arbeit, indem gerade gegenüber den in die Kategorie „Kampflesbe/Emanze“ gepressten „Frauen“ unterstellt wird, sie würden „jetzt aber wirklich ein bisschen übertreiben/ zu weit gehen/ überall nur noch Sexismus wittern“. Dabei wird diese pauschalisierende Einschätzung weniger aus den Äußerungen, als vielmehr aus dem Aussehen, Auftreten und sozialen/poli-

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

tischen Kontext der Person gewonnen. Dass „Frauen“ noch immer anders wahrgenommen werden als „Männer“ und welche Auswirkungen das hat, wird besonders in den diversen hochschulpolitischen Gremien deutlich.

Dass viele „Frauen“ dabei sind, heißt nicht, dass viele mitmachen dürfen

Ein Blick auf die Sitzverteilung in den einzelnen Gremien der studentischen und akademischen Selbstverwaltung macht deutlich, dass, trotz steigenden Anteils von „Frauen“, dennoch starke Unterschiede in ihrer Repräsentation zwischen den einzelnen Statusgruppen bestehen: So ist etwa in den studentischen Gremien Studierendenparlament und Allgemeiner Studierendenausschuss das rein zahlenmäßige Verhältnis zwischen „den“ Geschlechtern recht ausgeglichen. Auch bei einem Blick auf die Listen der studentischen Vertreter_innen (5) in den Fachbereichsräten und darüber hinausgehenden akademischen Gremien (wie etwa im Akademischen Senat - AS, im erweiterten Akademischen Senat oder der Kommission für Lehrangelegenheiten - KfL) zeigt sich ein relatives Gleichgewicht. Dies gilt in ähnlichem Maße auch für die Akademischen und Sonstigen Mitarbeiter_innen. Ganz anders jedoch bei den Professor_innen: Obwohl momentan drei der vier FU-Vizepräsident_innen „weiblich“ sind, trifft mensch im AS unter den Professor_innen gerade zwei „Frauen“ an (von 13 professoralen Mitgliedern) und im erweiterten AS acht von einunddreißig. In sechs der zwölf Fachbereichsräte der FU sitzt keine einzige Professorin, in drei Fachbereichsräten ist es jeweils eine und auch in den anderen sind es nur unwesentlich mehr (6). Aber auch bei den Studierenden finden wir nur ein „relatives Gleichgewicht“, denn auch hier lässt sich ein Trend zur Überrepräsentation von Männern feststellen: Je wichtiger das Gremium, desto mehr Männer finden wir unter den Vertreter_innen.

Zwar sind sowohl in Gremien der studentischen als auch der akademischen Selbstverwaltung zunehmend „Frauen“ anzutreffen, doch sagt dies bei Weitem nichts über Machtverhältnisse und die Beteiligung dieser bei der Entscheidungsfindung innerhalb selbiger Gremien aus. Denn dank eines Urteils des Bundesverfas-

sungsgerichts von 1973 wird Hochschulpolitik noch immer von professoralen Mehrheiten bestimmt, also im Normalfall weiterhin: weißen heterosexuellen „Männern“. Dass diese im Regelfall eher ihre eigenen, auf Erhaltung ihrer professoralen Privilegien ausgerichteten Interessen verfolgen, dürfte niemensch wundern.

Natürlich ist es eine Illusion zu erwarten, dass sich an Geschlechterverhältnissen innerhalb der Universität etwas ändert, nur weil mehr „Frauen“ in Gremien sitzen – „Frauen“ sind schließlich keinen besseren Menschen und nicht jede ist Feministin. Vor allem aber „kann“ und „will“ nicht jede sich „durchsetzen“. Denn hierin besteht das eigentliche Problem der Repräsentation von „Frauen“ in hochschulpolitischen Gremien: Nur wer sich gegenüber der „männlich“ dominierten Mehrheit behauptet, sich „durchsetzt“, sich „wie ein Mann verhält“, laut, selbstsicher und dominant, hat unter Umständen die Chance, ernst genommen zu werden. Es geht also viel weniger um zahlenmäßiges Gleich- oder Ungleichverhältnis, als vielmehr um den Umgang miteinander, in dem sich strukturelle Ungleichheiten weiterhin reproduzieren.

Eine Anekdote aus einem Institutsrat mag dies sehr anschaulich verdeutlichen: Die Vertreterin des Mittelbaus, eine von zwei gewählten „Frauen“ in diesem Gremium, versucht auf eher dezente und zurückhaltende Art und Weise ihren Standpunkt deutlich zu machen. Sofort fallen ihr drei der anwesenden Professoren mit raumgreifender Gestik und gewichtiger Miene ins Wort. Statt mit Tomaten zu werfen, schweigt sie, schaut schüchtern zu Boden und verliert im Verlaufe der Sitzung kein einziges Wort mehr. Dass neben Geschlechterhierarchien in akademischen Gremien auch noch die starke Hierarchisierung zwischen den einzelnen Statusgruppen tritt (bei der zusätzlich Kategorien wie Alter, *race* (7), körperliche Beeinträchtigung, Sexualität sowie die vielfältigen bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse eine nicht unerhebliche Rolle spielen), macht es zum Beispiel für die einzelne Studentin oder wissenschaftliche Mitarbeiterin noch schwieriger als für die Professorin, gehört zu werden und ihre Interessen zu vertreten. Auch wenn es sich bei dem eben beschriebenen Beispiel um einen Extremfall handeln dürfte, hilft es dennoch zu verstehen, warum frau häufig gar nicht erst in Gremien aktiv werden will.

Doch diskriminierendes Redeverhalten finden wir nach wie vor nicht nur in den Gremien der akademischen Selbstverwaltung, sondern auch in studentischen Gremien und Gruppen oder in Seminaren.

Warum „ihm“ mehr zugehört wird als „ihr“ - und warum sich niemensch daran stört

Auch studentische Räume sind durch Rede- und Diskussionsverhalten gemäß geschlechts-

ein quell der p

Die Hochschule als Haus und Herd von unbezahlter Arbeit

Dass viele Studierende dem Studium kaum die Zeit und Aufmerksamkeit widmen können, die die neuen Studienordnungen verlangen, ist mittlerweile verbürgte Tatsache. Neue Reglementierungen, Leistungsdruck, aber auch Studiengebühren haben die schon zuvor vorhandene Tendenz verschärft, dass diejenigen, deren Einkommen nicht durch Dritte gesichert ist, Broterwerb und Studienanstrengungen nur schwer oder überhaupt nicht unter einen Hut bekommen. Dass Studieren und Jobben immer weniger miteinander vereinbar sind, das geben ehrlich und unverhohlen mittlerweile auch zahlreiche PolitikerInnen und HochschulpräsidentInnen zu. Nichtsdestoweniger bleibt die Zahl studentischer JobberInnen hoch. Diese sind meist nicht nur selbst Betroffene von prekären Beschäftigungsverhältnissen, sondern wirken – durch die Verdrängung von regulärer Beschäftigung – verschärfend auf die Spirale der Prekarisierung.

Durch spezifische soziale und kulturelle Lebensumstände nehmen Studierende eine besondere Rolle auf dem Arbeitsmarkt ein, sind sie doch häufig aus den konventionellen Ausbildungs- und Berufsprozessen der meisten Lohnabhängigen herausgelöst. Kollektive Wahrnehmungen relevanter Probleme und ein Umgang damit werden so erschwert. Allerdings wirkt die Hochschule nicht nur als Keimzelle eines bestimmten soziokulturellen Milieus auf die Konstellationen auf dem Arbeitsmarkt ein. Auch strukturell begünstigen die Hochschulen einen allgemeinen Prekarisierungsprozess. Zum einen sorgen in den Studienordnungen vorgeschriebene Praktika für eine permanente Zuführung studentischer Arbeitskräfte in den Billiglohnssektor, während freiwillige oder AbsolventInnenpraktika immer mehr zum Standardwerdegang im Berufsleben von Studierenden werden. Zum anderen breiten sich prekäre Beschäftigungsverhältnisse in den Universitäten selbst immer mehr aus.

Begreifen wir Prekarisierung als einen Prozess, bei dem das Lohnniveau zunehmend nach unten gedrückt wird und unsichere Arbeitsverhältnisse um sich greifen, dann lässt sich zweifellos feststellen, dass die forcierteste Form von Prekarisierung dort vorliegt, wo Menschen (fast) ohne Entlohnung und/oder (kurzfristig) ohne jegliche Arbeitsplatzgarantien arbeiten. Was für viele zunächst unglaublich klingt, gehört mittlerweile zum bundesrepublikanischen Alltag. Unbezahlte Arbeit findet sich nicht nur etwa dort, wo Menschen z.B. ehrenamtlich tätig sind, sie findet sich in fast allen Bereichen, wo direkt oder indirekt Mehrwert erzeugt, also Lohnarbeit geleistet wird. Dies betrifft auch zunehmend das beschriebene Studierenden- und Hochschulmilieu; sei es die Studentin, die als Jobberin unbezahlte Probeschichten verrichtet, der Student, der zwei Pflichtpraktika im Rahmen seines Studiums unbezahlt erledigt (und womöglich als Absolvent noch zwei freiwillige dran hängt), oder Studierende, die als TutorInnen und DozentInnen unbezahlte Lehraufträge ableisten.

Studierende und prekäre Arbeit

Knapp 70% der Studierenden in Deutschland jobben. In Berlin beispielsweise trifft dies auf ungefähr 140.000 der ca. 200.000 Studieren-

Prekarität

den zu. Diese Zahlen berücksichtigen allerdings noch nicht den Umfang der erbrachten Arbeit und enthalten ebenso diejenigen, die sich durch Nebentätigkeiten lediglich etwas dazuverdienen. Für fast 1/3 dieser JobberInnen dagegen ist Lohnarbeit existentiell notwendig, d.h. es ist für sie (fast) die einzige Einkommensquelle. Allein diese Zahlen sollten verdeutlichen, dass es sich bei Studierenden um kein unbedeutendes Segment auf dem Arbeitsmarkt handelt. Und es veranschaulicht ebenso, dass – entgegen dem Gerede vom „Studenten“ als soziale Kategorie – es nach wie vor ökonomische Kriterien sind, die den sozialen Status von Studierenden bestimmen.

Die Beschäftigungsverhältnisse von jobbenden Studierenden sind dabei in der Regel prekär: Während einige periodisch in unsicheren Beschäftigungen stecken, in denen sie oftmals die gleichen Arbeiten wie Festangestellte verrichten, arbeiten viele auf Honorarbasis, wobei gesetzliche Mindestlöhne selten eingehalten und arbeitsrechtliche Standards permanent untergraben werden. Durch eine hohe Fluktuation und durch kurzfristige Arbeitsverhältnisse wird z.B. eine betrieblich fixierte Gewerkschaftsarbeit im prekären Teilzeitarbeitssektor deutlich erschwert. Die Situation ist deshalb geprägt von einer äußerst hohen Vereinzelung, weshalb gerade Studierende kaum gewerkschaftlich organisiert sind. Diese ziehen eine Organisation auch selten in Betracht: Missstände werden zumeist als vorübergehend empfunden; trotz der Tatsache, dass die Erwerbslosenstruktur in Deutschland zunehmend „akademisiert“ wird, herrscht bei vielen die Illusion vor, dass sich nach dem Studium bessere Möglichkeiten von selbst einstellen.

Das ist nicht nur in Hinsicht auf einen mangelnden Umgang mit der eigenen Betroffenheit problematisch. Denn gerade aufgrund dieser Individualisierung greifen Betriebe immer wieder auf studentische JobberInnen zurück, die als „Stoßtruppen“ zur Aufweichung regulärer Beschäftigungsverhältnisse fungieren können. Im Zuge der voranschreitenden Ausrichtung des Arbeitsmarktes auf Teilzeitarbeit können deshalb studentische JobberInnen zunehmend als effiziente LohndrückerInnen verstanden werden.

Doch dem Ganzen lässt sich noch die Krone aufsetzen: Auch unbezahlte Probeschichten

– eine eigentlich rechtlich nicht abgedeckte Angelegenheit, die unter extremer Ausnutzung von Ahnungslosigkeit ihre Anwendung findet – werden immer öfter von Studierenden geleistet. Zwar findet sich unbezahlte Probearbeit mittlerweile in fast allen Branchen, besonders massiv wird jedoch im Gastronomiebereich davon Gebrauch gemacht – eben der Hochburg studentischen Jobbens. Gastronomiebetriebe, die ihr Personal aus ProbearbeiterInnen zusammenstellen und diese gewissermaßen zyklisch austauschen, sind keine Seltenheit mehr. Selbst wenn die betroffene Jobberin – und das mag schon traurig genug sein – es nicht als so schlimm empfindet, ein paar Probeschichten umsonst gearbeitet zu haben, und womöglich mehr Ärger darüber verspürt, letztlich nicht eingestellt worden zu sein – wo solche Unternehmensstrategien gezielt eingesetzt werden, werden Studierende zum Instrument der verschärften Ausbeutung. In seiner gesellschaftlich quantifizierten Dimension ist der Schaden für die gesamte lohnabhängige Bevölkerung enorm. Aufgrund der illegalen Natur dieser Grauzonenerscheinung ist ihr genaues Ausmaß aber noch nicht statistisch erfasst und sie hat generell bisher noch zu wenig Aufmerksamkeit erregt.

Unbezahlte Praktika

In eine ähnliche Kategorie von Ausbeutung und Prekarisierung fallen Praktika, die im Gegensatz zur Probearbeit mittlerweile große Beachtung gefunden haben. Das Schlagwort „Generation Praktikum“ ist allseits bekannt.

Eigentlich soll es sich bei einem Praktikum um eine auf bestimmte Dauer ausgelegte praktische Vertiefung von zuvor erworbenen theoretischen Kenntnissen handeln. Dabei dürfen PraktikantInnen nicht in die tägliche Arbeit des Betriebsablaufes eingeplant sein. Sie sollen „mitlaufen“, wie es so oft heißt. Praktika tragen deshalb offiziell Ausbildungscharakter, d.h. sie werden als Maßnahme innerhalb des Rahmens einer Gesamtausbildung begriffen. Folglich wird vorausgesetzt, dass das Einkommen bereits durch die Finanzierung der Gesamtausbildung (bei Studierenden z.B. über BAFÖG oder elterlichen Unterhalt) gesichert ist. Begriffen als Teil einer Ausbildung sind Praktika nicht vergütungspflichtig.

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

ein quell der prekarität

Diese Überlegungen erscheinen bereits fragwürdig, wenn man bedenkt, dass viele Praktika vor und nach dem Studium oder freiwillig und jenseits davon verrichtet werden, ein Gesamtausbildungsverfahren also nicht (mehr) vorliegt. Gravierender ist noch, dass bei Praktika in der Regel nicht „mitgelaufen“ wird. Sie dienen schon längst nicht mehr dazu, Erfahrungen in einem Beruf zu sammeln, sondern entsprechen oftmals regulären Tätigkeiten – nur eben ohne die gebührende Entlohnung. Zwar sagt das Arbeitsrecht klar, dass sich das Arbeitsverhältnis nicht nach der Bezeichnung, sondern nach dem Inhalt bestimmt – dass also eine übliche Vergütung zu leisten ist, sobald Arbeit über den Praktikumsrahmen hinaus verrichtet wird. Doch aufgrund relativ vager gesetzlicher Regelungen, mangelnder gewerkschaftlicher Gegenwehr und der Vereinzelung, z.T. auch Ahnungslosigkeit von PraktikantInnen, gibt es einen enorm hohen Missbrauch des Labels „Praktikum“.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) gibt vor, dass die Wirtschaft nicht von Praktika profitiere und dabei eher draufzahle. Würden Praktika tatsächlich nach Vorschrift abgeleistet werden, träfe dies zu. Die Realität sieht jedoch anders aus: Seit 2000 hat sich allein die Quote von StudienabsolventInnen, die ein oder mehrere Praktika absolvieren, von 25% auf 41% erhöht. Der DGB schätzt, dass allein die Zahl dieser AbsolventInnenpraktika bundesweit gegenwärtig etwa 400.000 beträgt. Eine Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung ergab, dass über die Hälfte davon reguläre Tätigkeiten verrichten. Gleichzeitig erhalten über 40% dieser PraktikantInnen überhaupt keinen Lohn (geringe oder symbolische Aufwandsentschädigungen sind in dieser Zahl noch nicht einmal berücksichtigt!). Nimmt mensch allein die AbsolventInnenpraktika als Indikator, wird deutlich: Das Marktvolumen von Praktika ist kolossal.

Systematisch werden Praktika von Betrieben genutzt, um einerseits kurzfristig billig an Arbeitskräfte zu kommen und zum anderen mittelfristig Arbeits- und Lohnstandards betrieblich aufzuweichen, indem reguläre Beschäftigungsverhältnisse ersetzt werden. Der damit einhergehende Zersetzungseffekt auf die „strukturelle Macht“ von Belegschaften und letztlich der Lohnabhängigen generell ist gewaltig. Die

Tatsache, dass die Studienordnungen viele Studierende in solche Praktika hineindrängen, wo sie als „Stoßtrupp“ der Flexibilisierung fungieren, macht deutlich, wie die Hochschulen auch strukturell als Quell prekärer Verhältnisse wirken.

Prekäre Beschäftigung an der Hochschule

Doch nicht nur indirekt nimmt die Hochschule (bzw. ihr Milieu) Einfluss auf die allgemeine Prekarisierung. Prekarisierte Arbeitsverhältnisse finden sich zunehmend in den Universitäten selbst. In Zeiten, in denen durch neoliberale Sozial- und Wirtschaftspolitik die Unternehmen zunehmend steuerlich entlastet werden, trägt die besitzende Klasse immer weniger zur Finanzierung der öffentlichen Einrichtungen bei. Die Hochschulen versuchen den daraus resultierenden fiskalischen Druck zu kompensieren, indem sie u.a. ganze Studienangebote streichen oder eben an den Honoraren sparen. Dass dies gerade diejenigen Studiengänge betrifft, die wirtschaftlich nicht rentabel sind und keine oder kaum Investitionen erhalten, bedarf wohl keiner Erklärung.

Auch hier sind Studierende bzw. AbsolventInnen ungewollt das maßgebliche Vehikel eines Zersetzungsprozesses. TutorInnen- und DozentInnen-tätigkeiten werden zunehmend auf Studierende abgewälzt, die diese Arbeit für lau verrichten. Gebrauch macht man hierbei von den Illusionen und Karriereambitionen von Studierenden. Die Möglichkeit, sich ein paar Sporen zu verdienen, die für bessere Chancen im akademischen Werdegang sorgen, reizt enorm viele. Besonders kultiviert haben die Form der Ausbeutung von Studierenden diverse Hochschulen in Nordrhein-Westfalen: hier gibt es die Möglichkeit, sich z.B. durch die unbezahlte Verrichtung von Tutorien credit points als Leistungsnachweis anrechnen zu lassen.

Gleichzeitig machen immer mehr Institute es zur Einstellungsvoraussetzung, dass junge AkademikerInnen, ein oder mehrere Semester Lehraufträge unbezahlt ableisten. Gleichzeitig sind selbst alte Hasen zunehmend dazu gezwungen sind, um überhaupt im „Geschäft“ zu bleiben, macht sich ein unbezahlter Lehrauftrag in der Vita doch besser als eine klaffende Lücke. PrivatdozentInnen droht zudem der Verlust der Habilitation, wenn sie nicht lehren.

Letztlich zeigt sich auch hier ein weiterer Aspekt des sozialen Selektionsprozesses im Bildungswesen. Studierende, die ihre Existenz durch Lohnarbeit sichern müssen, werden es sich mehr als einmal überlegen, ob sie sich eine unbezahlte Lehrtätigkeit überhaupt „leisten“ können. Denn Voraussetzung dafür ist, entweder über den nötigen finanziellen Hintergrund zu verfügen oder aber drastische Entbehrungen in

Kauf zu nehmen. Sozial schwache Studierende haben somit nicht nur im Studium selbst schon gehörige Nachteile, auch der Einstieg in die wissenschaftliche Laufbahn wird ihnen weiter erschwert.

Akademische Proletarisierung? Unbezahlte Arbeit an der FU

Ein Beispiel für Umsonstarbeit an der FU ist das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft, wo vor etwa sieben Jahren sämtliche bezahlten Stellen für Erstsemester-Tutorien gestrichen und durch unbezahlte Tutorien im Rahmen der Einführungsvorlesungen ersetzt wurden. Einziger Lohn für diese Arbeit ist ein Praktikumsschein und die illusorische Hoffnung, durch engeren Kontakt mit ProfessorInnen einen Fuß in die Tür des wissenschaftlichen Arbeitsmarktes zu bekommen. Andere Institute lösten das Problem auf ihre Weise: am Friedrich-Meinecke-Institut für Geschichte wurden TutorInnenstellen seit den 90ern aus Geldmangel einfach nicht mehr besetzt, mittlerweile gibt es in der Geschichte schlicht keine Tutorien mehr. Abschaffung oder Ausbeutung sind allgemeiner Standard bei studentischer Lehre in den Sozial- und Geisteswissenschaften, lediglich in den Naturwissenschaften sind tariflich entlohnte Tutorien noch verbreitet.

Auch Lehraufträge von AbsolventInnen sind an der FU in der Regel unbezahlt, die PrivatdozentInnen arbeiten ebenfalls meist für umsonst. Selbst unter den ProfessorInnen gibt es Prekarisierung: diverse Lehrende bekamen für langjährige unbezahlte oder prekäre Tätigkeit von der FU eine APL-Professur verliehen, dh. eine applizierte Professur. Sie erhalten kein reguläres Gehalt, sondern in der Regel nur ein oder zwei Lehraufträge aus dem laufenden Budget sowie Aufwandsentschädigungen bei Prüfungen. Oft leisten sie dieselbe Arbeit wie voll eingebundene HochschullehrerInnen. Statt unkündbarer Festanstellung und einem Beamtengehalt von mehreren tausend Euro müssen sie jedoch durch Lehraufträge von anderen Unis, Publikationen, Honorartätigkeiten etc. ihren Lebensunterhalt bestreiten. Einziger Lohn für ihr Engagement seitens der FU ist die mit dem Titel „Professor“ verbundene wissenschaftliche Reputation.

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

ein denkmal für

Wie 15 Tonnen Bronze den kritischen Umgang mit Geschichte erschlagen

Sollte man ehemaligen Nazis, rechten Antikommunisten und bezahlten Geheimdienstlern ein Denkmal errichten? Die FU sagte ja und schritt zur Tat: Seit September 2007 steht das neue Mahnmal auf der Wiese hinter dem Henry-Ford Bau. FU-Präsident Lenzen hält es für ein Freiheitsdenkmal - Künstler, Studierende und Historiker schütteln den Kopf.

Am 6.9.2007 wurde an der FU mitten in den Semesterferien und ohne vorherige Diskussion eine Skulptur des Künstlers Volker Bartsch eingeweiht. Das Werk mit dem Titel „Perspektiven“ widmete Präsident Dieter Lenzen zehn FU-Studenten, die Anfang der 50er Jahre aus Ostberlin verschleppt und später in Moskau durch sowjetische Geheimpolizei hingerichtet wurden. Der Grund waren Widerstandshandlungen in der DDR, von den SU-Behörden als Spionage interpretiert.

Erst im Jahr 2005 hatte die russische Bürgerrechtsorganisation „Memorial“ die Grabstätten der Ermordeten in Russland aufgespürt und den Vorgang in Deutschland bekannt gemacht. Studentische Stimmen, etwa die FSI Geschichte, begrüßten im September 2007 eine Auseinandersetzung mit diesem Kapitel der FU-Geschichte. Sie kritisierten aber von Anfang an die seltsame Art und Weise, in der diese stattfand. Bereits ein erster Blick auf die Skulptur offenbart einen fundamentalen Widerspruch zwischen Form und angeblicher Gedenkfunktion: Es finden sich auf dem Sockel des neuen „Denkmals“ nirgendwo die Namen der Ermordeten - stattdessen wurde großflächig der Name des Bankhauses Oppenheim angebracht, das die Skulptur bezahlte.

Damit das ganze nicht von vornherein als PR-Gag eines Finanzdienstleisters aufflog, wies Bankchef Matthias Graf von Krocknow bei der Einweihung explizit darauf hin, dass das Bankhaus Oppenheim als jüdisches Familienunternehmen selbst während der NS-Zeit Opfer von Verfolgung und Willkür gewesen sei (1). Verschwiegen wurde jedoch, dass die Bank während der NS-Zeit von einem „volksdeutschen“ Treuhänder geführt wurde und an Arierungen jüdischen Vermögens beteiligt war (2). Von Krockow bezeichnete sich im weiteren Verlauf seiner Rede als Sproß einer „alten preußischen Familie“, welche Ende 1945 als Vertriebene selbst Opfer eines totalitären Regimes geworden sei. Über die Leistungen seiner Familie vor 1945 sagte er nichts.

Form follows Function?

Eine ganze Reihe von Opfern war also zur Einweihung versammelt - die ermordeten Studenten tauchten nur am Rande auf. Ein Artikel aus der Berliner Zeitung vom 7.9.2007 erklärt, wa-

ür die Freiheit

rum nicht nur die Widmung sondern auch die Form des „Denkmals“ die historischen Vorgänge ignoriert:

“Aus Kunstkreisen ist zu hören, man habe längere Zeit nach einem Standort für das bereits fertige Kunstwerk gesucht und die FU sei keineswegs die erste Wahl gewesen. Das klingt, als stehe es jetzt nur “zufällig” für die Ehrung der ermordeten Studenten.”

Der Leserbrief des Berliner Künstlers Peter Paul Potthans in derselben Ausgabe bestätigte, dass die von Lenzen zum „Denkmal“ beförderte Skulptur eigentlich keines ist. Nur durch „freundschaftliche Beziehungen innerhalb und außerhalb des Rotary Clubs“ sei die FU zur Skulptur gekommen :

“Weil sich für die Skulptur von Volker Bartsch im Berliner Stadtzentrum kein Platz fand, wird sie kurzerhand zum Mahnmal erklärt [...]. Die offene Form lässt halt viele, beliebige Lesarten zu. Der Künstler beklagt sich nicht, Hauptsache er wird im öffentlichen Raum platziert!”

Von Dissidenten und Agenten

Es könnte allerdings noch einen weiteren Grund geben, warum die Namen der Opfer nicht genannt werden. Im Internetarchiv des Deutschlandfunk erklärt ein Bericht vom 13.10.05, was die FU-Studenten (3) in Ostberlin taten und bringt ihre Aktionen in Zusammenhang mit der “Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit” (KgU):

“Dieser Widerstand bestand darin, dass man also Flugblätter in die S-Bahn Züge klebte [...] Kernpunkt und Kristallisationspunkt all dieser Organisationen war die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, hier in Westberlin beheimatet” (4).

Laut Informationen des “Handbuch Rechtsextremismus” von Jens Mecklenburg wurde die KgU 1948 von westlichen Geheimdiensten als Vorfeld- und Spionageorganisation gegründet. Sie soll aktiv beim Aufbau eines Agentennetzes in der DDR mitgewirkt haben (5).

Dennoch war in der FU-Presserklärung vom 6.9.07 und auch den Zeitungsberichten zur Enthüllung des Bartsch-Denkmal immer nur von “angeblicher Spionage” die Rede. Später veröffentlichte die FU im Internet biographische Details der zehn Studenten und musste nun selbst zugeben, dass einer der Ermordeten zur

Zeit seiner Verhaftung “für einen Geheimdienst der Westalliierten“ arbeitete (6).

Auch bewiesene Spionagevorwürfe würden Verschleppung und Ermordung keinesfalls rechtfertigen. Dennoch wirft dies deutliche Zweifel auf die Denkmalwürdigkeit der zehn Studenten.

Die im Internet zugänglichen Kurzbiographien bestätigen die Verbindungen von drei der zehn Studenten zur “Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit”. Außerdem war einer der genannten zehn laut FU-Angaben von 1941 bis 1944 Mitglied der NSDAP, wurde dann jedoch aus der Partei ausgeschlossen. Anscheinend hat das Präsidium der FU wider besseres Wissen die Widmung auf dem Sockel des „Denkmals“ bewusst vage und nichtssagend gehalten.

NSDAP-Mitgliedschaft, aber auch die Natur der “Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit” passen nicht ins von der FU gepflegte Bild der “Freiheitskämpfer”. Vorwürfe, die KgU sei eine Vorfeldorganisation von CIA und BND gewesen, sind nicht neu. Auch sind derartige Vorwürfe keineswegs ein Werk linker VerschwörungstheoretikerInnen. Selbst auf der Website des „Deutschen Historischen Museums“ ist über die “Kampfgruppe” und verwandte Organisationen zu lesen, sie hätten sich für ihre Informationen gut bezahlen lassen, ja geradezu um die Gelder der Nachrichtendienste konkurriert:

“Das Geld kam vom US-Geheimdienst. Nach dem Wert der Nachrichten richtete sich die Höhe der Zuwendungen. ‘Das war ein hartes Geschäft nach der Devise “Ware gegen Geld”’, erinnert sich ein BND-Veteran” (7).

Aber nicht nur Spionage, sondern auch “aktive Sabotage” wurde von der „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ betrieben. Im „Spiegel“ vom 19.11.1952 wird von Brandstiftungen, Sabotage an Telefonanlagen und Vorbereitungen zu Brückensprengungen (!) berichtet, welche die DDR-Behörden der KgU zu Last legten. Der „Spiegel“ kommentierte ihr Handeln wie folgt:

“...Das war der hartgesottene “Kampfgruppe” zu zahm. Sie wollte die rote Diktatur ins Wanken bringen. Sie verlegte sich auf anderes. Sie beauftragte teilweise unerfahrene Jungen, die aus Empörung gegen die Kommunisten alles mitzumachen bereit waren, verantwortungslos mit vertrackten Aufträgen; die Jungen fielen dem

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

ein denkmal für die freiheit

sowjetdeutschen "Staatssicherheitsdienst" reihenweise in die Hände und müssen wegen sinnloser, fehlgeschlagener Unternehmen die besten Jahre ihres Lebens im Zuchthaus verbringen."

Haben vielleicht einige dieser „unerfahrenen Jungen“ ihre Aktionen nicht nur mit dem Zuchthaus bezahlt, sondern mit dem Leben?

Fest steht: Selbst zeitgenössische, keinesfalls des Kommunismus verdächtige Organe wie der „Spiegel“ stuften die KgU und ihre Handlungen als unverantwortlich, ja geradezu terroristisch ein. Folgt man obigem Zitat, handelt es sich bei den ermordeten Studenten nicht allein um Opfer von Stalins Geheimpolizei, sie erscheinen gleichermaßen als Opfer der West-Geheimdienste, die sie wissentlich auf Himmelfahrtskommandos schickten.

Um eine Debatte über die Biographien der Ermordeten und die fragwürdige Denkmalsetzung anzustoßen, formulierten der AStA FU und die Fachschaftsinitiative Geschichte im Herbst 2007 einen schriftlichen Fragenkatalog und luden Präsident Lenzen persönlich zu einer Podiumsdiskussion ein.

Diskutiert wird nicht - Verordnetes Gedenken

Unter dem Titel „Die Freiheit, Die ich Meine“ fand die Veranstaltung am 6. 11.2007 statt. Auf dem Podium diskutierten Prof. Wolfgang Wippermann vom Friedrich-Meinecke-Institut der FU, Martin Schönfeld vom Büro für Kunst im öffentlichen Raum sowie der Autor dieser Zeilen als Vertreter des AStA. Das Präsidium der FU weigerte sich trotz mehrfacher schriftlicher und telefonischer Nachfragen, einen Vertreter oder eine Vertreterin zu schicken. Stattdessen wurden die in der Einladung gestellten Fragen einen Tag vor der Diskussion in einer dünnen E-mail beantwortet. Die Kritik der Studierenden wurde dabei voll und ganz bestätigt - in Bezug auf den Ursprung der Skulptur schrieb der Präsidiumsvertreter:

„Es ist dem Präsidium gelungen, den Mäzen davon zu überzeugen, die Skulptur von Volker Bartsch, die dieser für den Mäzen gefertigt hat, der Freien Universität zu schenken. Der Ort für die Aufstellung einer Skulptur wurde nicht bei der Auftragserteilung bereits festgelegt“ (8).

Auch die Verbindung der Studenten mit der KgU bestätigte sich. Sie wurde sogar nicht nur für drei, sondern für alle zehn genannten Studenten zugegeben. Bezahlt wurden die Studenten aber angeblich nicht:

„Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit hatte 80 fest angestellte Mitarbeiter, die aus öffentlichen Mitteln finanziert wurden. Darüber hinaus gab es einen Kreis von Vertrauensleuten. Die meisten der ermordeten Studenten waren in diesem Kreis engagiert, aber nicht in der KgU beschäftigt.“

Der Verweis auf „öffentliche Mittel“ stellt noch einmal eindeutig klar, dass die KgU kein ehrenamtliches Dissidentennetzwerk war, sondern im Staatsauftrag handelte (ob nun der BRD oder der USA bleibt hier unklar). Straftaten, so das Präsidium, hätten die betreffenden Studenten jedoch nicht begangen, diese seien ihnen selbst von den sowjetischen Militärtribunalen nicht vorgeworfen worden.

Weiterhin wurde auf der Podiumsdiskussion von Martin Schönfeld die seltsame Entstehungsgeschichte des „Denkmals“ erläutert. Im Bericht des AStA FU ist zu lesen:

„Schönfeld bestätigte noch einmal, dass die Skulptur keineswegs als Denkmal entstanden ist. Vielmehr sei sie vom Bankhaus Oppenheim für den südlichen Vorplatz des neuen Hauptbahnhofes in Auftrag gegeben worden. Eine Aufstellung dort sei jedoch an der zuständigen Senatskommission gescheitert, die ihr Veto eingelegt habe. Die Kommission, in der er auch mitarbeitete, habe stattdessen verschiedene Brachen und Grünflächen am Stadtrand als Aufstellungsort empfohlen. Insbesondere diese Enthüllung löste im Publikum einiges an Heiterkeit aus. Nur weil die Gegenvorschläge als Repräsentationsorte für das Bankhaus nicht attraktiv erschienen, sei die Skulptur quasi als „drop-art“ an die FU gekommen. Man solle sie daher als Kunstwerk in der Tradition des Post-Kubismus nehmen, ein Denkmal sei das Werk jedoch keinesfalls“ (9).

Für eine weitere Enthüllung sorgte auf der Podiumsdiskussion Prof. Wippermann: Er informierte über die Verbindungen eines der geehrten Studenten zum „Narodno Trudowoi Sojus“, zu deutsch etwa „Völkischer Arbeiterrat“. Diese 1918 zunächst gegen die Russische Revolution gegründete Organisation habe unter anderem während des 2. Weltkrieges mit den nationalsozialistischen Besatzungstruppen in der Sowjetunion zusammengearbeitet - auch sie sei daher keinesfalls denkmalwürdig.

Für Kontroversen sorgte dann die Debatte mit einem Angehörigen eines der zehn ermordeten Studenten, der im Publikum saß. Trotz heftigem Streit um vermeintlich schlampige Recherche und einseitige Darstellungen gab es zumindest einen Konsenspunkt unter den Diskutierenden: Man müsse die Biographien der Ermordeten

verdrängen st

Wie die offizielle FU-Geschichtsschreibung den Nationalsozialismus verharmlost und vom Antisemitismus nichts wissen will

Nicht erst die Kontroverse um das im September 2007 eingeweihte „Freiheitsdenkmal“ zeigte, dass an unserer Universität Erinnerungspolitik auf fatale Weise schief läuft. Auch an anderen Beispielen wird sichtbar: Geschichte ist für das aktuelle FU-Präsidium nur ein Rohstoff für Imagekampagnen. Im Stile einer Unternehmensgeschichte pickt man sich Erfreuliches heraus und verdrängt alle unangenehmen Facetten. Auch vor der Verharmlosung von Antisemitismus und Nationalsozialismus wird dabei nicht haltgemacht.

Ralf Hoffrogge

Antisemitismusdebatte um Henry-Ford-Bau

Seit Jahren schon weigert sich die FU und namentlich Präsident Lenzen, eine Umbenennung des Henry-Ford-Bau zu erwägen, obwohl Ford sich als antisemitischer Publizist betätigte und mit dem Buch „The International Jew“ eine der populärsten antisemitischen Schriften seiner Zeit herausgab.

Ford, Erfinder des Fließbands und Gründer des bekannten US-Autokonzerns, publizierte seit März 1920 im von ihm herausgegebenen Sensationsjournal „The Dearborn Independent“ eine Reihe antisemitischer Artikel. Weiterhin erschien ein Nachdruck der „Protokolle der Weisen von Zion“, jener kruden Verschwörungstheorie, die bis heute zu den Klassikern des Antisemitismus zählt. Henry Ford selbst kommentierte in einem Interview vom Februar 1921: „Alles was ich zu den Protokollen sagen kann, ist, dass sie zu dem passen, was vorgeht“.

Im November 1920 erschien dann mit „The international Jew“ unter Fords Namen eine Artikelsammlung aus dem „Independent“, die schnell auch ins Deutsche übersetzt wurde und lange vor 1933 zum festen Bestandteil der Propaganda deutscher Antisemiten wurde.

Wohl auch aus diesem Grund erhielt Ford schließlich 1938 das „Großkreuz des Deutschen Adlerordens“, die höchste Auszeichnung, die Nazideutschland an Nichtdeutsche vergab. Damals hatte Ford seine antisemitische Kampagne freilich schon abgebrochen. Eine aufsehenerregende Verleumdungsklage brachte ihn im Jahr 1927 dazu, den Dearborn Independent einzustellen. Im Verfahren konnte Ford sich zwar zu Recht darauf berufen, die fraglichen Artikel nicht selbst geschrieben zu haben. Sie wurden von einem seiner Mitarbeiter formuliert und erschienen dann unter Fords Namen. Seine Behauptung jedoch, er hätte die Artikel nie gelesen, sondern nur die Überschriften, wurde von Zeugen und selbst von Freunden Fords als absolut unglaubwürdig abgetan. Henry Ford selbst jedenfalls berichtete noch 1940 in einem Interview mit dem „Manchester Guardian“, dass jüdische Bankierskreise den zweiten Weltkrieg angezettelt hätten.

Ford starb 1947, einen Großteil seines Vermögens hinterließ er der familieneigenen Ford-Foundation. Diese ermöglichte durch eine Mil-

verdrängen statt erinnern

mit rassistischer Forschung beschäftigt. Das Institut in der Ihnestraße 22 war beteiligt an Menschenversuchen und lagerte in seinen Räumen Organe ermordeter KZ-Häftlinge.

Allein der Titel des 1926 gegründeten Instituts macht jedoch deutlich, dass hier bereits in der Weimarer Republik eine rassistische Forschungstradition etabliert wurde, welche die Nazis fertig vorfanden. Denn „Eugenik“ meint nichts anderes als die Reinigung des „Volkkörpers“ von „kranken“ und unerwünschten „Elementen“, sprich Menschen. Auch der Gründungsdirektor Eugen Fischer amtierte von 1927 bis 1942, stand also für die Kontinuität rassistischer und menschenverachtender Pseudowissenschaft am Institut.

In der FU-Geschichtsschreibung liest sich das so:

“Das Institut entwickelte sich schnell zu dem humangenetischen Zentrum in Deutschland und erwarb sich u.a. durch seine empirische Grundlagenforschung Anerkennung.” (1)

An dieser Stelle hätte es sich angeboten, die heutige Humangenetik auf ihre rassistischen Wurzeln und unverarbeiteten Prämissen abzuklopfen, oder auch auf die menschenverachtende Kontinuität aktueller eugenischer Argu-

mentationen etwa gegenüber Behinderten hinzuweisen. Stattdessen versucht die FU in ihrer Ausstellung, mit der künstlichen Trennung „vor 1933/nach 1933“ auch noch aus einem Institut, dessen bekanntester Mitarbeiter KZ-Arzt Joseph Mengele war, symbolisches Kapital zu schlagen.

Geschichte am Markt - Verdrängung statt Erinnerung

An diesen zwei Beispielen wird deutlich, was die Kommerzialisierung der Universitäten und ihre Inszenierung als Unternehmen eines zukünftigen Bildungsmarktes bedeutet: Eine Geschichtswahrnehmung, die kritisch hinterfragend ihre Verantwortung wahrnimmt, hat hier nichts zu suchen. Am Umgang der FU mit 1968 und Studierendenprotesten im Allgemeinen ließe sich dieser Vorgang genauso aufzeichnen. Zwar war der Mainstream der Geschichtsschreibung immer schon Herrschaftsgeschichte, und das ist im Falle der FU nicht anders. Die Vermarktwirtschaftlichung des Erinnerns bewirkt jedoch eine ungeahnte Steigerung des institutionellen Verdrängens.

Denn die Universitäten der Zukunft brauchen eine Erfolgsgeschichte. Die „Exzellenz“ der eigenen Uni muss schon „von anfang an“, also weit in der Vergangenheit angelegt sein. Und wenn die Vergangenheit nicht dazu passt, dann wird sie eben passend gemacht. Wenn man dazu Antisemitismus verdrängen und Faschismus in Orwellscher Manier schönreden muss, dann wird auch das gemacht – der Markt verlangt es.

Anmerkungen

(1) http://www.fu-berlin.de/tour/geschichtsausstellung/geschichte/kwi_anthro/index.html

HENRY*FORD

Der
internationale
Guide

2



Hammer-Verlag / Leipzig

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

sumpflandsch in berlin

„Wir wissen: Wer Macht hat, und sei es professorale, der hat auch Macht über die Geschichtsschreibung. Die Geschichte der Berliner Publizistik ist noch nicht geschrieben, aber sie wird geschrieben werden.“

(Alexander von Hoffmann in seiner Abschiedsrede am 12. Februar 1988)

Auch heute, 20 Jahre später, besitzt diese Feststellung Gültigkeit. Neben einer Gesamtdarstellung der Institutsgeschichte fehlt es vor allem an einer adäquaten wissenschaftlichen Aufarbeitung der Entwicklung des Fachs an der FU Berlin sowie deren zeitungswissenschaftlichen Vorläufen vor und während des Nationalsozialismus.

Wie auch in anderen Fächern üblich versucht die „scientific community“ der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ihre NS-Vergangenheit möglichst zu vergessen. Seltene fachöffentliche Auseinandersetzungen wie die Silbermann-Kontroverse oder die Pöttker-Debatte finden weder mit selbstkritischer Berliner Beteiligung statt – noch Eingang in die Lehre.

Stattdessen erscheinen „Broschüren“, in denen ganz im Sinne der Erinnerungspolitik der FU an einer positiven „corporate identity“ des Instituts gearbeitet wird. Das Kurzporträt der FU (09/2005) greift sogar zu Lügen, wenn es Emil Dovifat zum „führenden Wissenschaftler, der aus der Emigration zurückkehrt“, erklärt. Die Institutsbroschüre aus dem Jahr 1997 beruft sich auf die traditionsreiche Berliner Zeitungswissenschaft, klammert die Zeit von 1933-1945 kurzerhand aus, um mit der Neugründung an der FU 1948 fortzufahren. Die wahrscheinlich aufschlussreichere Publikation von 1978 ist dagegen nicht offiziell verfügbar. Inwieweit nun die neue Broschüre im Jubiläumsjahr 2008 eine kritische Selbstdarstellung wagen wird, muss sich erst zeigen. Daneben gibt es die beiden „hausgemachten“ Biographien über Gründungsvater Emil Dovifat und seinem Nachfolger Fritz Eberhard. Wobei sich gerade dort die Tendenz zur Geschichtsklitterung finden lässt, die Alexander von Hoffmann 1988 bereits erahnte: „So, wie sie den braunen Vorgängern Absolution erteilt, so verketzert und verdrängt sie das Wirken linker, fortschrittlicher Kräfte in dieser Republik.“

Einer jener „braunen Vorgänger“ ist besagter Emil Dovifat (1890-1967), der das Institut für Publizistik an der FU Berlin 1948 gründete. Seine Karriere begann er 1924 als Assistent am Deutschen Institut für Zeitungswissenschaft, dessen Direktor er 1928 wurde und bis 1945 blieb. Im Nationalsozialismus musste Dovifat seine Auffassungen nur ein wenig nachjustieren. Die wesentliche Aufgabe der Presse sah er

haft publizistik

in der Volksführung - und wenn diese nun dem NS-Staat zukam, sollten Staat und Presse eben „in einem Sinne wirken“. Voraussetzung für den Beruf des Journalisten sei nach Dovifat Begabung und richtige Gesinnung. Sein Hauptwerk „Die Zeitungslehre“, zwei dünne Heftchen, ergänzte er um konforme Bemerkungen à la „Wer in seinem Innern nicht Nationalsozialist sein kann, handelt unehrlich, wenn er sich weiterhin pressemäßig betätigt“ (1944, Bd.1, 51.).

Als Opportunismus zu werten ist das Buch „Rede und Redner“ (1937), zu dessen Veröffentlichung ihn nachweislich niemand veranlasste oder gar zwang. Ein ganzes Kapitel widmete Dovifat allein dem „rednerischen Genie“ Adolf Hitler. Dort heißt es z.B.: „Sprechend legt Adolf Hitler gleichsam Quader über Quader, baut er die Sätze zunächst nebeneinander, um sie dann auf breiter Grundlage übereinander hoch und immer höher, fest und massiv zu türmen. Da stürzt nichts ein und bricht nichts zusammen! Kleinen Zierrat liebt er nicht, dafür aber quillt oft unvermittelt in seiner Rede der Zauber echter Menschlichkeit. Den Gegner entledigt er nicht mit schlankem Degen – wie das Dr. Goebbels tut -, sondern mit dem breiten Zweihänder, dem Schwerte der gründlichen und einmaligen Exekution ...“ (143f.)

Nach 1945 stilisierte sich Dovifat zum Oppositionellen, eine Erzählung, an der seine wichtigste Schülerin Elisabeth Noelle-Neumann (die ein eigenes Kapitel der Fachgeschichte ist) sowie seine Biographen Klaus-Ulrich Benedikt und Bernd Söseemann weiter arbeiteten. So werden hier die 1937er- und 1944er Ausgabe der „Zeitungslehre“ meist ebenso ausgelassen wie „Rede und Redner“. Weiterhin (er-) fand man die Technik der „Camouflage“: „Publizistik zwischen den Zeilen“ hätte Dovifat betrieben (Benedikt, Söseemann), in den Vorlesungen hätte jeder „gefühl, was er eigentlich meinte“ (Noelle-Neumann).

Zunächst sah es nicht danach aus, dass Dovifat seine Lehrtätigkeit nach 1945 wieder aufnehmen könnte – weder an der Universität Unter den Linden (HU) noch an den westdeutschen Universitäten war sein Ansuchen erfolgreich. Die neu gegründete Freie Universität verfolgte keine so strenge Entnazifizierungspolitik. Dovifat erhielt eines der ersten Ordinariate und gründete das „Institut für Publizistik“, dessen neuer Name im Gegensatz zu „Zeitungswis-

senschaft“ nicht stigmatisiert war. Weitere Veränderungen gab es dann lange Zeit nicht. Die Lehre war weiterhin von Dovifats historisch-normativem Ansatz bestimmt, wobei der „Gesinnungsjournalismus“ nun eben auf der freiheitlich-demokratischen Grundordnung fußte. Das Standardwerk „Zeitungslehre“ wurde der neuen Regierungsform gemäß korrigiert und war wieder Pflichtlektüre.

Auf eine pluralistische Medienlandschaft mit einem kritischen Journalismus vermochte sich der konservative Dovifat nicht so recht einzustellen. Den „Spiegel“ bezeichnete er u.a. in seinen Vorlesungen „als größte Gefahr für die Demokratie“. Für „gesunde publizistische Formen“ engagierte sich Dovifat dann im Verein „Rettet die Freiheit e.V.“ - neben prominenten Alt-Nazis und Friedrich August von der Heydte, der 1962 den „Spiegel“ bei der Bundesanwaltschaft wegen Landesverrats anklagte und damit die „Spiegel-Affäre“ auslöste.

Die Wahl seines Nachfolgers konnte der fast 70-Jährige Dovifat nicht beeinflussen: Statt seines Schülers Hans Ludwig Zankl übernahm Fritz Eberhard 1961 die Leitung des Instituts, womit ein personeller und fachlicher Paradigmenwechsel eingeleitet war.

Biographisch könnte der Unterschied zwischen Eberhard und Dovifat kaum größer sein: Im Gegensatz zum CDU-Mitbegründer und Katholiken Dovifat war Eberhard konfessionslos, kämpfte als Sozialdemokrat während der Weimarer Republik gegen die Nationalsozialisten und musste 1933 emigrieren. Zudem hatte Eberhard keine Abneigung gegen die modernen Methoden und Theorien der anglo-amerikanischen Kommunikationswissenschaft, so dass sich die Publizistik in Berlin nun von der Geistes- zur Sozialwissenschaft entwickelte.

Eberhard verbesserte die Personalsituation, so dass schließlich neben der methodischen auch die theoretische Weiterentwicklung erfolgte. 1968 übernahm Harry Pross die Leitung des Instituts. Das „Berliner Modell“ wurde entwickelt, das den Anspruch hatte, Theorie und Praxis im Studium zu verbinden und zugleich wissenschafts- und berufsfähigen Mediennachwuchs auszubilden. Der Studienplan zum „Berliner Modell“ wurde vor allem von wissenschaftlichen AssistentInnen aber auch von Studierenden erarbeitet, die auch dank der kurzzeitigen

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

sumpflandschaft publizistik in berlin

Drittelparität an der FU stark und engagiert auftraten und in das Institutsgeschehen eingebunden waren. Die heute so überaus wichtigen Vorgaben der Exzellenzuniversität für Drittmittel, Publikationen, Vorträge und Examensarbeiten waren quantitativ und qualitativ erfüllt. Das Institut galt als produktiv, innovativ und entwicklungsstark und allgemein als Vorbild.

Ende der 1980er Jahre fand ein erneuter Paradigmenwechsel statt. Eine „universitätspolitische Gegenreform“ setzte ein und „[d]er herrschende Konservatismus tastete ein politisches Fach wie Publizistik an“ (von Hoffmann). Die Professoren Ruß-Mohl und Sösemann wurden nach Absprachen des damaligen FU-Präsidenten Heckelmann und des Wissenschaftssenators Kewenig berufen, um den „linken Sumpf in Lankwitz trocken zu legen“. Pross und von Hoffmann verließen das Institut und die angestrebte „Phase der Konsolidierung“ konnte beginnen. Um angeblich den Ruf des Instituts zu verbessern, wurde dann nicht nur in der offiziellen Selbstdarstellung aus der „kritisch-emanzipatorischen Sozialwissenschaft“ eine „interdisziplinäre Wissenschaft“.

Gesellschaftliche Kritik (und Praxis) wurde nunmehr vernachlässigt. Der Idealismus des „Berliner Modells“ geriet langsam in Vergessenheit. Aus den Praxislaboren wurden Seminare, die möglichst kostenneutral und ohne wissenschaftliche Reflexion stattfanden. In der Empirischen Medienforschung stand nun die Methodenlehre im Vordergrund. Der Bereich Historische Publizistik arbeitete nicht integriert, war weder kritisch noch aktuell. Ein wenig Fachgeschichte enthielt einzig die Pflichtvorlesung „Einführung in die PuK“, wobei NS-Vergangenheit und eigenes Institut weitestgehend ausgelassen wurden.

In jenen Jahren wurde „Gründungsvater“ Dovifat als „legendärer Lehrmeister ganzer Journalisten-Generationen und Nestor der deutschen Zeitungswissenschaft“ wiederentdeckt, dessen wissenschaftliches Erbe die „linke Avantgarde“ nicht hatte pflegen wollen (Ruß-Mohl). Sogar eine Benennung des Instituts nach Emil Dovifat wurde zwischenzeitlich erwogen.

Zeitgleich veränderte sich der Status der Studierenden: Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten nahmen ab. Neue Studienordnungen

sorgten für eine zunehmende Verschulung, Klausuren und Zwischenprüfung wurden als Kontrollinstanzen eingeführt. Es entwickelte sich wieder ein autoritäres Schüler-Hochschul-lehrer-Verhältnis. Ein kritischer Nachwuchs konnte sich unter diesen Bedingungen kaum mehr heraus- bzw. ausbilden.

In den vergangenen beiden Dekaden ist Dovifat wieder in die allgemeine Geschichtsvergessenheit verschwunden. Braune wie „linke Sümpfe“ sind augenscheinlich trockengelegt. Die damals eingeleitete „Konsolidierung“ scheint mehr denn je abgeschlossen zu sein.

Eine Geschichte der Berliner Publizistik, würde sie denn am Institut selbst geschrieben, wird wohl im Sinne der jetzigen FU-Erinnerungspolitik sein: Vergessen, Klittern und Lügen for corporate identity.

Literatur zum kritischen Selbststudium:

Silbermann-Kontroverse 1996/1997
Anstoß: Silbermann, Alphons: Marottenhafte Wichtigtuerei. Ein Abgesang auf die deutsche Medien- und Kommunikationswissenschaft, Die Zeit, 13.12.1996, 82.

Pöttker-Debatte
Anstoß: Pöttker, Horst: Mitgemacht, weitergemacht, zugemacht. Zum NS-Erbe der Kommunikationswissenschaft in Deutschland, In: Aviso, Nr. 28/2001, 4-7. Verlauf: Burkhard, Rüdiger: Ein schwieriges Kapitel. NS-Debatte in der DGPK – was bisher geschah, unter: http://www.meltingpot.unizh.ch/magazin/10_juli_2001/nskapitel.shtml (Stand:20.06.2008)
Resultat: Duchkowitsch, Wolfgang (Hg.): Die Spirale des Schweigens, Münster 2004.

Institutsgeschichte

Freie Universität Berlin, FB Philosophie und Sozialwissenschaften (Hg.): Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Berlin 1997.

Hoffmann, Alexander von: Schlussbemerkungen eines Spätaufklärers. Abschiedsrede am 12. Februar 1988, Hg. v. Ulrich Pätzold, Stadthagen 1988.

Ruß-Mohl, Stephan: Emil Dovifat wiederentdeckt, In: Die Zeit, 44/1987, 21.

Emil Dovifat
Benedikt, Klaus-Ulrich: Emil Dovifat. Ein katholischer Hochschullehrer und Publizist, Mainz 1986.

Köhler, Otto: Unheimliche Publizisten. Die verdrängte Vergangenheit der Medienmacher, München 1995 (zuerst unter dem Titel „Wir Schreibtischtäter“ 1989 erschienen, inklusive Aufsatz über Elisabeth Noelle-Neumann)

Seelinger, Rolf: Braune Universität. Deutsche Hochschullehrer gestern und heute, München 1966 (Bd.4), 71-81.

Sösemann, Bernd (Hg.): Emil Dovifat. Studien und Dokumente zu Leben und Werk, Berlin 1998.
[aufschlussreich auch die Interviews mit den „Nachfolgern“ Dovifats, 405-424.]

Fritz Eberhard
Sösemann, Bernd (Hg.): Fritz Eberhard. Rückblicke auf Biographie und Werk, Berlin 2001.

Elisabeth Noelle-Neumann
Zum Einstieg: Römer, Monika: Eine deutsche Karriere, In: Sendeschluss Nr. 18, 01/1997, 4-6.

Berliner Senat antwortet auf Anfrage über Ulrike Meinhof

Der Regierende Bürgermeister Klaus Schütz und der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, antworten auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Besser (CDU) vom 17. November 1969. Frau Dr. Besser will unter anderem wissen, ob dem Senat bekannt sei, daß Frau Ulrike Meinhof in ihrer Lehrveranstaltung „Funklabor, Möglichkeiten von Agitation und Aufklärung im Hörfunk, Feature“ geäußert habe, „die Lehrveranstaltung diene nicht der Ausbildung von Journalisten, die politisch gegen die Linke arbeiteten; die Ergebnisse dieser Lehrveranstaltung hätten der Agitationsarbeit zu dienen; die Teilnehmer der Lehrveranstaltung hätten Verbindung zur Roten Garde und zum Roten Spartakusbund aufzunehmen“. Frau Dr. Besser fragt, was „seitens des Rektorats der FU bisher“ in dieser Sache unternommen worden sei und ob der Senat billige, „daß Lehrveranstaltungen an der FU in dieser Weise umfunktioniert werden“. In der Antwort wird darauf verwiesen, daß beim Präsidenten der FU auf Grund einer Protokollnotiz über diese Äußerungen ein Gespräch mit dem Direktor des Instituts für Publizistik, Professor Pross, stattgefunden habe, in dem dieser um Überprüfung der Angelegenheit gebeten worden sei. Ein Ergebnis sei dem Präsidenten der FU bisher noch nicht vorgelegt worden. Im übrigen billige der Senat die genannten Äußerungen von Frau Meinhof nicht.

Erneute Anfrage zur Lehrveranstaltung von Ulrike Meinhof

Bürgermeister und Innensenator Kurt Neubauer und der Senator für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. Werner Stein, antworten für den Senat auf eine erneute Anfrage der Abgeordneten Dr. Ursula Besser (CDU) bezüglich der Lehrveranstaltung von Frau Ulrike Meinhof, daß der Direktor des Instituts für Publizistik, Prof. Dr. Harry Pross, sich nach einem Gespräch mit Frau Meinhof abschließend zu den Vorwürfen geäußert habe. Es lägen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß Frau Meinhof die Treue zur Verfassung nicht einhalte. Im übrigen sei es Angelegenheit der Fakultät, darüber zu entscheiden, ob im Sommersemester 1970 erneut ein Lehrauftrag an Frau Meinhof erteilt werde oder nicht.

Quelle: <http://fuberlin.tripod.com/> (FU Dokumentation Teil IV, (Stand: 12.06.2008), Ansonsten APO-Archiv (25 und 50 Jahre FU, Lönnendonker)

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

tutorien, proje projektwerksta

Anspruch, Wirklichkeit und Perspektiven eines Berliner Reformmodells

“Hier, so dachten wir, an dieser Freien Universität in dieser Stadt Berlin, machen wir den Anfang mit der allgemeinen großen Universitätsreform. Das Mißtrauen, daß die anderen uns entgegenbrachten, war unser Stolz.”

Klaus Heinrich (Mitgründer der FU-Berlin)

Die Entstehung des Berliner Tutorienmodells

Die Geschichte der Tutorien an den Hochschulen Berlins reicht bis in die Nachkriegszeit zurück. Ebenso wie die Gründung der Freien Universität (FU) 1948 hatte die Neugründung der Technischen Universität (TU) 1946 einen ausgesprochen politischen Charakter. Dies kommt in der Gründungsrede des damaligen britischen Stadtkommandanten General Nares zum Ausdruck, der für die Neugründung der TU mitverantwortlich war, denn diese lag im damaligen „britischen Sektor“:

„Jene Techniker (...), die sich bereit fanden, ihre technischen Fähigkeiten in den Dienst von Hitlers Kriegsmaschinen zu stellen, ohne sich die Folgen zu überlegen, waren ohne Verantwortungsgefühl. (...) Naturwissenschaften und Technik können und müssen der Förderung des Friedens und der Kultur der Menschheit gewidmet sein, und nur wo ihre Anwendung in der Verantwortlichkeit geschieht, ist dies möglich. Verantwortlichkeit ist der Grundstein der Demokratie.“

Tutorien waren damals nicht zuletzt aus Mangel an Lehrpersonal eingerichtet worden. Denn an die neu eröffneten Universitäten in Berlin (West) mit ihrem programmatischen Modell- und Reformanspruch wollten nur wenige Lehrende. Ihnen war das sogenannte Berliner Modell, das Studierenden eine tragende Rolle beimaß, äußerst suspekt. Daher machte mensch aus der Not eine Tugend, und so entstanden die Tutorien an TU und FU. In der damaligen politischen Situation hat mensch den Studierenden eine weitreichende Verantwortung zugestanden. Zwar war mensch später nicht mehr bereit, diese Entwicklung so zu belassen, aber sie ließ sich dann nur noch schlecht zurückdrehen. Doch aus der damaligen Situation ergab es sich ganz automatisch, daß Studierende auch Lehrende an „ihrer“ Universität waren und die Tutorien waren die Schlüsselinstanz der vielbeschworenen „Gemeinschaft der Lehrenden und Lernenden“ der Anfangsjahre. Das Stichwort war: „Lernende Lehrende und Lernende lehren“ und die Rolle der damaligen Student_innen war aus politischer Sicht und von der Lernsituation her völlig neu gegenüber ihrer Rolle an den klassischen Universitäten. Tutorien waren jedoch keine originär deutsche Erfindung. Das

ktutorien, äten

anglo-amerikanische Bildungssystem kannte sie schon lange, vor allem in der Funktion als Mentor_innensystem. Neben wohlwollender politischer und finanzieller Unterstützung erhielt insbesondere die FU praktische und konzeptionelle Anregungen vor allem aus den USA, auch getragen von Reeducation-Bemühungen. Die Tutorien sollten schnell fester Bestandteil des Modell- und Reformanspruchs von FU und TU werden. Denn nach der profaschistischen Rolle der Universitäten und des an ihnen gepflegten Wissenschaftsbetriebes vor und nach 1933 schien eine allgemeine und grundlegende Universitäts- und Bildungsreform unumgänglich und unmittelbar bevorzustehen. Und in Berlin wollte man damit initial beginnen.

Tutorien als Studienreform

An der Freien Universität wurden die ersten Tutorien im WS 1951/52 von älteren Studierenden am Friedrich-Meinecke-Institut der FU (Geschichtswissenschaften) eingerichtet. Sie sollten Studienanfänger_innen den Übergang von der Schule zur Universität erleichtern. Ein_e ältere_r Student_in, ein_e Tutor_in, traf sich einmal wöchentlich mit 5-12 Studienanfänger_innen. Der_die Tutor_in beriet die Studierenden bei der Auswahl der Lehrveranstaltungen, dem Benutzen der Bibliothek und bei der Vor- und Nachbereitung von Vorlesungen. Außerdem führte sie_er sie in die Techniken des wissenschaftlichen Arbeitens ein und machte sie mit den Institutionen der Freien Universität vertraut.

In den folgenden Jahren entstanden ähnliche Tutorien auch an anderen Instituten. Die Tutor_innen waren nicht den Lehrstuhlinhaber_innen, sondern den damaligen Instituten und Fakultäten zugeordnet. Das Tutor_innenprogramm wurde dabei nicht auf bestimmte Arten von Gruppen und Aufgabenstellungen eingeschränkt, sodaß sich bis in die 60er Jahre hinein vielfältige und facettenreiche Tutorienkulturen entwickeln konnten. Neben reinen Studienanfänger_innengruppen entwickelten sich Gruppen, die bestimmte Lehrveranstaltungen begleiteten. Auch gab es Gruppen, die selbstbestimmt Themen unabhängig der offiziellen Lehrveranstaltungen erarbeiteten. So konnten in großem Umfang studentische Initiativen gefördert und im Interesse der Stu-

dienreform ständig neue Formen und Inhalte erprobt werden, die sehr eigenständig auch ein inhaltlich alternatives Angebot zu den offiziellen Lehrveranstaltungen durchführten.

Tutorien und Reformuniversität

Mit dem Anstieg der Studierendenzahlen veränderte sich zunehmend die Rolle der Tutorien, denen nun die Aufgabe aufgenötigt wurde, flexibel Engpässe zu überbrücken. An der FU wurde 1964 die Konzeption eines entsprechenden Tutorienprogramms von der Beauftragten für das Tutorienwesen entworfen. Seit 1965 steht ein zentraler Tutor_innenfond zur Verfügung und ab 1969 werden Didaktik-Seminare für Tutor_innen durchgeführt. Insgesamt gab es 1969 an der FU 170 studentische Tutorien und zudem etwa 100 sog. wissenschaftliche Tutorien mit jeweils mehreren Arbeitsgruppen, die von Tutor_innen mit Studienabschluß geleitet wurden.

Mit dem Universitätsgesetz vom 1.8.1969 und der staatlich verordneten Hochschulreform ergaben sich erstmals gesetzliche Regelungen für die Arbeit der Tutorien. Das schon 1962 vom Verband Deutscher Studentenschaften (vds) formulierte und 1969 vom Wissenschaftsrat aufgegriffene Ziel, "selbstständiges, kritisches Denken durch wissenschaftliches Arbeiten" zu erlernen, war nun institutionell abgesichert. Seit 1969 sind die studentischen Beschäftigten auch durch eigene Personalräte vertreten. Hiermit machen die West-Berliner Universitäten einen weiteren wichtigen Modell- und Reformanspruch gegenüber den westdeutschen Universitäten geltend. Dieser Reformanspruch der Tutorien kommt auch in den Richtlinien zur Tutor_innenarbeit vom Oktober 1970 zum Ausdruck:

"Das Tutorenprogramm dient der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozeß beteiligten. Ziel der Tutorenarbeit ist es, die Ausbildung der Studenten zu selbstständigem kritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern und dazu beizutragen, sie auf ihren demokratischen Beruf und ihre Verantwortung in einer freiheitlich demokratischen Grundordnung vorzubereiten."

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

Das Berliner Tutorienmodell war über die Grenzen Berlins hinaus bekannt geworden und wurde breit aufgegriffen. Die Volkswagenstiftung förderte mit mehr als 13 Mio. DM seine Einführung in Westdeutschland, denn dieses Modell galt allgemein als ein erfolgreicher Versuch, systematisch Hochschuldidaktik zu betreiben. Das Tutor_innenprogramm diente dem eigenen Selbstverständnis nach der ständigen Hochschulreform durch Erprobung und Entwicklung neuer Strukturen, Organisationsformen, Lehrmodelle und Ausbildungsgänge in Kooperation aller am Lernprozeß Beteiligten. Ziel der Tutor_innenarbeit war es, die Ausbildung der Studierenden zu selbstkritischem Denken durch wissenschaftliches Arbeiten zu fördern. Das Ziel der Tutor_innenarbeit konnte es nicht sein, durch ausschließlich organisatorische Maßnahmen die zahlenmäßige Relation von Lehrpersonal und Studierenden zu verbessern.

Tutorien und Hochschulreform in der Krise

Gegen Mitte der 70er Jahre wurde der „breite“ Pfad zur akademischen Bildung wieder stark verengt (NC). Weiterhin wurde versucht, die Universitäten, in denen mehr und mehr Lernende und Lehrende versuchten, Inhalte und Formen der Ausbildung und Forschung an gesellschaftlichen Bedürfnissen zu orientieren (formuliert z.B. in den 23 Thesen des DGB), durch staatliche Eingriffe wieder „funktional“ zu machen. Bereits durch die Novellierung des Universitätsgesetzes von 1974 werden die ehemaligen Zielsetzungen des Tutorienprogramms u.a. durch die endgültige Zuordnung der Tutor_innen zu Hochschullehrer_innen und durch die Beschränkung der Lehrtätigkeit der Tutor_innen auf vier Semesterwochenstunden „korrigiert“. Die Tutor_innen durften nicht mehr unabhängig arbeiten und wurden schon vor ihrer Einstellung von der_m Hochschullehrer_in abhängig, da diese_r jetzt anstelle des Fachbereichsrates das Vorschlagsrecht zur Einstellung bekam. Weiter behielt sich der Senat vor, durch den Erlaß von „Richtlinien über die Beschäftigung von Tutoren und studentischen Hilfskräften“ die Arbeitsbedingungen der studentischen Beschäftigten einseitig durch die Exekutive zu regeln. Begründet wurde der Entwurf mit Sparmaßnahmen im Rahmen der Verknappung der

Haushaltsmittel. Der geplante Abbau des Tutorienmodells hätte bedeutet, daß die Möglichkeit für Studierende, fortschrittliche Lehrinhalte zu diskutieren, und die den anonymen Massenveranstaltungen entgegengesetzten alternativen Lehrformen in den Tutorien zu praktizieren, entfallen wären. Individuelle Betreuung, Vertiefung von Lehrinhalten entsprechend den Interessen der Lerngruppe, intensive Besprechung von Übungsaufgaben, Klausurvorbereitungen hätten ganz oder teilweise der Vergangenheit angehört. Es regte sich breiter Widerstand. Auf der Suche nach Bündnispartner_innen werden die Gewerkschaften entdeckt. Als erste Gewerkschaft öffnete sich 1975 die ÖTV für studentische Beschäftigte.

Zum 31.3.1976 sollten 600 Tutor_innenverträge gekündigt werden. Im Februar 1976 wird erstmals der Abschluß von Tarifverträgen verlangt. Die Tutor_innen waren gewarnt: Nur ein Tarifvertrag mit Mindestbeschäftigungsdauer und Mindeststundenzahl sowie mit fest geregelter Lohn konnte sie schützen. Nach langen Verhandlungen, begleitet von Aktionen und Arbeitskämpfmaßnahmen, gelang den Tutor_innen gemeinsam mit der ÖTV der Abschluß eines Tarifvertrages. Er trat am 1.1.1981 in Kraft und besaß eine Laufzeit von 5 Jahren. Damit ist es erstmals innerhalb der BRD und Berlin (West) gelungen, für Teilzeitbeschäftigte im öffentlichen Dienst, die vom Bundesangestelltentarifvertrag (BAT) nicht erfaßt werden, einen Tarifvertrag abzuschließen. Zum Jahresbeginn 1986 gelang den rund 3.700 studentischen Beschäftigten in Berlin mit Unterstützung der Gewerkschaften ÖTV und GEW die Verteidigung des Tarifvertrags durch einen zweiwöchigen Streik. Durch die Auseinandersetzungen um die Tutorien, die in dem Streik gipfelte, geriet die Lage an den Hochschulen wieder in die öffentliche Aufmerksamkeit und Hochschulreform wurde erneut zu einem breit diskutierte Thema.

Innovationstutorien und Projektwerkstätten an der TU

An den einzelnen Fachbereichen waren unterschiedliche Formen von Tutorien entstanden. In den Naturwissenschaften setzte sich die ergänzende Funktion insbesondere zu Vorlesungen durch, während sich in den Sozial- und Geisteswissenschaften auch sehr freie Tutorien etablierten. Freie Tutorien, auch souveräne, selbstbestimmte oder autonome genannt, zeichnen sich durch eine thematische Selbstbestimmung sowie eine weitestgehende Unabhängigkeit der Tutorien von Professor_innen aus. Bis in die 80er Jahre hatten sich fünf Formen von Tutorien herausgebildet. Kleine Tutorien in den Naturwissenschaften, in denen Übungen in Ergänzung von Vorlesungen oder

Laborarbeiten stattfinden. Desweiteren Tutorien, die in Ergänzung zum Lehrangebot eingerichtet wurden. In den Geisteswissenschaften bestanden Tutorien, die Seminare, Projekte und Plena durchführten. Daneben gab es Tutorien für Lerngruppen und für die Studienfachberatung.

Eine Weiterentwicklung des Tutorienmodells auch auf inhaltlicher und didaktischer Ebene stellen die Innovationstutorien an der TU dar. Diese wurden als „Projektwerkstätten für sozial- und umweltverträgliches Denken und Handeln“ eingerichtet, um die bestehenden Unterschiede bei Natur- und Geisteswissenschaften auszugleichen und mit dem Bestreben, Tutorien gerade in den Naturwissenschaften eine kritischere Funktion zu geben. Sie trafen auf ein großes Interesse, denn die bisherige Studienorganisation wurde von vielen Seiten kritisiert. Hauptkritikpunkte waren u.a. lange Studienzeiten, hohe Abbruchquoten, Unfähigkeit zur Teamarbeit sowie Fachidiot_innentum unter Ausgrenzung sozialer und ökologischer Fragestellungen.

Vor diesem Hintergrund entstand 1984 in Zusammenarbeit zwischen dem AstA der TU, der damaligen „Reformfraktion“ und dem Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik (IMHD) eine Initiative, die ein Innovationstutorienprogramm entwickelte, mit dem eine Reform des Grundstudiums angeregt werden sollte. Eine Vorbildfunktion für das Programm hatte das seit 1980 bestehende „Energieseminar“ Das Innovationstutorienprogramm konnte in Zusammenarbeit mit studentischen Fachbereichsinitiativen fachbereichsbezogen umgesetzt werden, sodaß die vorhandene Unzufriedenheit mit dem Studium zu einer Verbesserung der Studienbedingungen beitragen konnte. Das innovative Potential der Studierenden sollte so Gelegenheit und Raum zur Entfaltung erhalten. Insbesondere sollte der Motivationsverlust, der von den Studierenden als das am stärksten empfundene Defizit ihres Studiums angesehen wurde, behoben werden. Als Ursache des Motivationsverlusts sahen Studierende insbesondere den Mangel an Möglichkeiten zu Eigeninitiative und Eigenverantwortung im Studium an, den Mangel an Praxisbezug im Sinne eines Lernens an „echten“ Problemen, den Mangel an fächerübergreifendem interdisziplinärem Wissenschaftsverständnis, die mangelnde Information über die tatsächliche Berufssituation und die Unsicherheit der Berufsperspektive, die Zweifel an der sozialen und ökologischen Verträglichkeit der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und den Mangel an praktischen Alternativen, sowie den Mangel an sinnstiftendem Zusammenhang zwischen den einzelnen Studienbestandteilen. Als motivationsfördernde Innovationen sollten die Projekte vor allem zur Förderung der Eigeninitiative und

Eigenverantwortung der Studierenden durch selbstorganisiertes Lernen mit beratender und unterstützender, nicht aber lenkender Begleitung beitragen.

So konzipierten an vielen Fachbereichen die Studierenden im WS 1984/85 Projekte, in denen fachübergreifende Zusammenhänge und gesellschaftliche Verantwortung gelernt werden konnten, und um mit neuen fachlichen und didaktischen Lehr- und Lernformen zu experimentieren. Der damalige TU-Präsident bewilligte für das Programm insgesamt 13 Innovationstutorienstellen à 80 Monatsstunden und 2 wissenschaftliche Mitarbeiter_innen. Die ersten 10 Projekte starteten im SoSe 1985 an neun Fachbereichen. Die Projektwerkstätten werden seither in jedem Semester in einem Alternativen Vorlesungsverzeichnis angeboten und stehen allen Interessierten offen.

Projektstudien an der FU

In Folge des Streiks im Frühjahr 1986 und angeregt durch die Experimente mit Innovationstutorien und Projektwerkstätten an der TU entstand an der FU auf studentische Initiative hin eine Kultur autonomer Seminare, d.h. selbstbestimmter studentischer Studienveranstaltungen. Diese unterscheiden sich von Tutorien durch ihren meist politischen Anspruch, ihre Neigung, aus der Innerlichkeit der Universität auszubrechen und an die Öffentlichkeit hochschulintern wie -extern zu treten. Sie sind in keinen institutionellen Rahmen eingebunden, nicht finanziert und entsprechend unabhängig. Diese autonome Seminarkultur bildete die Grundsubstanz der Gegenuniversität, die sich im Rahmen der UNiMUT- Bewegung im WS 1988/89 für einige Monate an der FU etablierte und aus der das Projektstudienprogramm der FU hervorging. Die Studierenden an der in „Befreite Uni“ umbenannten FU forderten für ihre rund 400 autonomen Seminare eine finanzielle und institutionelle Absicherung. Nachdem der Berliner Senat finanzielle Mittel für die Errichtung eines Projektstudienprogramms zur Verfügung gestellt hatte, stimmte auch der Akademische Senat der FU im Mai 1989 der Einrichtung des Programms zu. Eine „Zentrale Projektstudienkommission“ wurde ins Leben gerufen, deren Aufgabe die Begutachtung und Auswahl der Anträge auf Förderung von Projektstudien war. Das Programm startete im WS 1989/90 mit 68 Projektstudien und 118 Tutorenstellen. In den Projektstudien (PT) arbeiteten die Studierenden ohne Dozierende selbstverantwortlich an selbstgestellten Themen, die im regulären Lehrbetrieb keine oder nur wenig Berücksichtigung finden. In den PT sollen neue Lehr- und Lernformen erprobt, sowie hierarchische Unterrichtsformen und eine studentische Konsumhaltung problematisiert werden. Diese neue

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

Form der PT belebte die alte Tradition der freien Form der Tutorien: gruppenbezogen und nicht dozentenfixiert, projektgebunden und nicht fachfixiert sollten sie sein, wissenschaftlich innovativ, interdisziplinär sowie praxisrelevant.

Über viele Jahre lief das Projekt tutorienprogramm an der FU mit großem Erfolg. Aus einer Vielzahl von Projekt tutorien gingen Veröffentlichungen, Vorträge, Ausstellungen und Aufführungen sowie Abschlußarbeiten hervor. Aus einigen Projekt tutorien entstanden dauerhafte Initiativen, Organisationen, Projekte und eingetragene Vereine. Lediglich der erwartete reformerische Einfluß auf den etablierten Lehrbetrieb blieb hinter den anfänglichen Erwartungen zurück. Dagegen war die Wirkung des PT-Modells der FU nach außen beachtlich. So stand es Pate bei der Einrichtung eines Projekt tutorienprogramms an der Humboldt-Universität und die interessierten Anfragen zahlreicher anderer Universitäten rissen nicht ab.

Seit seinem Bestehen war das PT-Programm an der FU allerdings von Kürzungen betroffen. Zuletzt wurde es weitgehend aus einem hochschulexternen „Hochschulsonderprogramm III“ finanziert, das 2000 auslief. Im Februar 2000 war das Projekt tutorienprogramm, das einst mit 118 Stellen startete, abermals um 5 Stellen auf 40 Stellen zusammengestrichen worden. Letztlich gingen die Projekt tutorien, die als das erfolgreichste Reformprojekt der FU der letzten 15 Jahre betrachtet werden können, bei den Umstrukturierungen der FU unter. Auf der Sitzung des Akademischen Senats (AS) der Freien Universität am 8. Mai 2002 verständigte sich die professorale Sitzmehrheit fraktionsübergreifend darauf, das Projekt tutorienprogramm einzustellen. Die Projekt tutorienkommission stellte darauf ihre Tätigkeit ein und erklärte das PT-Programm an der FU für beendet. Ein Projekt tutorienprogramm besteht jetzt nur noch an der Humboldt-Universität.

Heute sind Tutorien nur schwer wegzudenken, und Bildungspolitiker loben sie in Sonntagsreden. Dennoch sind die Tutorien – wie sonst nur Sachmittelletats – von den Sparmaßnahmen an den Universitäten bedroht. Seit 1992 verschwanden an FU und TU jeweils weit mehr als 1000 Stellen studentischer Beschäftigter, und der Abbau geht ungebremst weiter. Tutorien haben keine starke Lobby, und durch ihre kurze Laufdauer gehören sie zur leicht einsparbaren Substanz an der Universität. Es entsteht so das Paradox, daß die Tutorien, auch aufgrund ihrer Tradition, hoch angesehen sind, doch in den Haushaltsplänen scheinen sie keine Zukunft zu haben. Es sei denn, die findigen Einsparmeister setzen sich mit ihrer Linie durch, wonach Tutorien eigentlich nicht bezahlt werden sollten.

Schon heute bestehen an vielen Instituten Tutorien, die früher bezahlt wurden und jetzt unbezahlt von Studierenden geleistet werden. Idealismus läßt sich gut ausbeuten, vor allem an der FU, an der schöne Worte über die Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden wieder hoch im Kurs stehen. Nur Kosten dürfen die Studierenden nichts. Am besten wäre es, wenn sie auch noch bezahlen. Doch die Geschichte der Tutorien war immer eine Auseinandersetzung um die Tutorien, ihre Form und ihren Status. Denn was ein Tutorium ist, ob es bezahlt wird, wie „frei“, wie „autonom“ und wie „innovativ“ es sein darf, das ist immer eine Frage der Machtverhältnisse gewesen.

So lebt – nicht zuletzt aufgrund der Kürzungen bei den Tutorien – erneut die Kultur der selbstorganisierten studentischen Veranstaltungen und autonomen Seminare auf. Vielfach gelingt es den Studierenden, ein komplettes Alternativprogramm zum etablierten Lehrbetrieb selbst zu organisieren, das bis zur Etablierung eigener Institutionen in Form von Alternativen Veranstaltungsverzeichnissen oder Alternativuniversitäten wie in Potsdam und der „Offenen Uni“ in Berlin reicht. Dies zeigt, daß die Diskussion um Hochschul- und Studienreform unvermindert fortbesteht und daß weiterhin die Studierenden das innovative Potential der Universität sind, die in praktischer Kritik am etablierten Lehrbetrieb selbstständig Alternativen entwickeln.

Literatur:

ASTA TU 1986: Jobs for a Change oder: Arbeitsplätze für sozialen Wandel. Berlin.

Berendt, Brigitte 1969: 18 Jahre Tutorenarbeit an der Freien Universität Berlin.

Organisation, Erfahrungen, Experimente – Modelle zur Auflockerung großer Lehrveranstaltungen. Hamburg. (= Blickpunkt Hochschuldidaktik Heft 3).

Büchner, Gerold et al. 1986: Der Berliner Tutorenstreik 1986. Hamburg.

Bundesassistentenkonferenz 1968: Kreuznacher Hochschulkonzept. Reformziele der Bundesassistentenkonferenz. Bonn.

Comes, Angela et. al. 1991: Handbuch für studentische Beschäftigte, wissenschaftliche 'Hilfskräfte', Doktorandinnen und Doktoranden. Frankfurt/M.

Eckstein, Brigitte; Bornemann, Ernst 1969: Arbeit mit kleinen Studentengruppen. Ein Beitrag zur Reform des Hochschulunterrichtes. Hamburg. (= Blickpunkt Hochschuldidaktik Heft 4).

Heinrich, Klaus 1967: Erinnerungen an das Problem einer freien Universität. In: Heinrich, Klaus 1996: Der Gesellschaft ein Bewußtsein ihrer selbst zu geben. Reden und kleine Schriften 2. Frankfurt/M. S. 9-29.

Huber, Ludwig 1972: Ziele und Aufgaben von Tutorien. Hamburg.

Initiative Projektstudien an der FU 1989: Projektstudien an der FU, Papier der Initiative Projektstudien zur Konzeption einer neuen Form von Tutorien. Berlin.

Jungk, Robert; Müllert, Norbert R. 1981: Zukunftswerkstätten. Wege zur Wiederbelebung der Demokratie. Hamburg.

Legner, Peter et.al. 1997: Beteiligung durch Projektarbeit. Ein Konzept mit Zukunft. Köln.

Liebfried, Stephan (Hg.) 1967: Wider die Untertanenfabrik. Handbuch zur Demokratisierung der Hochschule. Köln.

Lönnendonker Siegwald 1988: Freie Universität Berlin. Gründung einer politischen Universität.- Berlin.

Matzak, Sabine 1989: Eine Spielwiese oder der Anfang einer Studienreform. Zur Einführung von Projektstudien an der Freien Universität Berlin. Berlin.

Müller-Enbergs, Helmut; Zettler, Gerhard (Hg.) 1989: Leben von Luft und Wissenschaft. Dokumentation zur ersten bundesweiten Tagung der studentischen und wissenschaftlichen Beschäftigten und Doktoranden 1987. Berlin.

Nyc, Johannes 1976: Tutorenbericht. Grundzüge und Entwicklung des Tutorienprogramms an der Freien Universität Berlin in den Jahren 1951 bis 1976. Studienreform, Durchführung und Auswertung des Tutorienprogramms in der Meteorologie in den Jahren 1971 bis 1976. Berlin.

ÖTV-Berlin 1981: Auftrag des ÖTV-Bezirksvorstandes erfüllt: Tarifvertrag für die studentischen Hilfskräfte an den Berliner Hochschulen abgeschlossen. Berlin.

ÖTV-Berlin 1986: Tarifvertrag für studentische Beschäftigte an Berliner Hochschulen vom Februar 1986. Berlin.

Präsident der FU (Hg.) 1971: Das "Berliner Tutorenmodell" als Beitrag zur Hochschul- und Studienreform. Vorbild für Reformexperimente an anderen wissenschaftlichen Hochschulen in der BRD. In: Jahresbericht 1971.

Projektwerkstätten; ASTA TU; Institut für Medienpädagogik und Hochschuldidaktik TU (Hg.) 1989: Projektwerkstätten. ein Bericht über die Arbeit der Innovationstutorien an der TU - sommer '85 bis winter '88. Berlin.

Verband Deutscher Studentenschaften (vds) 1962: Studenten und die neue Universität. Bonn.

Verband Deutscher Studentenschaften (vds) (Hg.) 1969: Institutsreform. Modelle studentischer Mitbestimmung. Köln.

Verband Deutscher Studentenschaften (vds) (Hg.) 1969: Emanzipation oder Disziplinierung. Zur Studienreform 1967/68. Köln.

Wissenschaftsrat 1969: Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Neuordnung des Studiums. Bonn.

<http://www.tu-berlin.de/fb6/energieseminar/>

http://srv46146.chem.tu-berlin.de:8080/SN/AW/AW_WS01/pw

<http://lsk.tu-berlin.de/db/php3/constructor.php3?id=4>

<http://www.hu-berlin.de/studium/lust/pt/pt01.htm>

<http://www.projektwerkstatt.de/hoppetosse/hierarchNIE/prowe.html>

<http://www.offeneuni.tk/>

historisches
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

„nicht jeder to ist hochschulk

Die Unterdrückung der Kritik: Zur Geschichte des „(allgemein)politischen Mandats“ unter besonderer Würdigung des AStAs der Freien Universität Berlin

Die folgende Abhandlung basiert auf einem Referat, das anlässlich des Kongresses zum „politischen Mandat“ an der Universität Potsdam 1995 gehalten wurde. Für das AStA-Magazin „50 Jahre FU“ wurde eine Ergänzung vorgenommen, die den Stand der politischen Auseinandersetzung im April 1998 wiedergab. Der Aufsatz wurde nunmehr überarbeitet und um die aktuelle Entwicklung erweitert. Für die Durchsicht und Überarbeitung der Literaturliste bedanke ich mich bei Manfred Suchan und Ernö Lörincz.

I.
Studierendenschaften wurden nach dem 1. Weltkrieg als Institution mit Zwangsmitgliedschaft und Finanzhoheit eingerichtet. Damit erfüllte sich eine Forderung der freistudentischen Bewegung, die eine Gleichstellung aller Studierenden mit den Korporierten forderte. Insbesondere sollte über die institutionalisierte studentische Selbstverwaltung die soziale Lage der weniger begüterten Kommilitonen verbessert werden. Beispielhaft sei die preußische Verordnung über die Bildung von Studentenschaften vom 18.09.1920 genannt: Die Studentenschaft wurde durch einen AStA repräsentiert. In § 2 wurden als Aufgaben der Studentenschaft u. a. genannt:

„a) Vertretung der Gesamtheit der Studierenden; (...)

d) Einigung über die Parteien hinaus zur Mitarbeit am kulturellen und wirtschaftlichen Aufbau Deutschlands (...) Ausgeschlossen sind parteipolitische und religiöse Zwecke.“

In den anderen Ländern existierten ähnliche Vorschriften.

1919 wurde als Dachverband die „Vertretung der deutschen Studentenschaft“ (ab 1920 „Deutsche Studentenschaft“) gegründet, der neben den deutschen auch die österreichischen Studierendenschaften angehörten. In der Folgezeit kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den rassistisch und antisemitisch orientierenden völkischen Studentenschaften und der (minoritären) „nationalkulturellen“ Strömung. Die Mehrheit der ASten fiel in die Hände der Korporierten, die freistudentische Bewegung befand sich in einer ausgesprochenen Minderheit. Der 1925 gegründete „Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund“ (NSDStB) gewann rasch an Einfluss. Die studentischen Vertretungen einschließlich des Dachverbandes äußerten sich sehr wohl politisch, allerdings nicht in republikfreundlicher Weise: Hetze gegen den Versailler Vertrag, „Kriegsschuldlüge“, Protest gegen französische Truppen im Ruhrgebiet, Aktionen und Hetze gegen jüdische Studierende und Professoren, Bejahung alldeutscher und völkischer Ideologie.

1927 wurde die Preußische Verordnung geändert. Nunmehr konnten auch solche Studierende Mitglieder der Studentenschaft werden, die „durch Sprache, Geschichte, Kultur, Bil-

**„nicht jeder tod eines studenten ist
hochschulbezogen“**

denen hatten in der amerikanisch lizenzierten Zeitschrift „colloquium“ ironisch die einstimmige „Wahl“ des neuen Rektors kommentiert und auf seine NS-Vergangenheit hingewiesen (Schlicht, S. 41, und FU-Doku, Bd. 1).

Die Liquidierung der Selbstverwaltung an der HUB beruhte maßgeblich darauf, dass sich die Vertretung in einer Weise politisch äußerte (und ein solches Recht auf Meinungsäußerung auch explizit reklamierte), die den damaligen Machtorganen nicht gefiel. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bzw. DDR existierten die studentischen Selbstverwaltungen nur noch kurze Zeit. Bis Anfang der 50er Jahre waren sie de facto aufgelöst.

III.

Bereits ab 1946 dachte die amerikanische Militärregierung über eine von der SMAD unabhängige Berliner Universität nach. Die Relegierungen der Studenten Stolz, Hess und Schwarz waren dann Anlass für die Studierenden, die „Gründung einer freiheitlichen Berliner Universität“ zu fordern. Im Juni 1948 konstituierte sich eine Vorbereitungsgruppe, die den Aufbau der neuen Universität in Angriff nahm. Dieses Vorhaben stieß sowohl in der SBZ als auch an mehreren westdeutschen Universitäten auf Kritik und brachte den Vorwurf der Spaltung ein. Am 04.12.1948 wurde die Gründungsfeier der „Freien Universität Berlin“ im Titania-Palast abgehalten. Die zu diesem Festakt geladenen Rektoren der Universitäten der Westzonen erschienen nicht.

Bereits im Oktober 1948 konstituierte sich der „vorläufige AStA“ der FU. Am 18.11.1948 beschloss er das „studentische Statut für die Freie Universität Berlin“, welches als Organe die studentische Vollversammlung (hier Studentenparlament genannt), den Konvent (vergleichbar dem heutigen Stupa) und als Exekutivorgan einen AStA vorsah. Dieses Statut wurde explizit als Bruch mit den bisherigen Traditionen der Studierendenschaften verstanden. Vielmehr reklamierte die Studierendenschaft der FU für sich

„ein erzieherisches Element, das (...) über den rein technischen Rahmen der studentischen Selbstverwaltung hinaus seinen weiteren Ausdruck im gesellschaftlichen Leben der Studenten finden sollte“.

Dies bedeutete – zwar nicht offen ausgesprochen, so doch vielfältig praktiziert – das Recht, sich politisch äußern zu dürfen. Ausgehend von Gründungsanspruch einer „freiheitlichen Universität“ stand der AStA nicht nur in einer antikommunistischen, sondern sehr wohl auch in einer antifaschistischen Tradition. Er sprach sich vehement gegen farbentragende Korporationen aus und gestand nur widerwillig den christlichen Verbindungen eine Existenzberechtigung zu. Mit dieser Ablehnung drückte die studentische Vertretung die mehrheitliche Auffassung der Studierendenschaft aus. Als das Stupa sich 1963 erdreistete, einen Burschenschafter zum AStA-Vorsitzenden zu wählen, wurde dieser in einer Urabstimmung von den StudentInnen der FU gleich wieder abgewählt (s. Artikel von R. Elker).

Die politisch motivierte Gründung der FU schlug folglich auf den AStA durch, der mit größter Selbstverständlichkeit das Recht beanspruchte, sich zu politischen Ereignissen zu äußern – insbesondere die DDR und die HUB zu kritisieren. Die Studierenden, die eine tragende Rolle bei der Gründung der FU spielten, sahen in ihrer Universität ein Modell für eine neue Universitätsverwaltung. Studierende sollten verstärkt in die Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden und die in Westdeutschland nach wie vor vorherrschende Ordinariatenuniversität zurückgedrängt werden (vgl. AStA FU: „Titanic in voller Fahrt“). Dieser Gründungsgeist sollte sich, wie alle Gespenster, in der folgenden Zeit verflüchtigen. So konzidierte Sontheimer in den 50er Jahren: Studentische Politik sei „in einem sehr begrenzten Rahmen“ (!!) nützlich, da sie in aller Regel harmlos sei. Es sei Sache der Professoren, das Interesse der Studierenden für die Universität als Ganzes zu wecken und in den vorgesehenen Grenzen zu halten (vgl. „Titanic...“).

IV.

In Westdeutschland wurden die Studierendenschaften im Rahmen des Reeducation-Programms der Alliierten als Selbstverwaltungen installiert. Sie wurden als „Übungsfeld für die spätere Beteiligung am öffentlichen Leben“ betrachtet (Faure, S. 1). Die ersten AStA-Mitglieder wurden 1945/46 von alliierten Hochschuloffizieren eingesetzt (Krüger, S. 638). Die Alliierten gingen davon aus, dass in der Selbstverwaltung tätige Studierende im späteren Leben ein Musterbeispiel für demokratische Verhaltensweisen abgeben würden (vgl. nur die Karrieren der SDSler Helmut Schmidt und Hans Apel). Erste Aufgabe der Studenschaften war die „Vertretung der Gesamtheit der Studenten“, d. h.: die „Vertretung der Interessen“ der Studierenden – eine unbestimmte Formulierung, die im Folgenden von Bedeutung sein wird. Gesetze wurden zunächst nicht erlassen, die Studieren-

**„nicht jeder tod eines studenten ist
hochschulbezogen“**

mit ein „Raum politisch verantwortlichen Handelns“ zu; das Eintreten für Menschenrechte verpflichtet „die deutsche Studentenschaft, gegen alle Arten der Unterdrückung, sei es auf politischem, wirtschaftlichem, sozialem, kulturellem, militärischem, rassischem oder ideologischem Gebiet, zu protestieren und ihnen entgegenzuwirken“. Dieses Eintreten sei insbesondere unter dem Eindruck der deutschen Geschichte erforderlich.

Schapals führte in seiner Dissertation aus dem Jahre 1962 aus: Es ist umstritten, ob die ASten „die Interessen der Studenten in politischen Fragen wahrzunehmen befugt“ sind; gesetzlich sei dies nicht explizit ausgeschlossen, Parteipolitik hingegen sei unerwünscht; in „der Praxis der Studentenschaften wird ein allgemeinpolitisches Mandat überwiegend bejaht“; aufgrund dessen sei davon auszugehen, dass ein solches Mandat kraft Gewohnheitsrecht den ASten auch zusteht (S. 91 ff). Die Argumentation scheint mir jedoch etwas problematisch, da sich der Eindruck aufdrängt, dieses „Gewohnheitsrecht“ auf politische Äußerung sei aufgrund der seit 1920 andauernden Praxis begründet - eine Traditionslinie, in die sich kaum ein AStA stellen möchte.

Zunächst hatten nur vereinzelt Studierendenschaften den Weg des „nationalen Konsens“ verlassen: Kritik der Kernwaffenversuche, 1958/59 Unterschriftensammlung des AStA FU gegen NS-Ärzte und NS-Juristen (brachte eine Intervention des Rektors), Proteste gegen die Apartheidpolitik in Südafrika, Kritisierung des Algerien-Krieges 1961 und des Engagements deutscher Fremdenlegionäre (Marburg und FU). Das einschneidende Ereignis war der Versuch des Verteidigungsministers F. J. Strauß, eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr durchzusetzen. Zahlreichen ASten sprachen sich dagegen aus und organisierten mit der Anti-Atom-Bewegung die Ostermärsche. Im Januar 1959 wurde an der FU ein großer Kongress gegen die Atomrüstung veranstaltet. Die ASten forderten eine Entspannungspolitik, da die Adenauerpolitik einer „Wiedervereinigung“ entgegenstehe und den Status quo zweier „deutscher Staaten“ verfestige. Insbesondere wurde ein Zugehen auf die DDR gefordert, der Satz „Mit Pankow wird nicht verhandelt“ könne nicht weiterhin Basis der BRD-Politik sein (Schlicht,

S. 50/51). FU-Rektor Lüers hingegen erließ ein Raumverbot für eine AStA-Veranstaltung am 08.05.1965 mit dem Journalisten Kuby. Er befürchtete, Kuby würde seine deutschlandpolitischen Thesen wiederholen - eine Maßnahme, die der damalige Kultursenator mit den Worten kommentierte: „Ich würde, wenn ich Rektor wäre, wohl niemals einen auch noch so bedrohlich erscheinenden Redner verbieten, sondern ihn lieber widerlegen“.

Die dem offiziellen Meinungsmonopol entgegenstehende „Radikalisierung“ führte dazu, dass sich 1960 der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) abspaltete. 1961 erfolgte dann der Unvereinbarkeitsbeschluss, wonach ein SPD-Mitglied nicht mehr Mitglied im SDS sein konnte. Dieses Abweichen von der offiziellen bundesdeutschen Politik kommentierten die rechten studentischen Gruppierungen damit, dass eine „Versachlichung“ der Debatte notwendig sei, um mit dem Vorwurf der „Unsachlichkeit“ andere Meinungen zu diffamieren. Implizit wird damit ein Politikmonopol behauptet: Jegliche andere Meinung ist unsachlich bis hin zum Landesverrat.

Staatskonform waren hingegen die Proteste zahlreicher ASten gegen den Mauerbau 1961, die folglich nicht beanstandet wurden. Der FU-AStA beteiligte sich an der Organisation der „Fluchthilfe“. Der AStA in Marburg veranstaltete einen Fackelzug zur „Zonengrenze“, eine Demonstration, an der nicht nur die örtlichen Honoratioren teilnahmen, sondern auch Vertreter der Uni-Leitung - ein beredtes Beispiel für die These vom „nationalpolitischen Mandat“. Die Mehrheit der ASten Anfang der 60er Jahre wurde noch von Korporierten und von CDU-Studenten gestellt. Dem entspricht es, dass Uni-Leitungen an Veranstaltungen der Verbindungsstudenten teilnahmen und fromme Grußworte sprachen. Dies war auch nötig: Der Wandel in den politischen Auffassungen der Studierendenschaft war unverkennbar.

VI.

Die erste dezidierte Stellungnahme gegen allgemeinpolitische Äußerungen der ASten stammt von der Westdeutschen Rektorenkonferenz auf ihrer Sitzung vom 10. bis 12. Juli 1963:

„7. Ein Mandat der Studentenvertretung, die Mitglieder der Studentenschaft ‘bei Wahrnehmung ihrer staatsbürgerlichen Rechte zu vertreten’, besteht nicht. Ein solches liegt nicht im Aufgabenbereich der Hochschule und würde außerdem gegen fundamentale Grundsätze der Demokratie verstoßen, die hinsichtlich der politischen Meinungsbildung und Meinungsäußerung auf der unbedingten Freiwilligkeit des Einzelnen beruht.

8. Überhaupt kann Betätigung in der Politik nicht zu den Aufgaben der Hochschule und da-

mit auch nicht zu denen der Studentenschaft zählen.

Nur dort, wo es um eine Verteidigung der Grundlagen einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung geht, die auch die Grundlage der Existenz freier Forschung und Lehre und damit der Wissenschaftlichen Hochschule selbst darstellen, kann auch die Studentenschaft in die politische Auseinandersetzung eingreifen.“

Diese Ablehnung einer politischen Betätigung (im Grunde eine Beschreibung des „nationalpolitischen Mandats“) prägte die nachfolgenden Auseinandersetzungen und sollte sich zur gefestigten Auffassung der Gegner eines „allgemeinpolitischen Mandates“ entwickeln.

Die ASten ließen sich nicht abschrecken, obwohl die Repressionen zunahmen. Die Bombardierung der vietnamesischen Zivilbevölkerung durch die amerikanische Luftwaffe führte zu einer Solidarisierung mit dem Vietcong. Allerdings wurde 1965 der Berliner AStA-Vorstand (Lefèvre und Damerow) abgewählt, der einen Aufruf SED-nahestehender Menschen gegen den Vietnam-Krieg unterschrieben hatte. Zahlreiche Veranstaltungsverbote durch die Uni-Leitung führten dazu, dass der AStA FU am 16.02.1966 unter Hinweis auf die politisch motivierte Gründung der FU und der Studierendenschaft seinen Rücktritt erklärte: Freie oder Formierte Universität?

Anfang 1967 distanzieren sich 16 Gründungsstudenten der FU, u. a. der CDU-Bundestagsabgeordnete Ernst Benda, von der allgemeinpolitischen Tätigkeit des AStA FU. Der AStA antwortete, dass von den Gründungsstudenten ein politisches Mandat in Zweifel gezogen würde, das sie selbst mit der größten Selbstverständlichkeit für sich immer in Anspruch genommen hatten – eben im Sinne eines „nationalpolitischen Mandats“ (s. Schubbe). Nach dem Tod Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 kommentierte der AStA in einem Bericht an den parlamentarischen Untersuchungsausschuss des Berliner Senats die Entwicklung der Studierendenschaft und das Recht auf (nicht-konforme) Meinungsäußerung wie folgt: Die FU-Leitung schränkt die Möglichkeiten der Mitbestimmung der Studierenden immer weiter durch exzessiven Gebrauch des Hausrechtes ein. Eine „objektive“ Wissenschaft existiert nicht und ist nicht denkbar. Vielmehr bewegt sich die Begriffs- und Theoriebildung in einem politischen Raum und ist interessenabhängig. Die Wissenschaftler (incl. der Studierenden) tragen Verantwortung für die Gesellschaft und müssen daher auch politisch intervenieren. Der AStA FU analysiert den Mythos der Selbstverwaltung nur kurz: Die Gesellschaft sei nach Kompetenzbereichen aufgegliedert, „der Bürger unterwirft sich unkritisch den Sachzwängen“. Die Uni wird auf die „reine, objektive Wissenschaft“ begrenzt. Demokratische Verantwortung dagegen

bedeute das Recht, intervenieren zu dürfen und sich nicht auf abgegrenzte Bereiche beschränken zu lassen. Diese m. E. sehr zutreffende Auffassung stand und steht der traditionellen Auffassung von Selbstverwaltung diametral entgegen.

Die zentralen Themen der politischen Debatte an den Universitäten waren Mitte der 60er Jahre: Vietnam-Krieg, Solidarität mit nationalen Befreiungsbewegungen, Deutschlandpolitik (Existenz der DDR, „Wiedervereinigung“), Notstandsgesetze und Demokratieabbau, der 2. Juni 1967, Pressekonzentration (insb. Springer-Presse), Hochschulreform („Unter den Talaren Muff von 1000 Jahren“) und eine mangelhafte Ausbildung (damals unter dem Schlagwort „Elite tut not“, vgl. Damerow et al, Kursbuch Nr. 12/1968).

VII.

Der erste Prozess gegen einen AStA betraf die Frage der Entwicklung der BRD - aus Sicht der DDR. Am 08.05.1967 sollte ein erster Vortrag stattfinden. Der Rektor der Bonner Universität wandte sich nicht gegen die Veranstaltungsreihe des AStAs, sondern erließ ein Raumverbot. Das Verwaltungsgericht (VG) Köln lehnte die Klage des AStA am 06.05.1967 ab: Die Veranstaltung habe einen „Solidaritätscharakter“, dies sei eine „politische Betätigung, die über den Rahmen der staatsbürgerlichen Bildung der Studenten und damit der Aufgaben der Studentenschaft hinausginge“. Diese Argumentation - politische Äußerung gehört nicht zu den Aufgaben der Studierendenschaft - sollte die ASten bis heute verfolgen.

Am 17.10.1967 folgte das zweite Urteil, diesmal vom VG Berlin auf die Klage von Mitgliedern des studentischen Konvents: Der Beschluss, mit welchem die Studierendenschaft ihre Solidarität mit dem Vietcong erklärte und Position ergriff gegen die US-Regierung, beträfe keine Selbstverwaltungsaufgaben; Körperschaften des öffentlichen Rechts hätten kein Recht auf freie Meinungsäußerungen. Studierende bräuchten nicht die Studierendenschaft für politische Äußerungen, dafür stünde ihnen der gesellschaftlich-politische Bereich offen. Das „politische Mandat“ sei nicht kraft Gewohnheitsrecht entstanden, sondern „stets umkämpft“ gewesen. Zwar musste das Gericht aufgrund von Unterlagen, die der AStA vorlegte, anerkennen, dass sich der AStA seit 1950 zu politischen Fragen äußerte. Aus der Tatsache, dass der Rektor keine Maßnahmen gegen den AStA ergriffen habe, so das VG, könne aber nicht geschlossen werden, dass die Äußerungen von der Uni-Leitung gebilligt worden seien. Und im Übrigen habe der Rektor 1959 gegen die Stellungnahmen zur Atombewaffnung interveniert. Das VG Sigmaringen verurteilte im dritten Prozess am 02.02.1968 den AStA Tübingen, „po-

historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

**„nicht jeder Tod eines Studenten ist
hochschulbezogen“**

litische Forderungen und Stellungnahmen zu unterlassen, soweit sie nicht hochschulbezogen sind“. Anlass war eine Solidaritätserklärung des Tübinger AstA vom 05.06.1967 an die Studierendenschaft der FU Berlin angesichts der Ermordung von Benno Ohnesorg. Die Resolution endete mit der Rücktrittsforderung an den Regierenden Bürgermeister, welcher dieser Forderung auch nachkam – vermutlich nicht aufgrund der Tübinger AstA-Resolution... (vgl. Darstellung bei Soukup). Dazu das VG: „Nicht jeder Tod eines Studenten ist hochschulbezogen“. Die Urteile und Beschlüsse des VG Sigmaringen sollten in der Folgezeit eine führende Stellung erlangen, was die Repression gegen Studierendenschaften betrifft.

Die erste obergerichtliche Entscheidung des OVG Münster vom 31.05.1968 weist folgende wegweisende Begründung auf: Der Universität steht „ein allgemeines politisches Mandat“ nicht zu.

„Was den eigentlichen Staatsorganen nicht gestattet sei, könne auch nicht einer Zwangsvereinigung wie der Studentenschaft gestattet sein, die ihre Rechte von der Universität und damit letztlich vom Staat ableitet“.

Die Gerichtsentscheidungen wurden begleitet von einer heftigen Debatte, dem „Kampf ums politische Mandat“ (s. DUZ 1968, H. 8/9, S. 2 - 49). Der Heidelberger AstA hatte bereits im März 1968 ein Memorandum zum „politischen Mandat“ vorgelegt, das allerdings auf der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des VDS nicht behandelt wurde.

Verkürzt wiedergegeben waren die Argumentationsstränge folgende:

Die Linke wies darauf hin, das Verbot sei politisch motiviert aufgrund des Kurswechsels in den ASten und innerhalb des VDS hin zur Linken. Es gehe also ausschließlich um die Unterdrückung einer missliebigen Meinung. Die körperschaftliche Struktur der Studierendenschaft sei unzureichend und werde dem politischen Auftrag nicht gerecht. Die Universität und die Studierendenschaft hätten einen nichtstaatlichen, materiell öffentlichen Charakter, politische Äußerungen seien daher über Art. 5 GG gedeckt. Hinsichtlich der Mandatierung wurde darauf verwiesen, dass die ASten und Stupa demokratisch legitimiert seien. Äußerungen dieser von einer Mehrheit gewählten Vertreter

wären Äußerungen des Organs der Verfassten Studentenschaft und könnten daher nicht einzelnen Studierenden zugerechnet werden (Gerhardt, Leibfried/Preuß). Vielmehr würden sich die klagenden Studenten - durchweg RCDS oder Korporierte - nicht einer den Mehrheitsverhältnissen im Stupa entsprechenden Politik beugen wollen: der RCDS verhalte sich antidemokratisch.

Die Rechte bezog sich formal auf die Argumente, die in den Gerichtsentscheidungen und von der WRK vorgetragen wurden. Dies hinderte den (rechten) Bonner AstA im Juli 1968 allerdings nicht, sich vehement gegen die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ auszusprechen - mit der denkwürdigen Begründung, alle Studenten stünden hinter dieser Auffassung des AstA.

Selbstverständlich gibt es auch eine „vermittelnde Auffassung“: der Studierendenschaft stünde ein politisches Mandat zu, wenn Grundwerte der Verfassung gefährdet sind.

Interessant ist hier folgende Behauptung der klagenden Studierenden: Der AstA würde mit seinen Stellungnahmen in ihr Recht auf freie Meinungsäußerung bzw. freie Selbstentfaltung eingreifen; dieses Recht sei aber nicht verletzt, wenn der AstA eine Meinung äußere, die den politischen Anschauungen der KlägerInnen entspricht. Diese Auffassung entbehrt nicht einer gewissen Unlogik und bedeutet vom Ergebnis eine Beschränkung der Politik der ASten auf die politischen Ansichten von RCDS und Korporierten.

Die Auffassung der Gerichte wurde letztinstanzlich durch Urteil des Bundesverwaltungsgerichts (BVerwG) vom 26.09.1969 abgesichert. Das Urteil betrifft die schon erwähnte Solidaritätserklärung des Tübinger AstA. Das Gericht fasst sich eher kurz: politische Äußerungen gehörten nicht zum Aufgabenbereich der Studierendenschaft, ob ein Grundrecht auf Meinungsäußerung oder Wissenschaftsfreiheit aus Art. 5 GG zustehe, kann dahinstehen, denn die Meinungsfreiheit erstreckte sich nicht auf Äußerungen politischer Art. Der Tübinger AstA sei im Übrigen „nicht wissenschaftlich verfahren“ auf dem Wege hin zur reinen Erkenntnis, sondern habe „in unwissenschaftlicher Weise politische Forderungen erhoben“. Zur Erinnerung: es ging um den Tod des Kommilitonen Ohnesorg. Seine Rechtsauffassung hielt das BVerwG mit zweitem Urteil vom 13.12.1979 aufrecht (betr. AstA FH Darmstadt).

VIII.

Mit dem ersten Urteil des BVerwG waren im Grunde, um es salopp zu sagen, „alle Messen gesungen“. Mir ist aus eigener Praxis und der Literatur seit 1967 kein einziges Urteil bekannt, das in letzter Instanz den ASten ein Recht auf eine dezidierte politische Meinung

„nicht jeder tod eines studenten ist hochschulbezogen“

politisch „ausgewogen“ ist (dem AStA Gießen wurde untersagt, Vertreter sämtlicher zum hessischen Landtag kandidierender Parteien zu einer Podiumsveranstaltung einzuladen; VGH Kassel vom 03.10.1977. Selbst eine Veranstaltungsreihe des AStA Tübingen: „Alternative zum herrschenden Lehrbetrieb“ wurde untersagt, VG Sigmaringen vom 30.06.1976, später aufgehoben).

- Finanzierungsverbot von Infos oder Veranstaltungen von nicht-universitären Organisationen, wenn diese „allgemeinpolitisch“ tätig werden, sowie die Finanzierung dieser Organisationen (VGH Kassel, OVG Berlin).

- Gründung von politischen Organisationen und Zeitungen, um das Verbot des „allgemeinpolitischen“ Mandats zu umgehen (VG Kassel vom 23.01.1975).

- „allgemeinpolitische“ Artikel in Infos autonomer AStA-Referate (VG Kassel vom 18.05.1982: es gibt laut HRG keine autonomen Referate, die Meinungsäußerung und die Finanzierung autonomer Referate ist direkt dem vom Stupa gewählten „AStA-Vorstand als Verwalter der Studentenschaftsgelder“ zuzurechnen).

- Erklärung, der Studierendenschaft stünde ein „politisches Mandat“ zu (kann zu erhöhten Ordnungsgeldern führen wegen bewiesener Renitenz).

- Verbot, Mitgliedsbeiträge an die VDS und später den „freien Zusammenschluss der Studierendenschaften“ (fzs) zu bezahlen, da die Verbände ein „politisches Mandat“ für sich reklamierten und auch wahrnehmen. Beitragszahlungen wurden vom VG Münster am 25.02.1976 dem AStA Uni Münster zunächst erlaubt, dem Hamburger und dem Kieler AStA Anfang der 80er Jahre allerdings verboten. Ein entsprechendes Verbot erging 2004 an den AStA FU betreffend Zahlungen an den fzs. Anders entschied das OVG Rheinland-Pfalz mit Beschluss vom 28.01.2005 im Falle des AStA Trier: Ob Zahlungen an den fzs erlaubt sind, könne erst in einem Hauptsacheverfahren geklärt werden. Die Klage ins Rollen gebracht hatte übrigens ein NPD-Student.

- Reiseverbot zu Kulturveranstaltungen, auch wenn diese dem internationalen Jugend- und Studierendenaustausch dienen (so dem AStA Gießen 1997 widerfahren).

- Verbot der Fachschaft Geschichte, sich inhalt-

lich mit dem Studienfach auseinanderzusetzen und zu historischen Ereignissen Stellung zu nehmen (so geschehen in Münster 1996).

Die Abgrenzung zwischen „allgemeinpolitischen“, legalen/illegalen „politischen“ sowie legalen/illegalen hochschulpolitischen Äußerungen ist dabei in das Belieben des jeweiligen Verwaltungsgerichts gestellt, welches dann „bei gelassener Betrachtungsweise“ des Sachverhalts (O-Ton VG Kassel vom 31.08.1982) entscheidet. Die Regel ist die, dass in Zweifelsfällen versucht wird, aus hochschulpolitischen Äußerungen einen allgemeinpolitischen und damit illegalen Gehalt zu abstrahieren.

Darüber hinaus sollen die Repressionen der Rechtsaufsicht (Uni-Präsident) nicht unerwähnt bleiben: die Eingriffe in den Haushalt der Studierendenschaft durch Sperrung von Mitteln für angeblich „allgemeinpolitische“ Zwecke oder gar die Infragestellung der Selbstverwaltung überhaupt, indem die Notwendigkeit bestimmter Referate bestritten wird.

Inhaltlich lässt sich sagen: dem bundesdeutschen Mainstream nicht entsprechende (d. h.: nicht antikommunistische) Bezüge auf den Realsozialismus führen schneller zu einschneidenden Entscheidungen der Gerichte. Das hat sich seit 1967 bis heute nicht geändert, wie die Entscheidung gegen den AStA Gießen (Teilnahme an Weltjugendfestspielen auf Kuba 1997) beweist. Hätte diese Kulturveranstaltung in Oslo, Helsinki, Stockholm oder auf den Fid-schi-Inseln stattgefunden, hätte es sicherlich keine Probleme gegeben.

X.

Einer weiteren Eskalation sah sich der Marburger AStA im Jahre 1975 ausgesetzt (s. DuR 1975, 383). Das VG Kassel und der VGH Kassel hatten mehrfach Ordnungsgelder gegen den AStA verhängt wegen „allgemeinpolitischer“ Äußerungen zu Berufsverboten, 1.-Mai-Demonstration, Numerus clausus (Arbeiterkinder werden benachteiligt, „bürgerliches Bildungsprivileg“) und Studienfinanzierung (der AStA hatte sich für Rüstungskürzungen zugunsten einer BAFöG-Erhöhung ausgesprochen). Damit „gelang“ es den Gerichten, die Strategie des AStA, hochschulpolitische Forderungen in einen gesellschaftlichen Kontext einzubinden, zu durchkreuzen: Der AStA durfte sich für BAFöG einsetzen, aber nicht sagen, dass das BAFöG über den Rüstungshaushalt finanziert werden soll - und schon gar nicht, dass die Rüstungskonzerne unbeschreibliche Gewinne einfahren. Nachdem am 01.09.1975 ein neuer AStA gewählt wurde, der weiterhin ein „politisches Mandat“ für sich reklamierte, drohte der Uni-Präsident am 22.10.1975 mit der Einsetzung eines Staatskommissars, der am 31.10.1975 eingesetzt wurde. Einige Hundert Studierender blockierten den AStA und verhin-

**„nicht jeder tod eines studenten ist
hochschulbezogen“**

Untreue sei. Der AStA dürfe das Geld nur für gesetzlich und satzungsmäßig zulässige Zwecke ausgeben.

Breitbach kommt in seiner Kritik der Kriminalisierung zu dem Schluss, dass die juristische Konstruktion nicht haltbar ist: Eine Vermögensbetreuungspflicht des AStA-Vorstandes sei nicht erkennbar. Breitbach weist darauf hin, dass die schwammige Formulierung des § 266 StGB nicht zufällig am 26.05.1933 in das Gesetz aufgenommen wurde, als „Ausfluss spezifisch nationalsozialistischen Rechtsdenkens“ (so der Strafrechtler Dahm, zitiert nach Breitbach, DuR 1982, S. 248).

XII.

Anlässlich zahlreicher Verfahren veranstalteten die VDS (jetzt: Vereinigte Deutsche Studentenschaften) im Jahre 1983 einen Kongress zum „politischen Mandat“. Die betroffenen ASten hatten in den Jahre 1981 - 1983, wie schon zuvor der Marburger AStA in der Zeit 1974 - 1976, vergeblich versucht, eine gerichtsfeste Verknüpfung zwischen „allgemeinpolitischen“ und „hochschulpolitischen“ Äußerungen herzustellen, um damit zu dokumentieren, dass eine Trennung nicht möglich ist. In seinem Referat kommt Michael Breitbach, der Anwalt des Marburger AStA, zu einem ernüchternden Ergebnis:

„Die Weichenstellung ist: Ist die Studentenschaft ein Appendix der Verwaltung, ein Anhängsel, dem man - na ja - so ein bisschen selbst bestimmen lässt, was sie als Serviceleistungen machen darf? Oder aber ist die Studentenschaft das, was Ridder und Preuß etwa gesagt haben: Es ist ein vergesellschaftetes Feld, in dem der Studien- und Arbeitsalltag in einer vergesellschafteten, demokratischen Weise angegangen, gestaltet werden kann und deshalb demokratischen Strukturen folgt und daher Ausübung von Grundrechten beinhaltet? [...] Deshalb meine These: die Gutachtenschlachten sind geschlagen. Es gibt auch politisch kein neues Argument mehr in den Debatten seit Mitte der 70er Jahre. [...] Die Hoffnung, dass man ein Gericht - womöglich mit einer kunstvoll abgeleiteten Argumentation - überzeugen kann, ist wirklich gleich Null“.

Der juristische Kampf kann nur gelingen, „wenn man politisch etwas bewirkt hat“ (Breitbach in:

GBAL-Wahlinfo). Die Betonung liegt auf „hat“. Die Feststellung von Breitbach, dass die juristische Auseinandersetzung gelaufen ist, lässt sich daran absehen, dass das juristische „Fachpublikum“ von diesen Dimensionen keine Kenntnis mehr erhält - trotz der Vielzahl von Verfahren: 1977: so ziemlich jeder AStA, der sich mit den Göttingern solidarisierte; Anfang der 1980er: Hamburg, Gießen, Marburg, Frankfurt/M., Kiel, Göttingen, Osnabrück, Köln, Dortmund, Bochum, Münster, FU Berlin; Mitte der 1980er: Darmstadt; Anfang der 1990er: Göttingen, Hannover; Ende der 1990er: Gießen, Marburg, Münster, Kaiserslautern, FU Berlin, StuRat Potsdam, Bremen; 2000er: Trier sowie insbesondere FU und HU Berlin - sicherlich eine unvollständige Liste. Es gibt kaum noch - von den Informationen betroffener ASten abgesehen - Stellungnahmen und Veröffentlichungen in der juristischen Fachliteratur, da alle Argumente ausgetauscht sind. Kenntnisse über strafrechtliche Verfahren können nur über direkten Kontakt erlangt werden. Dies änderte sich ein wenig mit der Berliner Prozesswelle um die Jahrtausendwende. Im Internet kann - je nach politischer Auffassung - auf verschiedene Darstellungen zurückgegriffen werden.

XIII.

Die Asten, StuRäte und Stupa reklamierten nach wie vor das Recht für sich, intervenieren zu dürfen. Mit weiteren Gutachten wurde angesichts der seinerzeit aktuellen Prozesse ein Anlauf unternommen, mehr Handlungsfreiheit für die ASten zu ermöglichen (Denninger 1993/94, 1996). Die mit Prozessen überzogenen Studierendenschaften organisierten Kongresse zum Thema und gaben eine bundesweit erscheinende Zeitung „PM“ heraus, in welcher sie ihre Sichtweise zum „allgemein-politischen Mandat“ darlegten - um sich daraufhin weitere Prozesse wegen ihrer Meinungsäußerungen sowie der Herausgabe und der Finanzierung dieser Zeitung einzuhandeln. Vornehmlich der ReferentInnen-Rat (RefRat) der HU sowie der AStA der FU Berlin wurden mit Klageverfahren überzogen, die sich durch die Instanzen schlepten. Für ihr Engagement wurden die Studierendenschaften von HU und FU gleich zu mehreren Ordnungsgeldern bis hin zu 15.000 EUR verurteilt. In diesen Verfahren wurde noch einmal festgeklopft, was als vermeintlich neue Ideen zur Abwehr von Klagen angesehen wurde: Die Unterscheidung von allgemeinpolitisch und hochschulbezogen sei hinreichend bestimmt und vom jeweiligen Gericht am konkreten Fall zu erkennen. Soweit mit der Änderung des BerlHG den Studierendenschaften die Aufgabe übertragen worden ist, die „Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft“ wahrzunehmen, bedeute dieses allein, die politische Bildung der Studierenden zu fördern. Ein

**„nicht jeder tod eines studenten ist
hochschulbezogen“**

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) aus, dass mit den Neuregelungen allein das „hochschulpolitische Mandat“ der Verfassten Studierendenschaft präzisiert werden soll. Mit Beschluss des BVerfG vom 26.01.2005 wurden sowohl das Verbot der Studiengebühren als auch der gesamte novellierte § 41 HRG für verfassungswidrig erklärt. Interessant ist hier, dass das Gericht zur Begründung, warum der geänderte § 41 HRG verfassungswidrig sei, sich allein darauf stützte, dass die Bundesländer (konkret: Bayern, Ba-Wü, Hamburg, Saarland, Sachsen und Sachsen-Anhalt) gezwungen werden, Verfasste Studierendenschaften einzurichten. Dies könne der Bund den Ländern aber nicht vorschreiben. Da der Aufgabenkatalog der Studierendenschaften nicht von ihrem Bestehen abstrahiert werden könne, bräuchte über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des erweiterten Aufgabenkatalogs nicht befunden werden. Der Aufgabenkatalog sei damit vielmehr ebenfalls verfassungswidrig, da Verfasste Studierendenschaften auf Basis der Novellierung nicht konstituiert werden können. Richtig schlüssig erscheint diese Begründung nicht, sie ignoriert die bereits vorhandenen ASten.

XV.

Dass die Berechtigung der Intervention und Kritik nach wie vor wenig bestritten wird, solange ein gesellschaftlicher Konsens nicht überschritten wird (im Sinne des „nationalpolitischen Mandats“), lässt sich an der neueren Geschichte des AStAs der FU dokumentieren.

Im Jahre 2008 wird der AStA FU 50 Jahre alt. Nach seiner Abschaffung durch das Universitätsgesetz wurde er 10 Jahre später mit dem Berliner Hochschulgesetz (BerlHG) wieder ins Leben gerufen. Vorausgegangen waren scharfe studentische Kämpfe. Im Hochschulstreik 1976/77 waren z. B. sämtliche Hochschulen der Stadt [d. i.: Westberlin bzw. Berlin (West)] mit 50.000 Streikenden dicht. Die Wiederezulassung der studentische Selbstverwaltung schien der sichere Weg zu sein, diese nicht institutionalisierten Ausbrüche studentischen Unmuts in geregelte und reglementierte Bahnen zu leiten. Oppositionelle Politik in Berlin spielte sich in der Stadt und weitestgehend außerhalb der Universitäten ab – wenn auch die Zahl der studentischen AkteurInnen dieser städtischen Aktionen

nicht zu übersehen ist: TUNIX-Kongress, taz-Gründung und Gründung der Alternativen Liste (AL), Hausbesetzungen, Mehringhof, TUWAT-Kongress, Reagan-Demo, Anti-IWF, Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, Nolympic 2000, Sozialforum, die Gründung zahlreicher kleiner linksradikaler Blätter: Extradienst, Linkeck, FIZZ, 883, InfoBUG, Radikal, Prowo, Interim.

Diese Ansätze von nicht-instrumentalisierter Politik fanden eine Widerspiegelung an der FU und im AStA. Die AL gehörte zu den AStA-tragenden Gruppen, auch autonome Gruppierungen konnten sich in den 80er Jahren artikulieren. Eine andere Strömung im AStA vertrat hingegen die für die Mauerstadt typische Position, wenn auch als Kritik von links getarnt, die real existierende DDR und die Sowjetunion in Grund und Boden zu verdammen, Solidarnosc und Lech Walesa in Polen hoch leben zu lassen und den (damals von der Sowjetunion initiierten) Krieg in Afghanistan zu verdammen. So wurden dann auch die damaligen „Widerstandskämpfer“ unterstützt, Menschen, heute vom „Widerstandskämpfer“ zum nicht unterstützenswerten „Terroristen“ mutiert sind. Damit befanden sich die AStA-Vertreter in einem weitgehend gesellschaftlichen Konsens. Eine Kritik kam allenfalls aus dem Lager der politischen Linken. Probleme mit der Wahrnehmung eines „allgemeinpolitischen Mandats“ waren hier Fehlanzeige.

Eine veränderte Politik des AStA FU führte Mitte der 1980er Jahre dazu, dass derartige Stellungnahmen unterblieben. Die DDR wurde als Realität akzeptiert. Eine Auseinandersetzung mit ihr erfolgte aber nicht, höchstens auf der eher abgehobenen Ebene, dass auch der reale Sozialismus nicht in der Lage sei, das Versprechen von Freiheit und Glück für seine Werktätigen einzuhalten (wenn er je ein solches Versprechen abgegeben haben sollte...).

Ein Schwergewicht wurde jetzt mehr auf die Hochschule, ihre Rolle in der Gesellschaft und die konkreten mafiösen Strukturen an der FU und im Hochschul-Senat gelegt (s.: Informationsausschuss des UniMUTs: „FU Berlin – ein pechschwarzes Gebilde“).

Kleine Initiativen des AStAs und der Erkenntnisgewinn aus selbst organisiertem Lernen in autonomen Seminaren waren mit ausschlaggebend dafür, dass pünktlich zur 40-Jahr-Feier im Dezember 1988 der geballte Unmut losbrach angesichts der Hochschulmisere, der undemokratischen Verfasstheit der Universität und des selbtherrlichen und arroganten Auftretens der professoralen Macht inklusive der Uni-Leitung. Dieser Vorgang sollte als UNiMUT in die Geschichte eingehen. Da sämtliche Hochschulen in Westberlin von den damals über 100.000 Studierenden bestreikt wurden, blieb das Aufstellen politischer Forderungen ohne Sanktion. Hier artikulierte sich nicht mehr die „Verfasste

**„nicht jeder tod eines studenten ist
hochschulbezogen“**

sich dahingehend verfestigt, Studierendenschaften als Anhängsel des Staates in Gestalt einer Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts zu sehen. Die Schlussfolgerungen laufen dann zwangsläufig in die Richtung herrschender justitieller Bearbeitung. Eine Kritik dieser Konstruktion steht aus und wird für die juristische Auseinandersetzung auch wenig bewegen. „Selbstverwaltung“ in der BRD ist eine Spielwiese, die den „Spielern“ einen eigenen, eng umgrenzten Bereich zuweist, in dem sie sich austoben dürfen, ohne Schaden anzurichten. Dies betrifft nicht nur die Studierendenschaften, dies betrifft auch Gemeindevertretungen, die sich bestimmte Reglementierungen des Staates nicht aufdrücken lassen wollen. Die Spielwiese „Selbstverwaltung“ beinhaltet folglich schon die Einschränkung.

5. Juristisch ist der Kampf für Meinungsfreiheit der ASten und StuRäte im Sinne ihrer WählerInnen nicht zu gewinnen, und auf keinem Fall mit der institutionalisierten Selbstverwaltung. Die Argumente sind vollständig bis Mitte der 70er Jahre ausgetauscht worden. Die Gerichte werden sich auf eine gefestigte, obergerichtlich abgesicherte Rechtsprechung zurückziehen. Die Kenntnis der gesamten Geschichte ist für die weitere politische Auseinandersetzung unentbehrlich.

6. Die Zulassung der Verfassten Studierendenschaften nach dem 2. Weltkrieg war dadurch

motiviert, den Studierenden ein Feld zu eröffnen, auf dem demokratische Spielregeln eingeübt werden konnten. Dass dies auch funktioniert hat, zeigen die Karrieren von – wenn auch manchmal nur extrem kurzzeitigen – AStA-Vertretern, die es zum Minister, Staatssekretär, Landrat oder (Regierenden) Bürgermeister brachten. Nach Jahren des Nonkonformismus' wird heute immer mehr die Einübung konformen Verhaltens eingefordert und eingeübt. Strukturen und Institutionen werden entsprechend zusammengestutzt. Dies betrifft nicht nur die Verfasste Studierendenschaft, sondern sämtliche Studierenden: Mit der Einführung neuer Studienabschlüsse wird autonomes, selbst organisiertes Lernen zurückgedrängt. Die Aneignung kritischen Denkens ist nicht erwünscht. Ein verschultes Studium mit eng umgrenzten Lehrplänen zielt auf das Einpauken von Lehrinhalten ab und nicht darauf, dass sich Studierende an der Universität zu selbständig handelnden Subjekten entwickeln (wiewohl doch sicherlich „am Markt“ auch ein Interesse an eigenständigen denkenden und handelnden fachlich qualifizierten Personen bestehen dürfte...).

7. Es gibt 1000 gute Gründe, dass die Studierendenschaften angesichts ihrer Erkenntnismöglichkeiten politisch intervenieren. Wenn nicht sie: Wer dann? Seit Bestehen der BRD haben ASten zu politischen Themen Stellung bezogen. Die AStA- und StuRat-Aktiven müssen allerdings berücksichtigen, dass „allgemeinpolitische“ Äußerungen als Studierendenschaft – und nur so haben sie eine gewisse Effizienz – unter Umständen einen hohen Preis haben: Verbot, Ordnungsgeld, individuelles Strafverfahren. Ob und wie sich Studierendenschaften politisch betätigen, entscheidet sich am konkreten Fall und ist unter diesen Umständen eine Frage der politischen Effizienz.

„bildung neu c

Die Ära Lenzen

Immer wieder im Mittelpunkt studentischer Kritik steht die Person des seit 2003 amtierenden Unipräsidenten Dieter Lenzen. Anlass dazu bietet, neben seinem autokratischen Stil, insbesondere seine Nähe zur Privatwirtschaft. Diese zeigt sich auch im Bildungskonzept des Erziehungswissenschaftlers. Deshalb dokumentieren wir hier die Rezension einer Studie, in der Lenzen im Auftrag der bayerischen Wirtschaft seine Ideen ausführlich darlegt. Die Rezension erschien 2005 im AStA-Info Nr. 7.

„Das Individuum der Zukunft handelt [...] in erheblichem Maße auch unter Verzicht auf eigenen Nutzen.“ (S. 20)

„Bildung neu denken!“ ist der Titel der 2003 erschienenen Studie, für die FU Präsident Dieter Lenzen die Gesamtdredaktion führte. Beauftragt von der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. machten Lenzen und sein Expertenteam sich Gedanken zur Bildung von morgen. Dieser Artikel will kurz die wichtigsten Gedanken der Studie aufgreifen und gleichzeitig ein Schrei der Empörung sein.

„Mögen alle unsere Investitionen in Bildung reichlich Zinsen bringen“, Randolf Rodenstock, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft. So endet das Vorwort, und damit ist eigentlich auch schon das Wesentliche gesagt. Die Studie will einen Entwurf für einen zukünftigen Umgang mit Bildung in der deutschen Gesellschaft liefern und stellt klar, was Bildung in Zukunft sein soll: Ressource für die deutsche Wirtschaft. Das geht soweit, dass das individuelle sich Entziehen aus Bildungsprozessen als wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Verlust bezeichnet und der Staat dazu aufgefordert wird, dagegen Maßnahmen zu ergreifen (S. 100). Nach dem Grundsatz kapitalistischer Verwertbarkeit wird für die Bildung ein „sparsamer Umgang mit Lebenszeit“ (S. 35) gefordert. Darüber hinaus scheint Bildung allerdings keine Bedeutung zu haben. Hier und da gesteht Lenzen zwar, dass sie im privaten Bereich ganz wichtig sei, im Nachsatz wird aber gleich klargestellt, dass „Allgemeinbildung im Sinne personaler Kompetenzen [...] auch durch arbeitsbezogene [...] Bildung erworben werden kann“ (S. 115). Der Versuch über Bildung „gesellschaftspolitische Veränderungsziele“ (S. 323) zu verfolgen müsse allerdings als gescheitert betrachtet werden.

Dem steht die Empfehlung der Ökonomisierung von Bildung gegenüber (S. 324) und stellt sich als eine offene Absage an öffentliche Demokratisierungsprozesse dar. Stattdessen werden Effizienz und Marktorientierung als die entscheidende Kategorie für Bildung und für die gesamte Gesellschaft gesetzt. Daraus ergibt sich auch, was Bildung nicht sein soll, zum Beispiel kostenlos. Lenzen behauptet, „erfolgreiches Lernen [sei] möglich durch persönliches Eigentum an Lernmitteln“ (S. 121) und begründet so die Abschaffung der Lehr- und Lernmittelfreiheit. Weiter wird eine Kostenbeteiligung der Nutzer von Bildungseinrichtungen (S. 23) gefordert, was explizit Studiengebühren mit einschließt (S. 111) und „eine Instrumentalisierung der Grundschule zum Zwecke sozialer Egalisierung“ (S. 131) kritisiert. Der heutige Zusammenhang zwischen dem Einkommen der Eltern und den Bildungschancen der Kinder wird bei Anwendung der Vorschläge der Studie ohne Zweifel noch wesentlich vergrößert werden. Zudem sollen die Bildungseinrichtungen in Zukunft selber bestimmen, wer ihr Kunde werden darf und wer nicht (S. 39). Ob zum Beispiel Leute mit zotteligen Haaren dann noch Zugang zu höherer Bildung haben werden ist fraglich. Die Vorurteile der Leiter zukünftiger „Bildungsunternehmen“ (S. 231) werden so zu Kriterien für die Aufnahmen von Studierenden.

Die Studie fordert eine konsequente Abkehr von allen sozialen Prinzipien. Die Gewinner der Gesellschaft, hier mit Leistungsträgern zu übersetzen, sollen die großen Chancen bekommen. Das heißt natürlich, dass Menschen, die keine Leistungsträger sind, diese Chancen nicht bekommen. Wettbewerb, Marktwirtschaft, Effizienz sind die Zauberworte und die Konsequenz nichts anderes als eine Sprengladung in der Kluft zwischen Arm und Reich.

Der Begriff „Chancengleichheit“ soll dann nach Maßgabe der Studie auch durch „Chancengerechtigkeit“ ersetzt werden (S. 122). Das bedeutet als Kriterium für die Verteilung von Ausbildungschancen werden neben „Leistung“ die individuellen Lernmöglichkeiten angegeben. Diese seien u.a. genetisch bedingt (S. 90). Über den Begriff der Leistung wird hier ein weiterer Auslesemechanismus geschaffen, der Systemkonformität und vor allem ganz einfach Reichtum belohnen und Herrschaftskritik ersticken würde. Es soll zwar eine „objektive Leistungs-

der subjektive interview mit a

Interviews und Eindrücke aus vier Jahrzehnten FU

Die beiden Vorgängerversionen dieses Magazins aus den Jahren 1988 und 1998 wurden eingeleitet durch eine Umfrage, in der verschiedene der FU verbundene Persönlichkeiten einige kritische oder nachdenkliche Zeilen zum Jubiläum beisteuern konnten. Wir hatten jedoch wenig Lust, nach 20 Jahren noch einmal dieselben Leute zu befragen. Zudem waren die damals Befragten fast durchweg alte Herren und Lehrstuhlinhaber - und die nehmen an der FU ohnehin zuviel Raum ein. Also haben wir uns stattdessen selbst befragt. Einige Bekannte brachten sich ebenfalls ein, und so entstand eine kleine Serie von Interviews und Erinnerungssplittern. In Anlehnung an Helke Sanders feministischen Film von 1981 erhielt das Ganze schließlich den Titel „Der subjektive Faktor“, gut vier Jahrzehnte FU-Geschichte sind unter dieser Überschrift versammelt. Sie vermitteln eine Innenansicht der FU, die keine offizielle Geschichtsschreibung bieten kann. Alle Namen der AutorInnen wurden durch die Redaktion sachkundig entstellt.

„Es muß Schluß gemacht werden mit der Vorstellung, daß der Professor keine andere Verpflichtung hat, als Kenntnisse zu vermitteln, und der Student genug getan hat, wenn er seine Vorlesungen und Übungen ‚regelmäßig und mit Erfolg‘ besucht und zum frühest-möglichen Termin das bestmögliche Examen ablegt. Der Dozent soll genau so der Kritik seiner Studenten unterworfen sein wie der Student dem Urteil seiner Lehrer. Autorität muß täglich verdient werden und liegt allein in der Person, nicht in der Stellung. Die deutschen Universitäten wurden bisher autoritär vom Senat und den Ordinarien regiert. Das Monopol der Ordinarien auf das Recht zur Berufung von Dozenten stammt aus einem nicht mehr gültigen Autoritätsbegriff.“ (Otto Hess, Gründungsstudent der FU: „Freie Universität Berlin“, in: colloquium Nr. 7/1948)

„Die Misere der Universität ist die Misere derer, die an ihr studieren müssen. Unerträglich sind die Zustände an der Freien Universität für uns Studenten. Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen, stumpfsinnigen Seminaren und absurden Prüfungsbestimmungen. Wenn wir uns weigern, uns von professoralen Fachidioten zu Fachidioten ausbilden zu lassen, bezahlen wir mit dem Risiko, das Studium ohne Abschluß beenden zu müssen.“ (Provisorisches Komitee zur Vorbereitung einer studentischen Selbstorganisation, Flugblatt vom 26.11.1966)

Achim D:

- Studienbeginn Sommer 1968 an der FU, Zweitstudium an der FU ab 1982
- Heute tätig als Jurist

60 Jahre: Könntest Du ein wenig aus Deiner Studienzeit berichten? Zum Wieso, Weshalb, Warum?

A: Gute Frage. Heute. Zu meiner Zeit war das kein Thema. Nach dem Abi Uni. Was sonst? Also: Ich komme aus Berlin. Im Winter 67/68 Abi gemacht, im Sommer 68 ging es gleich ab an die FU. Erst Geschichte, dann Soziologie. Soziologie war damals schon NC-Fach. Den NC habe ich mit der Einschreibung für Geschichte umgangen. Erst einschreiben, später umschreiben. So einfach ging das. Schwieriger war ne ganz andere Entscheidung: An der FU gab es zwei Institute, das eher linke „Institut für Soziologie“ an der Philosophischen Fakultät und das mehr positivistische „Soziologische Institut“ an der WiSo-Fakultät. Na ja, eigentlich war auch diese Wahl leicht. Nur die Immatrikulation war ein ziemlicher Aufwand. Dann das Belegen. Jede Veranstaltung musste handschriftlich ins Studienbuch. Der Testierzwang war an der FU wenigstens schon weg.

60 Jahre: Hä?

A: Ja. Du musstest in Deinem Studienbuch den Besuch der Vorlesungen vom Prof abzeichnen lassen. Noch viel früher musstest Du sogar eine Hörergebühr bezahlen für den Besuch von Vorlesungen. Die Bezahlung dieser Gebühr und damit der Besuch der Vorlesung wurde im Studienbuch vermerkt.

60 Jahre: Das Studium scheint nicht billig gewesen zu sein...

A: Ja, an Geld musste ich einiges investieren, 150 DM Studiengebühren, 18,75 DM Beiträge fürs Studentenwerk und den AstA. Zum Glück war ich vom Versicherungsbeitrag für die DSKV befreit, der Deutschen Studentischen Krankenversicherung.

60 Jahre: Und wo kam das lebensnotwendige Kleingeld her? BAFÖG gab es ja noch nicht.

e faktor

achim d. aus wb

A: Ich hatte nach dem Abitur gejobbt, bei Siemens. Ein Monat als Angelernter in der Nachtschicht brachte 300 DM. Später habe ich auch während des Semesters neben dem Studium abends einige Stunden gearbeitet, das brachte so 250 DM im Monat. Damals gab es kein BAFÖG, sondern „Honnef“, das war eine vom Elterneinkommen abhängige Unterstützung für Studenten in Höhe von max. 300 DM.

60 Jahre: Das alles klingt nicht nach viel.

A: Das war nicht viel, aber es reichte. Für ein Schrottauto und Möbel aus Apfelsinenkisten und vom Sperrmüll. Billige Wohnungen, die gab es selbst im schwarzen Kreis Berlin so gut wie nicht, für Studenten fast gar nicht und für WGs noch seltener.

60 Jahre: Schwarzer Kreis?

A: So nannte man Gemeinden mit Mietpreisbindung. Westberlin war der letzte schwarze Kreis. Die Mietpreisbindung wurde Ende der 80er Jahre aufgehoben. Wohnungen bekam man zu meiner Studienzzeit eigentlich nur mit Verdienstbescheinigung oder Bürgschaft, ja, und gegebenenfalls nur mit Trauschein! Von wegen wilder Ehe und so. Na ja, ich bin viel umgezogen, man war ständig in Bewegung. Irgendwann konnte ich auch mal schwarz im Studentenheim Schlachtensee wohnen.

60 Jahre: Und warum die FU?

A: Nun, ich wohnte ja schon in Berlin. Damals stand nur zur Wahl: Paris, Berkeley oder Berlin. Gut, Frankfurt war auch eine Überlegung wert. Die FU war aber schon schwer im Umbruch begriffen. In meiner Anfangszeit ist der AStA abgeschafft und die Drittelparität in der Selbstverwaltung eingeführt worden. Das war schon fast revolutionär. Ein noch recht junger Mittelbauer namens Rolf Kreibich ist damals zum Uni-Präsidenten gewählt worden. Der war Diplom-Soziologe! Die alten Professoren, die Ordinarien, waren völlig von der Rolle. Es gab einige Versuche, den Präsidenten abzusägen. Ja, ansonsten war „die FU“ eigentlich ein Unikum. Es gab noch keine Silberlaube und keine Rostlaube. Die Institute befanden sich überwie-

gend in kleineren oder größeren Villen, manche mit Gärten! Die meisten waren in Dahlem konzentriert, andere über die halbe Stadt verteilt. Mein Institut war in der Babelsberger Straße in Schöneberg, alles andere lief irgendwo in Dahlem ab. Fürs Soziologiestudium brauchte ich zwei Nebenfächer, Psychologie und Politologie. Da konntest Du einige Zeit am Tage durch die Stadt fahren. Und das Auto noch vorm Audimax abstellen!

60 Jahre: Und wie lief das Studium ab?

A: Locker. Die ersten 4 Semester waren ganz praktische Soziologie am lebenden Objekt: Go-ins, sit-ins, teach-ins, Demos, „Streiks“ etc. etc. Ob Du 8 Semester studiert hast oder 10 Semester oder Jahre, das hat niemanden interessiert. In der Soziologie musstest Du für die Diplomprüfung acht Scheine vorlegen. Unbenotet. Das Studium war ziemlich frei, da konntest Du den eigenen Interessen nachgehen. Seminare und Projekte waren immer überfüllt. Die großen Räume in den Villen waren einfach zu klein.

60 Jahre: Was habt ihr da so gemacht?

A: Na, alles was damals so „in“ war. Eben die Klassiker. Und, oh je, wir haben uns die ganze Geschichte der Klassenkämpfe erarbeitet. Und die Psychoanalyse, den Faschismus... und die proletarische Kindererziehung bis zur frühkindlichen Sozialisation. Die bürgerliche Soziologie war für uns im Abgang begriffen. Und es wurden fleißig umfangreiche Studien erstellt, gesellschaftliche Analysen über alles Mögliche.

60 Jahre: Braucht man das heute alles noch?

A: Na ja, heute würde man sagen, der Gebrauchswert ist nur schwer zu messen...

60 Jahre: Viel nutzloses Zeug...

A: Nein! Wir haben z. B. drei Semester „Das Kapital“ gelesen. Alle drei Bände. Das hat außer uns niemand geschafft! Das Wissen kann man heute wieder gut gebrauchen. Ich sag nur: „Heuschrecken“, Globalisierung.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

**der subjektive faktor - interviews und
eindrücke aus vier jahrzehnten fu**

60 Jahre: Und warum hast Du Soziologie studiert?

A: Gute Frage. Das war auch eine Frage, die uns im 1. Semester gestellt wurde. Wir hatten damals nur vage Vorstellungen, aber die Standardantwort lautete: Weil wir die Gesellschaft verändern wollen. Weil wir lernen wollen, wie sich die Gesellschaft verändern lässt. Die Akzeptanz war entsprechend: „Was studierst du? Sozio... äh... Sozialismus? Dann geh doch nach drüben.“ Oder: „Soziologie, das ist doch eine brotlose Kunst.“

60 Jahre: Und was wolltest Du werden? Du bist doch trotzdem irgendwie durchgekommen...

A: Bei Studienbeginn hatte ich keine Ahnung. Ein Berufsbild gab es ja nicht. Wir dachten: Als Soziologe kannst du alles machen. FU-Präsident wollte ich allerdings nicht werden. Ich war dann staatlich geförderter Promovierender, danach Lehrbeauftragter an so ziemlich allen Hochschulen und Universitäten in West-Berlin, u. a. auch mal für eine K-Gruppe tätig...

60 Jahre: Wie?? Welche??

A: Ja, K wie Kirche. Bei der evangelischen Kirche als Trägerin einer Fachhochschule. Nach 6 Wochen bin ich rausgeflogen, wegen „revolutionärer Umtriebe“.

60 Jahre: Wie ist denn dieser Wunsch nach Gesellschaftsveränderung zu erklären?

A: Mir hat einfach vieles gestunken. Die alten Nazi-Lehrer an der Schule. Die autoritären

Strukturen zu Hause. Die Springer-Presse als Westberliner Zentralorgan der Meinungsmache. Das fiel zusammen mit der Politisierung durch die Ostermärsche. Ich war 1965 und 1966 in London, da waren die größten Ostermärsche. Die mündeten 1966 in der Kampagne gegen den Vietnam-Krieg. Und Springer schrieb: In Vietnam wird auch die Freiheit Berlins verteidigt. Ja, und dann der Schah, der 2. Juni. Das war ein Erlebnis zu viel. Das hat gereicht. An der Schule probten wir schon den Aufstand...

60 Jahre: Hast Du noch den SDS mitbekommen?

A: Ja. Zu meiner Schulzeit sind wir einige Male ins SDS-Büro am Kudamm gefahren, um Flugblätter herzustellen. Da waren wir in der „Hochburg der Revolution“ und haben Rudi Dutschke mal „Hallo“ gesagt. Der SDS wollte einen Sozialistischen Schülerbund initiieren. Das Projekt blieb aber in den Kinderschuhen stecken. Tja, der SDS war auch bald am Ende. Es entstanden überall Rote Zellen, das waren eher undogmatische Zirkel. Ab Anfang der 1970er machten sich dann leider die K-Gruppen überall breit. Es entstand ein unglaublicher Druck, organisiert zu sein. Die K-Gruppen beteten immer mit ihrer Mao-Bibel. Das war eine glatte Absage an den kritischen Geist.

60 Jahre: Du sagtest: Euer – vager – Anspruch bei Studienbeginn war es, die Gesellschaft zu verändern. Aus der Retrospektive: Hat das geklappt? Oder hat die Gesellschaft Dich verändert?

A: Die Gesellschaft hat sich nach 1945 bis 1965/66 praktisch nicht geändert. Die NS-Vergangenheit war einerseits allgegenwärtig, andererseits tabu. Es gab zwar vereinzelte Proteste. Wer da mitmachte, wurde unter Adenauer „Nestbeschmutzer“ und „Pinscher“ genannt. Erst nach 1966 wurde diese autoritätsfixierte Geisteshaltung nachhaltig aufgebrochen. Ich kann vielleicht sagen, dass ich zu diesen Veränderungen ein wenig beigetragen habe. Meinen kritischen Kopf habe ich behalten, einen Bauch erhalten. Man muss sich nicht alles gefallen lassen. Und nicht allen gefallen.



historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

interview mit j

J. aus B. :

- Studienbeginn 1973 in München
- WS 81/82 Wechsel an die FU Berlin
- Studiert heute noch Mathematik an der FU

60 Jahre: Hallo. Wir machen eine kleine Umfrage zum Thema Studieren: Wieso, Weshalb, Warum? Da haben wir Dich als Freiwilligen ausgewählt.

J: Danke. Ja. Was soll ich sagen? 1973 machte ich mein Abitur. Die meisten Mitschüler, denke ich, machten das Abi, um danach zu studieren. Ich begann mein Studium im Jahre 1973, Mathematik, an der LMU, der Ludwig-Maximilians-Universität in München.

60 Jahre: Wie sah denn die Uni aus?

J: Die LMU? Die war groß, 50.000 Studierende oder mehr. Die Veranstaltungen in der Mathematik waren immer überfüllt.

60 Jahre: Und wieso Mathematik?

J: Ich dachte, Mathematik ist etwas Eindeutiges, Klares. Berufliche Perspektive? Na ja, ich dachte, mit Mathematik kannst Du immer etwas anfangen. Die Professoren in den ersten Semestern haben uns sehr verunsichert. Die waren arg abstrakt. Der Praxisbezug war nicht so recht durchschaubar. Heute nennt man vieles von damals eine „didaktische Katastrophe“. Irgendwie habe ich durch das Studium gemerkt, dass man da doch nicht durchblicken kann. Viele Leute fragen irgendwann nicht mehr nach. Man versteht's nicht und findet sich damit ab. Die fragen nicht! Vielleicht hat das mit Elite zu tun: Nur die Chefs sollen durchblicken. Du studierst immer mehr und immer mehr Fragen tauchen auf.

60 Jahre: Hm, das hätte ich jetzt bei der Mathematik nicht gedacht.

J: Ein Professor meinte einmal, für die Mathematik müsse man sich begeistern. Blinde, irrationale Begeisterung. Keine Fragen! Man muss begeistert sein. Ja. Ich glaube, da sind einige dieser Vorstellung gefolgt. Also, ich bin mir da nicht so sicher. Das Studieren selbst war in München nicht so einfach. Ich wollte viel selbst erforschen – das mache ich ja heute auch noch. Die Mathe hatte eine Bibliothek, die war aber in zwei Abteilungen unterteilt. In die eine Abteilung bist Du nur reingekommen, wenn Du schon die Zwischenprüfung bestanden hattest. Da gab es eine Einlasskontrolle. An all die guten Bücher bin ich nicht herangekommen.

60 Jahre: Was es nicht alles an Merkwürdigkeiten gibt. Wie war denn das Umfeld?

J: Ich habe zunächst noch bei meinen Eltern gewohnt, ungefähr 50 km weg von München. Dann bin ich nach München gezogen, in eine WG.

60 Jahre: Oha. Die WG als Absage an bürgerliche Familienstrukturen. Ich dachte, da wäre Bayern etwas konservativer als anderswo. Gab das Probleme?

J: Nein. Ich habe in München dann immer in einer WG gelebt. Umfeld? An der Uni waren damals die „Roten Zellen – Arbeitskonferenz“ aktiv, Rotz-AK, später nannten sie sich Marxistische Gruppe, die MG. Und sehr stark war auch der Marxistische Studentenbund Spartakus, der MSB, eine DKP-nahe Organisation. Es gab noch den KSV und den KHB und den SHB. All diese studentischen Gruppen versuchten immer darzustellen, dass sie die besten Fachschaftsvertreter sind. Die MGler hat das nicht interessiert. Um 1978 herum waren in den Fachschaften mehr nicht „gewerkschaftlich-orientierte“ Gruppen aktiv. Es gab einen AStA, aber der war frei finanziert, die Verfasste Studentenschaft war in Bayern abgeschafft.

60 Jahre: Du bist dann irgendwann nach Berlin gekommen?

J: Ja, 1981.

60 Jahre: Gab es einen Grund?

J: Klar. Bund.

60 Jahre: Verstehe. Der entmilitarisierte Status von Westberlin. 1981, das war aber eine heiße Zeit...

J: Ja. Da waren in Berlin über 100 Häuser besetzt worden. Ich bin da nicht eingezogen, ich wollte es etwas ruhiger haben. Ich wollte lieber alleine wohnen. Aber ich hatte einige Freunde unter den Besetzern, die habe ich mal besucht und mir die instandgesetzten Häuser angesehen.

60 Jahre: Die Universitäten in Berlin waren

aus b

ja auch im Wandel. Wieso bist Du zur FU gegangen?

J: Die schien mir besser zu sein, in gewissem Sinne. Die FU war politisch interessanter. An der FU war alles offen, da konntest Du zu allen Fachbereichen hingehen und Dir die Bücher anschauen, die Du haben wolltest. Die FU war damals ziemlich groß, 50.000 Studenten, die Silberlaube war gerade eröffnet worden. Und schon zu klein. Ende der 80er waren's dann über 60.000 Studierende. 1981 war der AStA an der FU gerade wieder eingerichtet worden. Ich habe mich da nur am Rande beteiligt, ich war ja auch schon höheres Semester. Ich bin dann Tutor geworden.

60 Jahre: Kannst Du Dich an den Tutorenstreik erinnern?

J: Ja, den habe ich mitgemacht. Das war 1985/86. Senator Kewenig wollte den Tarifvertrag für die studentischen Beschäftigten abschaffen. Damit sollte die Entlohnung reduziert werden, nach dem Motto: In Westdeutschland wird auch weniger gezahlt. Diese „kluge Idee“ bewirkte eine starke gewerkschaftliche Organisation der Tutoren. 98 % stimmten für Streik. Am Ende gab es den Tarifvertrag, wir mussten aber finanzielle Einbußen hinnehmen - und Kewenig musste als Hochschulsenator abtreten.
60 Jahre: Apropos Abtreten...

J: Ja, ja, 1989 musste gleich der ganze Senat abtreten. Es gab dann den ersten SPD/AL-Senat. Das war während des großen UNiMUT-Streiks. Heckelmann war damals Uni-Präsident. Er wollte Einsparungen vornehmen, Institute schließen und eine glanzvolle „40 Jahre FU-Feier“ veranstalten: „Wir sind die Besten“. Ich bin mir nicht sicher: Ob er wohl das Vorbild des Herrn Lenzen ist?

60 Jahre: Wie war die Mathematik denn sonst so?

J: Anfang der 80er gab es noch die Fachschafts-Ini Mathematik. Die wurde von den ADSern beherrscht, das war die Studentengruppe der SEW, Sozialistische Einheitspartei Westberlin. Mathe war eine ADS-Hochburg. Man sagte: Da kannst Du nur mitmachen oder auswandern.

60 Jahre: Das überrascht. ADS und SEW, das entspricht nicht dem Gründungsmythos der Freien Universität.

J: Nein, gar nicht. Es gab dann einen Streit, als einer der nicht bei der Fachschafts-Ini mitmachte sondern nur beim Hexenhaus, einem studentischen Cafe, für die Alternative Liste kandidieren wollte.

60 Jahre: Das warst Du?!?

J: Nee, nee. Die Fachschafts-Ini Mathematik ist an dieser Debatte auseinander gebrochen. Es gab dann nur noch das Hexenhaus, irgendwie auch als so eine Art FSI-Ersatz. Weißt Du, heute ist es so, da besteht die Fachschafts-Ini Mathematik/Informatik nur aus Informatikern. Von der Mathe kommt da kaum einer. Ich glaube, die kennen die Geschichte gar nicht mehr. Aber die Geschichte wirkt immer noch nach.

60 Jahre: Und was machst Du heute?

J: Ich kämpfe für den Erhalt des Langzeitstudiums - und gegen meine Zwangsexmatrikulation. Das Studium wird heute doch nur deshalb so streng reglementiert, damit die Studierenden keine Zeit mehr haben, um zu fragen. „Wer fragt, ist gefährlich.“

60 Jahre: Lebenslängliches Lernen! Du weißt, dass Du nichts weißt.

J: Also, da bin ich mir nicht so sicher.

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

warum studie

Kasi

- Studienbeginn Winter 1978 in Marburg/Lahn, Abschluss Sommer 1986
- Wechsel an die FU im Winter 1986/87, Studium der Politikwissenschaften und der Philosophie
- Heute tätig als Jurist im Öffentlichen Dienst

Beginnen möchte ich mit dem Jahr 1969. Da kam ich aufs Gymnasium. Das war keine Selbstverständlichkeit. In unserer Stadt gab es bis dahin zwei Gymnasien: eines für Mädchen und eines für Jungen, ein altsprachliches Gymnasium. Justament im Jahre 1969 wurde die neu-sprachliche Einrichtung fertig, für Jungen und Mädchen. Weil es bis dahin nur die altsprachliche Schule gab, galt das Gymnasium in unserer Familie als ein wenig elitär. Das Konzept der sozialdemokratischen Landesregierung hieß: Bildung auch für Arbeiterkinder. Ich erinnere mich an das Gerede: Der Junge! Ans Gymnasium! Schafft der das? Mensch, da musst Du Dich aber anstrengen! Meine Oma war sehr beeindruckt. Als acht Jahre später mein damals noch kleiner Bruder an selbiger Schule eingeschult wurde, war bereits alles ganz anders. Ein Kulturwechsel hatte sich vollzogen: Gymnasium war normal, auch für Kinder von Nichtakademikern (1). Ich will jetzt nicht übers Schulsystem philosophieren. Meine Brüder haben nach ihrem Abi eine Ausbildung gemacht. 10 Jahre früher hätte man gesagt: Wozu brauchen die ein Abi? In den 1980ern ging nichts mehr ohne Abitur. Entweder, weil die Auszubildenden jetzt schlauer sein mussten, oder weil auf diese Art und Weise die Kinder nicht so früh ins „Arbeitsleben“ geraten sollten – darauf komme ich noch zurück.

1978 jedenfalls hatte ich mein Abi und durfte studieren. Oma war immer noch beeindruckt. Junge, sei fleißig, in den Ferien musst du arbeiten, das Studium kostet Geld. Ich bekam BAFöG, das reichte natürlich nicht, in der vorlesungsfreien Zeit habe ich gejobbt.

Ja. Was macht man so an der Uni? Ich war 18, als ich das Studium begann. Ich hatte keinen Plan. Also habe ich Jura studiert. 10 Jahre später konnte ich bei Ralf Dahrendorf (2) nachlesen: Wer keine Ahnung hat, was er machen soll, und in allem eher mittelmäßig ist, wird Jurist. Nun, 1978 konnte ich mir diesen Schuh anziehen.

Im Ruhrgebiet wuchsen die ersten Unis aus dem Boden. Essen, Dortmund, Bochum, Duisburg – zuerst als Gesamthochschulen, später alles Universitäten. Ein sozialdemokratisches Projekt. Vor 50 Jahren war da nichts. Es gab zwar jede Menge Kohle, aber nicht für Bildung oder Ausbildung. Ich wollte eigentlich nach Bochum. Die ZVS war dagegen. Ich kam nach Marburg. War auch nicht schlecht. Inzwischen

ren?

nannten sich diese Einrichtungen „Massenuniversitäten“. Die Uni Marburg (auch M/L genannt), hatte ca. 15.000 Studierende, als ich anfang, und war damit hoffnungslos überfüllt. Als ich aufhörte, waren es 17.000. Die Fachbereiche Jura und WiWi hatten sich beinahe verdoppelt, die Medizin hatte um mehr als 1/3 zugelegt. Der FB Erziehungswissenschaften war beträchtlich kleiner geworden, das studierte niemand mehr. Keine guten Berufsaussichten: Zu viele arbeitslose Lehrer. Der Fachbereich bekam daher auch weniger Geld von der Uni. Das soll heute mal jemand sagen...

Ohne lügen zu müssen: Ich war nicht der einzige, der völlig unbedarft an die Uni und den Fachbereich marschierte. Dahrendorf hatte Recht. Wir waren gut 280 Erstsemester, der Fachbereich hatte einen Hörsaal mit 400 Sitzplätzen. 6 Jahre später waren es über 400 Erstis und der Hörsaal war überfüllt. Es gab Klausuren, die haben 500 – 600 Leute mitgeschrieben, die mussten dann ins Audimax.

Es gab Pflichtveranstaltungen, die im Belegbogen als belegt dokumentiert werden mussten, oder in denen Klausuren und Hausarbeiten geschrieben wurden, die zu bestehen waren. Ich war zunächst verunsichert und habe alle Vorlesungen, die für mein Semester vorgesehen waren, erst einmal besucht – auch solche ohne größeren Erkenntnisgewinn... Das Studium selbst zu organisieren, das ist ein Lernprozess, der dauerte einige Semester.

280 Leute in einem Hörsaal bekamen so genannte Frontalvorlesungen geboten. Spötter meinten: Frontalvorlesung! Das Gegenteil ist Rektalvorlesung! Das glaube ich nicht. Bei einigermaßen dialektischer Betrachtung wird man zu dem Ergebnis kommen, dass diese Begriffe identisch sind. Frontalvorlesung heißt: Vorne beginnt ein Prof eine Rede und nach 90 Minuten hört er damit auf. Vielleicht hat er zwischendurch auch einige Fragen gestellt. Das war aber eher selten. Besonders lustig waren jene Veranstaltungen, in denen ein Prof seine Theorie verkündet, 99 % der Anwesenden aber den Gedankengängen nicht folgen konnten. Folglich kommandierte er: „Schreiben Sie auf!“ – um dann seine kluge Überlegung zu diktieren (3). Nun: Wer sich das gefallen lässt... Immerhin stammt von diesem Herrn der schöne Satz: „Rechtswissenschaften? Die gibt es gar nicht. Wo ist denn da die Wissenschaft?“ Stimmt

völlig. Rechtswissenschaft ist nämlich Zitierwissenschaft. Das heißt: Es werden fleißig die klugen Ideen anderer als Beleg für die eigene nicht vorhandene Meinung angeführt (4).

Im ersten Semester hatten wir Rechtsgeschichte. Irgendwie erinnerte mich das an die Schule: Wir beginnen bei den alten Römern und kommen dann zum germanischen und deutschen Recht. Die Vorlesung endet in einem Abfeiern der Verfasser des Bürgerlichen Gesetzbuches in seiner ursprünglichen, klaren Fassung. Das war 1896. Es wird die Begriffsjurisprudenz gewürdigt. Das ist die hohe Kunst, Begriffe zu definieren, um dann mit diesen Begriffen Gesetze zu konstruieren. Schöne Sache. Theorie des 19. Jahrhunderts. Heute überholt (5). Hat mit Sozialwissenschaft nichts zu tun. Das 20. Jahrhundert kommt an der Uni nicht mehr vor. Dass die Gesetzesformulierer einer bestimmten Bevölkerungsschicht entstammten und dementsprechend ihre eigene Ideologie in einen Gesetzestext formten, der den Schutz der materiell weniger Begüterten nicht vorsieht – kein Mucks in einer Vorlesung.

„Wir müssen uns herumschlagen mit schlechten Arbeitsbedingungen, mit miserablen Vorlesungen...“ Der Satz war 15 Jahre später unter durchaus anderen Bedingungen immer noch aktuell. Aber um ehrlich zu sein: Eine Kritik a) der Veranstaltungen und b) der Lehrinhalte fand zunächst nicht statt. Das wurde an diesem konservativen Fachbereich alles so geschluckt.

1980/1981: Mit der Zeit wirst Du älter und klüger. Die Zeit an der Uni, um sich selbst entwickeln zu können, sollte gar nicht unterschätzt werden. Es war die Zeit der Bürgerinitiativen (6): Anti-AKW, Friedensbewegung und vor allem auch – klein, fein, oft übersehen – kommunalpolitische Initiativen, gegen Autobahnen, Startbahnen, Betonwahn, Fabriken vor dem Haus. Später wurde der Begriff der „sozialen Bewegungen“ (7) kreiert. Es konstituierte sich die grüne Partei. Als wesentlich festzuhalten ist, dass sich hier Menschen außerhalb vorgegebener Politikmuster organisierten. Das hatte mich schon immer sehr fasziniert. Um hier gleich die Verbindung mit dem Studium herzustellen: In der Staatsrechtsvorlesung wurde deutlich gesagt: Die BRD ist eine mittelbare Demokratie. Das Volk nimmt an der Willensbildung teil durch Wahlen. Es kann an der Urne seine Stimme abgeben. Und dann ist die Stimme weg. Volks-

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

der subjektive faktor warum studieren?

begehren, Bürgerentscheid? So etwas steht im Grundgesetz nicht drin, das kann und darf es daher nicht geben. Pures Teufelswerk.

Wir haben am Fachbereich eine undogmatische Hochschulgruppe gegründet. Politik und politisches Engagement sollte nicht ein Monopol der etablierten Parteien sein. Die Stimme bleibt da, wo sie ist! Das war dann auch der erste Schritt zu einer inhaltlichen Studienkritik. Du hattest an der Uni den Freiraum, durch Gespräche mit anderen Dir eine Meinung zu bilden und eine Kritik zu entwickeln. Diese Entwicklung war ein Prozess. Und der braucht Zeit.

„Von professoralen Fachidioten zu Fachidioten“ ausgebildet zu werden, diesen Satz hatten wir beinahe wortgleich in unseren ersten Flugblättern formuliert – ohne Quellenangabe und ohne Kenntnis, dass 15 Jahre vor uns andere Studierende die Misere der Universität genauso gesehen hatten – als die Uni noch keine „Massenuniversität“ war. Rechtswissenschaft, das war und ist das Vermitteln von Herrschaftstechniken und Herrschaftswissen (8). Die Vermittlung der gesellschaftlichen Funktion von Recht ist nicht Gegenstand der Ausbildung. Es wird also nur vermittelt, wie Recht, nun ja, „angewendet“ wird. Wem es nutzt, wem es schadet, in welchem gesellschaftlichen Kontext es erlassen wurde zur Regelung welcher Rechtsbeziehungen zwischen den Menschen: Fehlanzeige. Das mussten wir uns selbst erarbeiten (9). Das Ende als Fachidiot ist vorgezeichnet. Wer jemals Jura-StudentInnen nach einer Klausur auf dem Flur gesehen hat, wie abstruse Theorien über den abstrusen Klausurfall debattiert werden, kann sich davon ein Bild machen.

„Von Richtern und anderen Sympathisanten“ ist ein Film von Axel Engstfeld, der in M/L 1982 uraufgeführt wurde. Der Titel mag jetzt vielleicht in eine andere Richtung deuten: Es geht um Nazi-Richter, um Nazi-Prozesse, um die Nichtverfolgung der Täter, die Benachteiligung der Opfer in der Bundesrepublik Deutschland, um den unveränderten Fortbestand der juristischen Elite. Die Fachschaft hatte mit dem studentischen Filmclub die Uraufführung organisiert. Der Erkenntnisgewinn war ungemein. Nazismus kam in der Ausbildung selbstverständlich überhaupt nicht vor. Meine Güte. Wenn da jemand die Kontinuitäten bemerkt hätte... Der „Muff von 1000 Jahren“ war immer noch da.

Zum Beispiel in Gestalt jenes älteren Herrn, der am Fachbereich herumgeisterte, ein Emeritus, der den Kommentar zum Wehrstrafgesetzbuch im Dritten Reich verfasst hatte. Oder jener Prof, der die Kapp-Putschisten verteidigte mit den Worten, von den Putschisten und Mördern sei niemand von seinen Standesgenossen als Mörder strafrechtlich verurteilt worden, weshalb der Begriff Mörder für die Mörder völlig unangemessen, ja sogar strafbar sei wegen Beleidigung. Oder all die auch heute gängigen Kommentare und Lehrbücher, herausgegeben von Personen, die im Dritten Reich eine führende Rolle in der Verwaltung oder an den Universitäten innehatten: Schlegelberger, Palandt, Larenz, Maunz, Dreher, Dahm, Forsthoff, Wieacker, Mezger, Huber...

Diese Erkenntnisprozesse konnten nur gelingen, indem Du die Möglichkeit hast, Dich mit anderen, auch Höhersemestrigen, auszutauschen und selbst Veranstaltungen zu organisieren und dort zu debattieren. Und wenn Du die Gelegenheit hast, von anderen zu lernen, die nicht dem etablierten Lehrbetrieb angehören. Am Fachbereich Politische Wissenschaften konnte ich ohne jegliche Probleme ein Seminar zu Rechtsfragen des Zivildienstes besuchen. Das Seminar war pickepackevoll. Der Schein wurde an meinem Fachbereich natürlich nicht anerkannt. „Der Dozent soll genau so der Kritik seiner Studenten unterworfen sein wie der Student dem Urteil seiner Lehrer“ – das kann z. B. durch Alternative Vorlesungsverzeichnisse erreicht werden. Es muss dann natürlich eine Kritik am herrschenden Lehrbetrieb formuliert werden (können).

Am Fachbereich hatten wir eine Wand als Ausgangsmöglichkeit für Wandzeitungen für uns reklamiert. Der Dekan hat es dann angesichts angedrohter Renitenz toleriert. Wandzeitungen! Du organisierst bei einer Druckerei einige Endrollen, schreibst in 10 Minuten einen Text, klebst vielleicht noch einen guten Comic rein oder die von Dir kritisierten Artikel, und ab an die Wand. Da standen dann fast immer Leute vor. In jedem Fall war dies eine schöne Möglichkeit, eine eigene Meinung zu vermitteln und zu Diskussionen anzustiften, bis hin zum Aufruhr. Und es ging schneller und vor allem billiger, als Flugblätter zu drucken. Die Mensa hing voll mit Wandzeitungen. Streit gab es höchstens über die Frage, ob es nicht an der Zeit sei, eine bestimmte Wandzeitung abzuhängen, damit Platz für die nächste ist. Vor der Mensa standen ein gutes Dutzend Flugblattverteiler. Werbung war verpönt. Irgendwann Mitte der 1980er kam der Mensa-Sheriff und faselte etwas von Brandschutz. Heute sind alle tragenden Pfeiler in der Mensa vollgepappert mit irgendwelchem Werbeunsinn, billige Abos für Studis, Versicherungen, Banken, Kaufrausch, billig, billig, nur noch Kommerz – das Zeug brennt anscheinend

nicht. Informationen, ein Austausch darüber, das findet nicht mehr statt. Und vor der Mensa stehen nur noch 2, 3 Flugblattverteiler. Und die verteilen kommerzielle Werbung.

Unser Dekan meinte einmal, die politischen Gruppen sollten nicht so viel stänkern, außerdem hätten sie kein politisches Mandat. Was haben wir herzlich über diesen Maulkorb gelacht. „Autorität muß täglich verdient werden und liegt allein in der Person, nicht in der Stellung“. Ich teile diesen Satz nicht unbedingt, jedenfalls nicht die erste Hälfte, wegen der postulierten Notwendigkeit der Existenz von Autorität. Aber die Autorität unseres Dekans, die war in dem Moment hin.

1982 schrieb ich zusammen mit einer Kommilitonin ein Referat über Frauen an der Uni. Wir analysierten die Uni und vor allem unseren Fachbereich. Fazit: Professorinnen: Sehr wenige, an unserem Fachbereich: 0. Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen: Nicht allzu viele. Nicht-wissenschaftliches Personal: einige; hierzu zählten ja die Sekretärinnen. Studierende: Erstaunlich. Der Fachbereich Rechtswissenschaften wird ja mit dem RCDS und den Korporierten in Verbindung gebracht. Als ich mit dem Studium begann, war die Mehrheit männlich. 8 Semester später waren 51 % der Erstis Frauen. Was auch auffiel: Von den 280 KommilitonInnen, die mit mir angefangen hatten, waren ziemlich genau noch 140 übrig. Die Wahrscheinlichkeit, dass jemand durch Ablegung des Examens bereits ausgeschieden war, dürfte bei unter 1 % gelegen haben. Das war mit dem offiziellen Lehrplan nicht in Übereinklang zu bringen. Alles Verweigerer des Fachidiotentums? Ich glaube es nicht.

1984 hatten wir anlässlich eines Uni-Semesterabschluss-Umtrunks eine Debatte mit unserem Uni-Präsidenten, etwas locker immer als Präser bezeichnet. Ich teilte eher selten seine Auffassungen. Aber er ließ sich zu folgender Bemerkung hinreißen: In der Bundesrepublik gibt es Massenuniversitäten mit insg. 1,8 Mio. Studierenden. Das ist viel zu viel. Die Uni gibt den Freiraum, sich zu entwickeln. Nicht alle, die studieren, werden einen Abschluss schaffen. Aber besser ist es, wenn sie studieren, als dass eine weitere Millionen junger Leute als Arbeitslose auf der Straße stehen (10). Wir konnten nicht in Erfahrung bringen, ob das auch sein politisches Kalkül war, also die Massen-Uni als Aufbewahrungstation, um eine verdeckte Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Als Analyse ist die Bemerkung zutreffend gewesen.

„Es muß Schluß gemacht werden mit der Vorstellung, daß der Professor keine andere Verpflichtung hat, als Kenntnisse zu vermitteln.“ Schön wär's. Die Examensvorbereitung überließ die Uni zu meiner Zeit dem Selbststudium. Oder kommerziellen Einpaukern. Deren Kurse, die nicht wenig DM kosteten, waren dann auch

gut besucht. Erst als ich fertig war, kamen jüngere Professoren auf die Idee, Examensvorbereitungskurse anzubieten. In jener Zeit verfassten wir ein Diskussionspapier zum Sinn und Zweck von Universität und Studium. Bildung hatten wir erwartet, eine Ausbildung hatten wir erhalten. Natürlich lernst Du ein Leben lang. Andererseits war damals – Mitte der 1980er – unverkennbar, dass die Zeit, die Du in institutionellen Ausbildungseinrichtungen verbringst, immer länger wird. Sicherlich auch aus dem Grunde, den der Präser genannt hatte: Um die wahre Arbeitslosigkeit zu verschleiern. Bildung kannst Du an der Universität durchaus erhalten. Sie wird dort aber nicht vermittelt. Du mußt sie Dir selbst aneignen.

Ich habe nach dem Erststudium noch einige Zeit weiterstudiert und möchte konstatieren: Die Freiräume für selbstbestimmtes Leben und Lernen sind notwendig für die eigene persönliche Entwicklung, den eigenen Erkenntnisgewinn, für die Erarbeitung einer eigenen Meinung, einer eigenen Kritik. Mein heutiger (11) Eindruck ist, pessimistisch formuliert. Diese Freiräume werden den Studis nicht nur genommen, sie lassen sie sich auch nehmen. Optimistisch formuliert: Wer hindert Dich daran, die Freiräume wieder einzufordern und in Anspruch zu nehmen

Anmerkungen

(1) Die Geschichte der Schule kurz zu Ende erzählt: In den 1990ern wurde sie in eine Gesamtschule umorganisiert. Das war dann nicht mehr so elitär. Die Akademikereltern, die für ihren Nachwuchs eine gymnasiale Ausbildung haben wollten, habe ihre Kinder da nicht mehr hingeschickt. Auch ein sozialdemokratisches Projekt.

(2) Quelle weiß ich nicht mehr. Stimmt trotzdem.

(3) Ich will nicht hetzen. Inzwischen habe ich mein Studium beendet und bilde selbst aus und werde regelmäßig von Zweifeln geplagt, ob die von mir gewählten didaktischen Methoden zur Wissensvermittlung oder -erarbeitung sinnvoll sind oder nicht. Wissensvermittlung habe ich aber nicht an der Uni gelernt. Und der Prof vermutlich auch nicht.

(4) Und so kann ich hier demonstrieren, dass ich wenigstens etwas gelernt habe.

(5) Deshalb sind die Gesetze heute völlig unverständlich, aber das ist eine andere Geschichte.

(6) Die Hausbesetzer möchte ich wegen der fehlenden Bürgerlichkeit ausgeklammert wissen; als Form der Selbstorganisation müssen sie natürlich an dieser Stelle unbedingt erwähnt werden!

(7) Bewegung. Da läuft es heute einem kalt den Rücken hinunter. Es gab ja eigentlich nur „die Bewegung“, und damit dürfte der Begriff genug diskreditiert sein.

(8) Ralf Dahrendorf, s.o.

(9) Mir fällt da immer noch meine schöne Polemik zum Grundgesetz ein, dass „Freiheit immer die Freiheit auf Kosten der anderen ist“.

(10) Die Arbeitslosenzahl lag damals in der BRD (alt) bei 2,2 Mio.. Das war ca. 2 Jahre nach Amtsantritt des Arbeitsministers Blüm, der seinen Job mit den Worten begann, er werde innerhalb kürzester Zeit die Arbeitslosigkeit auf unter 1 Mio. bringen.

(11) „Früher war alles besser, früher war alles gut. Da hielten noch alle zusammen, die Bewegung hatte noch Mut“. (Wort zum Sonntag, Die Toten Hosen, Düsseldorf). Weiter gehr's übrigens mit: „Hör mir auf mit ‚früher‘, ich kann das nicht mehr hören“. In diesem Sinne!

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

vom selbstbes in den 80er jah

Arthur Kritzler:

- Studienbeginn 1983 in in einer mittelhessischen Kleinstadt
- 1985 Wechsel an die FU Berlin
- Seit 1997 als Anwalt tätig

Schule

Abi 1983, eine Kleinstadt in NRW im Speckgürtel einer selbsternannten Weltstadt, Reihenhaussiedlung der 60er Jahre, ursprünglich Sozialprojekt der katholischen Kirche für kinderreiche Familien, einziger Gymnasiast in der Siedlung.

Wir Gymnasiasten sind die ideellen Gesamtgrünen, basisdemokratisch, gewaltfrei und ökologisch, alles mehr oder weniger und obwohl es diese Partei in der Kleinstadt noch gar nicht gibt. Wir latschen mit beim Ostermarsch Rheinland und träumen von Westberlin, dessen wildes Leben wir nur aus der Hetze der Rheinischen Post kennen. Unsere erste selbstorganisierte Demo richtet sich aus einem kleinstädtischen Anlass gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus; wir gehen in der ersten grossen Pause los und $\frac{3}{4}$ der Oberstufenschüler kommen mit.

Noch bevor wir zum ersten Mal wählen dürfen, hat sich die sogenannte Witzfigur „Birne“ an die Macht geschummelt und ist Dauerkanzler für die nächsten Jahrzehnte geworden. Von der „geistig-moralischen Wende“ reden nur die Streber von der Jungen Union und fiese Gestalten im Fernsehen, Jugendhasser, analfixierte deutsche Zwangscharaktere. Leserbriefe: das dreckige Gesindel, das samstagsmittags zwischen Tschibo und Stadtparkasse abhängt, den Schandfleck der Stadt, ausradieren. Das sind wir. Wir sind der Meinung, dass die Ökonomie schrumpfen müsse, der Reichtum global und lokal zu teilen ist und träumen vom einfachen, zwangfreien Leben. Wir haben keine Berufsvorstellung, wollen nicht Ausbildung, sondern Bildung, selbstbestimmt und selbstverwaltet. Frei sein und möglichst wenig arbeiten.

Wir sind die erste (und einzige) Generation in der BRD, die die DDR für einen ganz normalen Staat hält, autoritärer und sozialer als die BRD. Wir sind diejenigen, die den Konsens der Gleichaltrigen formulieren lernen, mühsam und mehr oder weniger mutig. Aber Kanzler Kohl heisst schon: Paradigmenwechsel, wir sind die Letzten einer Alterskohorte.

Wir sind der absolute Peak der Babyboomer und immer zu viele. Wir waren die, die zu 40st in der Klasse sassen, alle Lehrer doof. Als Generation hat es uns gar nicht gegeben.

In der 12. Klasse wird einmalig und ohne vorherige Ankündigung etwas ausprobiert, was

Arthur Kritzler

2008

stimmten lernen

hren

über den Sozialdemokratismus des vermeintlich vorherrschenden Erziehungszieles der kritischen Distanz hinausgeht: eine Woche lang nur Unterricht im ersten Leistungskursfach. Projektwoche heisst das. Selbst und gemeinsam ein Erkenntnisziel formulieren, Fragestellungen selber fragen, neu formulieren, suchen, finden, umformulieren. In meinem Physik-Leistungskurs geht das so: ihr habt jetzt Projektwoche, ich hab Urlaub. Dann kriegen wir so ziemlich alle Apparate aus dem Materialienraum auf die Tische gestellt, letzte Ansage: überlegt Euch mal, was man damit machen könnte. Selbstverständlich sind die Ideen zahlreich. Am Ende der Woche haben wir keinen Sachschaden angerichtet, sondern präsentieren Messreihen, die Nerds unseres Kurses haben uns die Spur gesetzt. Es ist das einzige Mal, dass wir unsere Schule in der Schülerzeitung für etwas loben.

Erstsemester

Dann bin ich plötzlich schon Student und verbringe die nächsten 26 Semester meiner überdurchschnittlich verlängerten Adoleszenzphase mit dem Ausfeilen und Ausprobieren der bereits erworbenen politisch-moralischen Prädispositionen. Die ersten drei Semester in einer mittelhessischen Kleinstadt: die rote Stadt. Studentenkleinstadt mit pittoresker Altstadt. Immer noch 1983. Einmal im Jahr saufen die Burschenschafter auf dem Marktplatz und werden fertig gemacht. Vor der Mensa verteilen Leute von zehn verschiedenen linken Gruppen jeden Tag zehn neue Flugblätter. Alle sind irgendwie grün, bunt, alternativ, sozialistisch oder libertär. Ich komme mir ganz klein und provinziell vor. Ich habe grosse Orientierungsschwierigkeiten. Mangels interessantem Plattenladen trage ich das Geld meiner Eltern in das örtliche Buchladenkollektiv. Schon nach ein paar Wochen besitze ich mehr Bücher als meine Eltern. Keine Vorlesung beginnt vor 11.00 Uhr morgens! Die Vorlesungen passieren im bis auf den letzten Platz gefüllten Audimax, nach ein paar Wochen im halbleeren Audimax. An anderen Unis werden die Erstsemestervorlesungen per Lautsprecher in mehrere Hörsäle übertragen. Begrüßungsfeier: undenkbar. Abschlussfeier: undenkbar. Sponsorenschilder: es gibt keine Sponsoren. Man hat in der Schlange im Imma-Büro gestanden, das wars.

Von der Uni gibt es keine, schlicht: überhaupt keine Informationen, wie das Studium so läuft, was man da so machen muss, wie denn „wissenschaftliches“ Arbeiten so gehen soll und mit welchem Ziel. Bei der Fachschafts-Basisgruppe gibt's ein Erstsemesterinfo, ein kommentiertes Vorlesungsverzeichnis und die Studienordnung; dort lern ich meine neuen Freunde kennen, hier ist Platz für Fragen. In den drei Semestern mache ich alle Jura-Scheine bis auf zwei. Es gibt keine Zwischenprüfung. In Jura macht man drei kleine und drei grosse Scheine und danach Examen. Wann man will. Die Noten von den Scheinen zählen nicht fürs Examen. Man soll lernen, im Gutachtenstil zu subsumieren. Nach dem Examen arbeitet man praktisch (Referendariat) und wird dafür gut bezahlt. Man muss dann alles vergessen, was man bis dahin gelernt hat, weil es in der Rechtsanwendung nicht um Gutachtenstil geht, sondern um die Prozessordnung. Es ist eine Ausbildung für das „Richteramt“. Vielleicht drei Prozent aller Jura-Studenten werden Richter. Ich lehne eine derart anmassende Position grundsätzlich ab und denke viele Jahre nicht mehr ans „Examen“. An ein danach schon gar nicht. Wie man eine Hausarbeit schreibt, lerne ich mit anderen von der Basisgruppe, indem wirs einfach machen. Zweimal in der Woche gehe ich zu politischen Treffen, zweimal zum Hochschulsport. Mehrere Semester Marx-Kurs bei den „linken“ Politologen. Büchner-Seminar bei den „linken“ Germanisten. Überall und dauernd nur Studis. Einmal fahren wir aufs Dorf: Demo gegen ein Treffen von Ehemaligen der Waffen-SS: 5000 Studis kreisen eine Turnhalle ein, in der sich 50 Nazi-Opas und die obligatorischen drei jugendlichen Nazi-Soziopathen treffen. Soviel zur Illustration der damaligen Kräfte-Verhältnisse im realen Alltag. Wenn man liest, dass auch schon in der alten BRD 13% der Bevölkerung ein geschlossenes autoritäres, antisemitisches und xenophobes Weltbild hatten (Sinus-Studie), meint das CDU-Wähler, die Dir hinterherzischeln und Leserbriefe schreiben. Komplementär aber auch das: seit ich denken kann, lebt die politische Klasse von der Behauptung, es gäbe zu viel Bildung und zu viele Ausländer. Der CDU gelingt es ab den frühen 80er Jahren, die schlichte Gegenreform und Mängelverwaltung der SPD im Bildungsbereich mit dem alten Elitegedanken zu toppen. Und kaum startet

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

vom selbstbestimmten lernen in den 80er jahren

der Innenminister der CDU die Kampagne vom vollen Boot, passieren erste, kaum beachtete Brandanschläge auf Ausländerwohnheime und die SPD will nun auch das Ausländergesetz reformieren.

Wieder an der Uni. Ein Prof als Tutor? Überhaupt ein Tutor? Undenkbar. In 26 Semestern erlebe ich ausser im mündlichen Staatsexamen kein einziges Gespräch mit einem Prof..

Ein einziger der Professoren vom Jura-Fachbereich ist auch als Richter tätig. Alle anderen sind an der Uni hängen geblieben, haben nie gearbeitet, sind schlimmstenfalls schülerhafte ältliche Herren, die im Geist noch immer vor ihrem ebenso verkorksten Doktorvater stehen.

Dieser stellt sich in der Regel schnell als nur ein weiterer alter Nazi heraus – man braucht dazu nur mal in der Bibliothek nachzuschlagen, was der liebe Doktorvater noch so veröffentlicht hat ausser dem wegweisenden Lehrbuch, das in neuester Auflage und Bearbeitung auch das uns empfohlene Standard-Lehrbuch ist. Allein in diesen ehrenwerten Personen ruht die unbenannte corporate identity der Universität. Es gibt nicht eine Professorin am Fachbereich.

Der Spiegel veröffentlicht ein erstes Ranking der Universitäten und der wichtigsten Fakultäten. Meine Uni ist ganz unten. Darunter nur noch Bremen und die FU Berlin.

Westberlin

Februar 1985, minus 20 Grad. Mein Umzug nach Westberlin - Sprung in die Zeit. Richtige Punker! Döner Kebab! Kneipen rund um die Uhr geöffnet und an jeder Ecke eine! Zum Kudamm gehen wir nur zum Demonstrieren. Zur FU eine Dreiviertelstunde mit der U-Bahn. Die Hausbesetzerbewegung ist gespalten und ruhiggestellt. Die Alternative Liste schon etabliert, Akademiker in Akademikerjobs und Profipolitiker mit der hidden agenda ihrer Klasse. Billige Substandardwohnungen gibts trotz Wohnungsnot. Berlin ist so cool, dass man sich an der Uni nicht anspricht, weil das ja ein uncooler Ort ist und in der Stadt gerne verschweigt, dass man eigentlich Studi ist - wie die meisten Leute, die man so kennenlernt. Keiner kommt aus Westberlin. An der FU studieren 60.000 Leute. Zu Vollversammlungen erscheinen 200. Auf den Mensatischen liegen damals schon kom-

merzielle Werbeflyer statt Flugblättern. Aber die Wände der Rost- und Silberlaube sind noch voll mit politischen Sachen. Im AStA sind übriggebliebene Gremienpolitiker und andere vom „Ende der Linken“ und „Ende der Geschichte“ überzeugte Alternative versammelt, die wenig später mit den rechten Profs koalieren und ins Präsidialamt rotieren. Eine rechte Riege aus der Professorenschaft mit dem seltsam programmatischen Namenskürzel NoFU (=Notgemeinschaft für eine Freie Universität) erstellt schwarze Listen von Linken und „Verfassungsfeinden“ – nichts Genaues weiss man nicht, weil es sich um einen Geheimbund handelt. Unternehmen und Lobbyistenverbände dürfen erste Drittmittelinstitute errichten. Der Jura-Fachbereich wie gehabt. Aber eine grössere Bibliothek, eine Professorin, drei „linke“ Profs. Die Profs fraktionieren sich anhand der Frage, wer die meisten Sachmittel zugewiesen bekommt. Eine ganz eigene Szene von Söhnen und Töchtern aus höherem Hause fährt in teuren Cabrios zur Uni vor. Der studentische Nachwuchs der CDU verteidigt die Notwendigkeit der Apartheid in Südafrika. Irrelevante Subkulturen in einer noch als links geltenden Uni.

Ich schreibe mich für Soziologie ein, Doppelstudium. Die Studienordnung sieht einen Schein im Grundstudium, einen im Hauptstudium und dann die Diplomarbeit vor, Gruppenarbeiten möglich. Eine Zwischenprüfung gibt es auch hier nicht. Die ohne Ausnahme „linken“ Dozenten darf man duzen. Man kommt nur nicht dazu, weil in einem Seminarraum mit 20 Stühlen 100 Leute sitzen. Ich bleibe 23 Semester eingeschrieben ohne das Grundstudium abzuschliessen. Es gibt noch keine Zwangsexmatrikulation wegen zu langem Studieren, nicht einmal eine Zwangsberatung. Die einzige Grenze wurde durch das Hochschulrahmengesetz 1977 gesetzt, indem BaföG-Leistungen an die „Regelstudienzeit“ gekoppelt wurden. Studentische Jobs gibts problemlos und mit Berlinzulage.

Wie alle anderen westdeutschen Unis auch funktioniert die FU Mitte der 80er nach der Prämisse, dass die Studierenden sich um sich selbst zu kümmern haben. Die Profs verfügen über die Produktionsmittel. Von der demokratischen Selbstverwaltung dieser Mittel sind die Studierenden strukturell ausgeschlossen. Dementsprechend sind die Wahlbeteiligungen in der Gruppe der Profs hoch, bei den Studierenden niedrig.

In den Zeitungen können wir jahrelang lesen, dass wir mit Ausnahme der Naturwissenschaftler zukünftig sowieso alle arbeitslose Akademiker sein werden. 1986 nehme ich am AnwältInnentag des („linken“) Republikanischen AnwältInnenvereins teil, Thema: Anwaltschwemme. Auch dort wird zum Teil die Ideologie vertreten, dass man zur Qualitäts- und Ein-

vom selbstbestimmten lernen in den 80er jahren

sidualen NoFU, die nun wieder viel aufzulisten hat, bunter denn je. Der Berliner Senat wird rotgrün und bringt uns nichts.

Aus den Forderungen nach Interdisziplinarität und Gesellschaftsbezug werden in ferner Zukunft Master und Bachelor bei halber Studentenzahl. Demokratische Selbstverwaltung wird wieder einmal nicht ernstgenommen, in ferner Zukunft mit Exzellenz verhöhnt. Eigenaktivität ist begeisterungswidrig an der Hauptstadtuni mit dem Numerus Clausus für alles.

Weihnachten 1988 fahren fast alle nach Westdeutschland zu ihren Eltern und ab Januar herrscht Erschöpfung. Zum „internationalen Unimut-Kongress“ im neuen Jahr werden schon wieder die üblichen professoralen Prominenten eingeladen. Bis März entsetzen die Strafverfolgungsorgane die Reste.

Bevor wir 1989 einen neuen Anlauf zu gesellschaftlicher Wirkungsmächtigkeit nehmen können, werden wir als Generation durch den Kollaps des anderen deutschen Staates aufgelöst. Einige Besetzungseinheiten werden Hauptstadthausbesetzer, andere Hauptstadthausbesitzer. Die Nazis sind plötzlich viele und jung. Wir sind entsetzt über die Pogrome von Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Denken mal wieder ans Weggehen, fahren aber einstweilen nach Hoyerswerda zum demonstrieren. Die Uni? Ach, die Uni.

Projektstudium

Von Unimut und Uniwut bleiben unter anderem die Streikzeitung (die dann zur AstA-Zeitung wird), die Videowerkstatt, das Projekt Archiv und die Projektstudien. Die Projektstudien sind ein von der Uni zugestandener prekärer Arbeitsmarkt für eine begrenzte Zahl von als Leitern Autonomer Seminare in einem hochfiziellen Bewerbungsverfahren vor der Projektstudienkommission auftretende Studierende. Je Projektstudium werden in der Regel zwei Tutorenstellen für zwei Semester von der Uni bezahlt. Dazu gibt es in ganz geringem Umfang die Möglichkeit, Sachmittelanträge zu stellen.

Die Inhalte der PTs sind frei, bedürfen aber vorab der Ausformulierung in einem ausführlichem Konzeptantrag. Da es selbstverständlich mehr Bewerber als Stellen gibt, stehen die Tutorien in einem Konkurrenzverhältnis zueinander. Eine Verlängerung um zwei Semester ist denkbar, wenn die Projektstudienkommission dies nach ausführlichem Zwischenbericht befürwortet. In den folgenden Jahren wird das Projektstudienprogramm langsam ausgetrocknet und schließlich 2002 stillgelegt.

Mit unserem Projektstudium wollten wir studentische Identität empirisch untersuchen. Das Konzeptpapier bekam die erwartete Top-Prioritätsbewertung von der Projektstudienkommission, obwohl wir ja schon in unserem Antrag begründet hatten, warum es so etwas wie eine studentische Identität nicht geben kann. Unser Zwischenbericht zwei Semester später war so herausragend, dass wir im Akademischen Senat als besonders herausragendes Projektstudium vorgestellt wurden. Ausserdem erhielten wir von der Kommission die Verlängerung. Was hatten wir gelacht, auch schon beim Schreiben des Zwischenberichts. Einstweilen war das Projektstudienprogramm aber doch eine gute Sache gewesen.

Aus dem Projektstudium wurde das Projekt Archiv / Institut für Sonologie. Das gibt es als Archiv noch heute, im übrigen darf es nicht mehr Institut heissen. Die ersten Jahre verbrachten wir in dem Projektflügel eines grösseren besetzt gewesenen, zu der Zeit schon mit Mietverträgen versehenen Haus-Komplexes in Mitte. Das Institut dachten wir uns als eine Art öffentliches Bibliotheks-Wohnzimmer, offen für alle Gruppen und Personen, die freie Diskurse suchen. Einige Jahre lang trafen sich hier tatsächlich einige kleinere Gruppen. Militarismus, Patriarchat, Rassismus, Antisemitismus, Geschichtspolitik und Berliner Stadtentwicklung waren Gegenstand unserer Zusammensetzungen. Studentische Bewegungen blieben lange Zeit der Schwerpunkt unseres Archivs.

So viel Zeit hatten wir nie wieder. Wir waren lange nicht das einzige Wohnzimmer-Projekt dieser Art. Wir haben nie behauptet, etwas Neues zu machen. Nur eigen und ohne die Position der Repräsentanz zu akzeptieren.

Kein Zurück in die Kleinstadt der Hausverbote, aber nach einer Weile dann doch Kontaktverlust bei Eintritt ins Berufs- und Familienleben. Da spätestens hörte das hier imaginierte „wir“ auf, das sich im kurzen Diskurs vom Prekariat möglicherweise neu findet, auch wenn einige offensichtlich prekärer sind als andere. Was macht man, was nicht?



historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

kafka in asbes von der rost- z

Robert Runkel:

- Studienbeginn Wintersemester 2000/2001 an der FU
- März 2008 Magisterabschluss im Fach Geschichte
- Will irgendwann demnächst promovieren

Viel Bauchgefühl und wenig Kalkül waren es, die mich im Oktober 2000 zur Einschreibung an der FU Berlin brachten. Vorher hatte ich 20 Lebensjahre in einem kleinen westdeutschen Nest verbracht, 500 Leute und jeder kannte jeden. Nach dem Abi hatte ich weder die nötige Reife noch genug Orientierung, um dort rauszukommen. Leider. Aber 13 Monate Zivildienst änderten das. Wenn ich eine Achter-WG von leicht angeschragten alten Leuten managen konnte, dann würde ich's wohl auch schaffen, mir in der Großstadt eine Wohnung zu suchen.

Gesagt, getan. Bewerbungen wurden geschrieben für Berlin HU und Berlin FU und als Notfall noch für die Uni Münster, falls wirklich alles schiefgehen sollte. Warum Berlin? Nun, wenn schon Großstadt, dann sollte es halt die größte Großstadt sein. Weitere Gründe hatte ich nicht.

Im Mai 2000 bin ich nach Berlin gefahren, habe mir die HU und die FU angesehen. Die HU beeindruckte durch Marx in goldenen Lettern, schreckte aber sonst ab durch hohe und düstere Flure mit trüben 20-Watt Funzeln und eine eher morbide Architektur.

Das Zentrum der FU hingegen bot ein Bild, wie es meine alte Schule nur nach dem Abigag gezeigt hatte. Hier ist zu bemerken, das damals Wände der Rost- und Silberlaube noch nicht privatisiert waren und täglich von einer Werbefirma alle „illegalen“ Aushänge entfernt wurden. Stattdessen klebte an jeder freien Fläche irgendeine Notiz, ein Plakat, eine Aufforderung zu diesem oder jenem. Die Flure lagen voll mit Flyern und Laufzetteln, das meiste davon im weitesten Sinne politisch-aktionistisch. Einmal in den Semesterferien wurde grundgereinigt, danach wuchsen dann schnell neue Schichten von Mitteilungen, Wandzeitungen, Infozetteln etc. pp.

Die Architektur der Silberlaube korrespondierte durchaus mit dem papiernen Wildwuchs. Ein ausgedehntes Labyrinth aus Gängen und Querstraßen, numeriert nach einem kafkaeskgroßenwahnsinnigen System voller Ausnahmen von einer ohnehin kaum durchschaubaren Regel. Die Teppiche waren versifft und völlig mit Brandlöchern übersät. Auch ihren Namen trug die Rostlaube zuecht: tatsächlich waren die Außenflächen mit Stahlplatten versehen,

Robert Runkel

2008

st und klebeband: zur bronzelaube

die laut Plan des Architekten leicht anrosten und für eine organisch-braune Färbung sorgen sollten. Leider waren sie dann doch ganz durchgerostet. Flickwerk aus Isolierung und Klebeband verdeckte die Löcher und hielt die Fassade notdürftig von außen zusammen.

Neben den Eingängen dieses Gebäudes fand sich damals ein Informationsblatt für alle BenutzerInnen: Asbestsanierung, so hieß es dort. Das erklärte zumindest, warum auch innen jede Wandritz und alle Spalten zwischen den Deckenplatten mit Klebeband versiegelt waren. Es wurde gebeten, die Wände nicht zu beschädigen oder auch nur anzurempeln. Mangels Alternativen hatte man sich irgendwann zu dem wagemutigen Entschluß durchgerungen, das ganze marode Gebilde bei laufendem Uni-Betrieb zu sanieren. Dies ging natürlich nicht ad-hoc. Das Flugblatt zum Asbest datierte von 1991, hatte bei meinem ersten Besuch also schon neun Jahre auf dem Buckel und sollte auch noch einige weitere Jahre aktuell bleiben. Ständig wurden Bereiche abgesperrt und eingezirkelt, die eben noch begehbaren Pfade waren nach den Semesterferien schnell wieder verschwunden und man musste sich neue suchen. Mehr als einmal sollte ich mich später hier verlaufen, bis nach der Sanierung das ursprüngliche Gittermuster des Gebäudes halbwegs wiederhergestellt war. Laut einer FU-eigenen urban legend gab es damals in der Silberlaube Leute, die sich ihre Veranstaltungen nicht nach dem KVV aussuchten, sondern einfach immer im selben Raum verharrten und alles belegten, was dort stattfand. Eingeschränkte Seminarwahl, aber man ging wenigstens nicht verloren.

Bei meinem FU-Erstbesuch im Mai fand ich dann auch auf irgendeinem der zahlreichen Info-Tische eine ominöse linksradikale AStA-Broschüre, mit schwarzem Einband, schwarzem Humor und einem langen Kapitel über die bewegte Geschichte der FU. Rudi Dutschke, der SDS, Demos, Institutsbesetzungen, Punkrock und Proteste - irgendwie schien diese FU so eine Art politischer Dampfkessel zu sein, immer unter Druck, niemals zur Ruhe kommend. Mir als Landei aus katholisch-christlichem Milieu imponierte das sehr. Hier ging tatsächlich irgendwas ab, was genau auch immer. Von den politischen Hintergründen der Konflikte 1968ff. hatte ich nur die vagesten Vorstellungen, aber

die Aura der Rebellion, die faszinierte. Ich ließ also die HU links liegen und schrieb mich an der FU ein. Den Zulassungsbescheid der Uni Münster fand ich erst Jahre später zufällig wieder, nachdem ein polizeiliches Rollkommando bei einer Hausdurchsuchung meine ganze Wohnung auseinander genommen und buchstäblich das unterste nach oben gekehrt hatte. Anlass dieses Überfalls war, passenderweise, illegales Plakatieren.

Im ersten Semester lernte ich dann auch die eigentlichen Perlen der Rost- und Silberlaube kennen: die studentischen Cafés. Da gab es das Frauencafé Furiosa, in das ich nicht rein durfte, das schwule Café „Rosa Salon“, in das ich mich nicht rein traute, und drumherum das Romanistische Café, das Goetropa mit den Bücherregalen und der unendlichen Fülle an Literatur, das PI-Café mit der genialen Aussicht über die Dächer sowie das Café Asyl (heute Kauderwelsch). Die Cafés, so sagte man mir, wären im großen Streik von 1988 besetzt worden, damals sei überhaupt alles besetzt gewesen, und die Cafés seien es halt immer noch. Auch Wandgemälde und Parolen aus diversen Streiks 1988ff fanden sich noch an den Wänden, überlebensgroß, feministisch, anarchistisch, bunt. Die Graffitis sind heute übertüncht, auch die Anzahl der Cafés ist geschrumpft. Die Sanierung diente als willkommener Vorwand, um diverse studentische Räume zu schließen, nur in Ausnahmefällen kam es zu Neueröffnungen (etwa beim Geromat, einer Fusion aus Goetropa und Romanistischem Café).

Ich begann das Studium mit Hauptfach Geschichte und Politik als Nebenfach. Mit dem zweiten Nebenfach konnte ich mir noch zwei Semester Zeit lassen - Losstudieren mit unvollständiger Kombination war damals kein größeres Problem. Die Fächer hatte ich mir ausgesucht, weil ich sie in der Schule irgendwie gut fand. Und weil mir ein Berufsberater auf dem Land gesagt hatte, bei Jura und Architektur wären die Jobchancen auch schlecht. Also studierte ich nach Neigung und nicht nach Profession, eine Entscheidung die ich nie bereut habe.

Das Wintersemester 2000/2001 war kein großes Streiksemester, allerdings ging es an ei-

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

kafka in asbest und klebeband - von der rost zur bronzelaube

nem lokalen Krisenherd durchaus ab. Der Wissenschaftsrat hatte ein Papier verfasst, um dem Otto-Suhr-Institut für Politik einen Haufen Professuren wegzukürzen. Zudem sollte das Studium modularisiert werden, und auch die Bachelor-Einführung stand schon am Horizont. Einige Zweit- und Drittsemester organisierten daraufhin Versammlungen und Diskussionen. Es galt, einer Gruppe von professoralen „Modernisierern“, die das Studium auf Politik- und Wirtschaftsberatung ausrichten wollten, ein Gegenkonzept vorzulegen.

Damals gab es auch unter den Profs noch Verfechter einer „herrschaftskritischen“ Politikwissenschaft“, die sich allerdings schon auf dem absteigenden Ast befanden. Dementsprechend gingen Aktionen zur Verteidigung von „Kritischer Wissenschaft“ hauptsächlich von den Studierenden aus. Sie wurden zwar von den linken Profs unterstützt, meist jedoch moralisch. Beim Kungeln, Gremienfuchsen und Pöstchenschieben waren die „Modernisierer“ ihren Kollegen leider überlegen. Nicht, weil sie schlauer gewesen wären, sondern einfach weil sie dreister waren und mehr Sitzfleisch hatten. Die Proteste steigerten sich bis zu einer Institutsbesetzung im Dezember 2000, inklusive Repression durch Polizei-Großeinsatz. Damals wurde das Institut freiwillig geräumt, von der Universitätsleitung angeordnete Gewaltein-

ze gegen Studierende sah ich erst in den folgenden Jahren.

Das es überhaupt soweit gekommen war, lag an den verkommenen Zuständen in der Hochschulpolitik. Professorale Zwangsmehrheit in allen Gremien, totale Ignoranz konservativer „Reformer“ für studentische Anliegen, Kungeleien und Flurabsprachen, gleichzeitig konsequentes Draußenhalten jeder Form von ungebührlicher Kritik. Unser Schützenverein im Dorf erschien mir nicht nur rationaler, sondern auch demokratischer regiert als dieses „Institut für Politikwissenschaft“. Nach acht Wochen Studium hatte ich meinen Respekt vor Profs verloren. Zudem verwandelte sich meine romantische Vorliebe für Exzentrisches und Rebellisches langsam in politisches Engagement.

Die geplanten Studienreformen konnten wir in den folgenden Semestern nicht verhindern, leider ist allzuviel vom Befürchteten eingetroffen. Allerdings trug ich als Nebenfächler ein wenig dazu bei, dass dem OSI sein Diplom (vorerst) erhalten blieb. Kritische Wissenschaft betrieben wir auch, oft allerdings in Lesekreisen und nicht im Seminar. Gelernt habe ich so einiges, viel von und an der Uni, aber vieles auch gegen die Institution Universität.

Nach 15 Semestern Studium erhielt ich schließlich als einer der letzten Jahrgänge meinen Magister Artium. Was bleibt? Heute ist die Rostlaube saniert, der Uni-Präsident sagt, man solle sie doch Bronzelaube nennen, das klinge schöner. Die Studierenden wollen jedoch nicht so recht folgen und machen seine Reden durch Jubelchöre lächerlich.

Die Gebäude der FU sind langsam saniert, umstrukturiert und schick für den Wettbewerb. Die Studierenden noch nicht, zumindest nicht völlig.



historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

mein studium

Erziehungswissenschaften an der FU

Mirna Minkoff:

- seit 2003 Studentin der Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung
- derzeit in der Diplomphase und hoffentlich bald fertig!

Da ich aus einem relativ prekären Arbeitsverhältnis an die FU kam, war das Studentinnenleben für mich eine Art Befreiungsschlag. Das Jahr vor dem Studienbeginn hatte ich in einem dunklen Klamottenladen an der Hermannstraße gefristet und 40 Stunden die Woche bei wirklich mieser Bezahlung Bomberjacken verkauft. An Stelle der von mir erwarteten straff organisierten Institution merkte ich relativ schnell, dass sich mir an der FU die eine oder andere Gelegenheit zum selbstbestimmten Lernen bot. Erwartet hatte ich wohl so etwas wie Schule, nur wesentlich anspruchsvoller. Da meine Eltern nicht studiert haben und ich mich auch sonst nicht großartig informiert oder auch nur eine Universität mal von innen gesehen hatte, war meine Vorstellung über Unis von folgendem Glauben geprägt: Universitäten sind an sich schon gut, da Menschen an Universitäten gebildet sind und nett und freundlich miteinander umgehen. Falsch gedacht.

Ich begann im Jahre 2003 Erziehungswissenschaften mit dem Schwerpunkt Erwachsenenbildung zu studieren. Ein Studium, das mich bis heute begeistert hat - unter anderem auch, weil eigentlich nie so richtig klar geworden ist, wozu es überhaupt gut ist. Gut finde ich dies, weil ich mir selber meinen Weg suchen konnte und mir zwangsläufig viele Gedanken darüber machte, welche berufliche Tätigkeit ich denn als sinnvoll erachte und welche nicht. Weiter gefiel mir, dass es relativ wenig und nur lasche Kontrolle meiner Studienleistungen gab und ich somit Zeit hatte, mir Wissen anzueignen, welches aus den Lehrplänen heraus fiel. So beschäftigte ich mich mit der kritischen Pädagogik und begann mich zu wundern, warum denn die politischen Aspekte der Pädagogik so unterbelichtet wurden. Überhaupt fragte ich mich, warum die Disziplinen so strikt voneinander getrennt sind. In jedem Fall nutzte ich meine Gelegenheit, Kurse in Philosophie, Politikwissenschaften und zu sonstigen Themen, die mich grade interessierten, zu besuchen. Auch die Themen für meine Hausarbeiten konnte ich mir selber aussuchen, und Klausuren schrieb ich in meinem gesamten Studium nur zwei - in Statistik. Kurse, die mich nicht interessierten, besuchte ich nur im Grundstudium. Der Grund hierfür war wohl eine aus der Schule verschleppte Autoritätshörigkeit. Sich diese Umstände vor Augen haltend, emp-

Mirna Minkoff

2008

- dein studium

fand ich mein Studium doch als recht angenehm. Dies lag aber auch im Speziellen an den teilweise sehr menschenfreundlichen DozentInnen in Erziehungswissenschaften. Ich hätte auch meinen KommilitonInnen aus anderen Disziplinen, die ich oft über ihre straffe Studienordnung verzweifeln sah, mehr Selbstbestimmung gewünscht. Dies und das Fehlen kritischer Inhalte sowie die krasse Apathie und Leidenschaftslosigkeit einiger DozentInnen und KommilitonInnen für den jeweiligen Gegenstand der Auseinandersetzung führten mich dazu, Streikzeiten einzuhalten und Streiks aktiv mitzugestalten. Richtig scheiße gelaufen ist in der Rückschau, dass der Diplomstudiengang Erziehungswissenschaften ohne große Gegenwehr der Studis abgeschafft wurde. Ich gehöre zu den letzten DiplomerInnen und die nach mir werden wohl von den hier als positiv angeführten Aspekten des Ewi-Studiums nicht viel mitbekommen.

Nun verlasse ich die Universität - unter anderem mit der Erkenntnis, dass Studium und Bildung nicht zusammenfallen müssen, es aber können. Und dafür gilt es zu kämpfen. Bildung ist eine Selbsttätigkeit, die logischerweise am besten gelingt, wenn Menschen darüber entscheiden können, was sie wann lernen. Eine solche Vorstellung von Bildung als Selbstermächtigung wird durch die derzeitige Verschulung des Studiums unterwandert. Kämpft für eure Selbstbestimmung, diskutiert kritisch in den Seminaren, auch wenn ihr Leute damit nervt. Ewi-Studis: reaktiviert eure Fachschaftsinitiative als Bastion dieses Kampfes! Kämpft nicht nur für die Verbesserung eurer eigenen Lebenssituation, sondern handelt solidarisch und setzt euch auch für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen außerhalb der Universitäten ein!

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

zum 60sten ge kommen...

Anna Krass:

-Studienbeginn an der FU 2007

-Studentin der Geschichte und Politik im zweiten Semester

Ich kann keine Geschichten von früher erzählen, ich kann keine Entwicklungen und Ereignisse beschreiben, mich keiner großartigen studentischen Aktionen und keiner Veränderungen erinnern. Ich bin ganz neu an dieser „Freien Universität“, erst seit dem Wintersemester 2007/08 studiere ich hier Geschichte und Politikwissenschaften.

Was ich tun kann, ist eine Bestandsaufnahme zu machen, wie ich es erlebe, im Jahr ihres 60. Geburtstages an der FU anzufangen. Viele Entwicklung der Freien Universität, sowie der Hochschullandschaft insgesamt, Prozesse, Entwicklungen und studentische Interventionen habe ich dabei im Kopf...

Ich denke aber auch daran, was ich für Vorstellungen und Erwartungen an eine Universität hatte, und was ich – vielleicht etwas naiv – speziell mit dem Namen „Freie Universität“ verbunden habe.

Vom Gymnasium war ich gewohnt Dinge vorgegeben zu bekommen: was habe ich zu lernen, wie und wann habe ich in einer entsprechenden Prüfung zu beweisen, dass ich das „Richtige“ wiedergeben konnte. Interessengelenktes Lernen und kritisches Betrachten von Inhalten war nicht gefordert und kaum erwünscht. Ach die Tatsache, dass ich überhaupt ein Gymnasium besucht hatte war vorgegeben, keine eigene freie Entscheidung. Die Selektion in die drei Schulformen nach der Grundschule richtet sich weder nach dem Wunsch des Kindes noch nach dessen Fähigkeiten, sie hängt ab von seinem sozialen Hintergrund.

Der Schritt, an eine Universität zu gehen war eine der ersten freien Entscheidungen, die ich überhaupt gemacht habe. Ich verband damit Selbstbestimmung und Entscheidungsfreiheit und erwartete, dass diese neu gewonnene Selbstständigkeit weiterhin möglich und erforderlich sei.

Ich hatte keine Ahnung von Studienordnungen, Studienverlaufsplänen, Pflichtveranstaltungen und Anwesenheitslisten. Ich musste feststellen, dass das was ich erwartet hatte nicht mit der Studienwirklichkeit übereinstimmte. Der Studienverlaufsplan macht sehr konkrete Vorschläge, was wann belegt werden sollte. Stärkere Abweichungen bedeuten einen Extra-Aufwand und oft Probleme, weil bestimmte Veranstaltungen nur jedes zweite Semester angeboten werden oder Module aufeinander aufbauen.

Anna Krass

2008

eburtstag der fu

Nun, ich bin ja flexibel, und fand mich damit ab, dass ich auch Veranstaltungen besuchen musste, bei denen mich das Thema nicht interessierte oder die Vermittlung langweilig war. Dazu ein Feedback zu geben, das gehört wird oder in irgendeiner Form Kritik auszudrücken, ist eigentlich nicht möglich. Wegen der Anwesenheitspflicht kann man dem Dozierenden nicht durch wegbleiben signalisieren, das er oder sie ihre Lehre überdenken sollte und ansonsten werden Studierende eigentlich nicht gefragt.

Manchmal muss man sich glücklich schätzen, überhaupt einen Platz in einem vom Studienverlaufsplan vorgegebenen Seminar zu bekommen. Oft haben Seminare Platzbeschränkungen und da kann man schon einfach mal Pech haben und bekommt nicht den gewünschten oder einfach gar keinen Platz. Oft liegt das nicht etwa an den Dozierenden oder irgendwelchen böswilligen Prüfungsbüros, sondern an einer der großartigen Neuerungen der letzten Zeit – dem Campus Management. In diesem elektronischen An- und Abmeldungs-system steht dann eben eine Teilnehmer_innenbeschränkung von 30 Personen und es ist ein enormer Aufwand trotzdem – auch als 31te – teilzunehmen. Ich habe gleich zu Beginn meines Studiums das Hin- und Hergerenne zwischen Prüfungsbüros, der Sprechstunde eines Dozierenden und am besten noch dem BA-Koordinator kennen gelernt.

Aufgrund solcher Erfahrungen, überfüllter Hörsäle und gestresster Dozierender werden Stimmen laut, die eine kleinere Studierendenzahl fordern und damit strengere Zulassungsbeschränkungen, Stimmen sowohl in der Unileitung, aber leider auch unter Studierenden. Das stellt doch die Realität auf den Kopf! Es braucht mehr Dozierende um allen Studierenden Möglichkeit zu geben ein gutes Studium zu machen bzw. um noch mehr Leuten als bisher ein Studium zu ermöglichen.

Viele dieser Probleme – so wird uns gesagt – seien „Kinderkrankheiten“ der neuen Bachelor- und Masterstudiengänge. Es mag ja stimmen, dass sich seit der Einführung der neuen Abschlüsse ... vieles gebessert hat und die Studierbarkeit nicht mehr so katastrophal schlecht ist wie zu Beginn. Aber ich frage mich, mussten die neuen Studiengänge an den Studierenden ausprobiert werden? Mehrere Jahrgänge kämpf(t)en mit unstudierbaren Studienordnungen und de-

ren dauerndem Wechsel. Und es nach mehreren Jahren immer noch als „Kinderkrankheiten“ einer eigentlich geglückten Umstrukturierung zu bezeichnen, wenn die Abrecher_innenquote nicht sinkt sondern steigt, wenn die Qualität der Lehre offensichtlich nicht dieselbe ist wie vorher, wirkt schon fast zynisch.

Ich habe mir die Universität auch als einen Ort der Bücher und Bibliotheken vorgestellt, viele Bücher, alte und neue, wichtige, „einschlägige“ Werke, aber auch alles mögliche andere, zum stöbern und ausleihen, kleine Bibliotheken mit ruhigen Leseplätzen. Teilweise gibt es das natürlich auch noch, aber der Trend geht hin zu wenigen großen Zentralbibliotheken. Wie das „Brain“, die riesige, zusammengelegte philologische Bibliothek, so sollen alle Universitätsbibliotheken in Zukunft aussehen. Im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften ist die nächste Zusammenlegung geplant Und dafür werden viele Bücher aussortiert, angeblich zur Profilschärfung. Vielleicht etwas naiv und ohne diese Sprache der „Unipolitik“ zu kennen, frage ich mich, wem sollen weniger Bücher etwas bringen? Den Studierenden ja wohl kaum.

Es ist mir natürlich inzwischen auch klar geworden, dass die FU-interne Hochschulpolitik nicht an allem schuld ist. Es werden immer mehr Gelder für Bildung gestrichen und damit muss eine Unileitung irgendwie umgehen. Aber ein besserer Umgang wäre doch wohl, diese Bildungspolitik zu kritisieren und mehr Geld, nicht nur für die eigenen Hochschule, sondern für Bildung insgesamt zu fordern.

Aber ist es eine Lösung an den Stellen zu kürzen, an denen es der Lehre und den Studierenden schadet? Das scheint mir der ursprünglichen Idee einer Hochschule, nämlich der Vermittlung von Wissen, der Möglichkeit zur Bildung und dem „Üben“ von kritischem Denken, zu widersprechen.

Der Trend in der Bildungspolitik geht (noch weiter) weg von der Idee einer freien und breiten Bildung für alle, hin zu Eliteunis, „Leuchttürmen der Wissenschaft“, Studiengebühren und Privatisierung von Bildung. Und die Freie Universität ist in diesem Falle „voll im Trend“, ja kann an manchen Punkten sogar als Vorreiter bezeichnet werden. Seit letztem Jahr trägt sie stolz den Namen der Elitehochschule, „excellence-fu“, wie auf jedem Brief zu lesen ist. Ein sehr zwei-

historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches
historisches

innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten
innenansichten

subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor
subjektiver faktor

subjektiver faktor

zum 60sten geburtstag der fu kommen...

felhafter Ruhm, denn mit einer Verbesserung der Lehre und Studierbarkeit hat dieser Wettbewerb nichts zu tun.

Es ist kaum durchschaubar wie weit der Prozess der Bildungsprivatisierung schon fortgeschritten ist. Sicher ist aber dass – für eine staatliche Hochschule, und hier steht nach meinem Verständnis staatlich für die Garantie des Rechts auf Zugang zu Bildung für alle – zu viele Wirtschaftsunternehmen zu tief in Strukturen der Universität finanziell und ebenso was die Entscheidungsprozesse angeht, involviert sind.

Ich hatte, ohne darüber nachzudenken, damit gerechnet, dass zumindest viele Studierende ähnliche oder andere Kritik an dem was Universität gerade bedeutet, hätten; dass diese Kritik ein Gemeinschaftsgefühl entstehen lässt, dass man gemeinsame Interessen hat. Erlebt habe ich das nur in einem sehr kleinen Kreis.

Durch die Erstsemesterfahrt im Fach Geschichte war ich schnell in die dortige Fachschaftsinitiative eingebunden und fand einen Kreis von Menschen, die nicht einverstanden sind mit den Entwicklungen unserer Universität und irgendwie darauf einwirken wollen, dass es nicht immer schlimmer wird. Aber eben ein sehr kleiner Kreis. Und ich merkte, dass ein viel, viel größerer Teil der Studierenden den Strukturen und hochschulpolitischen Entwicklungen relativ gleichgültig gegenüber steht.

Und dann, was kann man als Studierende denn tun um Einfluss zu nehmen auf diese Entwicklungen?

In den Gremien der akademischen Selbstverwaltung sind auch Studierende vertreten, das wäre doch eine Möglichkeit. Aber durch die vorgegebene professorale Mehrheit gibt es in jedem- oder zumindest in jedem entscheidungsbefugten Gremium eine professorale Mehrheit, das heißt die Gruppe der Studierenden ist in der Unterzahl. Und die Studierenden sind nicht nur zahlenmäßig unterrepräsentiert, sondern werden in vielen Gremien auch einfach nicht ernst genommen und übergangen. Oder die relevanten Entscheidungen werden von vorne herein an den Gremien vorbei getroffen. Demokratische Hochschule? Wohl kaum. Trotzdem ist es natürlich wichtig, dass Studierende in Gremien vertreten sind, aber doch auch oft frustrierend. Aber manchmal findet

sich doch eine Gruppe, die etwas machen will, verändern, am besten ganz anders soll es sein. Ich rede vom Aktions-Camp im Innenhof der Silberlaube im Sommersemester 2008. Diejenigen, die es mit bekommen haben werden es wohl noch sehr präsent haben, ist es doch erst ein paar Wochen her. Aus einem offenen Plenum von hochschulpolitisch Aktiven ging die Idee aus, jeder und jedem die Möglichkeit zu geben dort aktiv zu werden, wo er oder sie unzufrieden ist und es individuell zu gestalten. Selbst kritische Seminare zu machen, die für alle offen sind, und Zelten, Essen, Konzerte, Kino mit zu organisieren, war mich die schöne Erfahrung, von unseren eigenen Möglichkeiten, an einem Ort, an dem man sich sonst oft nur herum geschubst und machtlos fühlt.

Wir haben zwei Wochen auf dem Campus gecamppt, wollten die Uni als Lebensraum begreifen, mit andern Studierenden in Kontakt kommen, unsere Kritik nach außen tragen, der Individualisierung und dem Konkurrenzdenken unter Studierenden entgegen wirken... Wir haben für uns eine Insel geschaffen auf dem Campus, einen Freiraum, haben unsere Ideen ausgetauscht und gezeigt dass wir so nicht einverstanden sind.

Aber viele Studierende gingen einfach vorbei, mit dem Kopf beim nächsten Seminar oder wenn man ins Gespräch kam, sagten manche „ist doch alles nicht so schlimm“ und „in drei Jahren bin ich eh wieder weg, da komm ich schon durch“.

Dieser Haltung bin ich auch sonst immer wieder begegnet, und ich finde es schade. Denn Uni kann auch mehr sein als das, was so zwischen Schule und Beruf kommt, und noch haben wir uns nicht alle davon überzeugen lassen, dass es nur um Wettbewerb und Jobchancen geht.



historisches
innenansichten
subjektiver faktor
subjektiver faktor

impressum

Herausgegeben vom Allgemeinen Studierendenausschuss der FU Berlin

Zu beziehen bei:

AStA FU Berlin
Otto von Simson Str. 23
14195 Berlin

www.astafu.de

Dieses Pamphlet erscheint regelmäßig alle zehn Jahre im Sinne einer Flaschenpost, sie kann geöffnet werden oder auch nicht.

Redaktion:

Josef Fendt, Ralf Hoffrogge, Tom Jennissen, Arthur Kritzler, Ernö Lörincz, Andy Möbius, Reinhard Neubauer, Katja Müller, Juliane Pfeiffer, Johanna Strass, Manfred Suchan

Layout: Bjenica Santiago

Falko Grothe, Harald Herbich, Felix Koch, Kai Kampmann

Druck: AStA FU-Druckerei

Auflage: 5000

Erscheinungsdatum: Oktober 2008

Die nächste Ausgabe erscheint im Dezember 2018.

Die Redaktion dankt allen Autorinnen und Autoren, den Druckern und Druckerinnen, den KorrekturleserInnen, dem fleißigen Layout-Team und allen, die durch Ermunterung, gutes Zureden oder sonst irgendwie zum Erscheinen dieser Broschüre beigetragen haben!!

Eigentumsvorbehalt: Dieses Heft bleibt bis zur Aushändigung an den Adressaten/die Adressatin Eigentum des AStA FU. „Zur Habe Name“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Nicht ausgehändigte Hefte sind unter Angabe des Grundes der Nichtaushändigung an den AStA FU zurückzusenden



ISBN 978-3-926522-31-3



9 783926 522313